



# MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Politik im Krisenmodus? Eine Analyse der Versicherheitlichung deutscher Verteidigungs- und Energiepolitik gegenüber Russland seit Beginn des Angriffskriegs auf die Ukraine

verfasst von | submitted by  
Bruno Springer B.A.

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of  
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree  
programme code as it appears on the  
student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree  
programme as it appears on the student  
record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von | Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Patrick Müller Privatdoz. M.A.

# I. Abstract

In dieser Arbeit geht es um Maßnahmen, die in Folge des Ukrainekriegs in der deutschen Verteidigungs- und Energiepolitik ergriffen wurden. Dazu nähere ich mich zuerst aus zwei historischen Perspektiven dem Thema: Den Hintergründen und jüngeren Entwicklungen des Russisch-Ukrainischen Kriegs auf der einen Seite und der deutschen Russlandpolitik seit 1990 sowie seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine auf der anderen Seite. Daraufhin werden mittels einer deduktiven qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2022) Reden des damaligen Bundeskanzlers sowie Bundesverteidigungsministers und Bundeswirtschaftsministers analysiert. Als theoretische Grundlage dient dabei der Securitization-Ansatz der Kopenhagener Schule (Buzan et al. 1998), der unter Bezug auf die drei Dimensionen des Framings nach Snow & Benford (1988) (*diagnostic, prognostic, motivational*) um ein von mir entwickeltes Konzept an Graden der Versicherheitlichung erweitert wird. Dieses hat das Ziel, vergleichbar zu machen, in welcher Intensität Politikbereiche versicherheitlicht werden und erweitert die Theoriedebatte dabei über die bestehende On/Off-Dichotomie der Versicherheitlichung hinaus. Im Zuge der Anwendung dieses Frameworks wird in der Arbeit zudem ein Argument von Buzan et al. (1998) bestätigt, nach dem der Verteidigungssektor gegenüber dem Energiesektor von sich aus und aufgrund der ihm zugrunde liegenden Logiken dazu tendiert, niederschwelliger und stärker versicherheitlicht zu werden.

# Inhaltsverzeichnis

|                                                             |    |
|-------------------------------------------------------------|----|
| I. Abstract .....                                           | 2  |
| 1. Einleitung.....                                          | 5  |
| 1.1 Forschungsstand.....                                    | 9  |
| 2. Theorien und Methodik.....                               | 12 |
| 2.1 Sicherheitsbegriff .....                                | 12 |
| 2.2 Securitization-Theorie .....                            | 15 |
| 2.2.1 Allgemeines .....                                     | 15 |
| 2.2.2 Definitionen .....                                    | 17 |
| 2.2.3 Sektoren .....                                        | 23 |
| 2.2.4 Securitization als Prozess über Zeit.....             | 26 |
| 2.2.5 Kritik und Weiterentwicklungen .....                  | 26 |
| 2.3 Framing und Grade der Versicherheitlichung .....        | 28 |
| 2.3.1 Framing.....                                          | 29 |
| 2.3.2 Grade der Versicherheitlichung .....                  | 31 |
| 2.4 Methodik .....                                          | 34 |
| 2.4.1 Fallauswahl .....                                     | 40 |
| 3. Überblick: Russisch-Ukrainische Geschichte .....         | 43 |
| 3.1 Vom Kyjiwer Rus zum Ukrainischen Nationalstaat.....     | 44 |
| 3.2 Die Ukraine bis zum russischen Angriffskrieg 2022 ..... | 50 |
| 3.3 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine 2022.....   | 55 |
| 4. Deutsch-Russische Beziehungen seit 1990 .....            | 61 |
| 4.1 Deutsche Russlandpolitik zwischen 1990 und 2022 .....   | 61 |
| 4.2 Wichtigste Maßnahmen seit 2022 .....                    | 66 |
| 4.2.1 Außen- und Verteidigungspolitik .....                 | 66 |
| 4.2.2 Energiepolitik .....                                  | 70 |
| 5. Analyse der Versicherheitlichungen.....                  | 75 |

|                                                                                                              |     |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| 5.1 Verteidigungspolitik .....                                                                               | 75  |
| 5.1.1 Olaf Scholz: Zeitenwende-Rede (27.02.2022) .....                                                       | 75  |
| 5.1.2 Boris Pistorius: Rede auf der Bundeswehrtagung 2023 (10.11.2023)<br>.....                              | 82  |
| 5.1.3 Boris Pistorius: Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2025<br>(14.02.2025) .....                 | 88  |
| 5.2 Energiepolitik.....                                                                                      | 95  |
| 5.2.1 Robert Habeck: Rede vor dem Deutschen Bundestag (24.03.2022)                                           | 95  |
| 5.2.2 Robert Habeck: Pressekonferenz zur Ausrufung der Alarmstufe des<br>Notfallplans Gas (23.06.2022) ..... | 99  |
| 5.2.3 Robert Habeck: Rede vor dem Deutschen Bundestag (22.09.2022)<br>.....                                  | 106 |
| 6. Ergebnisse, Fazit und Ausblick.....                                                                       | 111 |
| II. Literaturverzeichnis .....                                                                               | 115 |
| III. Abbildungsverzeichnis .....                                                                             | 128 |
| IV. Anhang .....                                                                                             | 129 |

# 1. Einleitung

Es herrscht Krieg in Europa. Am 24. Februar 2022 hat die Russische Föderation in einem großangelegten Angriffskrieg die Ukraine überfallen. Auf Befehl des russischen Präsidenten Wladimir Wladimirowitsch Putin marschierten Truppen in das Nachbarland ein und führten damit zu einer maximalen Eskalation des seit 2014 andauernden russisch-ukrainischen Konflikts. Russland begann den Angriff auf das Land von Norden, Osten und Süden. Das Ziel, die ukrainische Hauptstadt Kyjiw<sup>1</sup> zu erobern und die dortige Regierung zu stürzen, gelang den russischen Truppen bis Ende März 2022 nicht. Seitdem spielt sich der Krieg vor allem im Osten und Süden der Ukraine ab und dauert bis heute (Juli 2025) an.

Dieser historisch sowie politikwissenschaftlich kontextualisiert zu betrachtende Krieg ist kein lokal begrenzter Konflikt, sondern hat politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen auf die ganze Welt. In dieser Masterarbeit soll es um die Reaktionen der Bundesrepublik Deutschland auf den Angriffskrieg gehen. Dabei sollen in erster Linie wichtige ergriffene Maßnahmen in den Bereichen der Verteidigungspolitik sowie der Energiepolitik gegenüber Russland und die Reden beziehungsweise Prozesse, die zu diesen Maßnahmen geführt haben, untersucht werden. Der Bereich der Verteidigungspolitik schließt im Rahmen dieser Arbeit auch die deutsche umfangreiche militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine mit ein.

Das Ziel der Arbeit ist es, die Veränderungen in den genannten Politikbereichen mit der maßgeblich von der *Copenhagen School of Security Studies* und ihren zentralen Denkern Barry Buzan, Ole Wæver und Jaap de Wilde entwickelten Securitization-Theorie<sup>2</sup> zu untersuchen. Diese Theorie soll als Grundlage für vorliegende Arbeit dienen und im Kapitel 2 genauer vorgestellt werden. Grundsätzlich geht die Securitization-Theorie davon aus, dass es kein objektives Verständnis von „Sicherheit“ gibt. Vielmehr sei dieses Konzept und insbesondere jede Form von Bedrohung dieser Sicherheit sozial konstruiert (Buzan et al. 1998, S.

---

<sup>1</sup> Es soll in dieser Arbeit – analog zu den deutschen und österreichischen Außenministerien – nach Möglichkeit immer die aus dem Ukrainischen abgeleitete Schreibweise für ukrainische Städte- und Personennamen verwendet werden.

<sup>2</sup> In dieser Arbeit werden die Begriffe „Securitization“ und „Versicherheitlichung“ synonym verwendet; „Securitization“ wird dabei als eingedeutschter Fachbegriff behandelt.

19). Das bedeutet kurz gesagt, dass bestimmte Akteure<sup>3</sup> mittels *speech acts* Themen sozusagen „versicherheitlichen“ können, das heißt, einen Zusammenhang zwischen *existential threats* (etwas von ihnen als existentielle Bedrohung kategorisiertes) und sogenannten *referent objects* (also von ihnen als existentiell bedroht angesehenen Phänomenen) herstellen. Dabei müssen sie eine *relevant audience*, also eine je nach Fall unterschiedliche Gruppe von Personen von der Bedrohung überzeugen. Ist die Securitization erfolgreich, so erlaubt dies dem *securitizing actor*, im wahrsten Sinne des Wortes *außer-ordentliche* Maßnahmen beziehungsweise Notfallmaßnahmen (*emergency measures*) zu ergreifen, um die Gefahr abzuwenden (ebd., S. 5).

Wie in dieser Arbeit noch ausführlich gezeigt wird, ist eines der Argumente, das Buzan et al. (1998) anführen, dass in den unterschiedlichsten Politikbereichen – sie nennen diese *sectors* – Versicherheitlichungen stattfinden können, nicht nur im Verteidigungssektor, wo es zunächst einmal einleuchtend scheint. Trotzdem behaupten sie, dass manche dieser Sektoren – insbesondere der Verteidigungssektor – aufgrund der ihnen zu Grunde liegenden Logiken schneller und stärker versicherheitlicht werden können als andere (ebd., S. 49). Es sollen daher die Veränderungen im deutschen Verteidigungsbereich mit denen im Energiebereich verglichen werden und untersucht werden, inwiefern in den Sektoren Versicherheitlichungen stattgefunden haben. So soll das Argument von Buzan et al. getestet werden. Dabei wird die Theorie noch um einen eigenen Beitrag ergänzt: die Grade der Versicherheitlichung. Hierbei handelt es sich um ein selbst entwickeltes System, mit dem untersucht werden kann, wie *stark* im Rahmen eines *speech acts* versicherheitlicht wird. Dazu wird auf die drei Framing-Dimensionen (*diagnostic, prognostic, motivational*) nach Snow & Benford (1988) zurückgegriffen und ein Kategoriensystem für jede dieser drei Dimensionen zur Messung unterschiedlicher Intensitäten, also Graden an Versicherheitlichungen, erstellt.

Die Forschungsfrage dieser Arbeit ist daher wie folgt formuliert:

---

<sup>3</sup> In dieser Arbeit wird nach Möglichkeit eine genderneutrale Sprache verwendet. In den seltenen Fällen, wo dies – etwa bei bestimmten Fremdwörtern – nicht oder nicht ohne eine erhebliche Beeinträchtigung des Leseflusses umsetzbar ist, bitte ich darum, die Begriffe, wenn nicht explizit anders angegeben, stets genderneutral zu verstehen.

*Inwiefern wurden die deutsche Verteidigungspolitik sowie Energiepolitik gegenüber Russland seit Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine unterschiedlich stark im Sinne von Buzan et al. (1998) versicherheitlicht – gemessen anhand eines selbst entwickelten Kategoriensystems unter Anwendung des Framing-Ansatzes nach Snow und Benford (1988)?*

Daraus ergeben sich zwei untergeordnete Leitfragen, die im Rahmen dieser Arbeit beantwortet werden sollen:

*A: Inwiefern wurde der Verteidigungssektor in Deutschland seit Beginn des russischen Angriffskriegs entsprechend dem Sektoren-Argument von Buzan et al. (1998) stärker versicherheitlicht als der Energiesektor?*

*B: Inwiefern kann man unterschiedliche Grade der Versicherheitlichung mit dem – in Bezug auf Snow und Benford (1988) – selbst entwickelten Framework sinnvoll und vergleichbar kategorisieren?*

Da der Krieg in der Ukraine noch andauert und sich die Situation ständig weiterentwickelt, ist es notwendig, sich einen klar definierten zeitlichen Rahmen zu setzen und so zu verhindern, dass das, was man heute schreibt, nicht morgen schon im Strudel der Ereignisse untergegangen oder obsolet geworden ist. In dieser Arbeit soll daher in erster Linie der Zeitraum bis zum Beginn des Krieges sowie der Zeitraum seit Beginn des Krieges im Februar 2022 bis einschließlich Februar 2025, also eine Dauer von drei Jahren, untersucht werden.

Zur Relevanz der Arbeit sei zuerst gesagt, dass die Securitization-Theorie sich in der Disziplin der Internationalen Beziehungen schon lange als gängige Theorie zur Erklärung konstruierter Bedrohungen seitens unterschiedlicher Akteure etabliert hat, wie im nächsten Kapitel zum Überblick über den Forschungsstand gezeigt werden soll. In dieser Arbeit kann die Theorie auf ein hochaktuelles Beispiel angewandt und in diesem Zuge das besagte Sektoren-Argument der Autoren geprüft werden. Gleichzeitig adressiert das selbst entwickelte System an Graden der Versicherheitlichung das – wie noch gezeigt werden soll – Fehlen einer Differenzierung in der Intensität oder eben Grad an Versicherheitlichung in der Theoriedebatte und kann im Rahmen dieser Arbeit erstmalig angewandt und so ebenfalls geprüft werden. Damit wird schließlich nicht nur eine Forschungslücke gefüllt, sondern die Arbeit kann auch eine Grundlage für vielfältige weitere

Forschungen in Bezug auf eine kritische Analyse von Maßnahmen in politischen Krisensituationen bilden.

Zum Aufbau der Arbeit: Diese Masterarbeit ist in sechs Kapitel aufgeteilt. Nach dieser Einleitung und einem kurzen Überblick über den Forschungsstand zu diesem Thema wird in Kapitel 2 zuerst der Sicherheitsbegriff hergeleitet, bevor im Detail die in dieser Arbeit verwendete Securitization-Theorie sowie verschiedene Kritiken an der Theorie und einige Weiterentwicklungen vorgestellt werden sollen. Anschließend wird die Integration der drei Framing-Dimensionen nach Snow & Benford sowie das daraus resultierende und für diese Arbeit eigens entworfene Framework an Graden der Versicherheitlichung vorgestellt. Es folgt dann das Erläutern des methodischen Vorgehens und die Begründung der Fallauswahl. Das Kapitel 3 widmet sich der Russisch-Ukrainischen Geschichte. Es sollen literaturgestützt kurz die historischen Gründe für den Konflikt herausgearbeitet werden und ein Überblick über den Verlauf des Krieges und die wichtigsten jüngeren Entwicklungen gegeben werden. In Kapitel 4 wird dann ebenfalls literaturgestützt zuerst die deutsche Verteidigungs- sowie die Energiepolitik vor dem Beginn des Angriffskriegs betrachtet, bevor die weitreichenden Maßnahmen, die seitdem in diesen Bereichen getroffen wurden, untersucht werden. In Kapitel 5 folgen dann die Analysen der *speech acts*, in denen Versicherheitlichungen durchgeführt wurden, zuerst im Verteidigungsbereich und anschließend im Energiebereich. Es sollen jeweils drei exemplarische Reden mittels qualitativer Inhaltsanalyse untersucht und hinsichtlich des Grades an Versicherheitlichung beurteilt werden. In Kapitel 6 schließlich sollen die Ergebnisse zusammengetragen werden und die beiden Politikbereiche hinsichtlich des erwähnten Arguments von Buzan et al. verglichen werden. Es folgt die daraus resultierende Beantwortung der Forschungsfrage sowie ein Ausblick auf mögliche zukünftige Forschungsfelder.

Bevor nun inhaltlich endgültig eingestiegen wird, soll an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass das Phänomen Krieg im Rahmen dieser Arbeit sachlich und wissenschaftlich als gewaltvolle Auseinandersetzung zweier Parteien betrachtet wird. Trotzdem scheint es mir angebracht und aus Respekt vor den Opfern und Leidtragenden des noch andauernden Krieges moralisch geboten, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass für jene Menschen, die vom Krieg betroffen sind, insbesondere die Zivilbevölkerung, dieses Phänomen in erster Linie

eine humanitäre Katastrophe darstellt und mit furchtbarem und unermesslichem Leid verbunden ist. Es sei also in dieser Form allen Leidtragenden dieses Krieges mein Mitgefühl und Respekt ausgesprochen.

## 1.1 Forschungsstand

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat in den unterschiedlichsten Bereichen der Politikwissenschaft intensive Untersuchungen und Debatten ausgelöst. Dieses Unterkapitel soll einen Überblick über die Vielfalt der sich daraus ergebenden Literatur vermitteln.

So wurde etwa in der Diskussion um die russischen Gründe und innenpolitischen Rechtfertigungen für den Krieg schon reichlich viel publiziert (etwa Dylan et al. 2022; Ferraro 2023; Kotz 2023; Nguyen et al. 2024; Oksamytna 2024; Pasti 2024; de Vogel/Sun 2024; Wolford 2024; Yetim 2024). Auch wurden bereits die Reaktionen einiger Länder genauer untersucht, etwa die Rolle Chinas (Eder 2023; Alperen 2024), Indiens (Verma 2023), Frankreichs (Weber 2024), Schwedens inklusive seines NATO-Beitrittes (Mitchell et al. 2024), der Türkei (Balta/Bal 2025), Estlands (Raik/Arjakas 2024) oder auch der Europäischen Union als Staatenverbund (etwa Meister 2023; Mi 2023; Maurer et al. 2024; Riddervold/Rieker 2024; Friedrichs/Sommer 2025; Sojka et al. 2025). Sehr interessant sind ebenfalls jene Beiträge, die den Schock des russischen Angriffskrieges insgesamt als Phänomen und auch aus Sicht der (sicherheitspolitischen) Weltordnung betrachten und einordnen (etwa Delanty 2023; Schirm 2023; Unterseher 2023; Fathi 2024; Martill/Sus 2024; Dück/Stahl 2025). Ferner wurde etwa schon zu den wirtschaftlichen Folgen des Krieges für Russland (Semenenko et al. 2024) und die Weltwirtschaft (Martins et al. 2025; Usman/Gil-Alana 2025) oder Themen wie der nuklearen Dimension des Krieges (Kühn 2022) oder den Einfluss des Krieges auf Migrationsdebatten in Europa (Dück et al. 2025) publiziert.

Darüber hinaus ist auch zum Begriff der „Zeitenwende“ – also dem von Olaf Scholz in seiner ersten Rede nach Beginn des Angriffskrieges verwendeten Bezeichnung für die daraus resultierenden Folgen für Deutschland und die Welt – und der damit einhergehenden außenpolitischen Neuausrichtung Deutschlands schon viel geschrieben worden (etwa Dück/Stahl 2023; Fröhlich 2023; Mader/Schoen 2023; Bendiek 2024; Bøggild et al. 2024; O’Neal 2024; Bunde 2025;

Heck 2025; Karpouchsis 2025; Nabers/Stengel 2025), zum Teil auch mit dem Fokus auf den Wandel in der deutschen Energiepolitik (etwa Wiertz et al. 2023), der Außenwirtschaftspolitik (etwa Kamin et al. 2023; Fröhlich 2025) oder in Bezug auf rechtsextreme Bewegungen im Land (Weisskircher 2025).

Für diese Arbeit besonders relevant sind aktuelle Beiträge, die mit der Securitization-Theorie arbeiten. Obwohl diese Theorie noch aus dem letzten Jahrhundert stammt, erfreut sie sich bis heute in der Analyse unterschiedlichster Politikbereiche hoher Popularität. Nur um die Breite der Themen zu verdeutlichen, verweist Rothe (2017, S. 45) beispielsweise auf Arbeiten zu Versicherheitlichungen im Bereich der Migration (Huysmans 2002), Pandemien (Elbe 2008) oder der modernen Piraterie (Tsvetkova 2009). Bezogen auf Russland und die Ukraine erklärt Fusiek (2022) beispielsweise mit der Theorie, wie Putin den Westen versicherheitlicht und so seinen Angriffskrieg auf die Ukraine legitimiert. Auch Hjermann & Wilhelmsen (2025) untersuchen mit Bezug auf die Theorie die russische Versicherheitlichung des Westens. Sie sprechen dabei von einem Zusammenspiel von *topoi of threat (TTs)* („common rhetorical insecurity devices that shape self/other securitisation over time“, ebd., S. 5) und *metapolitics* („a mode of interpretation driven by a belief in false appearances“, ebd.). TTs sind dabei wiederkehrende sprachliche Konstruktionen von Bedrohungssituationen, die Handeln erfordern, während *metapolitics* das vermeintliche „Entlarven“ (in diesem Falle westlicher) Absichten hinter verschiedenen Vorwänden beschreibt (beispielsweise Demokratie als Vorwand für westliche Expansion). Die Autoren argumentieren, dass ein Zusammenspiel dieser beiden Konzepte zu einer sehr effektiven Feindbildkonstruktion und Versicherheitlichung führen kann (ebd., S. 19 f.).

Den Blick der intergouvernementalen Ebene wendend, haben Sperling & Webber (2017) als Reaktion auf den Krieg in der Ostukraine seit 2014 und Gözkaman (2024) als Reaktion auf den Angriffskrieg beobachtet, wie über die Ebene von Nationalstaaten als Versicherheitlichungsakteuren hinaus auf der Ebene der NATO und Europäischen Union (und untereinander) *collective securitizations* durchgeführt werden, das heißt, dass – ausgehend von einer gemeinsamen Bedrohungswahrnehmung – Versicherheitlichungsprozesse auch oberhalb der nationalen Ebene gemeinsam durchgeführt werden und erfolgreich sein können. Daran anknüpfend untersucht Orenstein (2025) mit der Securitization-Theorie,

wie stark bestimmte Policy-Bereiche in der Europäischen Union versicherheitlicht wurden. Lupovici (2024), schließlich, untersucht, wie im Kontext des Angriffskrieges verschiedene *securitizing moves* andere solche *moves* bei Gegnern oder Partnern auslösen und verändern können und welche komplexen Wechselwirkungen dabei entstehen.

Obwohl – wie zuvor bereits gezeigt wurde – der Begriff der „Zeitenwende“ in der Literatur schon ausführlich behandelt wurde, gibt es kaum Beiträge, die die Zeitenwende im Bereich der Verteidigungs- und Energiepolitik im Lichte der Securitization-Theorie untersuchen. Zwar haben Konrad et al. (2025) Versicherheitlichtungen deutscher Politikerinnen und Politiker im Bereich der militärischen Unterstützung der Ukraine untersucht (sowohl für Waffenlieferungen als auch dagegen), beschränken sich dabei aber auf die Analyse von Social Media Posts und heben die Bedeutung dieser digitalen Plattformen hervor. Beidollahkhani & Rahmani (2023) untersuchen mit Hilfe der Securitization-Theorie, wie die Erdgas-Pipelines Nord Stream 1 und 2 seit Russlands militärischem Eingreifen in der Ostukraine zunehmend versicherheitlicht und sich von einem ambitionierten Wirtschaftsprojekt zu einem Sicherheitsproblem wandelten. Auch Meyer (2025) untersucht versicherheitlichtungstheoretisch die Frage der Energiesicherheit seit dem russischen Angriffskrieg, allerdings aus einer Perspektive ganz Europas und mit einem Schwerpunkt auf *journalistic cartography*, also wie mittels journalistischen Kartendarstellungen bestimmte Ansichten der öffentlichen Meinung beeinflusst werden. Tkocz & Stritzel (2025) diskutieren, inwiefern sich seit dem Angriffskrieg ein Wandel in den dominierenden Narrativen deutscher Parlamentsdebatten – insbesondere in Hinblick auf die eigene sicherheitspolitische Identität und die Idee der Verantwortung aus der Geschichte – zeigt. Nisch (2023) hingegen untersucht Tweets vom ehemaligen deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz in Bezug auf Russlands Invasion aus einer Perspektive des Framings, insbesondere wie Scholz Botschaften thematisch und emotional einrahmt. Weder Tkocz & Stritzel (2025) noch Nisch (2023) verwenden dabei jedoch das Framework der Securitization-Theorie. Müller & Gebauer (2021) verwenden eben dieses und kombinieren es mit einem Framing-Ansatz nach Benford & Snow (2000) – wie auch in dieser Arbeit geschehen soll – wenden es allerdings am Beispiel Österreich auf Versicherheitlichtungen internationaler politischer Fragen durch

populistische Parteien zugunsten von Mobilisierungen auf nationaler Ebene (etwa am Beispiel Migration) an. Auch wenn dies thematisch nicht unmittelbar mit der Versicherheitlichung im Zuge der Zeitenwende zu tun hat, so zeigen die Autoren doch, dass Versicherheitlichungen nicht nur darauf ausgelegt sein müssen, außerordentliche Maßnahmen zu legitimieren, sondern auch zum Beispiel von Populisten in deren rhetorisch-ideologischen Strategien – etwa entlang des „Volk – Eliten“ Gegensatzes – integriert werden können (Müller/Gebauer 2021, S. 772).

Insgesamt zeigt sich allerdings, dass eine gesonderte und vergleichende Untersuchung der Versicherheitlichungsprozesse in den Bereichen der deutschen Verteidigungs- und Energiepolitik seit Beginn des russischen Angriffskriegs anhand von *speech acts* in Form von Reden noch nicht erfolgt ist. Außerdem – und dies wird im Theorieteil noch genauer erläutert – wird der Erfolg einer Versicherheitlichung überwiegend als binär betrachtet (versicherheitlicht oder nicht versicherheitlicht) oder höchstens als ein Bereich, in dem ein Thema unterschiedlich stark versicherheitlicht sein kann, ohne dass es jedoch konkrete Abstufungen mit abgrenzbaren Definitionen gäbe. An diesen Stellen soll diese Arbeit einen Beitrag leisten.

## 2. Theorien und Methodik

In diesem Kapitel soll die dieser Arbeit zugrunde liegende Theorie sowie das sich daraus ergebende genaue methodische Vorgehen vorgestellt werden.

### 2.1 Sicherheitsbegriff

Ausgangspunkt der theoretischen Überlegungen soll die Definition des Konzepts der Sicherheit sein. Eine allgemein umfassende und gleichsam aussagekräftige Definition für den Begriff der Sicherheit aufzustellen, scheint fast unmöglich. Sicherheit ist jedenfalls „eine der wesentlichen Voraussetzungen aller Bereiche des öffentlichen Lebens sowie Grundbedarf aller natürlichen und sozialen Systeme“ (Endreß/Petersen 2012). In seinem Handbuch „Sicherheit, Sicherheitspolitik und Militär. Deutschland seit der Vereinigung“ geht Wilfried von Bredow (2015) zuerst von einem „anthropologisch-existentiellen Sicherheitsbegriff“ (ebd., S. 22) aus. Dieser umkreist das Bedürfnis, das aus der „Erfahrung existentieller Unsicherheit“ (ebd., S. 20), die als „anthropologische Konstante“ (ebd.) jedem

menschlichen Leben zugrunde liegt, entspringt. Es geht hier also um die Gewissheit, dass letztlich alles ungewiss sei und man nie wirklich wissen könne, was die Zukunft einem bringt. Der Mensch sucht also seit jeher nach Möglichkeiten, die vielfältigen Unsicherheiten des Lebens so gut es geht zu reduzieren (ebd.).

Im (politischen) Alltagsgebrauch wird Sicherheit ganz allgemein oft als Gegenpol zur Idee der Freiheit betrachtet – etwa wenn es um bestimmte Policy-Maßnahmen geht. Die Grundbedingung lautet dabei immer, dass es innerhalb eines Staates weder vollständige Freiheit noch Sicherheit geben könne, und dass mehr Freiheit konträr gleich weniger Sicherheit bedeute und umgekehrt, ohne dabei wirklich genau darauf einzugehen, was beide Begriffe eigentlich bedeuten (Gusy 2012). Sie stellen dabei subjektive und relative Werte da, die vor allem von den Bedürfnissen und der Wahrnehmung des Einzelnen abhängig sind (ebd.). Diese Form der Sicherheit ist hauptsächlich jene, die das Leben *innerhalb* eines Staates betrifft, und damit konkret die „Aufrechterhaltung der festgelegten Ordnung innerhalb eines Staates“ (von Bredow 2015, S. 19). Das Bedürfnis nach *innerer Sicherheit* lässt sich dabei staatsrechtlich mit Thomas Hobbes' Idee der Suche des Menschen nach einem Ende des Kampfes „aller gegen alle“ („bellum omnium contra omnes“) in dem von ihm bezeichneten Naturzustand, also vor dem Entstehen größerer sozialer Gemeinschaften, herleiten (Grutzpalk 2012). Die Menschen treten demnach in organisierten Gesellschaften das Recht über den Gebrauch von Gewalt an den Staat ab, achten und fürchten dessen neu geschaffenes Gewaltmonopol, erwarten aber im Gegenzug, dass der Staat diese Gewalt wiederum nutzt, um innere Ordnung zu gewährleisten und den Gebrauch von Gewalt untereinander zu verhindern, nötigenfalls auch zu bestrafen (ebd.). Ein möglichst mächtiger und furchteinflößender Staat – bei Hobbes in der Form des „Leviathan“, also eines schrecklichen alttestamentarischen Ungeheuers – soll die Menschen dabei davon abhalten, selber gewalttätig zu werden.

Im Gegensatz dazu steht die *äußere Sicherheit*. Diese lässt sich – wenn man von einem internationalen System mit Staaten als autonomen Subjekten ausgeht – in der Regel als „Schutz vor einem Angriff auf den Staat von außen, also in der Regel durch einen anderen Staat“ (von Bredow 2015, S. 19) beschreiben. Die wichtigste Rolle spielt dabei im Gegensatz zur inneren Sicherheit (Justiz und Polizei) das Militär als Ausdruck staatlicher Angriffs- und Verteidigungsbereitschaft

sowie -fähigkeit (ebd., S. 21). Dieses Verständnis von Sicherheit entspricht dem der „klassischen“ Theorieschulen der Internationalen Beziehungen als Teildisziplin der Politikwissenschaft, also dem (Neo-)Realismus, Liberalismus und Institutionalismus (Walt 1991, S. 212 f. zitiert nach Rothe 2017, S.38).

Neben diesem „staatszentrierten politisch-militärischen Sicherheitsbegriff“ (von Bredow 2015, S. 22) hat sich im Laufe des letzten Jahrhunderts bis in die Gegenwart ein neuer, *erweiterter* Sicherheitsbegriff etablieren können. Dieser Prozess begann noch vor dem Fall der Sowjetunion – so zeigte etwa die Nuklearkatastrophe von Tschornobyl, dass Technik- und Umweltrisiken oft nicht regional begrenzt sind und sich schon gar nicht für Grenzen von Nationalstaaten interessieren – und nahm mit zunehmender Globalisierung zu (ebd., S. 22-23). Neben Gefahren im Bereich der Umwelt (von Klimawandel über FCKW-Gase bis hin zu Süßwasserknappheit, um nur drei Beispiele zu nennen) wurden zunehmend auch ökonomische (etwa die Stabilität der Finanzmärkte) sowie gesundheitliche Themen (Epidemien, Pandemien) zu Sicherheitsfragen (ebd.). Gegen solche Gefahren können klassische Sicherheitsakteure wie Polizei und Militär kaum etwas ausrichten. Der internationale Terrorismus sowie die Zunahme innerstaatlicher Konflikte im Vergleich zum klassischen zwischenstaatlichen Konflikt führten zudem zu einer Aufweichung der Unterscheidung zwischen *innerer* und *äußerer* Sicherheit (Rothe 2017, S. 39). Insgesamt erweiterte sich der Sicherheitsbegriff in zwei Dimensionen: Erstens, „über den Bereich militärischer Verteidigung hinaus – etwa auf die Bereiche der Umwelt oder der Wirtschaft“ (Buzan/Hansen 2009, S. 187 zitiert nach Rothe 2017, S. 40) und zweitens hinsichtlich der „Vertiefung von Sicherheit auf Referenzobjekte jenseits des Nationalstaats – etwa auf das internationale System oder auf Individuen“ (ebd.). Dieses *erweiterte* Verständnis von Sicherheit wird von Vertreterinnen und Vertretern der traditionellen sicherheitspolitischen Forschung bisweilen mit der Begründung kritisiert, es überdehne den Begriff semantisch und lasse ihn so an Bedeutung verlieren (Rothe 2017, S. 40).

Insgesamt zeigt die theoretische Debatte rund um diesen Begriff, dass Sicherheit letztlich „nur negativ definiert (und in einer vergänglichen Welt niemals vollständig erreicht) werden [kann] – als Abwesenheit tatsächlicher oder gefühlter Bedrohungen“ (ebd., S. 35). Die Tatsache, dass diese „gefühlte“ Wahrnehmung ein Thema

schon zur Bedrohungen machen kann, leitet zum nächsten Abschnitt dieses Kapitels über, in dem das Verständnis von Sicherheit im Lichte der Securitization-Theorie erörtert wird.

## 2.2 Securitization-Theorie

### 2.2.1 Allgemeines

Die *Securitization Theory* ist eine konstruktivistische Theorie der Internationalen Beziehungen, die im Wesentlichen von der Kopenhagener Schule, deren prominenteste Vertreter Barry Buzan (\*1946), Ole Wæver (\*1960) und Jaap de Wilde (\*1957) sind, entwickelt wurde. Ihr Hauptwerk ist das 1998 erschienene Buch „Security: A New Framework for Analysis“. Ausgangspunkt der Überlegungen der Autoren ist die Debatte um den zuvor erläuterten Dualismus zwischen Verfechtern des traditionellen Sicherheitsbegriffs, die Staat und Militär als wichtigste Akteure betrachten, und jenen, die sich für eine Erweiterung des Sicherheitsbegriffs auf andere Politikfelder und Akteure einsetzen (Buzan et al. 1998, S. 1-4). Das Ziel der Autoren ist es, diesen Dualismus zu überwinden (ebd., S. 4). Dazu soll ein Framework (also konzeptionelles Grundgerüst) gebaut werden, das auf der *weiten* Auslegung des Sicherheitsbegriffs basiert, aber auch die Position der Traditionalisten inkludiert (ebd.). Dazu schreiben die Autoren:

„We seek to find coherence not by confining security to the military sector but by exploring the logic of security itself to find out what differentiates security and the process of securitization from that which is merely political. This solution offers the possibility of breaking free from the existing dispute between the two approaches.“ (ebd., S. 4-5).

Weiter schreiben sie, Sicherheitsgefahren könnten in den unterschiedlichsten Politikbereichen auftreten, seien aber nie per se Gefahren, sondern eine solche Klassifizierung hänge immer davon ab, wie in den jeweils relevanten Diskursen mit ihnen umgegangen werde. Die Unterscheidung ergäbe sich demnach daher, ob das Thema im Rahmen normaler politischer Prozesse („normal run of the merely political“, ebd., S. 5) behandelt werde oder als besonderes Problem, das besondere Maßnahmen erfordere (ebd.). Im letzteren Fall bedürfe es dafür folgender Kriterien: Eines *securitizing actor*, der eine mögliche Gefahr für ein *referent object* (zu schützender Gegenstand) als *existential threat*, also existentielle Gefahr, darstellt und (falls erfolgreich) als Ergebnis dieser Securitization (also

„Versicherheitlichung“) Zugang zu *emergency measures* bekommt, die außerhalb der üblichen Prozesse, Maßnahmen und Regeln der Politik liegen („beyond rules that would otherwise bind“, ebd.). Diese, den Prozess der Securitization ausmachende, Kriterien sollen im weiteren Verlauf dieses Kapitels noch genauer beleuchtet werden.

Interessant und anzumerken ist, dass die Autoren der Kopenhagener Schule hier offenbar nicht versuchen, eine völlig revolutionäre und umfassende neue Theorie zu schaffen, sondern vielmehr ein Framework, ein Grundgerüst also, um die zuvor dominierenden und zugleich divergierenden Positionen in der Sicherheitsforschung synthetisch zu vereinen. Für sie bedeutet Sicherheit – in diesem Fall bezogen auf die Disziplin der Internationalen Beziehungen – dass etwas Gefährdetes geschützt werden muss. Damit knüpfen sie an die klassisch-militärische Idee des „Überlebens“ im internationalen System an (ebd., S. 21). „Security“ ist für sie also „the move that takes politics beyond the established rules of the game and frames the issue either as a special kind of politics or as above politics. Securitization can thus be seen as a more extreme version of politicization“ (ebd., S. 23). Ein Prozess also, an dessen Ende ein Bruch anerkannter Regeln steht, wenn er erfolgreich ist. Die Unterscheidung zur *politicization* muss dabei wie folgt verstanden werden: Eine politische Frage kann völlig entpolitisiert sein, dann wird ihr keinerlei Beachtung geschenkt. Sie kann aber nach Buzan et al. auch auf einer Skala unterschiedlich stark politisiert sein. Entsprechend des Grades werden ihr in Bezug auf die Governance der selbigen Aufmerksamkeit und Ressourcen zugeteilt (ebd., S. 23-24). Dabei muss der Akteur keineswegs allein der Staat sein (ebd., S. 24), im Grunde kann eine solche Versicherheitlichung in jedem Bereich gesellschaftlicher Organisation erfolgen, von Familien über Nachbarschaftsverbände, Vereine, Unternehmen, Parteien bis hin zu den großen staatspolitischen Fragen. Auch müssen diese Formen gesellschaftlicher Organisation nicht zwingend liberal-demokratisch sein (ebd., S. 24-25); in so gut wie jeder Organisation gibt es Regeln und auch wenn ein Autokrat oder Diktator sicher nicht die breite gesellschaftliche Masse von der Notwendigkeit bestimmter Maßnahmen zu überzeugen hat, so muss er doch womöglich seinem engsten Kreis an Generälen oder sonstigen Stützen seines Systems glaubhaft darlegen können, warum die sonst übliche Art und Weise, die Dinge anzugehen, in diesem Fall nicht ausreicht

um ein Problem zu lösen, sondern außerordentliche Maßnahmen getroffen werden müssen. Eine Securitization liegt also immer dann vor, wenn ein Akteur es mit der Darstellung eines Problems als existentielle Bedrohung geschafft hat, sich von den üblichen Entscheidungsfindungsprozessen und anerkannten Maßnahmen zu lösen (ebd., S. 25), sie ist „constituted by the intersubjective establishment of an existential threat with a saliency sufficient to have substantial political effects.“ (ebd.). Die Autoren kommen also zu folgendem Ergebnis: „‘Security’ is thus a self-referential practice, because it is in this practice that the issue becomes a security issue—not necessarily because a real existential threat exists but because the issue is presented as such a threat.“ (ebd., S. 24).

### 2.2.2 Definitionen

Was genau charakterisiert nun aber den *securitizing actor*, das *referent object*, die *emergency measures* und alle weiteren Aspekte des Versicherheitlichungsprozesses?

**Securitizing actor:** Kurz ausgedrückt ist dies der Akteur, der ein Anliegen versicherheitlicht, in dem er im Rahmen eines *speech act* ein *referent object* als existentiell bedroht deklariert (Buzan et al. 1998, S. 36). Das nennt man auch einen *securitizing move*. Dabei muss es sich nicht um eine einzelne Person handeln, auch Gruppen können *securitizing actors* sein (ebd., S. 40). Als typische Beispiele werden von den Autoren politische Mandatsträgerinnen und -träger in Führungspositionen, Bürokraten, Regierungen, Lobbyisten und Interessengruppen angeführt (ebd.). Interessant ist, dass diese Akteure meistens nicht sich selbst als *referent object* versicherheitlichen, sondern tendenziell etwas anderes, in der Regel weitungspannendes und existentielles wie die Nation, das politische System oder grundlegende gesellschaftliche Prinzipien (ebd.). Dies wirft aber die Frage auf, wer denn nun genau der Akteur ist. Hält ein Mitglied einer Regierung eine Rede vor dem Parlament, ist er oder sie als Person und individueller Politiker der Akteur oder als Minister, oder gar die ganze Regierung? Die Autoren bezeichnen diese Frage selbst als „tricky“ (ebd., S. 40). Letztendlich könne man jede Form eines Kollektivs in irgendeiner Weise in untergeordnete Einheiten dividieren, bis man beim Individuum ankomme (ebd.). Die Autoren warnen aber davor, sich zu sehr auf Individuen zu fokussieren, da dies die sozial-gesellschaftliche Einbettung des Akteurs vernachlässige und ein Kollektiv insgesamt immer mehr

sei als die reine Summe seiner Individuen (ebd.). Gleichzeitig könne man aber einen bestimmten *speech act* durchaus auf verschiedenen Ebenen betrachten, erneut auf der individuellen Ebene, aber dann auch etwa auf einer bürokratischen oder eine gesamtstaatlichen. Dies erschwere die Bestimmung des versicherheitslichenden Akteurs zusätzlich (ebd.). Letztendlich argumentieren die Autoren, dass man *securitizing actors* immer als Repräsentanten des größeren Kollektivs, das sie vertreten, betrachten sollte (ebd., S. 41). Dabei müsse man die gesamte Logik des *speech act* betrachten:

„Is it an action according to individual logic or organizational logic, and is the individual or the organization generally held responsible by other actors? Focusing on the organizational logic of the speech act is probably the best way to identify who or what is the securitizing actor.“ (ebd.).

**Speech act:** Mit der Idee des *speech act* greifen Buzan et al. auf die von John L. Austin und John Searle in der Linguistik entwickelte Sprechakththeorie zurück (Rothe 2017, S. 40-41). Kurz zusammengefasst: „By saying the words, something is done“ (Buzan et al. 1998, S. 26). Dabei besteht ein Sprechakt aus drei Teilelementen (Lokution, Illokution und Perlokution), die sich wie folgt charakterisieren lassen: Die Lokution ist der physische Akt des Äußerns, die Illokution ist die mit der Äußerung einhergehende Handlung (etwa ein Befehl oder eine Bitte), und die Perlokution beschreibt den Effekt, den der Sprechakt bei der hörenden Person auslöst (Austin 1975 zitiert nach Rothe 2017, S. 41). Bezogen auf die Securitization wäre die Lokution also beispielsweise eine Rede, die Illokution das Erklären der Notwendigkeit, etwas zu tun, um etwas zu beschützen und die Perlokution die Reaktion der *audience*, die die Securitization akzeptieren kann oder nicht. Inhaltlich besteht der *speech act* aus der Darstellung eines *existential threat*, einem „point of no return“ (Rothe 2017, S. 33), also der dringenden Notwendigkeit zu handeln, da ansonsten irreparabler Schaden die Folge sein wird sowie einer möglichen – wenn auch weitgehende Maßnahmen erfordernde – Lösung (ebd.). Dieses Vorgehen nennen die Autoren die „Grammatik der Sicherheit“ (Buzan et al. 1998, S. 32-33). Damit dann ein *speech act* überhaupt Aussicht auf Erfolg haben könne, bedürfe es in der Regel auch der Fähigkeit, überhaupt gehört zu werden sowie eines gewissen Maßes an Autorität und Anerkennung (Rothe 2017, S. 42). Buzan et al. nennen das – in Anlehnung an Bourdieu – soziales Kapital (1998, S. 33). Damit einher gehen auch einige soziale und

linguistische Fähigkeiten, etwa in der Lage zu sein, einen Raum zu „lesen“ und in jeder Situation den „richtigen Ton“ zu treffen.

**Existential threat:** Hierbei handelt es sich um die existentielle Gefahr, die das *referent object* bedroht. Buzan et al. schreiben dazu:

„Existential threat can only be understood in relation to the particular character of the referent object in question. We are not dealing here with a universal standard based in some sense on what threatens individual human life. The essential quality of existence will vary greatly across different sectors and levels of analysis; therefore, so will the nature of existential threats.” (ebd., S. 21-22).

Damit ist schon das wichtigste gesagt: Es gibt keine allgemeine und universelle Typisierung von Gefahren, sondern sie hängen immer mit dem zu beschützenden *referent object* zusammen. Im militärischen Bereich etwa beziehen sich *existential threats* in der Regel auf das Überleben des Staates, wie zuvor bereits mit Bezug auf den traditionell-realistischen Sicherheitsbegriff dargelegt wurde. Allerdings hat sich in den letzten Jahrzehnten auch der militärische Sicherheitsbegriff gewandelt, denn so wurden und werden etwa viele Armeen westlicher Länder in letzter Zeit nicht unbedingt zur eigenen Landesverteidigung eingesetzt, sondern – beispielsweise im Rahmen von Friedensmissionen – vielmehr im Ausland. *Existential threats* würden in diesem Fall zum Beispiel die Sicherheit von im Ausland stationierten Truppen betreffen (ebd., S. 22). Ob nun eine Gefahr sozusagen „real“ ist oder nicht, spielt bei der Untersuchung dieser im Lichte der Securitization-Theorie keine Rolle:

„For the analyst to grasp this act, the task is not to assess some objective threats that ‘really’ endanger some object to be defended or secured; rather, it is to understand the processes of constructing a shared understanding of what is to be considered and collectively responded to as a threat.” (ebd. S. 26).

Trotz dieser grundsätzlich stark konstruktivistisch geprägten Sicht geben sie durchaus zu, dass sich bestimmte Dinge besonders als *existential threats* eignen, da sie sich kraft Natur ihrer Sache als solche etabliert haben und von vielen als allgemein bedrohlich angesehen werden:

„It is more likely that one can conjure a security threat if certain objects can be referred to that are generally held to be threatening—be they tanks, hostile sentiments, or polluted waters. In

themselves, these objects never make for necessary securitization, but they are definitely facilitating conditions." ebd., S. 33).

**Referent object:** Hierbei handelt es sich um das, was von einem *securitizing actor* als durch ein *existential threat* bedroht dargestellt wird („things that are seen to be existentially threatened and that have a legitimate claim to survival." ebd., S. 36 f.). Dabei kann grundsätzlich alles ein *referent object* sein, wenngleich es traditionell oft der Staat beziehungsweise das Überleben oder die Unabhängigkeit des selbigen ist (ebd.). *Referent objects* sind außerdem meistens eine Form von Kollektiv, das geschützt werden muss. Individuen und kleine Gruppen haben laut den Autoren aufgrund ihrer geringen Reichweite und Bedeutung in der Regel die niedrigsten Chancen, als *referent objects* „versicherheitlicht“ zu werden, aber auch Versuche, eine Securitization auf der Makroebene durchzuführen – also zum Beispiel die ganze Menschheit als *referent object* zu formen – hätten keine große Aussicht auf Erfolg (ebd.). Die erfolgreichsten *referent objects* sind also meistens nicht Kollektive auf der kleinsten Ebene oder auf der makro-systemischen Ebene, sondern auf einer mittleren Ebene („middle-level“, ebd.). Hierbei handelt es sich etwa um Staaten, Nationen oder (in Bezug auf Huntington) Zivilisationen (ebd.). Die Autoren sprechen hier mit Verweis auf Foucault von einer „interpretative community“ (ebd., S. 37), es gibt also eine Form gemeinsamer Deutung und ein „Wir“-Gefühl, das sich durch Rivalität zu konkurrierenden Kollektiven (etwa anderen Staaten) verstärkt und das dementsprechend erfolgreicher als bedroht und schutzbedürftig dargestellt werden kann. Trotzdem darf hier wieder nicht zu stark staats- oder nationszentriert gedacht werden. Auch supranationale Institutionen wie die Europäische Union können zu *referent objects* gemacht werden (ebd., S. 22). Oder losgelöst von der Idee politischer Institutionen etwa im Bereich der Umwelt das Überleben bestimmter Arten oder Ökosysteme bis hin zu größeren Phänomenen wie die Erhaltung des Klimas (ebd., S. 23). In Bezug auf die angesprochene makro-systemische Ebene muss erwähnt werden, dass sich die Autoren elf Jahre nach diesem Werk in ihrem Artikel „Macrosecuritisation and Security Constellations: Reconsidering Scale in Securitisation Theory“ (Buzan/Waever 2009) ein Stück weit selbst revidiert haben und zugeben, dass – etwa im Zuge der Bekämpfung des Islamischen Terrorismus Anfang unseres aktuellen Jahrhunderts – durchaus auch einige makro-systemischen Versicherheitlichungen zu beobachten waren, in denen internationale Akteure

ähnliche nationale Versicherheitlichungsdiskurse erfolgreich miteinander verknüpfen konnten (ebd.; Rothe 2017, S. 43).

**Audience:** Die *audience* – auf Deutsch sozusagen der im Rahmen von *speech acts* adressierte Kreis an Personen – spielt eine Schlüsselrolle im Prozess der Versicherheitlichung, denn nur sie kann die Securitization abschließend akzeptieren und damit erfolgreich machen. Im Gegenzug kann eine *audience* den Prozess auch scheitern lassen, wenn sie sich nicht von der existentiellen Gefahr und der Notwendigkeit außerordentlicher Maßnahmen überzeugen lassen will („Successful securitization is not decided by the securitizer but by the audience of the security speech act: Does the audience accept that something is an existential threat to a shared value?“, Buzan et al., S. 31). Aufgrund dieser aktiven Rolle im Prozess der Versicherheitlichung empfiehlt sich die deutsche Übersetzung als „Publikum“ eher nicht, weshalb diese hier vermieden werden soll, impliziert sie doch eine zu passive Zuhörerschaft. Über die genannten Rahmenbedingungen hinausgehend bleiben die Autoren aber vollkommen vage darüber, was genau die *audience* eigentlich charakterisiert und wie man diese in einzelnen Fällen genau bestimmt. Angenommen es wird ein *securitizing move* vor dem Deutschen Bundestag gehalten: Wer ist hier die *audience*? Das Parlament, also die Abgeordneten? Die Fraktionsspitzen der Koalitionsregierung? Die Mitglieder der relevanten Ausschüsse? Oder gar die allgemeine Öffentlichkeit? Aus der Theorie erfahren wir nur, dass die *audience* „significant“ (ebd., S. 27) sein muss und ihre Akzeptanz der Versicherheitlichung die *conditio sine qua non* für den Erfolg des *securitizing move* ist. Jede Beurteilung etwaiger Einzelfälle wird der Argumentation der analysierenden Person überlassen. Dies ist einer der Kritikpunkte an der Theorie, der noch aufgegriffen werden soll.

**Emergency measures:** Den Abschluss dieser Definitionen bilden die Notfallmaßnahmen. Wichtig anzumerken ist hier zuerst, dass sich der Erfolg eines *securitizing moves* **nicht** daran misst, ob *emergency measures* tatsächlich beobachtet werden können, sondern nur daran, ob die *audience* die Notwendigkeit dieser akzeptiert und damit ihre Nutzung grundsätzlich legitimiert (ebd., S. 25). *Emergency measures* im Sinne der Theorie sind dabei solche Maßnahmen, die außerhalb der üblichen festgelegten Prozesse, Regeln und Normen liegen. Buzan et al. definieren wie folgt:

„[T]o handle the issue through extraordinary means, to break the normal political rules of the game (e.g., in the form of secrecy, levying taxes or conscription, placing limitations on otherwise inviolable rights, or focusing society's energy and resources on a specific task)” (ebd., S. 24).

Auch hier stellt sich wieder die Frage, wie weit diese Definition auszulegen ist, obwohl die Autoren diesmal sogar Beispiele liefern. Diese werfen meines Erachtens nach aber mehr Fragen auf, als sie beantworten. Grundsätzlich bedeutet „extraordinary“, dass es sich um außergewöhnliche, also besondere, nicht-normale – damit also nicht der Logik des politischen Alltags entsprechende – Maßnahmen handelt. Diese müssen die üblichen Regeln des „Politikspiels“ brechen. Die Probleme in der Auslegung entstehen nun bei den von den Autoren genannten Beispielen. Während man bei der Einschränkung sonst garantierter Grundrechte zwar noch nachvollziehen kann, dass es sich hierbei um einen solchen Bruch der Regeln handeln kann – wobei eine gewisse, streng geregelte Einschränkung von Grundrechten durchaus auch innerhalb liberaler Demokratien verfassungsrechtlich für bestimmte Situationen vorgesehen sein kann – so wirken Maßnahmen wie etwa das Erheben von bestimmten Steuern doch eher im normalen Ermessungsspielraum des Gesetzgebers und implizieren jedenfalls nicht notwendigerweise das Vorliegen eines eklatanten Regelbruchs. Die Frage ist hier also: Wie geht man mit Maßnahmen um, die zwar womöglich außerhalb der normalen Alltagspolitik liegen, durchaus *außer-gewöhnlich* sind, aber noch vollkommen im Rahmen der festgelegten Prozesse und Regeln, kurz, der verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen ergriffen wurden? Diese Frage lassen die Autoren in ihrem Werk unbeantwortet, ein weiterer Aspekt, der im Unterkapitel zur Kritik an der Theorie weiter erörtert werden soll.

Wenngleich die *securitization theory* in erster Linie ein theoretisches Analysemodell darstellen soll, so geht mit ihr durchaus auch ein normativer Anspruch einher, auf den hier noch kurz eingegangen werden soll: Ein erfolgreicher *securitizing move* hebt ein Thema bekanntlich aus dem Bereich des „normalen Politikalltags“ heraus und ermöglicht es, dieses mit außerordentlichen und die anerkannten Regeln brechenden Maßnahmen zu bekämpfen. Dieses Vorgehen – insbesondere die damit einhergehenden Regelbrüche – finden die Autoren grundsätzlich gefährlich, bietet es doch politisch Verantwortlichen die Möglichkeit, etwa demokratische Strukturen zu untergraben oder die Opposition zum Schweigen zu bringen

und fordern daher „desecuritization“ (ebd., S. 29), also dass alle Themen in erster Linie im Rahmen der normalen politischen Prozesse behandelt werden und nicht ständig mittels *securitizing moves* in den sozusagen politischen Notfallbetrieb verschoben werden sollten. Sie schreiben dazu:

„Our belief, therefore, is not ‘the more security the better.’ Basically, security should be seen as negative, as a failure to deal with issues as normal politics. Ideally, politics should be able to unfold according to routine procedures without this extraordinary elevation of specific ‘threats’ to a pre-political immediacy.” (ebd.).

### 2.2.3 Sektoren

Buzan et al. (1998) unterscheiden in den Kapiteln 3 bis 7 ihres Hauptwerks fünf politische Bereiche („sectors“), in denen Versicherheitlichungen auf unterschiedliche Arten und Weise durchgeführt werden: *Military*, *Environmental*, *Economic*, *Societal* und *Political*. Diese Unterscheidung soll erstens zeigen, dass Versicherheitlichungen eben nicht nur im militärischen Bereich erfolgen können, sondern auch in einem oder mehreren anderen Politikfeldern, was erneut die weite Auslegung des Sicherheitsbegriffs unterstreicht. Zweitens zeigt diese Unterscheidung, dass alle Versicherheitlichungen unterschiedlicher politischer Fragen im Kontext ihres Bereichs und den diesen Bereichen zugrundeliegenden „Logiken“ zu verstehen sind (ebd., S. 7-8). Da in dieser Arbeit die Maßnahmen im Bereich der deutschen Verteidigungspolitik sowie der Energiepolitik gegenüber Russland untersucht werden sollen, bedarf es einer genaueren Betrachtung des *military sectors* (Kapitel 3) für die Rüstungs- und Verteidigungspolitik und des *economic sectors* (Kapitel 5) für die Energiepolitik, denn wie gleich gezeigt werden soll, fällt dieser Politikbereich (insbesondere Ressourcenabhängigkeit) in den *economic sector*.

**Military Sector:** Der militärische Sektor ist der am stärksten vom klassischem Sicherheitsverständnis geprägte Sektor (ebd., S. 49-50). Die *referent objects* sind typischerweise Staaten selbst, es geht oft um Bedrohungen der territorialen Integrität oder im extremsten Fall gar um das staatliche Überleben. Auch wenn die Autoren diesen Sektor durchaus um einige Ausnahmen erweitern, entspricht die Sicht auf diesen Bereich auch in den übrigen Aspekten im Wesentlichen dem konventionellen klassisch-militärischen Sicherheitsbegriff, der im Rahmen dieser Arbeit schon ausreichend erläutert worden ist (ebd.). Zentral für diese Arbeit sind

hingegen die „Logik“ und Anschlussfähigkeit dieses Bereichs für Versicherheitlichungen. Dazu schreiben die Autoren: „The military sector is the one in which the process of securitization is most likely to be highly institutionalized.“ (ebd., S. 49) und später noch dazu:

„Military threats and vulnerabilities have traditionally been accorded primacy in thinking about national security, for several good reasons. Unlike some other types of threat, military ones are frequently intentional and directed. When used, they represent a breakdown or abandonment of normal political relations and a willingness to have political, economic, and social issues decided by brute force. Restraints on behavior in such contests are few and fragile. Societies engaged in war put at risk not only the lives and welfare of their citizens but also their collective political, economic, and social achievements. [...] Military threats threaten everything in a society, and they do so in a context in which most of the rules of civilized behavior either cease to function or move sharply into the background. They are the existential threat par excellence.“ (ebd., S. 57-58).

Damit sagen die Autoren, dass Bedrohungen im militärischen Bereich – auch aufgrund der erheblichen gesamtgesellschaftlichen Risiken, die mit ihnen einhergehen – sozusagen von sich heraus, kraft ihrer Natur, sehr dazu neigen, von großen Teilen der Gesellschaft als tatsächliche Bedrohungen ihrer Sicherheit wahrgenommen zu werden und damit auch im Rahmen von *securitizing moves* versicherheitlicht zu werden. Der Bereich hat also eine stark immanente „Sicherheitslogik“, die die Anschlussfähigkeit für Versicherheitlichungen sowie Institutionalisierungen in Politik und Verwaltung erhöht und so auch die Schwelle für außergewöhnliche Maßnahmen senkt.

**Economic sector:** Im wirtschaftlichen Sektor verhält es sich anders. Die Autoren argumentieren, dass Themen in diesem Bereich mit seiner liberal-marktwirtschaftlichen Logik nicht von sich aus dazu tendieren, als Sicherheitsfragen wahrgenommen zu werden (ebd., S. 99, 109). Das scheint einleuchtend. Hinzu kommt, dass die Marktwirtschaft an sich von der Idee der Konkurrenz und damit des ständigen Risikos dominiert wird; es gibt von Natur aus Gewinner und Verlierer und dies erschwert also die Möglichkeit der Versicherheitlichung – insbesondere je niedriger die systemische Ebene, auf der diese erfolgt (ebd., S. 109). Trotzdem gibt es auch in diesem Bereich die Möglichkeit, dass bestimmte Themen im Rahmen von *securitizing moves* adressiert werden. Das ist insbesondere dann häufig der Fall, wenn ökonomische Fragen sich auch auf andere Politikbereiche auswirken (ebd., S. 99). Dies wird später von den Autoren nochmals

unterstrichen: „To the extent that clear existential threats arise from such economic issues, they do so because of their impact in other sectors rather than their impact within the economic sector itself.” (ebd., S. 105). Oft haben diese Gefahren mit erheblichem Verlust von gesamtgesellschaftlichem Wohlstand zu tun, der in der extremen Folge zu sozialer Instabilität, Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung bis hin zu Revolutionen führen kann (ebd., S. 102). Konkret schlagen die Autoren eine Reihe an wirtschaftlichen Themen vor, die Grundlage einer Versicherheitlichung sein können; etwa die Frage, ob man – mit zunehmender Verflechtung in globale Märkte – die Fähigkeit zur unabhängigen militärischen Produktion (und damit Verteidigungsfähigkeit) noch aufrechterhält (ebd., S. 98). Dies wäre also ein Thema, wo wirtschaftliche Fragen auch in den militärischen Bereich übergreifen. Für die in der Arbeit zu behandelnde Energiepolitik ist die Gefahr der Ressourcenabhängigkeit am relevantesten:

„The possibility that economic dependencies within the global market (particularly oil) will be exploited for political ends or, more broadly, questions of the security of supply when states abandoned the inefficient security of self-reliance for the efficient insecurity of dependence on outside sources of supply” (ebd., S. 98).

Sich auf dem globalen Markt von bestimmten Ressourcen abhängig zu machen, kann also die wirtschaftliche Effizienz erhöhen (und im Rahmen von Konzepten wie „Wandel durch Handel“ auch politische Gründe haben), birgt aber das Sicherheitsrisiko, dass diese Abhängigkeit von anderen Staaten als Druckmittel oder „Waffe“ verwendet wird. Stellt ein Staat B, von dem sich Staat A abhängig gemacht hat, die Lieferungen von bestimmten Ressourcen plötzlich ein – bei Buzan et al. insbesondere Öl, im Falle Deutschlands in 2022 insbesondere (russisches) Erdgas – so kann dies wirtschaftlich und in der Folge auch sozial gravierende Folgen haben und damit insgesamt zu einem Sicherheitsproblem werden. Es besteht also durchaus die Möglichkeit, dass Fragen, die eigentlich im Bereich der Wirtschafts- oder Energiepolitik liegen, versicherheitlicht werden. Nichtsdestotrotz betonen die Autoren, dass die diesem Bereich zugrundeliegenden marktwirtschaftlichen Logiken, inklusive der „instrumentellen Qualität der Wirtschaftseinheiten“ sowie der „inhärenten Unsicherheit von Marktbeziehungen“, Versicherheitlichungen insgesamt eher erschweren (ebd., S. 115-116).

## 2.2.4 Securitization als Prozess über Zeit

Wie zuvor dargelegt, sind in der Securitization-Theorie die *speech acts*, also die linguistischen Handlungen, oft in Form von Reden, zentral. Im Rahmen dieser bemühen sich Akteure darum, ein Thema zu versicherheitlichen. Nichtsdestotrotz darf Securitization insgesamt nicht zu punktuell und nicht als Momentaufnahme gesehen werden. Im Gegenteil: Securitization ist immer ein politischer Prozess, der über eine längere Zeit läuft. Buzan et al. (1998) werden nicht müde, stets diesen Prozesscharakter der Versicherheitlichung zu betonen – fast durchgehend schreiben sie vom „process of securitization“ (vgl. beispielsweise ebd., S. 5, 17, 18 etc.). Dieser Prozess beginnt dementsprechend mit einer Ausgangslage vor einer Versicherheitlichung, umspannt dann einen oder mehrere *speech acts* (etwa in Folge eines externen Schocks) und reicht über eine mögliche Akzeptanz oder Nicht-Akzeptanz der Versicherheitlichung durch die *audience* bis hin zum (möglicherweise folgenden) Erlass außerordentlicher Maßnahmen (*emergency measures*) in unterschiedlicher Menge und Intensität und dem neu erreichten politischen Zustand im Anschluss an die Versicherheitlichung. Dieser Prozesscharakter soll auch im methodischen Vorgehen dieser Arbeit beachtet werden, wie in Kapitel 2.4 gezeigt werden soll.

## 2.2.5 Kritik und Weiterentwicklungen

An der Securitization-Theorie ist über die Jahre einiges an Kritik angebracht worden – oft auch aus dem „eigenem Lager“ – was zu einer steten Weiterentwicklung der Theorie geführt hat. Die wichtigsten Aspekte sollen in diesem Unterkapitel behandelt werden.

Den Anfang macht der zuvor erwähnte normative Unterton der Theorie. Dieser „normative Bias“ (Rothe 2017, S. 48), die Versicherheitlichung von Themen sei grundsätzlich schlecht und sollte vermieden werden, ist unter anderem von Rita Floyd (2007, S. 43-44) als zu verallgemeinernd kritisiert worden. Wenngleich die Argumentation der Autoren der Kopenhagener Schule durchaus einleuchtend scheint, fragt auch Rothe (2017, S. 48), warum etwa eine Versicherheitlichung des globalen Klimawandels und der damit zusammenhängenden Gefahren zwangsweise negativ zu bewerten sei.

Ein weiterer Kritikpunkt an der Theorie ist die zu starke Fokussierung auf den Sprechakt und die Vernachlässigung externer (Kontext-)Faktoren. Diese Kritik bringen etwa Balzacq (2005, S. 172), McDonald (2008, S. 567) und Stritzel (2007, S. 359) vor. Das Ausblenden der „historisch spezifischen Umstände“ (Rothe 2017, S. 45), die eine Versicherheitlichung fördern oder verhindern können, führe zu einer zu stark internalistischen Perspektive, die sich zu sehr auf die in dieser Arbeit bereits erwähnte selbst-referenzielle Logik der Theorie stütze (ebd.). Ferner kritisieren Autoren wie Hansen (2011) und McDonald (2008) die Fokussierung auf Sprache als einziges Medium der Versicherheitlichung und die damit einhergehende Vernachlässigung anderer wichtiger Medien wie Bilder oder Filme. Auch Williams (2003) betont die Wichtigkeit von Bildern in Versicherheitlichungsprozessen und verknüpft dies mit Positionen aus den realistischen Theorieschulen. Zudem ist die Vernachlässigung der höchst dynamischen Rolle der *audience* und ihrer komplexen und von Fall zu Fall unterschiedlichen Beziehung zum *securitizing actor* kritisiert worden (siehe etwa Salter 2008). Er schlägt eine „dramaturgische“ Analyse von Securitizing-Prozessen vor und unterscheidet vier verschiedene „Settings“ (popular, elite, technocratic, scientific), in denen solche Prozesse stattfinden (ebd.).

Wie zuvor dargelegt, muss ein *securitizing actor* über ein gewisses Maß an Autorität verfügen, um einen *securitizing move* überhaupt zu initiieren. Im weiteren Verlauf der Untersuchung des Versicherheitlichungsprozess werden dann vor allem der *actor* und die *audience* analysiert. Dies kann allerdings zu einem zu starken Fokus auf politische Eliten (mit der entsprechend notwendigen Autorität) führen und jene Stimmen vernachlässigen, die zwar wichtig sind (beispielsweise Oppositionelle, NGOs, ...), aber eben weder *securitizing actor* noch *audience* sind. Diese werden zwar auch von den Kopenhagener Theoretikern als *functional actors* (Buzan et al. 1998, S. 36) angeführt, spielen aber im Gegensatz zum *securitizing actor* eher eine geringere Rolle in der Analyse, was beispielsweise von Booth (2007) kritisiert wird, der insgesamt eine zu starke Fokussierung auf Eliten bemängelt (ebd., S. 166).

Ferner wird der Theorie – trotz des angeführten globalen Selbstverständnisses – aufgrund des insgesamt westlich-demokratisch geprägten Sicherheitsverständnisses ein gewisser Eurozentrismus vorgeworfen (etwa Bilgin 2011). Auch wird

kritisiert, dass heutzutage in Bereichen wie der Umwelt oder im Cyberraum eher komplexe Risikologiken statt Narrative existentieller Bedrohung dominierten (etwa Olaf Corry 2012 oder Rens van Munster 2005).

Ein zentraler Kritikpunkt jedoch an der Securitization-Theorie, auf den im Rahmen dieser Arbeit besonders eingegangen werden soll, ist die letztlich nur binäre Option der Versicherheitlichung, das heißt, dass ein Thema entweder versicherheitlicht oder nicht versicherheitlicht sein kann und nichts dazwischen. Damit einher geht die Schwierigkeit, anhand der – wie zuvor dargelegt – sehr unpräzisen Definition der *emergency measures* eine erfolgreiche Versicherheitlichung im Sinne der Theorie zu bestimmen. Die Frage ist also: Kann man das Konzept der Versicherheitlichung wirklich dichotomisieren? Dies wird in der Literatur zunehmend kritisiert (Balzacq 2015, S. 108; Booth 2007, S. 165). Auch in dieser Arbeit ist das binäre Verständnis von Sicherheit der Kopenhagener Schule im Rahmen der Erörterung der unterschiedlichen theoretischen Kategorien hinterfragt worden.

## 2.3 Framing und Grade der Versicherheitlichung

Diese Binarität der Versicherheitlichung (versicherheitlicht oder nicht versicherheitlicht) ist einer der prominentesten Kritikpunkte an der Securitization-Theory. In diesem Kapitel soll ein Vorschlag zur Schaffung eines neuen Frameworks gemacht werden, das die Theoriedebatte in dieser Hinsicht erweitern könnte. Ausgangspunkt der Überlegung ist die Vorstellung der Kopenhagener Schule, ein Thema könne grundsätzlich unterschiedlich stark politisiert sein. Dies ist in Kapitel 2.2.1 dargelegt worden. Außerhalb dessen stehe die Versicherheitlichung. Ich schlage nun vor, diesen Bereich kategorisch zu differenzieren, indem ein System an unterschiedlichen Graden oder Intensitäten an Versicherheitlichung eingeführt wird.

Hierfür ist es notwendig, über die reine Analyse der Kategorien (also etwa den Fragen, was das *existential threat* ist, was das *referent object* ist und so weiter) hinaus, den tatsächlichen *speech act*, also den Prozess der Versicherheitlichung genauer zu untersuchen. Hier müssen Fragen gestellt werden wie etwa: Wie stark wird das *referent object* als bedroht dargestellt? Wie weitgehend sind die geforderten *emergency measures* und kommt es etwa zu Grundrechtseingriffen?

Herrscht Unklarheit über die Verfassungsmäßigkeit der Maßnahmen? Als wie dringend wird das Problem dargestellt? etc.

An dieser Stelle ist es zur besseren Analyse notwendig, einen weiteren theoretischen Ansatz dazuzuholen und den *speech act* so weiter zu differenzieren. Hier bietet sich eine Perspektive des Framings an, insbesondere die drei Framing-Dimensionen (*diagnostic, prognostic, motivational*) nach Snow und Benford (1988).

### 2.3.1 Framing

Framing ist ein Begriff, der primär aus den kommunikationswissenschaftlichen Strömungen der Geistes- und Sozialwissenschaften stammt. Er ist ebenso wie die Securitization-Theorie konstruktivistisch gefärbt (Matthes 2014, S. 21). Frames sind nach Gitlin (1980, S. 6) „principles of selection, emphasis, and presentation composed of little tacit theories about what exists, what happens, and what matters.“ Der Begriff leitet sich vom englischen Wort „frame“ für Rahmen ab und soll implizieren, dass Menschen bestimmte „Bezugs- oder Interpretationsrahmen heran[ziehen], um Sachverhalte, Ereignisse oder Akteure einordnen, interpretieren und beurteilen zu können“ (Entman 1993, S. 52 & Gitlin 1980, S. 7-8 zitiert nach Engelmann/Lübke 2024, S. 492). Im Prozess des Framings werden Botschaften dementsprechend immer auf bestimmte Art und Weise „eingerahmt“. Das sicherlich populärste Beispiel des Framings ist die Frage nach dem halb gefüllten Glas, was positiv (Glas *noch* halb voll) oder negativ (Glas *schon* halb leer) geframt werden kann. In der Wissenschaft geht die Analyse vielschichtigen Framings aber weit über die Frage nach „positiv oder negativ geframt“ hinaus. Die Idee des Framingprozesses ist damit auch eng mit dem Ringen um Deutungshoheit und den sich daraus ergebenden (Policy-)Forderungen bei relevanten Themen verbunden, etwa bei politischen Fragen. Benford und Snow (2000, S. 615) schreiben dazu:

„Collective action frames are constructed in part as movement adherents negotiate a shared understanding of some problematic condition or situation they define as in need of change, make attributions regarding who or what is to blame, articulate an alternative set of arrangements, and urge others to act in concert to affect change.“

Schon zwölf Jahre vorher hatten sie aus dieser Idee der *collective action frames* drei Dimensionen des Framings entwickelt, die ursprünglich für die Analyse von sozialen Bewegungen konzipiert waren und sich hervorragend mit der Securitization-Theorie verknüpfen lassen: Das *diagnostic framing*, das *prognostic framing* und das *motivational framing* (Snow/Benford 1988, S. 199 ff.). Diese sollen im Folgenden kurz erläutert werden:

### **Diagnostic framing**

Beim *diagnostic framing* handelt es sich in erster Linie um die Bestimmung eines Problems und der Frage, woher das Problem rührt und wer daran Schuld ist („identification of a problem and the attribution of blame or causality“, ebd., S. 200). Das entspricht in der Securitization-Theorie der Identifikation des bedrohten *referent object* und der Bestimmung des bedrohenden *existential threat*.

### **Prognostic framing**

Im *prognostic framing* werden Strategien zur Lösung des Problems vorgeschlagen („to suggest solutions to the problem but also identify strategies, tactics, and targets.“, ebd., S. 201). Manchmal gehen diese Vorschläge nicht direkt aus der Problembeschreibung hervor und können mal mehr oder weniger weit hergeholt sein, in der Regel besteht aber doch ein klarer Zusammenhang zwischen *diagnostic* und *prognostic framing* (ebd.). In der Securitization-Theorie entspricht das den vorgeschlagenen *emergency measures*.

### **Motivational framing**

Beim *motivational framing* geht es um den „call to arms or rationale for action“ (ebd., S. 202 f.), also um die Dringlichkeit, die einem Problem und damit den vorgeschlagenen Lösungsmöglichkeiten gegeben wird. Die Idee dahinter ist, dass das gemeinsame Feststellen eines Problems und Einigen auf Lösungsmöglichkeiten nicht gleich bedeutet, dass diese Maßnahmen auch direkt umgesetzt werden (ebd.). Daher ist zur notwendigen Mobilisierung die Konstruktion von *frames* notwendig, die die Dringlichkeit eines Themas betonen. Das Mobilisierungspotenzial der *frames* hängt dabei von der Natur des diagnostizierten Problems ab, wird aber laut den Autoren davon oft nicht so stark beschränkt, wie man das bei bestimmten Problemen vielleicht erwarten würde („The substance and

mobilizing potency of these frames, [...] are obviously constrained by the diagnostic components of movement ideology, but not always in ways that are suspected or intended“ , ebd.). Für das *motivational framing* gibt es in der Securitization-Theorie kein direktes Äquivalent. Man könnte argumentieren, dass dieser Aspekt unter der Kategorie des *speech act* mitgedacht ist, die konkrete Formulierung erweitert die Securitization-Theorie an dieser Stelle aber.

### 2.3.2 Grade der Versicherheitlichung

Nach diesem Exkurs in die Framing-Theorie soll – wie zuvor bereits dargelegt wurde – nun ein Konzept zur Kategorisierung unterschiedlicher Grade an Versicherheitlichung vorgeschlagen werden. Die Hinzunahme der drei eben behandelten *framings* (*diagnostic*, *prognostic*, *motivational*) erlaubt es uns nun, den linguistischen Akt der Securitization genauer zu untersuchen und unterschiedlich starke Formen von Securitization zu differenzieren. Ich schlage für jeden der drei Frames eine Skala von 0 („unpolitisiert“) bis 4 (extreme Versicherheitlichung) vor. Wichtig anzumerken ist, dass diese Grade qualitative Idealtypen darstellen, die in sich selbst jeweils ein Spektrum der tatsächlichen Intensität auf dieser Stufe beinhalten. Abgesehen von Grad 0, bei dem ein Thema überhaupt nicht politisiert ist, handelt es sich also vom Grad 1 bis Grad 4 um ein Kontinuum; essenziell ist der Aspekt, der für alle Bereiche den Sprung auf die nächste Stufe markiert. Das Modell lässt sich wie folgt visualisieren:

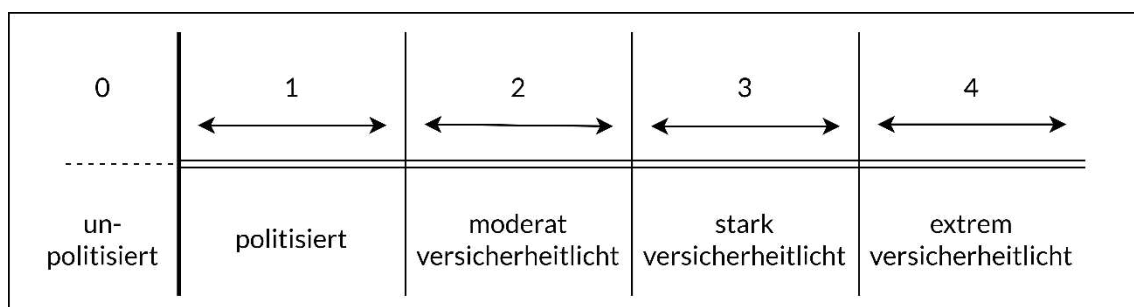


Abbildung 1: Grade der Versicherheitlichung (Eigene Darstellung)

Was genau jeden Grad charakterisiert und wo die Grenze zwischen diesen verläuft, soll im Folgenden für alle drei *framings* erläutert werden:

### ***Diagnostic framing:***

0. Grad (unpolitisiert): In diesem Grad wird eine politische Frage gar nicht oder höchstens in äußerst geringem Maße problematisiert. Sie steht auf (fast) keiner Tagesordnung und wird von kaum jemanden thematisiert.

1. Grad (politisiert): Hier wird ein Thema angesprochen und problematisiert. Es kann sich als relevante Fragestellung im politischen Diskurs etablieren, wird allerdings immer im Lichte des normalen politischen Alltags und der üblichen politischen Ressorts gesehen und explizit nicht als Sicherheitsfrage betrachtet.

2. Grad (moderat versicherheitlicht): Die Schwelle zum 2. Grad wird dann überschritten, wenn ein Thema als sicherheitsrelevant bezeichnet wird. Das Problem wird als potenziell bedrohlich dargestellt (sprachlich zum Beispiel mit Begriffen wie „Gefahr“, „unsicher“ etc.).

3. Grad (stark versicherheitlicht): Im *diagnostic framing* stark versicherheitlicht wird ein Thema dann, wenn es als existentielle Bedrohung (insbesondere für die nationale Sicherheit, das Gemeinwesen oder die allgemeine Ordnung) benannt wird. Dies äußert sich beispielsweise in Ausdrücken wie „Unsere Sicherheit wird akut gefährdet“. Auch wird der Verursacher des Problems eindeutig benannt. Außerdem ist eine Kampfes- beziehungsweise Kriegsrhetorik ein Indiz für eine starke Versicherheitlichung. Dabei können Begriffe wie etwa „Kampf“, „Krieg“ oder „Feind“ vorkommen.

4. Grad (extrem versicherheitlicht): Wenn im *diagnostic framing* höchstgradig versicherheitlicht wird, dominieren absolute und unmittelbare Überlebensnarrative, die sich in Ausdrücken wie „drohende Zerstörung“, „Überleben“ oder „Alternativlosigkeit“ zeigen. Zudem wird das Feindbild gegenüber dem Verursacher extrem verschärft.

### ***Prognostic framing:***

0. Grad (unpolitisiert): Da eine mögliche Frage nicht als Problem gesehen wird, werden auch keine Lösungsvorschläge gemacht.

1. Grad (politisiert): Es werden Vorschläge zur Lösung eines Problems gemacht, diese bewegen sich aber innerhalb der normalen üblichen politischen Prozesse. Dies können je nach Salienz etwa Debatten, Gesetzesvorschläge,

Förderprogramme oder Reformen sein, jedoch stets ohne einen sicherheitspolitischen Rahmen und ohne Ausnahmecharakter.

2. Grad (moderat versicherheitlicht): Die vorgeschlagenen Maßnahmen bewegen sich immer noch voll und ganz im Rahmen der üblichen politischen Prozesse und weisen – trotz Unterschiede in der Tragweite – insgesamt noch Ähnlichkeiten mit denen des 1. Grades auf. Die Unterscheidung zwischen den Maßnahmen des 1. und 2. Grades liegt im Wesentlichen in der sicherheitsrelevanten „Färbung“ jener des 2. Grades.

3. Grad (stark versicherheitlicht): Dieser Grad unterscheidet sich vom vorherigen insoweit, als dass *außer-ordentliche* Maßnahmen gefordert werden. Außerordentlich meint hier, dass es sich um Maßnahmen handelt, die außerhalb der für dieses Themenfeld üblichen Maßnahmen liegen und/oder nicht über die gewöhnlichen politischen Prozesse zustande kommen sollen. Es geht also um Maßnahmen mit Ausnahmecharakter, die allerdings verfassungsrechtlich so vorgesehen sein können und noch keine erheblichen Grundrechtseinschränkungen mit sich bringen. Dies können beispielsweise Sonderhaushalte sein (siehe zum Beispiel das „Sondervermögen Bundeswehr“ 2022 in Deutschland), das außerordentliche Einberufen des Parlaments, ferner auch etwa das Aussetzen der Schuldenbremse aufgrund eines Themas mit Sicherheitscharakter oder das Einführen oder Ausweiten einer Wehrpflicht.

4. Grad (extrem versicherheitlicht): Dies ist der letzte Bereich und damit jener mit der stärksten Versicherheitlichtung. Entscheidend ist hier, dass die geforderten Maßnahmen erhebliche Einschränkungen von Grundrechten oder grundlegender Staatsprinzipien (beispielsweise Gewaltenteilung) darstellen. Die Maßnahmen bewegen sich oft auf verfassungsrechtlich „unsicherem Boden“ (also in einem in der Rechtsauslegung umstrittenen Bereich) und werden in der Regel höchststrichterlich geprüft, bestätigt oder kassiert. Denkbar wären etwa erhebliche Grundrechtseingriffe wie Ausgangssperren, Kontaktverbote, Reisebeschränkungen und weiteren Einschränkungen, wie man sie beispielsweise während der Corona-Pandemie in vielen – auch freiheitlich-demokratisch organisierten – Staaten beobachten konnte. Ferner können auch etwa verfassungsrechtlich umstrittene Zentralisierungen von Kompetenzen auf der Bundesebene in Frage kommen

oder gar das Ausrufen des Kriegszustandes oder (je nach konstitutioneller Verfasstheit) einer Notstandverfassung.

### ***Motivational framing:***

0. Grad (unpolitisiert): Ist ein Thema unpolitisiert, so besteht kein Bedarf sich damit zu beschäftigen und es finden keine Handlungsaufrufe statt.

1. Grad (politisiert): Im 1. Grad des *motivational framing* gibt es je nach Salienz Appelle an Politik, Verwaltung oder Zivilgesellschaft, diese sind aber insgesamt eher moderat formuliert und der Handlungsdruck sehr begrenzt.

2. Grad (moderat versicherheitlicht): Mit der sicherheitsrelevanten Natur eines Themas geht eine zunehmende Mobilisierung einher. Es wird insbesondere die Notwendigkeit betont, *jetzt* präventiv zu handeln, um später folgende Konsequenzen zu verhindern. Der kommunizierte Handlungsdruck nimmt zu, bleibt aber insgesamt noch eher moderat.

3. Grad (stark versicherheitlicht): Im 3. Grad herrscht ein hoher Handlungsdruck („keine Zeit verlieren“). In Appellen werden Schutzverantwortung, Pflicht und Alternativlosigkeit betont. Es herrschen Narrative wie „Handeln ist Pflicht“ und wer sich verweigert, macht sich unter Umständen zum Teil moralisch mitschuldig oder gilt als naiv.

4. Grad (extrem versicherheitlicht): Im extremsten Grad ist die Rhetorik maximal aufgeladen. Es gibt keine anderen Handlungsspielräume und es dominieren ausgrenzende Narrative („Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns“). Das Überleben des *referent object* steht auf dem Spiel.

Dieses System an fünf Graden (0. Grad bis 4. Grad) kann nun zur Untersuchung von *speech acts* im Rahmen von Versicherheitlichungsprozessen genutzt werden.

## **2.4 Methodik**

In dieser Arbeit soll nun wie folgt methodisch vorgegangen werden: Mittels Literaturrecherche soll in Kapitel 3 ein Überblick über die Hintergründe sowie aktuellen Entwicklungen des Russisch-Ukrainischen Krieges präsentiert werden. Um dem zuvor behandelten Prozesscharakter der Versicherheitlichung als Konzept

auch in dieser Arbeit angemessen gerecht zu werden, soll in Kapitel 4 dann zuerst ein ebenfalls literaturgestützter Überblick über die deutsche Verteidigungs- und Energiepolitik gegenüber Russland bis zum Angriffskrieg 2022 und anschließend über die wichtigsten seitdem in diesen Bereichen ergriffenen Maßnahmen sowie den neuen Status quo gegeben werden. Dies schließt die deutsche militärische, finanzielle und humanitäre Unterstützung der Ukraine mit ein. So soll sich aus einer historischen Perspektive dem Thema genähert werden. Daraufhin sollen in Kapitel 5 einzelne wichtige Versicherheitlichungsakte jeweils im Verteidigungs- und Energiebereich untersucht werden; dies soll im Folgenden genauer erläutert werden. Die Ergebnisse aus beiden Politikbereichen sollen zum Schluss verglichen, eingeordnet und erklärt werden.

Das genaue Untersuchen der Versicherheitlichungen in diesen Bereichen soll dabei wie folgt ablaufen: Es werden mittels Recherche relevante *speech acts* ausgewählt. Für diese Arbeit werden dies von Mitgliedern der damaligen Bundesregierung gehaltene Reden sein, in denen Aspekte der deutschen Verteidigungs- oder Energiepolitik gegenüber Russland versicherheitlicht wurden – welche Fälle genau wird im nächsten Unterkapitel erläutert. Diese *speech acts* werden daraufhin zuerst anhand der Kategorien aus der Securitization-Theorie untersucht und kontextbasiert eingeordnet. Diese Kategorien sind:

- Wer ist der **securitizing actor**?
- Was wird als **existential threat** dargestellt?
- Wer oder was ist das **referent object**, das als gefährdet dargestellt wird?
- Wer ist die **audience**, die adressiert wird?
- Welche **emergency measures** werden gefordert?

Daran anschließend erfolgt die Untersuchung des **speech acts** an sich, anhand des in Kapitel 2.3.2 vorgestellten Systems an Graden der Versicherheitlichung. Dabei sollen – im Sinne einer qualitativen Inhaltsanalyse mit deduktiver Kategorienanwendung in Anlehnung an Mayring (2022, S. 96 ff.) – Aussagen aus den *speech acts* den Kategorien des Systems an Graden an Versicherheitlichung zugeordnet werden. Dies erfolgt separat für das *diagnostic*, *prognostic* und *motivational framing*. Anschließend soll für jeden *speech act* einzeln und zum Schluss insgesamt eine Beurteilung bezüglich des Grades an Versicherheitlichung

entsprechend des aufgestellten Kategoriensystems getroffen werden. In den nachfolgenden Tabellen sind die Grade an Versicherheitlichung für die drei *framings* nochmal visuell aufbereitet:

### Grade an Versicherheitlichung im *diagnostic framing*

| <i>Kategorie</i>                             | <i>Definition</i>                                                                                                                                                              | <i>Beispiele</i>                                                                                                       | <i>Kodierregeln</i>                                                                                                                                              |
|----------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>0</p> <p>(unpolitisiert)</p>              | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Thema wird kaum oder gar nicht problematisiert</li> <li>- steht auf keiner Tagesordnung</li> </ul>                                    | /                                                                                                                      | /                                                                                                                                                                |
| <p>1</p> <p>(politisiert)</p>                | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Thema wird angesprochen, etabliert sich im Diskurs</li> <li>- wird im Lichte der normalen politischen Prozesse gesehen</li> </ul>     | /                                                                                                                      | - sobald Frage im politischen Diskurs ohne Sicherheitsbezug thematisiert wird                                                                                    |
| <p>2</p> <p>(moderat versicherheitlicht)</p> | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Thema wird als sicherheitsrelevant bezeichnet</li> <li>- trotzdem noch im Lichte der üblichen politischen Prozesse gesehen</li> </ul> | - Verwendung von Begriffen wie „(Sicherheits-)Gefahr“, „unsicher“                                                      | - Sicherheitskomponente kommt dazu                                                                                                                               |
| <p>3</p> <p>(stark versicherheitlicht)</p>   | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Thema wird als existentielle Bedrohung dargestellt</li> <li>- Verursacher des Problems eindeutig benannt</li> </ul>                   | - Verwendung von Begriffen wie „existenzielle Bedrohung“, „akute Gefahr für unsere Sicherheit“, „Feind“, „Kampf/Krieg“ | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Sicherheitsaspekt verschärft sich, Thema von zentraler Bedeutung</li> <li>- oft Kampfes- oder Kriegsrhetorik</li> </ul> |
| <p>4</p> <p>(extrem versicherheitlicht)</p>  | <ul style="list-style-type: none"> <li>- absolute, unmittelbare Überlebensnarrative dominieren</li> <li>- Feindbild gegenüber Verursacher extrem verschärft</li> </ul>         | - Verwendung von Begriffen wie „drohende Zerstörung“, „Überleben“, „Alternativlosigkeit“                               | - „ultima-ratio“ und Überlebensnarrative kommen hinzu                                                                                                            |

Abbildung 2: Diagnostic Framing (Eigene Darstellung)

### Grade an Versicherheitlichung im *prognostic framing*

| Kategorie                         | Definition                                                                                                                                                                                         | Beispiele                                                                                                                                                                               | Kodierregeln                                                                                                                             |
|-----------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 0<br>(unpolitisiert)              | - keine Lösungsvorschläge, da keine Problemwahrnehmung                                                                                                                                             | /                                                                                                                                                                                       | /                                                                                                                                        |
| 1<br>(politisiert)                | - Vorschläge werden gemacht, diese bewegen sich aber stets im Rahmen der gewöhnlichen politischen Prozesse                                                                                         | - normale Debatten, Reform- oder Gesetzesvorschläge                                                                                                                                     | - noch kein sicherheitspolitischer Rahmen<br><br>- noch kein Ausnahmecharakter                                                           |
| 2<br>(moderat versicherheitlicht) | - Vorschläge haben sicherheitsrelevante „Färbung“, bewegen sich aber immer noch im Rahmen der üblichen politischen Prozesse                                                                        | - Gesetzesvorschläge mit Sicherheitsbezug                                                                                                                                               | - sicherheitspolitischer Rahmen kommt dazu<br><br>- noch kein Ausnahmecharakter                                                          |
| 3<br>(stark versicherheitlicht)   | - Maßnahmen sind außerordentlich, liegen außerhalb der üblichen politischen Prozesse<br><br>- noch keine weitgehenden Grundrechtseinschränkungen                                                   | - Sonderhaushalte<br><br>- außerordentliche Einberufungen des Parlaments                                                                                                                | - Ausnahmecharakter kommt dazu                                                                                                           |
| 4<br>(extrem versicherheitlicht)  | - geforderte Maßnahmen schränken Grundrechte oder grundlegende Staatsprinzipien in wesentlichem Maße ein<br><br>- es herrscht oft Unsicherheit hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit der Maßnahmen | - Ausgangssperren, Kontaktverbote, Reisebeschränkungen, etc.<br><br>- Zentralisierung von Staatsgewalt auf Bundesebene<br><br>- Ausrufen einer Notstandsverfassung / des Kriegszustands | - erhebliche Einschränkung von Grundrechten oder grundlegender Staatsprinzipien<br><br>- oft begleitet von höchstrichterlichen Verfahren |

Abbildung 3: Prognostic Framing (Eigene Darstellung)

### Grade an Versicherheitlichung im *motivational framing*

| <i>Kategorie</i>                  | <i>Definition</i>                                                                                                                 | <i>Beispiele</i>                                                                                      | <i>Kodierregeln</i>                                                                                        |
|-----------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 0<br>(unpolitisiert)              | - keine Problemwahrnehmung und daher keine Handlungsaufrufe                                                                       | /                                                                                                     | /                                                                                                          |
| 1<br>(politisiert)                | - je nach Salienz unterschiedlich stark, aber insgesamt im alltagspolitisch üblichen Ton verfasste Appelle                        | - geläufige Forderungen der Alltagspolitik ohne Sicherheitsbezug in Reden, Statements, Talkshows etc. | /                                                                                                          |
| 2<br>(moderat versicherheitlicht) | - zunehmende Mobilisierung<br>- zunehmender Handlungs- und Zeitdruck, da sicherheitsrelevant                                      | - „Wir müssen jetzt präventiv handeln, um später drohende Folgen abzuwenden“                          | - präventiver Charakter einer Forderung wird betont                                                        |
| 3<br>(stark versicherheitlicht)   | - sehr hoher Grad an Mobilisierung, sehr hoher Handlungsdruck<br>- Verweigerern wird Mitschuld oder Naivität vorgeworfen          | - „Keine Zeit verlieren“<br>- „Handeln ist Pflicht“                                                   | - Appelle betonen Schutzverantwortung, Pflicht & Alternativlosigkeit<br>- kaum Handlungsspielräume         |
| 4<br>(extrem versicherheitlicht)  | - Rhetorik maximal aufgeladen<br>- Überleben des referent object muss gewährleistet werden<br>- Ausgrenzende Narrative dominieren | - apokalyptische Sprache („Systemkollaps“, „Untergang“)<br>- „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns“   | - höchster Handlungsdruck aufgrund katastrophaler, existenzieller Krise<br>- keinerlei Handlungsspielräume |

Abbildung 4: Motivational Framing (Eigene Darstellung)

### 2.4.1 Fallauswahl

Im Rahmen dieser Masterarbeit sollen entsprechend der zuvor erläuterten Methodik *speech acts* analysiert werden. Diese *speech acts* sollen Reden im Bereich der deutschen Verteidigungs- und Energiepolitik sein.

Der Begriff Verteidigungspolitik meint in dieser Arbeit:

„[D]ie Behandlung aller für die Öffentlichkeit relevanten Fragen und Probleme, die dadurch entstehen, dass ein Land, [sic] seine Sicherheit militärisch schützt. Das Ziel von Verteidigungspolitik ist traditionell der Schutz des Territoriums, der Bevölkerung und das Funktionieren des Staates. Hinzu tritt aber auch die Verantwortung für die Sicherheit anderer Staaten – etwa in Bündnissystemen wie der NATO.“ (Woyke 2021, S. 962).

Energiepolitik soll für diese Arbeit wie folgt definiert sein:

„Energiepolitik umfasst die politischen Maßnahmen und Ziele, die sich mit der Bereitstellung, Verteilung und Nutzung von Energie beschäftigen. Energiepolitik ist Teil der Wirtschaftspolitik eines Landes und weist enge Verknüpfungen zu weiteren Bereichen wie der Verkehrs-, Sozial-, Umwelt-, Klima-, Außen- und Sicherheitspolitik auf. Wichtige energiepolitische Fragestellungen betreffen die Förderung und den Import von Energieträgern (z. B. Erdöl, Erdgas, Stein- und Braunkohle), die Auswahl und Nutzung verschiedener Energiequellen (z. B. Atomenergie, erneuerbare Energien, fossile Brennstoffe), den Ausbau der Versorgungsnetze sowie die Ermittlung und Deckung des Energiebedarfs.“ (Friedrich-Ebert-Stiftung, o. D.).

Warum wurde nun aber Deutschland als Fall gewählt? Die Bundesrepublik Deutschland ist aktuell das bevölkerungsreichste Land der Europäischen Union, die größte Volkswirtschaft Europas und die drittgrößte weltweit nach den Vereinigten Staaten von Amerika und der Volksrepublik China. Sie nimmt daher als Akteur auf der Weltbühne eine besonders wichtige Rolle ein. Darüber hinaus ist sie freiheitlich-demokratisch organisiert und passt daher besonders gut als Fallbeispiel für die Securitization-Theorie. Auch die sehr besonderen (historischen) Beziehungen zu Russland – die noch in Kapitel 4 hervorgehoben werden sollen – sowie die traditionelle Charakterisierung Deutschlands als Zivilmacht nach Hanns W. Maull (2007, S. 73 ff.) machen das Land höchst relevant für eine Untersuchung im thematischen Rahmen des russischen Angriffskriegs.

Die Bereiche der Verteidigungs- und Energiepolitik sind prinzipiell aus zwei Gründen ausgewählt worden: Erstens entsprechen sie zwei der bereits erläuterten Sektoren, in denen nach Buzan et al. (1998) Versicherheitlichungen stattfinden

können, wobei – wie dargelegt – insbesondere der Verteidigungsbereich prädestiniert für solche Prozesse ist. Und zweitens spielen beide Politikbereiche eine besonders wichtige Rolle in den Beziehungen Deutschlands zu Russland vor Beginn des Angriffskriegs und seitdem. Diese Bedeutung der deutsch-russischen Sicherheits- und Energiebeziehungen soll ebenfalls in Kapitel 4 herausgearbeitet werden.

Bei der Auswahl der Reden soll sich zudem auf die politischen Eliten in den beiden Politikbereichen konzentriert werden, insbesondere die jeweiligen Minister sowie der Bundeskanzler. Dies hat folgenden Grund: Securitizationprozesse können von den unterschiedlichsten Akteuren initiiert werden. Aus der Meinungspluralität, wie sie in liberalen Demokratien wie Deutschland vorzufinden ist, ergeben sich politische Debatten anhand unterschiedlichster *cleavages*. Von der Regierung über verschiedene Oppositionsparteien mit unterschiedlichen Positionen bis hin zur Zivilgesellschaft oder der Rolle der Medien kann es eine Vielzahl unterschiedlichster *(de-)securitizing moves* geben. Der Versuch, all diese in ein Verhältnis zueinander zu setzen und zu analysieren, würde den Rahmen dieser Masterarbeit weit sprengen. Aus dieser Notwendigkeit der Begrenzung heraus beschränkt sich meine Fallauswahl auf die regierenden politischen Eliten. Diese verfügen kraft ihrer Ämter über weitgehende Entscheidungsmacht, entsprechend der Bundeshaushalte über große finanzielle Ressourcen und in Form der Ministerien und Verwaltungen über gewaltige bürokratische Apparate. Allerdings sind sie nicht uneingeschränkt in ihrer Machtausübung, sondern an die Gesetze gebunden und vom Vertrauen des Parlaments abhängig, das sie von der Notwendigkeit der von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen überzeugen müssen. Mitglieder der Bundesregierung eignen sich daher hervorragend für die Untersuchung im Rahmen dieser Masterarbeit.

Recherchiert wurde dabei nach Reden zwischen dem Beginn des Angriffskriegs im Februar 2022 und dem Februar 2025 (Zeitraum = drei Jahre).

#### Verteidigungspolitik:

Im Bereich der Verteidigungspolitik zur Analyse ausgewählt wurden folgende drei Reden:

Kapitel 5.1.1: Olaf Scholz: Zeitenwende-Rede (27.02.2022)

Kapitel 5.1.2: Boris Pistorius: Rede auf der Bundeswehrtagung 2023  
(10.11.2023)

Kapitel 5.1.3: Boris Pistorius: Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2025 (14.02.2025)

Diese Reden eignen sich besonders gut als exemplarische *securitizing moves*, da sie jeweils aus einem wichtigen aktuellen Anlass gehalten wurden und bedeutende Konsequenzen für die deutsche Verteidigungspolitik gegenüber Russland hatten. Der Anlass der ersten Rede (damaliger Bundeskanzler Olaf Scholz am 27.02.2022) war der kurz zuvor begonnene Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und steht noch ganz im Lichte dieses „Schocks“. Die Rede Boris Pistorius' (Bundesverteidigungsminister) am 10.11.2023 hielt er unmittelbar nachdem er im Anblick des andauernden Krieges in einem kurzen Fernsehbeitrag erstmals „Kriegstüchtigkeit“ im Land gefordert und verteidigt hatte, und erklärt dort den Begriff. Die dritte Rede (Boris Pistorius am 14.02.2025) folgte auf die Rede vom US-Vizepräsidenten JD Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2025, die für einen Eklat sorgte, die transatlantischen Beziehungen bedeutend erschüttert und den Rückzug der Vereinigten Staaten aus der europäischen Verteidigungsarchitektur nochmals klar verdeutlicht hatte.

Der Kontext der Reden wird später freilich noch ausführlicher behandelt.

#### Energiepolitik:

Im Bereich der Energiepolitik wurden folgende drei Reden zur Analyse ausgewählt:

Kapitel 5.2.1: Robert Habeck: Rede vor dem Deutschen Bundestag  
(24.03.2022)

Kapitel 5.2.2: Robert Habeck: Pressekonferenz zur Ausrufung der Alarmstufe des Notfallplans Gas (23.06.2022)

Kapitel 5.2.3: Robert Habeck: Rede vor dem Deutschen Bundestag  
(22.09.2022)

Auch diese drei Reden eignen sich exemplarisch sehr gut für die Untersuchung von Versicherheitlichungen, diesmal im Bereich der deutschen Energiepolitik. Die

erste Rede (damaliger Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck am 24.03.2022) war zwar nicht die erste Rede Habecks überhaupt nach Beginn des russischen Angriffskriegs, jedoch die erste, in der er sich ausführlicher zum Thema Energiesicherheit äußert. Der zweite Fall ist eine kurze Rede im Rahmen einer Pressekonferenz zur Ausrufung der Alarmstufe des Notfallplans Gas, nachdem Russland die Gaslieferungen über die Nord Stream 1 Pipeline signifikant reduziert hatte, und die dritte Rede wurde schließlich kurz nach dem vollständigen Einstellen der Gaslieferungen seitens Russland gehalten.

Auch der Kontext dieser Reden wird später noch ausführlicher behandelt werden.

Insgesamt fällt auf, dass die drei Reden im Verteidigungsbereich über mehrere Jahre verteilt ausgesucht wurden und die im Energiebereich alle im Jahr 2022 gehalten wurden. Dies hat damit zu tun, dass im Verteidigungsbereich noch bis in die Gegenwart als *securitizing moves* analysierbare *speech acts* zu finden sind, während jene im Energiebereich sich hauptsächlich auf das Jahr 2022 konzentrieren. Dieser Aspekt soll im späteren Kapitel zu den deutschen Maßnahmen seit 2022 (Kapitel 4.2) noch einmal aufgegriffen werden.

### 3. Überblick: Russisch-Ukrainische Geschichte

Das Gebiet der heutigen Ukraine (Bedeutung des Wortes: „Grenzland“) hat im Laufe seiner Geschichte zu mindestens 14 Staaten und Staatengebilden gehört (Kappeler 2015a). Will man die aktuellen Geschehnisse in der Ukraine sowie die jüngsten Entwicklungen zwischen der Ukraine und Russland ergründen, so ist es unabdingbar, einen Blick zurück in die Geschichte der Ukraine zu werfen.

Der ursprüngliche Auslöser des Konflikts zwischen der Ukraine und Russland ist, dass sich beide Länder (dazu noch Belarus) auf denselben Gründungsstaat berufen: die Kyjiwer Rus (Kappeler 2019). Dass sich mehrere Staaten auf denselben Gründungsstaat berufen, stellt für sich genommen kein Problem dar. Kritisch wird es erst dann, wenn einer der Staaten sich in der einzig legitimen Nachfolge des Gründungsstaates sieht, und dem anderen Staat aus dieser Begründung heraus die Legitimität und Souveränität, kurz, das Existenzrecht abspricht, das Gebiet dieses Staates in sein Territorium integrieren möchte und bereit ist, dies im Zweifel auch mit Gewalt durchzusetzen. Im Rahmen dieser Arbeit kann und

soll freilich nicht abschließend beurteilt werden, wessen historisch-kulturell begründete Ansprüche aus einer Perspektive der Geschichtswissenschaft „legitimer“ sind; noch kann dieses Kapitel eine ganzheitliche Erarbeitung der Geschichte beider Länder darstellen. Vielmehr sollen kontextuell die wichtigsten historischen Entwicklungen sowie divergierenden Geschichtsschreibungen beider Länder aufgezeigt und so ein besseres Verständnis der heutigen Situation und Diskurse ermöglicht werden.

Dabei soll es zuerst um die Zeit vom Kyjiwer Rus bis zur Ausrufung der heutigen unabhängigen Ukraine 1991 gehen, anschließend sollen die Entwicklungen bis zum russischen Angriffskrieg 2022 erörtert werden, bevor zum Schluss ein Überblick über dessen Kriegsverlauf bis heute gegeben werden soll.

### 3.1 Vom Kyjiwer Rus zum Ukrainischen Nationalstaat

Im 9. Jahrhundert gründeten Normannen ein Reich rund um den Dnipro-Fluss mit Kyjiw als Hauptstadt. Sie nannten es Rus und gründeten die Dynastie der Rurikiden (Kappeler 2015a). Im Jahr 988 wurde das Reich unter Fürst Wolodymyr (russisch: Wladimir) christianisiert und durch dynastische Verbindungen nach Konstantinopel zu einer orthodoxen oströmischen Kirchenprovinz, genannt „von Kyjiw und der ganzen Rus“. Das Reich prosperierte vom Handel zwischen Ostsee und Schwarzem Meer und erlebte im 11. Jahrhundert eine Blütezeit der orthodox-slawischen Kultur (Kappeler 2019). Es war dabei keineswegs zentralistisch organisiert und schon gar nicht ein Nationalstaat im heutigen Sinne, sondern bestand vielmehr aus einer Vielzahl kleinerer Fürstentümer, die den Rurikiden in Kyjiw unterworfen waren, etwa Galizien-Wolhynien, Polozk, Nowgorod und Wladimir-Susdal. Die alte Rus fand in der Invasion der mongolischen Tataren zwischen 1237 und 1240 ihr Ende (ebd.).

Die Erinnerung an die Kyjiwer Rus spielt bis heute eine wichtige Rolle in der ukrainischen Gesellschaft und ist zentraler Ausdruck eines ukrainischen Bewusstseins und nationalstaatlichen Anspruchs (ebd.). Dies zeigt sich unter anderem in der Staatssymbolik: Die ukrainische Währung beispielsweise, die Hrywnja, geht auf die Geldeinheit der Kyjiwer Rus zurück. Auch der Dreizack, der sich etwa auf dem Staatswappen befindet, wurde in der alten Rus bereits auf Münzen geprägt (ebd.). Erinnerungskulturelle Konflikte – die zunehmend auch im digitalen Raum

toben (Pshenychnykh et al. 2024) – herrschen zwischen der Ukraine und Russland unter anderem in Bezug auf den zuvor bereits erwähnten Fürst Wodolodmyr/Wladimir, den beide Nationen als heiligen „Gründungsvater“ verehren und mittels Denkmälern und Jubiläumsfeiern für sich zu beanspruchen suchen (Kappeler 2019). Forschungen haben allerdings gezeigt, dass trotz aller Bemühungen der russischen Regierung, Fürst Wladimir im historischen Bewusstsein der Russen nicht so stark vertreten ist wie in der Ukraine (ebd.). Auch lassen sich viele russische Staatssymbole – etwa der bekannte Doppeladler auf dem Staatswappen oder auch der Rubel als Währung – nicht auf die alte Rus, sondern erst auf die Zeit des Großfürstentum Moskaus im 16. Jahrhundert zurückverfolgen (ebd.).

Nach den Mongoleninvasionen bildeten sich langsam jene Formen von ethnischen Gruppen heraus, die wir auch heutzutage noch kennen, also etwa Ukrainer, Russen und Weißrussen (Kappeler 2015a). Dies hat wesentlich mit den Nachfolgestaaten der alten Kyjiwer Rus zu tun. Die nördlichen Gebiete fielen vor allem an das Fürstentum Wladimir-Susdal, das später in das Großfürstentum Moskau und damit in den Vorläuferstaat des heutigen Russlands überging. Die größten Teile der Rus, inklusive Kyjiw, fielen aber an das Großfürstentum Litauen, das sich seit 1386 in Personalunion mit dem Königreich Polen befand (ebd.). 1569 wurde mit der Union von Lublin, die die „Königliche Republik der Polnischen Krone und des Großfürstentums Litauen“, kurz Polen-Litauen, begründete, aus der Personalunion auch endgültig eine Realunion. Dieser Staat übte kulturell westliche (und in geringerem Maße auch religiös-katholische) Einflüsse auf die Gebiete der heutigen Ukraine aus (ebd.). Im frühen 17. Jahrhundert erlebte die Ukraine erneut eine kulturelle Blütezeit, in der „westliche Rationalität mit orthodoxer Spiritualität“ sowie „die lateinische und polnische mit der kirchenslawischen Tradition“ verbunden wurden (ebd.). Auch viele Deutsche und Juden siedelten in der Region (ebd.).

Etwa gleichzeitig gewannen die Kosakenheere, die sich zuvor an den Ufern der Flüsse wie etwa des Don und Dnjepr gebildet hatten, an Bedeutung (ebd.). Dies waren (einigermaßen) egalitär-militärdemokratische Gruppierungen, unter anderem formiert aus entflohenen leibeigenen Bauern. Sie führten Raubzüge gegen das zu der Zeit an diese Region angrenzende Osmanische Reich und dienten

dem Polnischen König als Söldner (ebd.). Eine zunehmende Verbindung zu den orthodoxen Eliten in Kyjiw führte schließlich 1648 unter dem Anführer (Hetman) Bohdan Chmelnyzkyj zu einem großen Aufstand der Kosaken gegen die polnisch-litauische Herrschaft. Die Kosaken eroberten fast die gesamte Ukraine, waren allerdings militärisch auf Hilfe angewiesen und stellten sich unter das Protektorat des Moskauer Zaren (ebd.). Die Deutung dieses Schrittes ist umstritten: Aus ukrainisch-nationalistischer Sicht war das gerade von Polen-Litauen zurückeroberte und neu gegründete Hetmanat der erste ukrainische Nationalstaat und das Moskauer Protektorat eine zeitlich begrenzte Maßnahme. Der Zar in Moskau sah in diesem Schritt allerdings vielmehr eine Unterwerfung und die russisch-nationalistisch gefärbte Geschichtsschreibung postuliert bis heute, dass es sich um die Wiedervereinigung jener eigentlich zusammen gehörender orthodoxen Völker handelt, die durch die Mongoleninvasionen getrennt worden waren (ebd.).

1667 teilten das Moskauer Zarentum und Polen-Litauen nach dem Russisch-Polnischen Krieg 1654-1667 das zuvor von Chmelnyzkyj und seinen Anhängern befreite Gebiet auf: Russland erhielt Kyjiw und die östliche Ukraine, Polen-Litauen die westlichen Teile. Obgleich die östlichen Teile formell noch als eigenständiges Hetmanat im Moskauer Zarenreich erhalten blieben, wurde die Zarenherrschaft gegenüber dieser ukrainischen Landesteile zunehmend oppressiv. Hetman Iwan Masepa verbündete sich schließlich im Rahmen des in ganz Europa laufenden Dritten (auch genannt Großen) Nordischen Krieges mit König Karl XII. von Schweden, um der Gewaltherrschaft des Moskauer Zaren Peter dem Großen etwas entgegenzusetzen und das ursprüngliche gesamte Hetmanat zurückzuerobern (ebd.). Trotz anfänglicher europaweiter schwedischer Erfolge erlitt Karl XII. zusammen mit Hetman Masepa 1709 bei der Schlacht bei Poltawa eine kolossale Niederlage, die nicht nur die von Russland ersehnte Wende im Krieg brachte, sondern auch die ukrainischen Nationalstaatsambitionen zunichtemachte. Hetman Masepa wird heutzutage von den Ukrainern als Nationalheld gefeiert (erst 2022 ist eine auf diesen Namen getaufte Korvette der ukrainischen Marine vom Stapel gelaufen, siehe Ozberk 2024) und von den Russen als Verräter („Masepismus“ war und ist ein Schimpfwort für die vermeintlich „illoyalen“ Ukrainer) verachtet (Kappeler 2015a).

Das gescheiterte Auflehnen Hetman Masepas gegen die Moskauer Zaren markiert das Ende der kosakischen Herrschaft in der Region. Spätestens mit Katharina II. in Moskau waren die Kosaken weitestgehend umgesiedelt und die wohlhabenderen in den Adel aufgenommen und dort vollkommen russifiziert worden (ebd.). Trotzdem wird in der ukrainisch-nationalistischen Kultur die Erinnerung an das Kosakentum aufrechterhalten, etwa in der Nationalhymne, die mit den Worten „Leib und Seele geben wir für unsere Freiheit hin, und wir werden zeigen, Brüder, dass wir vom Stamm der Kosaken sind!“ endet (ebd.). In ständigen Kriegen mit dem Osmanischen Reich vergrößerte das Russische Reich stetig sein Territorium und stieg endgültig zur europäischen Großmacht auf. Durch die drei Teilungen Polens im 18. Jahrhundert fielen auch die westlichen Teile des ehemaligen Hetmanats an Russland, während die Region Galizien in die Habsburgermonarchie integriert wurde (ebd.). Odessa – später einmal eine der größten Städte des Russischen Reiches – wurde 1794 gegründet, und die heutige Südukraine inklusive Krim als „Neurussland“ ins Reich integriert und besiedelt. Der Begriff „Neurussland“ war die durch die Zaren vergebene amtliche Bezeichnung dieser landwirtschaftlich sehr fruchtbaren Region und wird auch heutzutage, seit 2014 auch von Wladimir Putin, in dem Versuch wiederbelebt, russische Ansprüche auf die Region historisch zu begründen (ebd.).

Im Zeitalter der Industrialisierung wurde die Ostukraine, insbesondere die Region des Donezbecken, auch genannt Donbass, dank ihrer enormen Steinkohle- und Eisenerzvorkommen zur Hochburg der Industrialisierung des gesamten Russischen Reiches (ebd.). Donezk (bis 1924: Jusowka, dann bis 1961: Stalino) sowie Charkiw und Dnipropetrowsk (früher: Jekaterinoslaw) wurden bedeutende Städte. Diese wurden allerdings vor allem von eingewanderten russischen Arbeitern besiedelt, die Ukrainer blieben überwiegend arme und in großen Teilen analphabetische Bauern (ebd.). Sie wurden als „Kleinrussen“ nicht als eigene Nation anerkannt, sondern von den autoritär-zentralistischen Herrschern in Moskau neben den „Weißrussen“ und „Großrussen“ als Mitglieder der „all-russisch“ orthodoxen Nation gesehen, ihre Sprache als „Dialekt“ verboten, ihre Kultur bekämpft und ihre Geschichte russifiziert (ebd.). Dies sollte bis zu den Revolutionen im Jahr 1917 so bleiben. Trotz aller Unterdrückung formierte sich im 19. Jahrhundert auch erstmals eine ukrainische Nationalbewegung im „modernerem“ Sinne, wie

es zu der Zeit etwa auch in den deutschen und italienischen Landen zu beobachten war. Besonders hervorzuheben sind hier die sogenannte Kyrill-und-Method-Bruderschaft rund um Mykola Kostomarow (1817–1885), oder auch der Dichter Taras Schewtschenko (1814–1861), deren nationalstaatliche Ambitionen allerdings vom Russischen Kaiserreich mit maximaler Härte bekämpft wurden (ebd.).

Die Ukrainer in den Gebieten, die an das Habsburgerreich gefallen waren, erlebten hingegen etwas andere Entwicklungen: Schon Josef II. (1741–1790; Kaiser des Heiligen Römischen Reiches und Herrscher der Habsburgermonarchie) hatte als Vertreter des Aufgeklärten Absolutismus Reformen wie die Abschaffung der Leibeigenschaft durchgesetzt, mit den Revolutionen von 1848 wurden die Bauern befreit und mit der Dezemberverfassung von 1867 unterwarf sich der Kaiser von Österreich Franz Joseph I. (1830–1916) erstmals einer Verfassung und übte seine Herrschaft fortan nicht mehr absolut, sondern im Rahmen einer konstitutionellen Monarchie aus (ebd.). Die in diesen Gebieten als Ruthenen bezeichneten Ukrainer waren zwar in der großen Mehrheit weiterhin arme Bauern, genossen aber etwas mehr Freiheiten als ihre Verwandten im Zarenreich; so war etwa die ukrainische Sprache offiziell als Amt- und Schulsprache anerkannt (ebd.). Die geographische Teilung der Ukrainer führte zu der Tragik, dass im Ersten Weltkrieg Ukrainer beider Großmächte gegeneinander kämpfen mussten.

Die Februarrevolution 1917 und der damit einhergehende Zusammenbruch des Zarenreiches brachte eine hoffnungsvolle und gleichsam chaotische Phase für die Ukrainer mit sich. Schon eine Woche nach der Revolution trat in Kyjiw eine provisorische Regierung zusammen und erklärte Anfang 1918 als Reaktion auf das zunehmende Erstarken der Bolschewiki seit der Oktoberrevolution 1917 die Unabhängigkeit der Ukrainischen Volksrepublik. Damit war der erste ukrainische Nationalstaat geschaffen – doch hielt er nicht lange, denn schon im Februar und März wurde die Ukraine von Truppen der österreich-ungarischen und deutschen Armeen besetzt, welche eine neue Regierung (wiederum Hetmanat genannt) installierten, die primär der Versorgung der Mittelmächte mit ukrainischem Weizen diente (ebd.). Nach der Kapitulation dieser wurde die Ukraine erneut unabhängig, verlor aber die galizischen Teile und andere Regionen an Polen, Rumänien und die Tschechoslowakei. Auch diese Unabhängigkeit hielt nicht lange, denn nun sah sich die junge Volksrepublik mit dem blutigen Chaos des russischen

Bürgerkriegs konfrontiert. Die Bolschewiki besetzten mit der Roten Armee Kyjiw mehrmals und beabsichtigten, eine ukrainische Sowjetrepublik zu schaffen, während große Teile der Weißen Armee auch nicht an einem souveränen ukrainischen Nationalstaat, sondern der Wiedererschaffung eines russischen Imperiums interessiert waren (ebd.). Bekanntlich siegte die Rote Armee und wandelte die Ukraine in eine sozialistische Sowjetrepublik um, die 1922 schließlich eines der Gründungsmitglieder der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mit Moskau als Hauptstadt werden sollte (ebd.). Die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg waren insgesamt von äußerster Brutalität und teilweise anarchischen Zuständen geprägt; auch kam es in dieser Zeit erneut zu Pogromen an der jüdischen Bevölkerung (ebd.).

Der Stalinismus war für viele Ukrainer erneut eine Zeit großen Leidens. Mehrere Millionen Ukrainer wurden in den stalinistischen „Säuberungen“, dem „Großen Terror“ und anderen Verfolgungen in den GULag deportiert, mehr als eine halbe Million starb (ebd.). Eine der größten Katastrophen stellt der Holodomor (ukrainisch: „Tötung durch Hunger“) dar: Um die Industrialisierung der Sowjetunion zu forcieren, wurde die Landwirtschaft zwangskollektiviert und den Bauern hohe Getreideabgabequoten auferlegt. Dieses Getreide sollte international verkauft werden und die Erträge zur Industrialisierung genutzt werden. Als traditionelle „Kornkammer“ mit ihrem großen Agrarsektor spielte die Ukraine dabei eine besondere Rolle. Alle, die sich den Maßnahmen widersetzen, wurden deportiert oder ermordet. Ein stetiges Erhöhen der Abgabequoten führte in den Jahren 1932/33 zu einer katastrophalen Hungersnot, die etwa drei Millionen Ukrainern das Leben kostete (ebd.). Die Frage, ob es sich beim Holodomor um einen Genozid – das heißt, das durch Stalin bewusst herbeigeführte oder zumindest wissentlich in Kauf genommene Sterben von so vielen Ukrainern – handelt, ist bis heute umstritten (ebd.). Gesichert gilt, dass Stalin eine Hungersnot bewusst herbeigeführt hat (Deutscher Bundestag 2022a). Fraglich ist aber, ob er dabei die Ukrainer aus politischem Kalkül *besonders* schwächen wollte, denn auch andere Teile der Sowjetunion litten in dieser Zeit – wenn auch in geringerem Maße – an den Folgen der Hungersnot. Nach herrschender Meinung in der Geschichtswissenschaft führte ein grundsätzliches Misstrauen Stalins gegenüber den Ukrainern zu seiner besonderen Unbarmherzigkeit mit ihnen und den daraus resultierenden Millionen

ukrainischen Toten (Kappeler 2015a). Die Ukraine bemüht sich seit der Erlangung ihrer Unabhängigkeit von der Sowjetunion international um die Anerkennung des Holodomor als Völkermord. 2022 hat die Europäische Union diesen als solchen anerkannt (Europäisches Parlament 2022).

Der einige Zeit später folgende Zweite Weltkrieg und die nationalsozialistische Besatzung waren erneut Zeiten unermesslichen Leidens und kosteten erneut bis zu 7,5 Millionen ukrainische Menschenleben, was damals einem Fünftel der Bevölkerung entsprach (Kappeler 2015a). Die gesamte in der Ukraine verbliebene jüdische Bevölkerung wurde von den deutschen Besatzern systematisch ausgelöscht. Allein beim Massaker von Babyn Jar im September 1941 wurden innerhalb von 48 Stunden über 30.000 Juden ermordet (ebd.). Das deutsche Scheitern an der Ostfront und die Rückeroberungen der Roten Armee führten dazu, dass wieder alle ukrainisch bewohnten Gebiete – also auch Galizien und andere Regionen, die zuvor noch an andere Länder angegliedert waren – in der nun wieder von Russland abhängigen Ukrainischen Sowjetrepublik zusammengefasst wurden (ebd.).

Die restliche Zeit bis 1990 war geprägt von sowjetischer Wirtschafts- und Kulturpolitik. Erst mit dem Reaktorunglück 1986 in Tschornobyl und der „Perestrojka“-Politik unter Michail Gorbatschow nahm die ukrainische Nationalbewegung wieder Fahrt auf (ebd.). Im Juli 1990 erklärte die Ukrainische Republik – wie viele andere der Sowjetrepubliken auch – ihre Souveränität und am 24. August 1991 den Austritt aus der Sowjetunion und ihre Unabhängigkeit. In einem Referendum im Dezember stimmten 90% der Ukrainer für die Unabhängigkeit und wählten Leonid Krawtschuk als ihren ersten Präsidenten, die Sowjetunion wurde kurz darauf aufgelöst (ebd.).

### 3.2 Die Ukraine bis zum russischen Angriffskrieg 2022

Die wirtschaftliche Entwicklung des nunmehr zweitgrößten Staates in Europa verlief nach der Wende eher schleppend. Erst Anfang dieses Jahrhunderts erlebte das Land eine Phase stärkeren Wirtschaftswachstums, was jedoch durch die globale Finanzkrise ab 2008 wieder zunichte gemacht wurde (Kappeler 2015b). Politisch bemühte sich das Land auf der einen Seite um eine stabile Staatsbildung und gleichzeitig um gute Beziehungen zu Russland und der Europäischen Union.

1994 verzichtete die Ukraine im Budapester Memorandum auf ihre noch aus sowjetischer Zeit stammenden Atomwaffen und erhielt im Gegenzug russische, US-amerikanische und britische Garantien, ihre Souveränität zu achten (ebd.). Im selben Jahr wurde ein Partnerschaftsabkommen mit der Europäischen Union geschlossen – gleichzeitig blieb das Land noch Teil der russisch dominierten Gemeinschaft Unabhängiger Staaten.

Zu den ersten größeren innenpolitischen Unruhen kam es im Zuge der Präsidentschaftswahlen 2004. Der aus der immer noch recht stark russisch geprägten Ostukraine stammende ehemalige Ministerpräsident Viktor Janukowytsch trat mit einem pro-russischen Kurs und großer russischer Rückendeckung gegen den eher westlich ausgerichteten Viktor Juschtschenko an (ebd.). Letzterer wurde im September 2004 Opfer eines Giftgasanschlags und verlor im November die Stichwahl gegen Janukowytsch – das Wahlergebnis war aber offensichtlich gefälscht worden (ebd.). Im Zuge dessen kam es zur sogenannten Orangen Revolution, bei der mehr als 100.000 Menschen auf dem Kyjiwer Majdan-Platz erfolgreich eine Wahlwiederholung forderten, die letztendlich Juschtschenko gewann (ebd.). Der pro-westliche Kurs hielt allerdings nicht lange an, denn schon 2010 gewann Janukowytsch knapp die Präsidentschaftswahl und verfolgte anschließend einen zunehmend pro-russischen und autoritären Kurs, ließ seine Gegenkandidatin von der Wahl 2010 (Julija Tymoschenko) inhaftieren und bereicherte sich und seine Familie (ebd.). Im November 2013 sollte in Vilnius ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union unterschrieben werden. Unter russischem Druck sagte Janukowytsch‘ Regierung eine Woche vor dem geplanten Termin überraschend ab und löste so die nächste Protestwelle, den sogenannten Euromajdan, aus (ebd.).

Der Euromajdan, auch Majdan-Revolution oder rückblickend Revolution der Würde genannt, war die größte zivilgesellschaftliche Massenbewegung auf dem europäischen Kontinent seit dem Zerfall der Sowjetunion (Kappeler 2015c). Was als Protest gegen die Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union begann, weitete sich mit der Zeit in Richtung eines allgemeinen Protests gegen Janukowytsch‘ autoritären und pro-russischen Regierungsstil aus. Hunderttausende strömten erneut auf den Majdan-Platz in Kyjiw, auch in anderen Städten gab es Demonstrationen. Die Zusammensetzung der

Protestierenden war dabei keineswegs homogen und reichte von links-liberalen Bewegungen bis zu ukrainisch-rechtsextremen Gruppierungen (ebd.). Die Regierung entgegnete den Protesten mit außerordentlicher Härte, veranlasste brutale Einsätze der Ordnungskräfte und erließ Ausnahme Gesetze. Die Proteste eskalierten zunehmend, wurden blutig und nahmen revolutionären Charakter an – um die 100 Personen starben (ebd.). Ein am 21. Februar 2014 von Vertretern Deutschlands, Frankreichs und Polens ausgehandelter Kompromiss zwischen Janukowytsch und den Oppositionsparteien wurde von den Protestierenden nicht akzeptiert und noch in derselben Nacht floh der Präsident nach Russland (ebd.). Das Parlament erklärte ihn daraufhin für abgesetzt und setzte eine Übergangsregierung ein, die noch im März das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union unterschrieb (ebd.).

Der russische Präsident Wladimir Putin sah in den Protesten und der Absetzung Janukowytsch' einen illegalen „Staatsstreich einer faschistischen Junta“ (ebd.) und reihte das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union in das von ihm oft bemühte Narrativ der illegitimen Ausweitung des Westens nach Osteuropa (insbesondere in Form von NATO und EU) unter Missachtung russischer Sicherheitsinteressen ein. Diese Rhetorik war insgesamt relativ neu, noch 2004 hatte Putin auf einer Pressekonferenz mit dem damaligen deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder als Reaktion auf den Beitritt der baltischen Staaten zur NATO gesagt, man habe „[h]insichtlich der Nato-Erweiterung [...] keine Sorgen mit Blick auf die Sicherheit der Russischen Föderation.“ (Thumann 2022).

Die 2014 beginnenden drastischen Reaktionen und Maßnahmen Putins auf die Ereignisse in der Ukraine müssen aber auch im Lichte seiner Angst gedeutet werden, die Majdan-Revolution könnte auch als Vorbild für Protestbewegungen in Russland dienen (Kappeler 2015c). Seine innenpolitischen Beweggründe dürfen also bei aller Betrachtung seiner außenpolitischen Rhetorik nicht vernachlässigt werden.

Die Halbinsel Krim stand als erstes im Visier. Sie ist die einzige Region der Ukraine mit einer ethnisch russischen Bevölkerungsmehrheit und insbesondere die Hafenstadt Sewastopol, in dem die zaristische und dann sowjetische Schwarzmeerflotte stationiert war und dies über bilaterale Verträge auch nach der

ukrainischen Unabhängigkeit blieb, hat für Russland eine besondere strategische Bedeutung (ebd.). Noch Ende Februar 2014 wurden unter anderem das Parlament der zur Ukraine gehörenden Halbinsel Krim und der Flughafen der Stadt Simferopol von bewaffneten Einheiten, die zwar keine Hoheitsabzeichen, aber durchaus russische Kampfuniformen trugen und nach heutigem Stand von Russland aus entsendet wurden (Grant 2015, S. 68), besetzt (Kappeler 2015c). Es wurde eine neue Regierung eingesetzt, die am 6. März erklärte, der Russischen Föderation beizutreten. Darauf folgte ein äußerst umstrittenes (ebd.) Referendum diesbezüglich und noch am 20. März wurde die Krim von russischer Seite offiziell in das Staatsgebiet integriert.

Die russische Annexion der Krim stellte einen eklatanten Bruch des Völkerrechts dar (ebd.). In erster Linie liegt hier ein Verstoß gegen die territoriale Integrität der Ukraine nach Artikel 2 Absatz 4 der Charta der Vereinten Nationen vor (United Nations o. D.); ferner verstößt die Annexion auch gegen weitere bilaterale wie multilaterale Verträge, etwa gegen den russisch-ukrainischen Freundschaftsvertrag (United Nations Treaty Collection 1997), die Charta von Paris von 1990 (Deutscher Bundestag 1990), die NATO-Russland-Grundakte von 1997 (North Atlantic Treaty Organization 1997) oder auch das bereits erwähnte Budapester Memorandum von 1994 (United Nations Treaty Collection 1994).

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen verurteilte am 27. März 2014 die Annexion der Krim und bekräftigte die Souveränität der Ukraine (United Nations 2014). Auch sonst wurde das russische Vorgehen, insbesondere von westlich geprägten Staaten, als illegitim bewertet und entsprechend verurteilt (Kappeler 2015c). Außer der mündlichen Verurteilung und der Verhängung von Sanktionen gegen russische Personen und Unternehmen, waren kaum nennenswerte politische Maßnahmen zu beobachten (ebd.). Fast unmittelbar auf die Annexion der Krim folgte dasselbe Vorgehen im Donbass. Bewaffnete prorussische Milizen und kleine unkenntlich uniformierte Verbände des russischen Militärs besetzten unter anderem die Städte Donezk und Luhansk und erklärten die Unabhängigkeit der Regionen um diese Städte als „souveräne Volksrepubliken“ (ebd.). Mit illegalen Scheinreferenden wurde die Unabhängigkeit dieser Gebiete am 11. Mai 2014 von der Bevölkerung „bestätigt“ (ebd.). Das ukrainische Militär versuchte daraufhin in einer offiziell „antiterroristisch“ genannten Aktion, diese Gebiete

zurückzuerobern, was jedoch auch aufgrund zunehmender Bereitstellung von Personal und schwererem Kriegsmaterial durch Russland an die Separatisten nicht gelang (ebd.). Die nun begonnenen Kampfhandlungen werden unter anderem als Krieg im Donbass, teilweise auch schon als Beginn des Russisch-Ukrainischen Kriegs bezeichnet.

Internationales Aufsehen erregte der am 17. Juli über dem Osten der Ukraine erfolgte Abschuss des Malaysia Airlines Flugs 17 von Amsterdam nach Kuala Lumpur, bei dem 298 Menschen starben. Schon erste internationale Untersuchungen deuteten darauf hin, dass ein russisches Flugabwehrsystem in die Ostukraine gebracht und dort wohl von prorussischen Milizen abgefeuert wurde; Russland dementierte jede Verantwortung (BBC 2016 & Sterling/Deutsch 2016). Inzwischen ist die Internationale Zivilluftfahrtorganisation ICAO zu dem finalen Ergebnis gekommen, dass Russland für den Absturz verantwortlich ist (International Civil Aviation Organization 2025). Im September 2014 und Februar 2015 wurden in Minsk zwei („Minsk I“ und „Minsk II“) unter Vermittlung der OSZE und insbesondere Frankreich und Deutschland ausgehandelte Protokolle über eine Waffenruhe zwischen der Ukraine und Russland in der Region unterschrieben (Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2022a). Diese Waffenstillstände waren äußerst brüchig und die Kampfhandlungen flammten immer wieder auf – zudem wurde die illegale Annexion der Krim überhaupt nicht thematisiert (Kappeler 2015c).

Nicht zu vernachlässigen ist der propagandistische Aufwand, den Russland schon vor, aber dann auch während der Kampfhandlungen im Donbass betrieben hat, um die Annexion der Krim, die Beanspruchung des Donbass und den später noch kommenden groß angelegten Angriffskrieg auf die Ukraine innenpolitisch zu rechtfertigen. Dies lässt sich hauptsächlich in drei Narrative unterteilen: Erstens die Idee der „faschistischen“ ukrainischen Regierung seit den Majdan-Protesten und der Notwendigkeit der Beseitigung dieser als Fortsetzung des „Großen Vaterländischen Kriegs“, also des Kriegs der Sowjetunion gegen Hitlerdeutschland (ebd.). Zweitens das in dieser Arbeit bereits erwähnte Narrativ der „Ausbreitung und Bedrohung“ des Westens unter Missachtung russischer Sicherheitsinteressen und angeblichem Brechen von getroffenen Vereinbarungen und die damit einhergehende vermeintlich unmittelbare Bedrohung Russlands durch

eine „westliche“ Ukraine. Und drittens die ebenfalls bereits erwähnten territorialen Ansprüche auf das Gebiet der Ukraine durch den Versuch der Herstellung einer historischen Kontinuität zwischen dem Kyjiwer Rus und dem heutigen russischen Staat und dem damit einhergehenden Anspruch, die Ukrainer seien von sich aus keine eigenständige Nation, sondern gehörten dem russischen Volk an. Hier ist beispielhaft der 2021 von Putin verfasste und auf der Website der russischen Regierung veröffentlichte Essay „Zur historischen Einheit von Russen und Ukrainern“ zu nennen, in dem Putin der Ukraine geschichtsrevisionistisch und imperialistisch ihr Existenzrecht aberkennt (Woolley 2022; Kappeler 2021). Der gewaltige russische Propagandaapparat läuft dabei wie geschmiert, und neben den klassischen Medien wie dem Staatsfernsehen hat das Regime auch gekonnt den digitalen Raum erobert und weiß ihn zur Beeinflussung des In- und Auslandes bestens zu nutzen (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2023). Was innerhalb der russischen Propaganda eher weniger vorkommt, sind die (geo-)strategischen Ziele, die Putin in der Ukraine verfolgen könnte. Hier wären beispielsweise neben der geopolitischen (im Sinne von räumlichen) Bedeutung der Ukraine die außerordentlich großen fossilen Rohstoffvorkommen (insbesondere im Osten der Landes), aber auch das nun schon öfters erwähnte landwirtschaftliche Potenzial der Ukraine zu nennen (Blum et al. 2024). Eine Analyse, in welchem Verhältnis zueinander geostrategische, imperialistische, innenpolitische und andere Motive, die zum Angriffskrieg geführt haben könnten, tatsächlich stehen, böte sich an dieser Stelle an, würde aber Umfang und Ziel dieser Masterarbeit sprengen. Auf entsprechende Literatur (etwa Unterseher 2023) sei verwiesen.

### 3.3 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine 2022

Nachdem das internationale Interesse über den laufenden Krieg im Donbass trotz nicht haltender Waffenstillstände einige Zeit lang nachgelassen hatte, spitzte sich der Konflikt ab 2021 weiter zu. Im April ließ Putin etwa 100.000 Soldaten an der russisch-ukrainischen Grenze stationieren und drohte damit, seine Staatsbürger – damit meinte er auch jene Menschen, die zwar im ukrainischen Donbass lebten, aber seit 2014 von Russland verteilte russische Pässe erhalten hatten – „wenn nötig“ militärisch zu „verteidigen“ (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2025). Im Juli folgte dann die Veröffentlichung der

zuvor bereits behandelten Abhandlung „Zur historischen Einheit von Russen und Ukrainern“. Die weitere Verlegung russischer Truppen an die ukrainische Grenze und in geringerem Umfang auch nach Belarus im November löste über die nächsten Monate eine Welle westlicher Versuche aus, auf diplomatischen Wege eine Deeskalation der Situation zu erreichen (ebd.). US-Präsident Joe Biden drohte in einem Videogipfel mit wirtschaftlichen Sanktionen und kündigte eine Stärkung der NATO-Ostflanke an; bald darauf begannen die USA und später auch das Vereinigte Königreich sowie die baltischen Staaten mit Waffenlieferungen an die Ukraine (ebd.). Ab Februar 2022 begannen sich die Ereignisse dann förmlich zu überschlagen: Während Emmanuel Macron und Olaf Scholz noch in Moskau versuchten, eine diplomatische Lösung zu erreichen, warnten die US-Geheimdienste schon, eine russische Invasion stünde unmittelbar bevor (ebd.). In den für unabhängig erklärten Regionen des Donbass wurde eine Generalmobilmachung angeordnet und die Zivilbevölkerung nach Russland evakuiert – noch am 21. Februar erkannte die Russische Föderation diese „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk an und entsandte Truppen in die Region, um die dortigen Russen zu „beschützen“ (ebd.). Am 22. Februar wurden seitens der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten erste Sanktionen verhängt und in Deutschland wurde das Nord-Stream-2-Projekt gestoppt. Einen Tag später wurde in der Ukraine der Ausnahmezustand verhängt und mit der Teilmobilmachung begonnen (ebd.).

Am 24. Februar 2022 schließlich begann der großflächig angelegte russische Angriffskrieg von Norden, Osten und Süden (ebd.). Putin bezeichnete diesen in einer Rede als „Spezialoperation“, die der „Entnazifizierung“ der Ukraine dienen und einen „Genozid“ der ukrainischen Regierung an der Zivilbevölkerung verhindern solle (ebd.). Die Ukraine rief daraufhin das Kriegsrecht aus, Männer zwischen 16 und 60 Jahren durften das Land nicht mehr verlassen und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj bat den Westen um Militärhilfen. Dieser verurteilte den Angriffskrieg und beschloss Sanktionen. So wurde Russland etwa teilweise aus dem internationalen Zahlungssystem Swift ausgeschlossen (ebd.). Am 27. Februar hielt Olaf Scholz vor dem Deutschen Bundestag jene „Zeitenwende“-Rede, die im Rahmen dieser Arbeit noch ausführlicher behandelt werden soll, und stellte der deutschen Bundeswehr ein Sondervermögen in Höhe von

100 Milliarden Euro in Aussicht (ebd.). Einen Tag später reichte die Ukraine einen EU-Beitrittsantrag ein.

Anfang März zeigte sich, dass der russische Versuch, im Sinne eines „Blitzkriegs“ das Land zu überrollen und die ukrainische Hauptstadt in wenigen Tagen zu erobern, an den überraschend verteidigungsstarken Ukrainern gescheitert war (ebd.). Am 2. März verurteilte auch die Generalversammlung der Vereinten Nationen den russischen Angriffskrieg mit großer Mehrheit (United Nations 2022a & United Nations 2022b). Von nun an verlagerte sich der Krieg zunehmend in den Süden und Osten des Landes und löste im ganzen Land Millionenwellen an Binnenvertriebenen und Flüchtlingen aus (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2025). Dazu nahm er mehr und mehr den Charakter eines Abnutzungskriegs an (ebd.). Verschiedene Bemühungen um einen Waffenstillstand scheiterten. Im September annektierte Russland – erneut völkerrechtswidrig – verschiedene Regionen der Oblaste Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson (ebd.). Während die westlichen Waffenlieferungen und Hilfspakete für die Ukraine und Sanktionspakete gegen Russland zunehmend ausgeweitet wurden, schränkte Russland die Medienfreiheit im eigenen Land weiter ein; nach einem neuen Mediengesetz im März 2022 etwa kann das Bezeichnen des Krieges als „Krieg“ und nicht als „Spezialoperation“ bis zu 15 Jahre Haft mit sich ziehen (ebd.).

Als Reaktion auf den Krieg kündigten Finnland und Schweden ihren NATO-Beitritt an, der dann am 04.04.2023 (Finnland) und 07.03.2024 (Schweden) erfolgte. Auch die Ukraine stellte einen Antrag auf NATO-Mitgliedschaft, dieser hat allerdings aufgrund des Krieges aktuell keine Aussichten auf Erfolg (ebd.). Neben eigenen Truppen wird Russland militärisch von Belarus (ebd.), aber auch vom Iran (Mölling/Rácz 2024) und Nordkorea unterstützt (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2025). Außerdem setzt Russland auf PMC (Private Military Contractors), also private Söldnertruppen; im Juni 2023 erregte ein Aufstand der Söldnergruppe „Wagner“ gegen die russische Militärführung besonderes Aufsehen, wurde jedoch alsbald vom Anführer der Gruppe, Jewgeni Prigoschin, nach Verhandlungen mit dem russischen Regime abgebrochen (ebd.).

Im Spätsommer 2024 drangen ukrainische Truppen in einer Gegenoffensive in die Region Kursk und damit erstmals auf russisches Territorium vor (ebd.). Dieser strategische Vorstoß verlagerte die Kampfhandlungen erstmals auch auf das Staatsgebiet des Aggressors. Das unter chronischem Material- und Personal-mangel leidende ukrainische Militär – der ukrainische Präsident bittet daher den Westen ständig um Lieferungen von Waffensystemen und Munition und versucht, im In- und Ausland vermehrt neue Truppen zu rekrutieren – konnte sich allerdings bis heute nicht in der Region behaupten und wurde wieder fast vollständig zurückgedrängt (ebd.). Im März 2025 startete die ukrainische Armee einen neuen Vorstoß in die Region Belgorod. Ziel dieser Vorstöße ist es, eine neue Front zu eröffnen und damit die überforderten Frontabschnitte in der Süd- und Ostukraine zu entlasten (ebd.).

Schon 2022 hat die russische Armee begonnen, zunehmend Luftangriffe gegen ukrainische Städte zu fliegen und versucht so und mit schwerem Artilleriebeschuss, flächendeckend militärische wie zivile Infrastruktur zu zerstören. Zudem ist in diesem Krieg zu beobachten, wie sich neuerdings auch die Nutzung kleinerer Drohnen in sehr großen Stückzahlen bei beiden Parteien als Kriegswaffe etabliert hat (ebd.). Das russische Militär nimmt in seinen Angriffen keinerlei Rücksicht auf die Zivilbevölkerung, was zu katastrophalen humanitären Zuständen führt; Russland bombardiert bis heute Wohngebiete, Krankenhäuser, Schulen, Kulturstätten und Kirchen sowie Energie-, Lebensmittel- und Trinkwasserinfrastruktur (ebd.). Zusätzlich zu den zuvor genannten sind zahlreiche weitere russische Kriegsverbrechen und Gräueltaten dokumentiert worden, etwa die Ausübung von Massakern an der Zivilbevölkerung und an kapitulierten Soldaten, die Anwendung von Folter, Verstümmelung, Vergewaltigungen und anderer Formen sexualisierter Gewalt, Plünderungen, die Verschleppung von Kindern, der Einsatz verbotener Waffen, gezielte Angriffe auf Rettungskräfte nach dem „double-strike“-Verfahren (zwei aufeinanderfolgende Luft- oder Artillerieschläge auf dieselbe Stelle, um möglichst viele Rettungskräfte zu treffen, die wegen des ersten Schlags vor Ort sind), willkürliche und inhumane Inhaftierungen sowie weitere grausame Verbrechen (Grzebyk/Uczkiewicz 2024, S. 115 ff.). Auch Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht seitens der Ukraine sind dokumentiert, wenn auch in deutlich geringerem Maße (United Nations Office of the High

Commissioner for Human Rights 2022). Die juristische Aufarbeitung der im Russisch-Ukrainischen Krieg (schon seit 2014 und vermehrt seit 2022) begangenen Verbrechen und auch des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs an sich laufen indes auf unterschiedlichen nationalen wie internationalen Ebenen (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2025). Unter anderem hat der Internationale Strafgerichtshof im März 2023 einen Haftbefehl gegen Putin erlassen (ebd.). Die Frage, ob Russland an der Ukraine einen Genozid verübt – das heißt, ob die Verbrechen in ihrer Gesamtheit die harten Kriterien des Tatbestands „Völkermord“, insbesondere die genozidale Absicht erfüllen – ist Gegenstand ausgesprochen intensiver und kontrovers geführter Debatten in der Literatur und entzieht sich nach aktuellem Stand einer Dichotomie von Ja oder Nein (Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2022b).

Russland setzt im Krieg in der Ukraine außerordentlich viel militärisches Personal ein und nimmt dafür hohe Verluste in Kauf. Schätzungen des International Institute for Strategic Studies von Anfang 2025 zufolge, sind seit Beginn des Angriffskriegs (2022) mindestens 172.000 russische Soldaten gefallen und 611.000 verletzt worden (Clavilier/Gjerstad 2025). Für die ukrainische Seite werden bis September 2024 etwa 80.000 gefallene Soldaten und etwa 400.000 Verwundete geschätzt (Bundeszentrale für politische Bildung 2025). Die Vereinten Nationen sprechen zudem von mindestens 13.000 getöteten und etwa 30.000 verletzten Zivilisten seit 2022 (United Nations in Ukraine 2025). Die allermeisten davon in der Ukraine. Diese Zahlen – sowohl militärisch wie zivil – sind aufgrund der höchst dynamischen Lage nur sehr schwer zu schätzen und die Dunkelziffer dürfte deutlich höher liegen (Bundeszentrale für politische Bildung 2025). Dazu kommt die bereits erwähnte größte Fluchtbewegung in Europa seit dem 2. Weltkrieg mit fast 6,9 Millionen ins Ausland geflüchteten Ukrainern und etwa 3,5 bis 3,6 Millionen Binnenflüchtlingen (ebd.). Neben diesem unermesslichen menschlichen Leid hat der Krieg ferner auch gravierend negative Auswirkungen auf weltweite Wirtschaftsdynamiken, unter denen vor allem Schwellen- und Entwicklungsländer leiden, die aber auch in führenden Wirtschaftsnationen zu teils außerordentlicher Inflation, gestörten Lieferketten und nicht zuletzt teils erheblicher Konjunkturabschwächung führen (Grömling 2023; Usman/Gil-Alana 2025).

Die aktuelle Situation in der Ukraine ist wie folgt: Noch immer stehen weite Teile des Ostens und Südens der Ukraine (inklusive der Krim) unter russischer Kontrolle. Erheblicher Material- und Personalmangel erschweren den ukrainischen Truppen das Aufhalten der zahlenmäßig stark überlegenen russischen Armee, die unter hohem Personalaufwand kleinere Fortschritte macht (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2025). Auch die Luftangriffe auf Städte in der ganzen Ukraine dauern an. Die Wahl des US-Präsidenten Donald Trump und sein Amtsantritt am Anfang 2025 haben eine völlig neue Dynamik in die Angelegenheit gebracht. Im Wahlkampf hatte er angekündigt, den Krieg „binnen 24 Stunden“ beenden zu wollen (ebd.). Darauf folgten außenpolitisch chaotische Zustände, in denen er teilweise Putin drohte und überlegte, über die internationale Senkung des Ölpreises der russischen Wirtschaft zu schaden, teilweise aber auch Selenskyj eine „Mitschuld“ am Abnutzungskrieg vorwarf und ihn ausgerechnet nach einem Gespräch mit Putin einen Diktator nannte (ebd.). Seinen Höhepunkt erreichte dies bei einem Gespräch mit Selenskyj am 28. Februar 2025, bei dem Trump und sein Vizepräsident JD Vance diesen im Oval Office heftig verbal attackierten und ihn vor laufenden Kameras demütigten (Tagesschau 2025a). Anschließend nannte Trump diesen Eklat, der die Kultur der transatlantischen Diplomatie seit dem Zweiten Weltkrieg fundamental erschütterte, „great television“ (Liptak/Zeleny 2025) und setzte für etwa acht Tage sämtliche militärische Unterstützung für die Ukraine aus. Nach mehreren Monaten der Verhandlung haben sich die USA und die Ukraine Anfang Mai 2025 auf ein Wirtschaftsabkommen geeinigt. Dieses sieht im Kern einen Wiederaufbaufonds für die Ukraine vor, der vor allem auf der Erschließung und Förderung fossiler Rohstoffvorkommen im Land aufbaut (Tagesschau 2025b). Zehn Jahre lang sollen die so erwirtschafteten Gewinne in den Wiederaufbau des Landes investiert werden, anschließend sollen diese Gewinne zwischen USA und Ukraine aufgeteilt werden (ebd.). Dieses Abkommen könnte eine neue Grundlage für Friedensverhandlungen sein – das überaus erratische Verhalten des US-Präsidenten erschwert aber Vermutungen dazu, wie sich die Verhandlungen in Zukunft entwickeln könnten. Bis heute (Juli 2025) dauert der Krieg und das menschliche Leiden in der Ukraine an und es ist nicht klar, wann und zu welchen Bedingungen es Frieden geben könnte.

## 4. Deutsch-Russische Beziehungen seit 1990

Dieses Kapitel widmet sich den deutsch-russischen Beziehungen im Bereich der Verteidigungs- und Energiepolitik seit 1990. Dazu soll zuerst ein kurzer Überblick über die deutsche Russlandpolitik seit dem Zerfall der Sowjetunion bis zum Beginn des russischen Angriffskriegs 2022 gegeben werden. Anschließend sollen jeweils die wichtigsten seit Februar 2022 in beiden Politikbereichen ergriffenen Maßnahmen erläutert werden. Ziel dieses Kapitels ist es, einen Überblick über die Hintergründe der deutsch-russischen Beziehungen zu schaffen, bevor anschließend mit Hilfe des im Theorie- und Methodenteil erarbeiteten Frameworks die Maßnahmen im Bereich der Verteidigungs- und Energiepolitik gegenüber Russland analysiert werden.

### 4.1 Deutsche Russlandpolitik zwischen 1990 und 2022

Die deutsche Haltung gegenüber Russland nach der Wende um 1990 war noch wesentlich von der Ostpolitik Willy Brandts (SPD) geprägt, der von 1969 bis 1974 Bundeskanzler gewesen war (Stent 2022, S. 28). Diese Strategie sah damals – im Hinblick auf die noch nicht lange zurückliegenden Verbrechen Nazideutschlands sowie die damalige Teilung des Landes inklusive der noch nicht geklärten Frage bezüglich der ehemaligen Ostgebiete – im wesentlichen zwei Aspekte vor: Wandel durch Annäherung und Wandel durch Handel (ebd.). Schon 1970 wurde das erste Abkommen zum Import sowjetischen Erdgases nach Deutschland unterzeichnet. Das Ziel dieser Politik war es, die Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern. Anfangs noch umstritten, galt die Ostpolitik Brandts bald als großer Erfolg (und gilt dies bis heute noch); auch seine Nachfolger Helmut Schmidt (SPD, Kanzler von 1974 bis 1982) und Helmut Kohl (CDU, Kanzler von 1982 bis 1998) folgten im Wesentlichen dieser Strategie. Heute gilt die deutsch-sowjetische Annäherung ausgehend von Brandt auch als einer der Wegbereiter für die deutsche Wiedervereinigung 1990 (ebd., S. 29). Nach der Wende wurde versucht, mittels einer möglichst engen Zusammenarbeit beider Länder in Russland demokratische und marktwirtschaftliche Reformen zu unterstützen und eine möglichst starke Westbindung zu erreichen. Deutschland wurde Russlands wichtigster Partner und gar als „Anwalt“ Russlands in Europa bezeichnet (Forsberg 2016, S. 22). Unter der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder (SPD, Kanzler von 1998

bis 2005) erreichten die deutsch-russischen Beziehungen ihren Höhepunkt (ebd., S. 24). Er pflegte persönlich – im Sinne einer „Männerfreundschaft“ (Hacke 2005) – sehr enge Beziehungen zum jüngst gewählten russischen Präsidenten Wladimir Putin, vertiefte die deutsch-russischen Beziehungen und ignorierte Menschenrechtsverletzung sowie rechtstaatliche Verstöße Putins (Forsberg 2016, S. 24). Mit dem „Petersburger Dialog“ wurde 2001 ein Forum zum zivilgesellschaftlichen Austausch errichtet (Davies 2023). Im September 2001 hielt Putin eine Rede im Deutschen Bundestag, in der er in deutscher Sprache (er hatte in jüngeren Jahren als KGB-Agent mehrere Jahre in der DDR verbracht) die hervorragenden deutsch-russischen Beziehungen hervorhob (Stent 2022, S. 30). Unter der – auf deutscher Seite – hoffnungsvollen Idee der Annäherung durch Verflechtung wurde eine enorme Abhängigkeit von russischem Erdgas aufgebaut. Dieses floss mehrheitlich durch unterschiedliche Pipelines in Osteuropa nach Deutschland – unter anderem durch die Ukraine oder Polen. Der Bau der Nord Stream 1 Pipeline (final beschlossen 2005 unter Kanzler Schröder, Fertigstellung 2011) durch die Ostsee brachte neue Dynamiken in dieses Verhältnis. Während das Projekt in Deutschland oft als rein wirtschaftlich und unpolitisch bezeichnet wurde, hatte es für Russland eine enorme politische Bedeutung: Es konnte nun das Erdgas direkt nach Deutschland leiten und so die Ukraine als Transitland, mit dem es ständig Streitigkeiten gab, umgehen (Pleines 2021). Der Bau von Nord Stream 1 sah explizit keine Ausweitung der Menge des gelieferten Gases vor, sondern lediglich eine Umleitung aus politischen Gründen (ebd.). Die baltischen Staaten und insbesondere Polen sahen dieses Projekt als regelrechten Verrat (Tjon-A-Meeuw 2022, S. 159). Die auf Schröder folgende Kanzlerin Angela Merkel (CDU, Kanzlerin von 2005 bis 2021) verfolgte weitestgehend eine ähnliche Russlandpolitik, der Ton zwischen Berlin und Moskau wurde aber zunehmend rauer (Forsberg 2016, S. 26). Erstens stand Merkel Putin auf persönlicher Ebene deutlich distanzierter gegenüber, und zweitens hatte die offene Unterstützung Wiktor Janukowytsch‘ durch Russland während der Orangen Revolution in der Ukraine 2004 und der (bis heute nicht final aufgeklärte) Giftanschlag auf seinen Konkurrenten Wiktor Juschtschenko für erhebliche Unruhen in der Region gesorgt (Gustafson 2020, S. 368). Putins Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007, in der er plötzlich neue Töne anschlug und etwa die unipolar von den USA dominierte Weltordnung sowie NATO-Osterweiterung kritisierte, wird

gewissermaßen als Wendepunkt der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland gesehen (ebd.). Die wirtschaftlichen Beziehungen, insbesondere der Gashandel, blieben davon aber weitestgehend verschont. Auch der Russisch-Georgische Krieg im Jahr 2008 und die kurze Zeit von Dmitri Medwedew als Präsident – zu dem Merkel eine deutlich bessere Beziehung pflegte (Forsberg 2016, S. 25) – und das darauffolgende Wiedereinziehen Putins in den Kreml brachten keine signifikanten Änderungen in den von Deutschland als überwiegend marktwirtschaftlich-pragmatisch gesehenen Wirtschaftsbeziehungen (Gustafson 2020, S. 368). Dazu beigetragen hat in besonderer Weise auch Frank-Walter Steinmeier (SPD), der seine damalige Rolle als mehrmaliger Außenminister Deutschlands voll und ganz in der Tradition der Ostpolitik verstand, stets beschwichtigend gegenüber Russland auftrat, sich gegen Sanktionen aussprach und auch Merkel für ihre zu negative Haltung gegenüber Putin kritisierte (Forsberg 2016, S. 25). Im Hinblick auf den russischen Angriffskrieg sollte Steinmeier einige Jahre später und nunmehr als deutscher Bundespräsident mit den Worten „Wir sind gescheitert mit dem Ansatz, Russland in eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur einzubinden.“ (Davies 2023) Bilanz aus seinem politischen Schaffen ziehen.

Parallel zur Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen mit Russland, war militärisch ein allseitiges Abrüsten in Deutschland zu beobachten. 2011 wurde die Wehrpflicht abgeschafft (Schneider/Toyka-Seid 2025) und mit der sogenannten „Neuausrichtung der Bundeswehr“ die militärische Personalstärke auf eine Zielgröße von 185.000 Soldatinnen und Soldaten reduziert und auch die Anzahl an Zivilbeschäftigten deutlich verringert (Hesse 2015, S. 38). Zudem wurden zwischen 1990 und 2022 nach Schätzungen des Instituts der deutschen Wirtschaft etwa 394 Milliarden Euro an Verteidigungsausgaben eingespart, in UK hingegen nur 111 Milliarden Euro und in Frankreich nur 25 Milliarden (Röhl et al. 2022, S. 7 f.). Aus Sicht der deutschen Verantwortlichen war diese neue Aufstellung ausreichend, um den damaligen und damals absehbaren „sicherheitspolitischen Herausforderungen in angemessener Weise gerecht“ zu werden (Hesse 2015, S. 38). Deutschland war fest in die hauptsächlich von den Vereinigten Staaten finanzierte NATO eingebunden und sah Russland mehr als Partner denn als Feind – im Jahr 2000 noch hatte Putin einen möglichen russischen NATO-Beitritt nicht

ausgeschlossen (Baciu 2024). Mit der NATO-Osterweiterung und spätestens mit dem Beginn des Krieges im Donbass im Jahr 2014 verschlechterte sich das militärische Verhältnis zwischen Russland und Deutschland (beziehungsweise der NATO) (ebd.). Noch im selben Jahr wurde auf dem NATO-Gipfel in Wales das 2%-Ziel formalisiert, nach welchem insbesondere die europäischen Mitgliedstaaten eine Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent ihres jeweiligen Bruttoinlandsprodukts anstreben sollten. Dem Ziel wurde sich von vielen Staaten bis zum Ausbruch des russischen Angriffskrieges nur äußerst schleppend genähert (Dorn 2024, S. 44) und bis heute erreichen einige NATO-Staaten das Ziel noch immer nicht (Fritz 2025). Eine große institutionelle Krise durchlebte die NATO – und damit auch der Sicherheitsgarant Deutschlands gegenüber Russland – während der ersten Amtszeit des US-Präsidenten Donald Trump (2017 bis 2021): Nachdem die Vereinigten Staaten über Jahrzehnte hinweg die Sicherheit der Europäer garantiert hatten, behauptete Trump nun, die Europäer würden die Vereinigten Staaten auf unfaire Weise ausnutzen, forderte mehr eigene Verantwortung und drohte allen NATO-Mitgliedstaaten, die das Zwei-Prozent-Ziel nicht einhielten, sie im Zweifel nicht zu verteidigen (Baciu 2024). Auch Trumps aktuelle zweite Amtszeit, insbesondere seine ständigen Drohungen gegenüber Europa und sein vollkommen erratisches Verhalten in der Außenpolitik fordern das transatlantische Verhältnis entscheidend heraus; immer deutlicher wird auch in Europa gefordert, dass die Europäer in den Vereinigten Staaten nicht länger eine Garantie ihrer Sicherheit sehen dürfen und selber gegenüber Russland als sicherheitspolitische Bedrohung wehrhaft werden müssen (Rough 2025).

Mit dem Beginn des Krieges im Donbass 2014 erreichten auch die übrigen politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland ihren vorläufigen Tiefpunkt (Forsberg 2016, S. 28 ff.). Während Merkel sich im Zuge der Annexion der Krim für Sanktionen gegen Russland einsetzte, dabei jedoch immer eine diplomatische Lösung des Konflikts forderte, herrschten innerhalb Deutschlands heftige Diskussionen darüber, wer nun die „Schuld“ an Russlands Verhalten habe, wie dieses zu erklären sei und welche Maßnahmen unternommen werden müssten (ebd., S. 31 ff.). Aus heutiger Sicht geradezu skurril scheint es, dass im Juni 2015 der Bau der Nord Stream 2 Pipeline angekündigt wurde, welcher dann 2018 begann. Erneut kritisierten die baltischen Staaten, die Ukraine, Polen, die USA

und ab 2017 zunehmend auch die Europäische Union dieses Projekt (Gustafson 2020, S. 383). Ab 2019 begannen die USA mit Sanktionen gegen das Vorhaben (Tjon-A-Meeuw 2022, S. 162). Die Vergiftung des prominenten Kreml-Kritikers Alexei Nawalny sorgte in 2020 auch innerhalb Deutschlands erneut für heftige Diskussionen, ob der Bau des Projektes abgeschlossen werden sollte (ebd.). Die Pipeline wurde 2021 fertiggestellt, jedoch nie in Betrieb genommen, da ihr seitens der Regierung Olaf Scholz' (SPD, Kanzler von 2021 bis 2025) in Hinblick auf Russlands Kriegsgebaren gegenüber der Ukraine kurz vor Beginn des Angriffskrieges die Genehmigung entzogen wurde (Stent 2022, S. 34).

Die deutsche Politik gegenüber Russland aus heutiger Sicht zu verstehen, scheint nicht leicht. Das ständige Festhalten an der Idee des Dialogs und das bewusste Eingehen von Abhängigkeiten über mehrere Regierungen hinweg, ungeachtet glasklarer Zeichen der zunehmenden Radikalisierung und Gewaltbereitschaft des russischen Regimes, etwa der Kriegsverbrechen im Tschetschenienkrieg, Russlands brutalem Vorgehen in Syrien als Unterstützung des Diktators Baschar al-Assad, das zunehmend aggressive Vorgehen gegen die Ukraine und die folgende völkerrechtswidrige Annexion der Krim sowie nicht zuletzt der Krieg im Donbass – um nur einige Beispiele zu nennen – lassen sich wohl insgesamt nur mit einer völligen Fehlwahrnehmung Putins politischer Ambitionen erklären (Davies 2023). Die deutsche Ostpolitik ist gewissermaßen seit Willy Brandt so stark „mystifiziert“ worden, dass ein Abrücken von der Idee einer europäischen Sicherheitsarchitektur unter Einbindung Russlands mehrere Jahrzehnte später trotz klarer Zeichen Russlands neoimperialer Ambitionen nicht erfolgte (ebd.). Auch das Ignorieren der „innenpolitische[n] Bedingtheit der russischen Außen- und Militärpolitik“ (Adomeit 2020, S. 291) ist der deutschen Russlandpolitik vorzuwerfen. Schon 2014 urteilte der Historiker Jan C. Behrends, der in der Annexion der Krim das Scheitern der deutschen Ostpolitik sah:

„Die Ostpolitik war und ist in Deutschland populär, weil sie der Öffentlichkeit die Illusion von Sicherheit, Frieden und Stabilität bot. Das Label „Friedenspolitik“ überhöhte sie moralisch. Konflikte sollten in Europa der Vergangenheit angehören. Dieses Wunschdenken galt so lange bis der Kreml nicht mehr Worte, sondern Waffen sprechen ließ, und ein Berlin, das keine Alternativen zur moskaufixierten Ostpolitik besaß, staunend zurückließ.“ (Behrends 2014).

Dass nach 2014 die deutsche Abhängigkeit von russischem Gas noch erhöht wurde und etwa deutsche Gasspeicher an den russischen Staatskonzern Gazprom verkauft wurden, lässt sich wohl nur mit einer völligen Blindheit gegenüber Russland oder einem naiv-liberalen Wunschdenken erklären. Noch im November 2021 sprach Kanzler Scholz vom „rein privatwirtschaftlichen Projekt“ Nord Stream 2 (Davies 2023). Neben der starken Abhängigkeit Deutschlands von Russland im Bereich des Erdgases – noch 2021 wurde etwa die Hälfte des in Deutschland verbrauchten Erdgases aus Russland importiert (Pleines 2021) – war Deutschland zum Zeitpunkt des Kriegsbeginns auch von anderen Rohstoffen aus Russland abhängig: Im Jahr 2020 etwa stammte die Hälfte der insgesamt importierten 31,82 Millionen Tonnen Kohle aus Russland (Deutsche Welle 2022). Bis Kriegsbeginn wurden noch 35% des in Deutschland verbrauchten Mineralöls aus Russland importiert (Pfister 2022). Ferner herrschte eine starke Abhängigkeit im Bereich anderer Rohstoffe wie Nickel, Palladium, Chrom, Kadmium, Aluminium und weiterer (Bähr et al. 2022).

Es ist immer leichter, im Nachhinein zu beurteilen, was richtig oder falsch gewesen wäre; fest steht aber, dass die russische Invasion einen viele Aspekte der deutschen Russlandpolitik der letzten Jahre hinterfragen lässt und gleichzeitig die Politik der kommenden Jahrzehnte wohl noch wesentlich beeinflussen wird.

## 4.2 Wichtigste Maßnahmen seit 2022

In diesem Kapitel erfolgt ein kurzer Überblick über die wichtigsten seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs in der deutschen Politik ergriffenen Maßnahmen, wobei ein besonderer Fokus auf die Verteidigungs- und Energiepolitik gelegt werden soll.

### 4.2.1 Außen- und Verteidigungspolitik

Der russische Einmarsch in die Ukraine war ein Schock für die deutsche Außen- und Verteidigungspolitik. Er zerschlug die über Jahrzehnte lang verfolgte Politik gegenüber Russland und stellte die seit der Gründung der Bundesrepublik gelebte strategische Kultur des Landes (im Sinne der „Werte, Ideen und Bereitschaft einer Gesellschaft zum Einsatz von Gewalt, um außenpolitische Ziele zu erreichen“ nach Karpouchtsis 2025, S. 2) vehement in Frage. Drei Tage nach Beginn der Invasion, also am 27. Februar 2022, hielt der deutsche Bundeskanzler

Olaf Scholz eine Regierungserklärung vor dem in Sondersitzung einberufenen Deutschen Bundestag, die als Zeitenwende-Rede in die Geschichte eingegangen ist (Deutscher Bundestag 2022b). Diese Rede soll als *securitizing move* später noch genauer untersucht werden. Neben einer scharfen Verurteilung des russischen Vorgehens und einer Solidarisierung mit der Ukraine sprach Scholz von einer Zäsur in der Außenpolitik und dass die Welt nach der Invasion „nicht mehr dieselbe wie die Welt davor“ (ebd.) sei. Er kündigte Sanktionen gegen Russland, die militärische Unterstützung der Ukraine und ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr an. Letzteres zielt darauf ab, diese in eine „leistungsfähige, hochmoderne, fortschrittliche“ (ebd.) Armee zu transformieren, um „unsere Freiheit und unsere Demokratie zu schützen“ (ebd.). Das Sondervermögen Bundeswehr „zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit“ wurde am 3. Juni des selben Jahres mittels einer Grundgesetzänderung vom Deutschen Bundestag beschlossen (Deutscher Bundestag 2022c).

Ende Oktober 2023 erweiterte der Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius den Begriff der Zeitenwende um den der „Kriegstüchtigkeit“. In der Sendung „Berlin direkt“ sagte er: „Wir müssen kriegstüchtig werden – wir müssen wehrhaft sein und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen.“ (ZDFheute Nachrichten 2023). Auf der Bundeswehrtagung im November 2023 bekräftigte er erneut diese Formulierung und die sich daraus ergebenden militärischen und gesellschaftlichen Handlungsmaximen (Bundesministerium der Verteidigung 2023a). Diese Formulierung sorgte erneut für vielfältige Diskussionen in Politik, Militär und Gesellschaft hinsichtlich der zukünftigen verteidigungspolitischen Ausrichtung Deutschlands (auch in Hinblick auf die deutsche Geschichte), der Einstellung seiner Bevölkerung gegenüber Phänomen wie Krieg und Frieden (insbesondere der (Einsatz-)Bereitschaft des Einzelnen), praktischer Fragen rund um Möglichkeiten und Grenzen industrieller Aufrüstung sowie hinsichtlich einer künftigen neuen Weltordnung (Neitzel 2024). Bei einer Befragung des Ministers vor dem Deutschen Bundestag am 5. Juni 2024 unterstrich dieser nochmals den Begriff der Kriegstüchtigkeit und die sich aus dem russischen Aufrüsten ergebende Notwendigkeit zu Verteidigungszwecken „bis 2029 kriegstüchtig [zu] sein“ (Deutscher Bundestag 2024a). Dies schließt neben einer gesamtgesellschaftlichen

Auseinandersetzung mit dem „Wert von Sicherheit“ auch Abschreckung durch Aufrüstung sowie eine neue Form des Wehrdienstes ein (ebd.).

Neben der Einführung des Begriffs der Zeitenwende und später des der Kriegstüchtigkeit zeigten sich weitere Maßnahmen in Folge des Angriffskriegs in internationalen Sanktionen gegen Russland: Bis Mai 2025 wurden mit der Europäischen Union und in Zusammenarbeit mit den G7-Staaten insgesamt 17 umfassende Sanktionspakete beschlossen (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2025a). Diese belegen mehr als 2400 Personen und Organisationen und beinhalten unter anderem Reiseverbote, das Einfrieren von Vermögenswerten und die Nichtverfügbarmachung von finanziellen Mitteln sowie Wirtschaftssanktionen in den Bereichen der Finanzwirtschaft, Verteidigung und Technologie, Energie, Handel, Verkehr und Dienstleistungen (Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union 2025a). Ferner schließen diese Sanktionen auch diplomatische Maßnahmen (etwa die Aussetzung des Visaabkommens), Maßnahmen gegen bestimmte desinformierende Medien sowie Maßnahmen gegen Umgehungspraktiken ein (ebd.).

Mit der Sanktionierung Russlands ging auch die finanzielle Unterstützung der Ukraine sowie die Aufnahme und Versorgung ukrainischer Flüchtlinge in Deutschland einher: Bis März 2025 betrugen die bilateralen deutschen Unterstützungsleistungen fast 48 Milliarden Euro (Bundesministerium der Finanzen 2025a). Diese schließen zum einen die Unterbringung und Versorgung von ukrainischen Geflüchteten ein – im Oktober 2024 wurde geschätzt, dass seit 2022 über eine Million Ukrainer nach Deutschland geflüchtet sind (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2024a) – sowie das Anbieten von Deutschkursen und Eingliederungsleistungen für den Arbeitsmarkt (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2025b). Zum anderen schließen diese Leistungen humanitäre Hilfen sowie Unterstützung im Bereich der Infrastruktur, beim Katastrophenschutz, beim Wiederaufbau, in der Bildung, Gesundheit, Wirtschaft sowie direkte finanzielle Hilfen über ein vom Internationalen Währungsfonds verwaltetes Konto ein (ebd.). Darüber hinaus beteiligt sich Deutschland an umfangreichen Budgethilfen und Krediten für die Ukraine im Rahmen multilateraler Unterstützungen seitens der G7-Staaten und der Europäischen Union (Bundesfinanzministerium 2025).

Auch die militärische Unterstützung der Ukraine durch Deutschland ist ein wichtiger Teil der ergriffenen Maßnahmen seit Beginn des Angriffskriegs. Diese teilt sich zum einen in die Finanzierung und Lieferung von Rüstungsgütern und zum anderen in die direkte Abgabe von Material aus den Beständen der Bundeswehr auf (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2025c). Bis April 2025 wurden der Ukraine durch Deutschland bislang etwa 28 Milliarden Euro an Militärhilfen bereitgestellt oder für die Zukunft zugesichert (ebd.). Das gelieferte Material schließt unter anderem gepanzerte Gefechtsfahrzeuge, Luftverteidigungssysteme, Artillerie, Drohnen und Drohnenabwehr, Pioniermaterial- und Geräte, Schutz- und Spezialausrüstungen sowie Material in den Bereichen der Logistik sowie Durchhaltefähigkeit (inkludiert unter anderem Sanitätsmaterial) ein (ebd.). Teilweise waren und sind diese Waffenlieferungen Gegenstand kontroverser Debatten in Deutschland (Bundeszentrale für politische Bildung 2025). Die damalige Bundesregierung reagierte anders als etwa die Vereinigten Staaten oder das Vereinigte Königreich im Angesicht der bevorstehenden Invasion nur sehr zögerlich mit Lieferungen und stellte der Ukraine lediglich 5000 Gefechtshelme bereit, was mit der traditionellen deutschen Position begründet wurde, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern (ebd.). Nach Ausbruch des Krieges, konkret am 26. Februar 2022, kündigte das Kabinett Scholz die Lieferung von Panzerabwehrwaffen und Flugabwehrraketen an die Ukraine an und brach somit mit dieser Tradition, sträubte sich aber noch davor, schwere Waffen an das angegriffene Land zu liefern und schlug in dieser Hinsicht eine „Ringtausch“-Lösung vor (ebd.). Diese beinhaltete das Liefern moderner deutscher Waffensysteme an Partnerstaaten, die im Gegenzug ältere Systeme aus ihren eigenen Beständen an die Ukraine lieferten. Im Januar 2023, schließlich, kündigte Deutschland auch die direkte Lieferung von Leopard-2-Kampfpanzern und anderer schwerer Waffensysteme an (ebd.). Große Uneinigkeit herrschte und herrscht in Bezug auf die Lieferung von Marschflugkörpern des Typs „Taurus“: Diese sind hochpräzise und könnten durch ihre hohe Reichweite auch gegen Ziele tief im Inneren Russlands eingesetzt werden. Olaf Scholz hatte die Lieferung dieser Waffen stets ausgeschlossen, der neue Kanzler Friedrich Merz hatte sich als Oppositionspolitiker für eine Freigabe dieser Waffen ausgesprochen, schließt dies als Option in seiner neuen Rolle als Kanzler nicht aus, hat eine solche Freigabe allerdings bislang nicht erteilt (Stand: Juli 2025) und lediglich die bislang geltende Reichweitenbeschränkung für alle

anderen gelieferten deutschen Waffen aufgehoben (Tagesschau 2025c und Tagesschau 2025d).

Insgesamt ist Deutschland für die Ukraine nach der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten in absoluten Zahlen der größte Bereitsteller militärischer, finanzieller und humanitärer Unterstützung (Bundeszentrale für politische Bildung 2025).

#### 4.2.2 Energiepolitik

Die zuvor im Kapitel 4.1 beschriebene Russlandpolitik der letzten Jahrzehnte stellte die Bundesregierung im Februar 2022 angesichts der russischen Invasion der Ukraine vor enorme Herausforderungen. Zum einen hatte man sich – vor allem im Gassektor – praktisch völlig abhängig von Russland gemacht, welches nun in der Position war, dem Land jederzeit den Gashahn zudrehen zu können und zum anderen stand man vor dem moralischen Dilemma, mit jedem Cent, der für die Gaslieferungen nach Russland floss, den Aggressor finanziell zu unterstützen (Bundeszentrale für politische Bildung 2022a).

Anfang des Jahres 2022 flossen noch 1.600 GWh/Tag über die Nord-Stream 1 Pipeline von Russland nach Deutschland (Bundesnetzagentur o.D.-a). Einige Stimmen im Land forderten ein sofortiges Gasembargo gegenüber Russland, was die Bundesregierung allerdings aufgrund der gravierenden Abhängigkeit von russischem Gas – insbesondere im industriellen Sektor – ablehnte (Bundeszentrale für politische Bildung 2022a). Der damalige Finanzminister Christian Lindner von der FDP sprach von drohendem „Wohlstandsverlust“ und auch der damalige Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck sprach sich für einen schrittweisen Ausstieg aus russischem Gas aus (ebd.). Am 30. März rief Habeck die Frühwarnstufe des „Notfallplans Gas“ aus (ebd.). Dieser Notfallplan sieht drei Stufen vor: Die erste ist die Frühwarnstufe. Hier tritt regelmäßig ein Krisenteam aus Vertretern staatlicher Institutionen und privater Energieversorger zusammen (Bundesnetzagentur o. D.-b). Die Gasversorgungslage wird ständig überwacht und Gaslieferanten und -händler sowie Fernleitungs- und Verteilernetzbetreiber sind dazu angehalten, marktbasierte Maßnahmen zu ergreifen, um die ständige Gasversorgung sicherzustellen (ebd.). Beispiele dafür sind etwa die „Nutzung von Flexibilitäten auf der Beschaffungsseite, der Rückgriff

auf Gasspeicher, die Optimierung von Lastflüssen oder die Anforderung externer Regelenergie“ (ebd.). Ein staatliches Eingreifen ist auf dieser Stufe noch nicht vorgesehen (ebd.). Angesichts einer stetigen Reduzierung der Liefermenge durch Russland im Laufe des Jahres wurde am 23. Juni 2022 die zweite Stufe des Notfallplans ausgerufen, die Alarmstufe (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2022). Diese weist auf eine problematische Situation im Bereich der Gasversorgung hin, sieht allerdings vor allem engeres Monitoring, aber immer noch keine direkten staatlichen Eingriffe in den Gasmarkt vor (ebd.). Im Zuge der Ausrufung der Alarmstufe wurde, neben dem Zurückgreifen auf Kohlekraftwerke und die letzten drei deutschen Atomkraftwerke (deren Abschaltung zeitlich begrenzt nach hinten verschoben wurde) für die Stromerzeugung, insbesondere die dringende Notwendigkeit von Einsparungen des Gasverbrauchs bei privaten Haushalten wie in der Industrie verdeutlicht, sowie eine Kreditlinie in Höhe von 15 Milliarden Euro zur Sicherung der weiteren Befüllung der Gasspeicher bereitgestellt (ebd.). Zur Ausrufung der dritten Stufe (Notfallstufe) kam es nicht. Diese kann dann angeordnet werden, wenn eine „außergewöhnlich hohe Nachfrage nach Gas, eine erhebliche Störung der Gasversorgung oder eine andere erhebliche Verschlechterung der Versorgungslage“ (Bundesnetzagentur o. D.-b) vorliegt. Der Staat kann dann aktiv in den Markt eingreifen und etwa Bezugsreduktionen verfügen (ebd.). Auch die im September 2022 durch die russische Regierung erfolgte komplette Einstellung der Gaslieferungen durch Nord Stream 1 führte nicht zu einer Ausrufung der dritten Stufe des Notfallplans Gas (Bundesnetzagentur o. D.-a). Am 26. September 2022 wurden die stillgelegten Nord-Stream Pipelines in einem Anschlag mittels Sprengladungen zerstört, wobei der Fall bislang noch nicht final geklärt werden konnte (Tagesschau 2024).

Der Notfallplan Gas ist allerdings nicht die einzige Rechtsquelle, auf deren Grundlage die Bundesregierung angesichts der drohenden Gasknappheit Maßnahmen im Bereich der Energieversorgungssicherheit ergriffen hat. Weitere Maßnahmen sind etwa auf Grundlage des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG), des Energiesicherungsgesetzes (EnSiG), des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) oder etwa der Verordnung zur Sicherung der Gasversorgung in einer Versorgungskrise (GasSV) oder der Gasspeicherfüllstandsverordnung (GasSpFüllstV) (bis 2027) ergriffen worden (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie o. D.).

Zu nennen wären hier etwa umfangreiche Ankaufprogramme für Erdgas, die Bereitstellung von KfW-Krediten für Akteure auf dem Gasmarkt, das Erlassen des Gasspeichergesetzes, das konkrete Vorgaben für Füllstände von Gasspeichern macht, die angeordnete Befüllung des Gasspeichers Rehden (der größte seiner Art in Deutschland), der zuvor von der Gazprom-Germania-Gruppe bewusst nur in geringem Maße befüllt wurde, und Maßnahmen zur Unterstützung energie- und handelsintensiver Unternehmen (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz 2022a, S. 4-5).

Um die zuerst abnehmenden und später ganz eingestellten Gaslieferungen Russlands nach Deutschland zu kompensieren, ließ die Bundesregierung darüber hinaus mit Hilfe von Beschleunigungsgesetzen im Eiltempo LNG-Terminals für die Anlandung von importiertem Flüssiggas errichten (ebd., S. 5). Das erste Terminal ging noch im Dezember 2022 in Betrieb, Anfang 2023 folgte eines in Lubmin und zwei Monate später eines in Brunsbüttel (Bundesnetzagentur o. D.-c). Inzwischen wurden weitere Terminals eröffnet und einige von provisorisch-schwimmenden zu langfristig-stationären Terminals umgewandelt (Heseling/Lerch 2025). Diese Terminals ermöglichen den Import von Flüssigerdgas etwa aus Ländern wie Norwegen, den Vereinigten Staaten, Kanada, Aserbaidschan oder einigen Golfstaaten (Bundeszentrale für politische Bildung 2022b). Parallel dazu wurde mit Hochdruck am Ausbau der Erneuerbaren Energien gearbeitet, mit dem Ziel, bis 2030 einen Anteil dieser Energiequellen von mindestens 80 Prozent am gesamten Bruttostromverbrauch zu erreichen (ebd.).

Am 4. April 2022 ordnete das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz zudem die Treuhandverwaltung des deutschen Ablegers des russischen Gaskonzerns Gazprom (Gazprom Germania GmbH, jetzt SEFE Securing Energy for Europe GmbH) an (Bundesnetzagentur o. D.-d). Fortan wirkte die Bundesnetzagentur als Treuhänderin über das Unternehmen. Dieser Schritt war nicht auf Grundlage einer neu geschaffenen rechtlichen Grundlage und auch etwa nicht prinzipiell aufgrund der Bedeutung der Gasversorgung durch Gazprom und im Wissen über die Macht des russischen Regimes über den Konzern getroffen worden. Vielmehr war die Maßnahme auf Grundlage des § 6 des Außenwirtschaftsgesetzes angeordnet worden, aufgrund einer ungeklärten und unangekündigten „Übertragung der Gesellschafteranteile an eine im Ausland ansässige Gesellschaft“

(ebd.) seitens des Gazprom Konzerns „ohne vorherige Anzeige und Prüfung“ (ebd.) durch die deutschen Behörden. Mit einer Novellierung des Energiesicherungsgesetzes am 20. Mai 2022 (Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz 2022) wurde die Möglichkeit von Treuhandverwaltungen und Enteignungen von Unternehmen aber im Bereich kritischer Infrastrukturen zusätzlich abgesichert, für den Fall, dass eine „konkrete Gefahr besteht, dass ohne eine Treuhandverwaltung das Unternehmen seine dem Funktionieren des Gemeinwesens im Sektor Energie dienenden Aufgaben nicht erfüllen wird, und eine Beeinträchtigung der Versorgungssicherheit droht.“ (ebd.). Am 14. November 2022 schließlich, wurde die SEFE GmbH aufgrund drohender Insolvenz zur Sicherung der Versorgungssicherheit in Deutschland nach §17a des novellierten Energiesicherungsgesetzes ins Eigentum des Bundes überführt (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz 2022b). Am 16. September 2022 wurden darüber hinaus auch die Rosneft Deutschland GmbH und die RN Refining & Marketing GmbH, also die deutschen Ableger des russischen Mineralölkonzerns Rosneft, unter Treuhandverwaltung des Bundes gestellt (Bundesnetzagentur o. D.-e). Zuletzt wurde diese Maßnahme bis mindestens September 2025 verlängert (Bundesnetzagentur o. D.-f).

Auch wenn an dieser Stelle keine Bewertung der ergriffenen Maßnahmen erfolgen soll, zeigt sich spätestens ab den Jahren 2023/2024, dass die von der Bundesregierung forcierte und mit der Zeit zunehmende energiepolitische Unabhängigkeit von Russland zu einem Wandel in der wirtschafts- und energiepolitischen Diskussion weg von der Sorge um Energiesicherheit hin zu anderen Themen geführt hat – am 15. Mai 2024 zog Habeck mit den Worten „Es ging am Anfang darum, eine schlimme Gaskrise abzuwehren. Das ist geglückt.“ (Deutscher Bundestag 2024b, S. 21620) und „Die Stromversorgung ist 24/7 sicher; wir haben eine der sichersten Stromversorgungen weltweit.“ (ebd., S. 21619) Bilanz aus seiner Politik der letzten Jahre. Als neuerdings dominierende Themen in der Wirtschafts- und Energiepolitik sind insbesondere die kontroverse Debatte rund um das Gebäudeenergiegesetz („Heizungsgesetz“) zu nennen (Waltz 2024) sowie die andauernde Wirtschaftskrise in Deutschland (Rzepka 2024 und Deutscher Bundestag 2025). Dies ist ein wesentlicher Unterschied zur Verteidigungspolitik,

bei der die sicherheitspolitische Diskussion über Russland – wie gezeigt – bis heute andauert.

Aber dennoch wird aktuellen Berichten zufolge trotz aller ergriffenen Maßnahmen weiterhin russisches Erdgas nach Deutschland importiert – freilich nicht direkt, allerdings indirekt über Importe aus anderen europäischen Ländern, die teilweise noch russisches (Flüssig-)Erdgas beziehen (Bula 2025 und Ciesinger et al. 2025). Zwar wurde seitens der Europäischen Union ein weitgehendes Embargo auf Importe von Rohstoffen erlassen, das unter anderem auch den Import von Rohöl und raffinierten Erdölerzeugnissen sowie LPG-Flüssiggas, was bei der Förderung von Erdgas und Erdöl und dessen Raffinierung gewonnen wird, weitestgehend verbietet, dies schließt aber Erdgas in seiner natürlichen gasförmigen Form oder als LNG-Flüssiggas nicht mit ein (Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union 2025b). Ein vollständiges Gasembargo seitens der Europäischen Union müsste einstimmig entschieden werden und Länder wie beispielsweise Ungarn unter Ministerpräsident Viktor Orbán haben erst letztes Jahr neue Lieferverträge mit Russland über die russisch-türkische Turkstream-Pipeline beschlossen (Bula 2025). Noch im Jahr 2024 haben die Staaten der Europäischen Union insgesamt mehr Geld für Energieimporte aus Russland ausgegeben als für die Unterstützung der Ukraine (Tagesschau 2025e). Russland schafft es dabei auch mit unterschiedlichen Tricks, die Energiesanktionen zu umgehen; etwa mit einer inoffiziellen „Schattenflotte“ zur Umgehung von Öl-Preisdeckeln und Exportverboten (Hilgenstock 2025).

Um den insgesamt – vor allem durch die extreme Angebotsverknappung seitens Russlands – entstandenen Anstieg des Gas- und Strompreises für Industrie und private Haushalte zu mindern, hat die Bundesregierung seit 2022 verschiedene Entlastungspakete beschlossen, die insgesamt fast 300 Milliarden Euro umfassen (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2024b). Diese Entlastungen schließen unter anderem eine Gas- und Strompreisbremse, Einmalzahlungen und einen Inflationsausgleich ein (ebd.).

## 5. Analyse der Versicherheitlichungen

In diesem Kapitel sollen nun zuerst *securitizing moves* im Bereich der deutschen Verteidigungspolitik seit Beginn des russischen Angriffskriegs und anschließend im Bereich der Energiepolitik entsprechend der in Kapitel 2.4 vorgestellten Methodik analysiert werden<sup>4</sup>.

### 5.1 Verteidigungspolitik

#### 5.1.1 Olaf Scholz: Zeitenwende-Rede (27.02.2022)

Die am 27. Februar 2022 – das heißt, drei Tage nach dem Beginn der russischen Invasion – vor dem Deutschen Bundestag vom damaligen Bundeskanzler Olaf Scholz gehaltene Zeitenwende-Rede ist in dieser Arbeit nun schon öfters erwähnt worden, im Folgenden soll sie analysiert werden.

##### Securitizing actor:

Der versicherheitlichende Akteur ist Olaf Scholz. Dieser hält die Rede als deutscher Bundeskanzler und damit als Chef der Regierung, die – wie schon bei der Begründung der Fallauswahl erläutert wurde – nach dem deutschen Grundgesetz über ein Initiativrecht für Gesetzesvorschläge, einen hohen finanziellen Haushalt und in Form der Ministerien große bürokratische Apparate verfügt, jedoch vom Vertrauen des Parlaments abhängig ist und dessen Zustimmung für Gesetze benötigt.

Die Tatsache, dass der Redner allerdings fast durchgängig aus einer „Wir“-Perspektive spricht, verdeutlicht, dass er nicht als Einzelperson, sondern stellvertretend für die ganze Regierung und – da er durch bundesweite Wahlen legitimiert wurde und sein Amt durchaus auch eine repräsentative Facette hat – ein Stück weit auch für das ganze Land spricht.

---

<sup>4</sup> Die Transkripte der Reden sind im Anhang beigelegt. Die Zeilennummern in Klammern bei Zitaten in diesem Kapitel beziehen sich darauf.

### Existential threat und referent object:

Der Anlass der Rede ist die russische Invasion der Ukraine, der Aggressor Russland wird als existentielle Bedrohung dargestellt, wobei Scholz zwischen Putin und dem russischen Volk differenziert („Denn Putin, nicht das russische Volk, hat sich für den Krieg entschieden. Deshalb gehört es deutlich ausgesprochen: Dieser Krieg ist Putins Krieg.“, Zeile 74-75). Die Bedrohung gehe also von ihm als Staatsmann und seinen imperialen Ambitionen aus („Putin will ein russisches Imperium errichten.“, Zeile 119).

Die bedrohten *referent objects* sind vielfältig und liegen auf unterschiedlichen Ebenen: In erster Linie würden die „Freiheit der Ukrainerinnen und Ukrainer“ (Zeile 4-5), die Unabhängigkeit ihres Landes („[...] mit dem Überfall auf die Ukraine will Putin [...] ein unabhängiges Land von der Weltkarte tilgen.“, Zeile 25-26) sowie „ihre Heimat [...] und ihre Demokratie“ (Zeile 47) bedroht.

Darüber hinaus würden durch den Angriffskrieg allerdings auch die regelbasierte internationale (Nachkriegs-)Ordnung (vor allem das Verbot des Angriffskriegs) sowie die europäische Friedensordnung infrage gestellt und bedroht. Daher konstatiere dieser Angriff, laut Scholz, auch eine Bedrohung für „unsere [also die deutsche] Freiheit, unsere Demokratie und unseren Wohlstand“ (Zeile 20). Später betont er nochmal die angegriffene Sicherheit Europas sowie die Bedrohung, die dieser Krieg auch für die deutsche „Freiheit und [...] Demokratie“ darstelle, die es zu schützen gelte (Zeile 124-125). Dies wird von ihm erneut aufgegriffen („Wir tun dies auch für uns, für unsere eigene Sicherheit“, Zeile 146). Scholz weitet das auch auf die deutschen Partner und Nachbar aus, mit denen man in „Wohlstand und Frieden“ lebe (Zeile 216) und die teilweise auch durch Putins Vorgehen bedroht würden („[...] die dritte große Herausforderung liegt darin, zu verhindern, dass Putins Krieg auf andere Länder in Europa übergreift.“, Zeile 92-93). Ferner wird von Scholz noch konkret eine „sichere Energieversorgung“ in Deutschland (Zeile 163-164) als bedroht dargestellt.

### Audience:

Als Bundeskanzler spricht Scholz vor dem Bundestag und damit vor den gewählten Abgeordneten, die gemäß des Grundgesetzes über die Gesetzgebung den Willen des Volkes ausüben. Da Scholz sie theoretisch überreden muss, seinen

Vorschlägen für Maßnahmen zuzustimmen, sind sie der primäre Adressat der Rede und damit die *audience*, die *emergency measures* legitimieren kann. Gleichzeitig wendet sich Scholz – entsprechend der Bedeutung des vorangegangenen Ereignisses und dem erheblichen öffentlichen Interesse – in dieser Regierungserklärung auch an das ganze Land, also an die allgemeine Öffentlichkeit. Dies zeigt sich auch darin, dass er die „Mitbürgerinnen und Mitbürger“ (Zeile 1) am Anfang der Rede explizit begrüßt. Zwar kann diese Allgemeinheit nicht direkt seinen Vorschlägen zustimmen, jedoch kann sie im Rahmen von Wahlen Zustimmung oder Ablehnung zu diesem politischen Kurs ausdrücken. Freilich richtet sich Scholz' Rede gewiss auch an eine internationale Zuhörerschaft bestehend aus Ländern, die interessiert die deutsche Politik verfolgen (nicht zuletzt Russland), jedoch sind diese nicht in einer Position, die Maßnahmen im Sinne der Theorie zu legitimieren und werden daher nicht näher im Rahmen der Securitization beleuchtet.

#### Emergency measures:

Die erste außerordentliche Maßnahme die getroffen wurde, war, eine Sondersitzung des Bundestages an einem Sonntag einzuberufen. Diese Maßnahme musste Kanzler Scholz allerdings nicht mehr legitimieren lassen, da sie schon erfolgt war.

Zum einen fordert Scholz in der Rede eine weitreichende Unterstützung der Ukraine. Dazu sollten an das Land Waffen geliefert werden sowie umfangreiche Sanktionen gegen Russland erlassen werden. Zudem sollten die „östlichen Bündnispartner“ (Zeile 100) zusätzlich gestärkt werden. Zentral sind dann Scholz' Forderungen betreffend der eigenen Sicherheit: Er fordert ein im Grundgesetz abgesichertes Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro sowie eine andauernde Investition von mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts jährlich in die deutsche Verteidigung zur Herstellung einer Verteidigungsfähigkeit.

Ferner fordert er Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung, darunter die Überwindung der „Importabhängigkeit von einzelnen Energielieferanten“ (Zeile 165-167) und den „Ausbau erneuerbaren Energien“ (Zeile 170-171). Er nennt einige bereits beschlossene Maßnahmen, etwa „die Speichermenge an Erdgas

über sogenannte Long Term Options um 2 Milliarden Kubikmeter zu erhöhen“ (Zeile 174-175) sowie das Erwerben zusätzlichen Erdgases auf den Weltmärkten und den Bau zweier Flüssiggasterminals (Zeile 175-178).

Zum Schluss berichtet er noch von der Vereinbarung umfangreicher Entlastungspakete für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, unter anderem der „Abschaffung der EEG-Umlage noch in diesem Jahr, einer Erhöhung der Pendlerpauschale, einem Heizkostenzuschuss für Geringverdiener, Zuschüssen für Familien und steuerlichen Entlastungen.“ (Zeile 186-188).

#### Grad der Versicherheitlichung:

Wie stark versicherheitlicht Olaf Scholz das Thema nun in dieser Rede? Dies soll mittels einer Analyse entlang der entworfenen Grade an Versicherheitlichung in den drei Framing-Bereichen ermittelt werden.

#### ***Diagnostic framing:***

Scholz verwendet insgesamt eine sehr scharfe Rhetorik, in der das russische Vorgehen als eine erhebliche Bedrohung dargestellt wird. Schon der Begriff der „Zeitenwende“ (Zeile 15), den Scholz gleich am Anfang der Rede und im weiteren Verlauf noch wiederholt anführt und der seitdem zum Inbegriff der deutschen Reaktion auf das folgenschwere Ereignis geworden ist, verdeutlicht die Zäsur, die dieser Krieg bedeutet und die Bedrohung auch für die deutsche Sicherheit, die sich, laut Scholz, daraus ergebe. Mit dieser Zäsur („Aber mit dem Überfall auf die Ukraine sind wir in einer neuen Zeit.“, Zeile 45-46) will er verdeutlichen, dass man nicht mehr so weiter machen könne wie davor, sondern neue und ungewohnte Maßnahmen ergriffen werden müssten („Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor.“, Zeile 15-16). Er benennt Putin klar als Bedrohung und sieht dessen Vorgehen als eine Gefährdung der Sicherheit in Europa und Deutschlands („Präsident Putin redet dabei stets von unteilbarer Sicherheit. Tatsächlich aber will er gerade den Kontinent mit Waffengewalt in altbekannte Einflussphären teilen. Das hat Folgen für die Sicherheit in Europa. [...] Auf absehbare Zeit aber gefährdet Putin diese Sicherheit. Das muss klar ausgesprochen werden.“, Zeile 37-40). Er nennt Putin zudem „kaltblütig“ (Zeile 3), spricht von der „Skrupellosigkeit Putins“ (Zeile 7-8), bezeichnet sein Vorgehen als „menschenverachtend“ (Zeile 5), „kaum fassbar“ (Zeile 13), „völkerrechtswidrig“ (Zeile 6) und „durch

nichts und niemanden zu rechtfertigen“ (ebd.). Scholz spricht zudem von „furchtbaren Nachrichten“ (Zeile 11) und „schrecklichen Bilder[n]“ (Zeile 7) aus der Ukraine, der „himmelschreienden Ungerechtigkeit“ (Zeile 8), die den Ukrainerinnen und Ukrainern widerfahren sei sowie deren „Schmerz“, der „uns allen sehr nahe“ gehe (Zeile 8-9).

Nach Scholz geht es im Angriff Putins gegen die Ukraine nicht nur darum, dieses Land einzunehmen, sondern „die Verhältnisse in Europa nach seinen Vorstellungen grundlegend neu [zu] ordnen“ (Zeile 119-121). Dabei schrecke er nicht vor militärischer Gewalt zurück (ebd.). Daraus ergebe sich eine Bedrohung auch für die Deutschland, der man begegnen müsse („Wir müssen uns daher fragen: Welche Fähigkeiten besitzt Putins Russland, und welche Fähigkeiten brauchen wir, um dieser Bedrohung zu begegnen, heute und in der Zukunft?“, Zeile 122-123).

Insgesamt bleibt Scholz in seiner Rede zwar ruhig und besonnen und bleibt fern von absoluten und unmittelbaren Überlebensnarrativen, er verwendet aber teils durchaus sehr emotionale Appelle und Bilder, um die „Katastrophe“ (Zeile 57) zu beschreiben und wie sich aus Putins neu geschaffener Realität auch eine erhebliche Sicherheitsbedrohung für Deutschland ergebe. Putin wird von Scholz persönlich als Verursacher ausgemacht und verbal attackiert. Mit dem Begriff der Zeitenwende macht Scholz deutlich, dass es sich hier nicht um einen normalen politischen Vorgang mit Sicherheitsbezug handelt, sondern um eine Situation außerhalb der üblichen politischen Prozesse. Insgesamt ist die Rede im Bereich des *diagnostic framing* daher auf dem dritten Grad (starke Versicherheitlichung) einzustufen.

### ***Prognostic framing:***

Die vorgeschlagenen Maßnahmen wurden zuvor bei den *emergency measures* aufgeführt. Schon das Einberufen einer Sondersitzung des Bundestages an einem Sonntag ist eine außerordentliche Maßnahme. Zwar ist eine solche Einberufung durch den Bundeskanzler nach Artikel 39 Absatz 3 des deutschen Grundgesetzes in Verbindung mit §21 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages verfassungsrechtlich zulässig und vorgesehen, allerdings hätte die Rede auch im Rahmen einer ordentlichen Sitzung des Bundestages gehalten

werden können. Die Entscheidung Scholz', eine Sondersitzung einzuberufen, hebt die Bedeutung und Dringlichkeit des Themas hervor.

Eine der ersten Maßnahmen, die Scholz ankündigt, ist die Unterstützung der Ukraine und die Lieferung von Waffen. Letzteres ist insofern eine außerordentliche Maßnahme, als dass Deutschland bis dahin eine außenpolitische Linie verfolgt hat, nach der grundsätzlich (außer in begründeten Ausnahmefällen) keine Waffen in Krisengebiete geschickt werden dürfen (Klug 2022). An dieser Position wurde bis zum Beginn des Angriffskriegs trotz immer zunehmend absehbarer Bedrohung der Ukraine durch Russland festgehalten. Das Abweichen von dieser Doktrin ist also entsprechend außerordentlich. Auch der Umfang der Unterstützung der Ukraine, wie in Kapitel 4.2 dargelegt wurde, ist enorm.

Freilich sind deutsche Sanktionen gegenüber anderen Ländern im Allgemeinen keine große Besonderheit, sie hat es schon oft und in unterschiedlicher Intensität gegeben. Die von Scholz geforderten und später dann in Kooperation mit der Europäischen Union und den G7-Staaten erlassenen Sanktionen sind allerdings in der allgemeinen Breite der betroffenen Bereiche sowie in ihrer Tiefe einzigartig. Scholz spricht diesbezüglich von einem „Sanktionspaket von bisher unbekanntem Ausmaß“ (Zeile 59-60), das ebenfalls außerhalb der üblichen Maßnahmen liegt.

Am wichtigsten in dieser Rede ist aber wohl gewiss das Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro. Ein Sondervermögen ist an sich schon eine außerordentliche Maßnahme, da es sich um einen *Sonder*-Haushalt handelt, der außerhalb der restlichen Haushaltsplanung entschieden und verwaltet wird. Zwar haben auch Sondervermögen eine verfassungsrechtliche Grundlage und sind in der deutschen Geschichte schon mehrmals eingesetzt worden (Deutscher Bundestag 2022d), jedoch handelt es sich hierbei im Allgemeinen um eine Maßnahme, die grundsätzlich für Zeiten großer Umbrüche (zum Beispiel deutsche Wiedervereinigung) oder Krisen (zum Beispiel Corona-Pandemie) vorbehalten ist (ebd.). Auch die Höhe von 100 Milliarden Euro ist bei einem gesamten Bundeshaushalt von knapp 500 Milliarden Euro im Jahr 2022 (Bundesministerium der Finanzen 2025b) ausgesprochen hoch.

Die ferner von Scholz geforderten oder angekündigten und hier bei den *emergency measures* bereits aufgeführten Maßnahmen zur Erreichung einer Energieunabhängigkeit von Russland (etwa der massive Ankauf von Erdgas auf den Weltmärkten, der verstärkte Ausbau von erneuerbaren Energien oder der beschleunigte Bau von LNG-Terminals sowie die Entlastungspakete in diesem Bereich) haben teilweise auch außerordentlichen Charakter, bleiben aber insgesamt weit hinter der Größe und Reichweite der Maßnahmen im Bereich der Verteidigungspolitik entfernt.

Insgesamt haben die geforderten oder angekündigten Maßnahmen – insbesondere jene im Bereich der Verteidigungspolitik – klar einen außerordentlichen Charakter und liegen teils deutlich außerhalb der üblichen alltäglichen politischen Prozesse. Gleichzeitig gehen mit ihnen keine Grundrechtseingriffe einher und auch keine bedeutenden Einschränkungen grundlegender Staatsprinzipien. Man kann nicht von üblichen, „normalen“ Maßnahmen sprechen, die lediglich einen Sicherheitsbezug haben, gleichzeitig bewegen diese sich noch auf weitgehend unzweifelhaft legitimem verfassungsrechtlichen Boden. Daher ist diese Rede im Bereich des *prognostic framing* im dritten Grad (starke Versicherheitlichung) einzuordnen.

### ***Motivational framing:***

Die Rhetorik des *motivational framing* in dieser Rede steht ganz im Lichte des Zeitenwende-Begriffs und der sich aus dieser Zäsur ergebende Handlungsnotwendigkeit. Scholz ordnet seine Forderungen nicht in Vorschläge oder Möglichkeiten, sondern in fünf „Handlungsaufträge“ (Zeile 43), die entsprechend ausgeführt werden müssen. Mehrere dieser fünf Handlungsaufträge beginnt er mit „wir müssen“. „Müssen“ impliziert die zwingende Notwendigkeit etwas zu tun und „wir“ betont, dass es sich um eine Aufgabe des Kollektivs handelt, die jeder auf die eine oder andere Art mittragen muss. Scholz' Sprache ist insgesamt direkt und entschlossen; er selbst sagt, die neuen Herausforderungen müssten „nüchtern und entschlossen“ angenommen werden (Zeile 41-42). Er konstruiert zudem einen Handlungsdruck daraus, „auf der richtigen Seite der Geschichte“ (Zeile 49-50) zu stehen und appelliert so an das Geschichtsbewusstsein der Deutschen. Einige der Maßnahmen sieht er als dringend erforderlich an („Diese neue Realität

erfordert eine klare Antwort“, Zeile 52), manche gar als unausweichlich („Auf Putins Aggression konnte es keine andere Antwort geben.“, Zeile 55; „Klar ist: Wir müssen deutlich mehr in die Sicherheit unseres Landes investieren, um auf diese Weise unsere Freiheit und unsere Demokratie zu schützen.“, Zeile 124-125).

Insgesamt bewegt sich die Zeitenwende-Rede im Bereich des *motivational framing* daher zwischen dem zweiten und dritten Grad (moderate bis starke Versicherheitlichung). Scholz baut einen hohen Handlungsdruck auf, betont die Pflicht zu handeln sowie ein Stück weit auch eine herrschende Alternativlosigkeit, bleibt dabei aber insgesamt gemäßigt und besonnen.

#### Zwischenergebnis:

Entsprechend der vorangegangenen Analyse und Bewertung der einzelnen Aspekte des Versicherheitlichungsprozesses und insbesondere der drei Dimensionen des Framings komme ich zu folgendem Zwischenergebnis: In der am 27. Februar von Olaf Scholz vor dem Deutschen Bundestag gehaltenen Zeitenwende-Rede versicherheitlicht der Redner die von der Invasion Russlands ausgehende Bedrohung insgesamt stark (3. Grad) mit einer leichten Tendenz eher in Richtung einer moderateren als einer extremen Versicherheitlichung im Rahmen des entwickelten Frameworks.

#### 5.1.2 Boris Pistorius: Rede auf der Bundeswehrtagung 2023 (10.11.2023)

Am 10. November 2023 hielt der Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius im Rahmen der Bundeswehrtagung 2023 eine Rede, in der er über die Bedeutung der Zeitenwende und die Notwendigkeit von Kriegstüchtigkeit sprach. Diese Rede soll nun analysiert werden.

#### Securitizing actor:

Der versicherheitlichende Akteur ist Boris Pistorius. Er hatte das Amt des Bundesverteidigungsministers während der laufenden Legislaturperiode Anfang 2023 übernommen, nachdem seine Vorgängerin, Christine Lambrecht, zurückgetreten war. Als Chef des Verteidigungsministeriums hat Pistorius nicht nur nach deutschem Recht die oberste Befehls- und Kommandogewalt über die

Streitkräfte in Friedenszeiten, sondern ist auch wesentlich verantwortlich für die Umsetzung der Zeitenwende im Bereich der Verteidigungspolitik.

Als Minister spricht er zudem nicht nur als Chef des Verteidigungsministeriums, sondern auch als Vertreter der ganzen Bundesregierung und ihrer Linie, zumal er sich mehrmals direkt auf die Bundesregierung und den Bundeskanzler bezieht (etwa „Wir, die Bundesregierung, bekennen uns ganz deutlich“, Zeile 361-362; „und der Kanzler hat das vorhin auch schon ausgeführt“, Zeile 239-240; „Unser Bundeskanzler hat es heute Morgen zu Recht noch einmal betont.“, Zeile 361).

#### *Existential threat und referent object:*

Pistorius stellt den nun schon über ein Jahr andauernden russischen Angriffskrieg als *existential threat* dar. Dieser bedrohe in erster Linie „die Freiheit und die Unabhängigkeit der Ukraine“ (Zeile 24-25) und sei „ein Angriff auf die Frauen und Männer in diesem Land [der Ukraine] und die Kinder“ (Zeile 25). Er weitete die vom Krieg ausgehende Bedrohung aber auch auf Deutschland aus („Denn der Krieg ist eben auch ein Angriff auf unsere Freiheit und auf die internationale regelbasierte Ordnung, auf das Völkerrecht“, Zeile 28-29) und später erneut („Wir brauchen eine Bundeswehr, die sich zur Wehr setzen kann und Krieg führen kann, um unsere Sicherheit und unsere Freiheit zu verteidigen“, Zeile 72-73). Insbesondere der Angriff auf die regelbasierte Weltordnung wird nochmals betont („Die internationale Ordnung wird überall auf der Welt angegriffen“, Zeile 38). Zum Schluss geht Pistorius erneut auf „Demokratie, Freiheit und Sicherheit“ (Zeile 344-346) ein, die es zu verteidigen gäbe, um der „nächsten Generation eine stabile, souveräne, sichere und friedliche Bundesrepublik zu übergeben“ (Zeile 348-349).

#### *Audience:*

Die *audience* lässt sich erneut auf unterschiedlichen Ebenen differenzieren: Die unmittelbare *audience* sind die an der Bundeswehrtagung teilnehmenden Personen. Konkret sind dies neben dem Bundeskanzler, dem Generalinspekteur der Bundeswehr und dem „militärischen und zivilen Spitzenpersonal der Bundeswehr“ (Bundesministerium der Verteidigung 2023b) auch „Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Gesellschaft sowie aus Verbänden und der Wissenschaft“ (ebd.). Pistorius selber adressiert neben dem Führungspersonal seines

Ministeriums auch direkt die Abgeordneten des Deutschen Bundestags, von deren Vertrauen seine und die Arbeit der ganzen Regierung abhängt („Ich bitte Sie alle, die Führungskräfte der Bundeswehr und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages“, Zeile 151-153) und später erneut („Und hier spreche ich jeden und jede von Ihnen an, jeden General oder Admiral, die zivilen Führungskräfte, ebenso natürlich unsere Abgeordneten des Deutschen Bundestages und die Vertreter der Medien“, Zeile 350-352). Schließlich richtet sich diese öffentlich gehaltene Rede (auf der Bundeswehrtagung gibt es auch einen nicht-öffentlichen internen Teil) auch an die allgemeine Öffentlichkeit, die Pistorius von der Notwendigkeit der von ihm geforderten Maßnahmen überzeugen möchte.

### Emergency measures:

Grundsätzlich sieht Pistorius es als Aufgabe, die Ukraine „in ihrem mutigen Kampf zu unterstützen“ (Zeile 27). Darüber hinaus müsse Deutschland – das heißt, die „Bundeswehr genauso wie [...] [die deutsche] Gesellschaft“ (Zeile 41) – aber selber „kriegstüchtig werden“ (Zeile 42). Kriegstüchtig werden – ein Begriff, den Pistorius in seiner Rede immer wieder verwendet – bedeutet für ihn, Maßnahmen zu unternehmen, um sich als Land „gegen äußere Feinde im Ernstfall zur Wehr“ (Zeile 45-46) setzen zu können. Es gehe also um „eine effektive Abschreckung“ (Zeile 47-48) und darum „Krieg führen [zu] können, um keinen Krieg führen zu müssen“ (Zeile 48). Die Bundeswehr müsse dafür „so aufgestellt und ausgestattet“ (Zeile 68-70) sein, dass sie das Land „in einem Krieg verteidigen kann“ (ebd.). Dafür benötige sie „ausreichend und bestmöglich ausgebildete[s]“ (Zeile 75-76) Personal, eine zeitgemäße Ausrüstung und die richtige Infrastruktur (ebd.). Darüber hinaus sei aber auch die richtige „Einstellung oder auch Mentalität“ (Zeile 77-78) eine wichtige Voraussetzung, um als Land kriegstüchtig zu werden.

Ein Aspekt, dem der Verteidigungsminister besonders viel Zeit widmet ist die von ihm geforderte organisatorische Umstrukturierung und Reform der Streitkräfte und des Bundesministeriums der Verteidigung. Dort müssten laut Pistorius „grundlegende Veränderungen“ (Zeile 324) herbeigeführt werden, die von den „Strukturen über [...] Rüstungs- und Beschaffungsverfahren bis hin zu[m] gemeinsamen Selbstverständnis und [...] [dem] Personal“ (Zeile 324-236) reichen

sollten. Die Struktur des Bundesverteidigungsministeriums müsse insgesamt „den Anforderungen der Zeitenwende gerecht werden“ (Zeile 296-298), etwa müsse dringend die „Optimierung des Beschaffungswesen“ (Zeile 268-269) fortgesetzt werden.

Als weitere wichtige konkrete Maßnahmen nennt Pistorius das Aufstellen einer fest stationierten deutschen Brigade in Litauen mit „4.800 Soldatinnen und Soldaten sowie 200 zivile[n] Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundeswehr“ (Zeile 136-138), die 2025 in Dienst gestellt werden soll.

Ferner bekennt er sich wiederholt zum 2-Prozent Ziel im Bereich Verteidigung (Zeilen 97-99 und 363-364) sowie zu einer „stärkere[n] Zusammenarbeit innerhalb Europas“ (Zeile 100).

#### Grade der Versicherheitlichung

Mit Hilfe des entwickelten Frameworks sollen nun für die drei Framing-Dimensionen die Grade an Versicherheitlichung in dieser Rede ermittelt werden.

#### ***Diagnostic framing:***

Bezüglich des *diagnostic framings* muss zuerst festgestellt werden, dass Pistorius diese Rede fast zwei Jahre nach Beginn des Krieges und nach Olaf Scholz' Zeitenwende-Rede hält. Anders als letztere, die voll und ganz unter dem Schock des kurz zuvor begonnenen Angriffskriegs stand, gab es nun also keinen direkten Anlass, die vom Angriffskrieg ausgehende Gefahr erneut in dem Maße zu betonen wie Scholz im Februar 2022. Auch handelt es sich hier nicht um eine Regierungserklärung vor dem zur Sondersitzung zusammengekommenen Bundestag, sondern um eine vorbereitete Rede auf einer länger geplanten und regelmäßig stattfindenden Tagung. Pistorius' *diagnostic framing* ist daher im Vergleich zu Scholz insgesamt eher zurückhaltend. Er knüpft zur Verdeutlichung der Gefahr an den mittlerweile schon lange geläufig gewordenen Begriff der Zeitenwende an und verknüpft diesen mit dem „Schicksalstag des 9. November“ (Zeile 398-399), insbesondere mit dem des Jahres 1989, als die Mauer fiel und eine Zeitenwende anderer Art einläutete. Die jetzige Zeitenwende sei erneut „ein Wendepunkt für unsere gesamte Gesellschaft“ (Zeile 44-45). Mit den Worten „Der Krieg ist zurück in Europa“ (Zeile 36) und „Gemeinsam mit unseren Verbündeten müssen wir uns

leider wieder ganz konkret mit einer militärischen Bedrohung auseinandersetzen“ (Zeile 326-328) konstruiert er aber doch auch ganz deutlich eine Bedrohung, die entschiedenes Handeln erfordere. Nichtsdestotrotz werden weder Putin noch Russland als Aggressoren ausgesprochen.

Insgesamt ist Pistorius' *diagnostic framing* daher entsprechend des Kategoriensystems auf dem 2. bis 3. Grad (moderate bis starke Versicherheitlichung) einzuordnen, jedoch mit stärkerer Tendenz zum Grad 2.

### ***Prognostic framing:***

Viele der von Pistorius geforderten oder angekündigten Maßnahmen sind auf verschiedene Arten außerordentlich. So ist etwa eine umfassende Umstrukturierung des Bundesverteidigungsministeriums im Rahmen des üblichen politischen Alltags zwar nicht undenkbar, in diesem Falle geht diese Umstrukturierung aber auf ein als wesentliche Sicherheitsbedrohung wahrgenommenes Phänomen zurück, das eine außerordentlich schnelle und effiziente Reorganisation „mit Hochdruck“ (Zeile 91-92) erfordert. Ebenso ist das dauerhafte Aufstellen einer Brigade im Ausland (zudem an der NATO-Grenze zu Russland) ein Novum, da es eine permanente Auslandsstationierung in der Form in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben hat (Bundesministerium der Verteidigung 2024). Über die Außerordentlichkeit der Forderung zum Erreichen des 2-Prozent-Ziels kann man streiten: Zwar ist diese Forderung nicht unwesentlich und hat jedenfalls Sicherheitscharakter, allerdings wird über dieses Ziel, wie dargelegt worden ist, schon seit längerer Zeit gesprochen und es ist darüber hinaus inzwischen durch ein neues 5-Prozent-Ziel in der NATO in den Schatten gestellt worden (Tageschau 2025f), was die Bewertung insgesamt abschwächt. Zentral an Pistorius' Rede ist allerdings die Forderung, „kriegstüchtig“ (unter anderem Zeile 42) zu werden. Hier geht das *prognostic framing* Hand in Hand mit dem *motivational framing*: Zwar relativiert Pistorius den Begriff der Kriegstüchtigkeit zwischendurch ein Stück weit („Es geht nicht um fanfarenschmetterndes ‚Auf in den Kampf‘ und es geht auch nicht um ein Primat des Militärischen, ganz im Gegenteil. Kluge Politik und Diplomatie müssen auch in Zukunft an erster Stelle stehen“, Zeile 63-65), jedoch ist das rhetorische Wählen dieses Begriffs in der Rede zentral und schlug gesellschaftlich auch weit über die Bundeswehrtagung hinaus noch

Wellen. Das liegt wohl in erster Linie an der Aggressivität, die dieser Begriff impliziert. Was Pistorius erreichen möchte – das erläutert er in der Rede wiederholt – ist durch Aufrüstung und Mentalitätswandel in der Gesellschaft zu erreichen, dass das Land sich und seine Bündnispartner militärisch verteidigen kann und will, und auf diese Weise potenzielle Aggressoren abschreckt. Jedoch impliziert der Begriff „Kriegstüchtigkeit“ nicht nur die Fähigkeit, abzuschrecken und sich verteidigen zu können, sondern auch allgemein Krieg zu führen, in welcher Form bleibt dabei erstmal offen. Der Begriff ist damit in Hinblick auf die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts und auch das bereits angesprochene Selbstverständnis als Zivilmacht gesellschaftlich entsprechend aufgeladen. Das Wahl dieses Begriffes verschafft Pistorius damit eine größere öffentliche Wirkung und ermöglicht ihm, seine Forderungen gesellschaftlich präsent zu machen.

Auch daher sind, zusammenfassend, die Forderung, kriegstüchtig zu werden sowie die anderen von Pistorius geforderten Maßnahmen im *prognostic framing* insgesamt klar im Bereich des 3. Grades (starke Versicherheitlichung) einzuordnen.

### ***Motivational framing:***

Pistorius spricht in seiner Rede von einer „enormen Dringlichkeit, die wir durch die vielen Krisen und Kriege verspüren“ (Zeile 10). Man müsse daher „gemeinsam mit Hochdruck arbeiten“ (Zeile 91-92); das, was man schon erreicht habe, reiche noch nicht aus (Zeile 92-93). Er bedankt sich bei allen, die „mit höchstem Tempo, mit höchstem Einsatz und mit viel Kreativität“ (Zeile 149-151) arbeiten und sagt „hier ist jede und jeder von uns gefordert“ (Zeile 153). Später betont er diesen Aspekt im Kontext der erreichten Halbierung der Zeiten bei der Beschaffung bestimmter Waffensysteme erneut mit den Worten „Es geht, wenn wir alle gemeinsam wollen“ (Zeile 218-219). Hier wird also Handeln zur Pflicht und der Minister versucht mit Handlungsdruck zu mobilisieren. Man dürfe in den Anstrengungen „nicht eine Sekunde nachlassen“ (Zeile 233). Dabei müsse man „schnell und agil handeln können“ (Zeile 293) und dürfe sich nicht „durch unnötige Abstimmungsprozesse einbremsen lassen“ (Zeile 293-294). Er spricht von „Veränderungen unserer Welt“ (Zeile 397-398) und dass man sich vor den Folgen nicht verstecken könne noch dürfe (ebd.).

Insgesamt baut der Minister einen hohen Handlungs- und Zeitdruck auf. Er versucht, an das Gewissen und das Verantwortungsbewusstsein seiner Zuhörerschaft zu appellieren. Jeder müsse seinen Beitrag leisten und es herrsche enormer Zeitdruck. Da die Rhetorik allerdings insgesamt noch deutlich extremer sein könnte – etwa wenn von einem unmittelbar drohenden Untergang oder Systemkollaps die Rede wäre – soll diese Rede im Bereich des *motivational framing* auf dem 3. Grad (starke Versicherheitlichung) eingeordnet werden.

#### Zwischenergebnis:

In Hinblick auf die drei untersuchten Framing-Dimensionen wird für die Rede Boris Pistorius' auf der Bundeswehrtagung 2023 im Hinblick auf den Grad der Versicherheitlichung folgendes Zwischenergebnis getroffen: Obwohl im *diagnostic framing* insgesamt doch eher eine moderate Versicherheitlichung zu beobachten ist, dominieren die starken Versicherheitlichungen in den Bereichen des *prognostic* und *motivational framing*, sodass die Rede insgesamt auf dem 3. Grad (starke Versicherheitlichung) eingeordnet wird.

#### 5.1.3 Boris Pistorius: Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2025 (14.02.2025)

Als drittes soll nun die vom Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius am 14. Februar 2025 auf der jährlich stattfindenden Münchner Sicherheitskonferenz im Hotel Bayerischer Hof in München gehaltene Rede untersucht werden. Der Minister hielt diese im Rahmen eines Panels mit dem Titel „Seismic Shifts: More European Responsibility for Defense“, an welchem auch der litauische Präsident Gitanas Nausėda und die französische Verteidigungspolitikerin Natalia Pouzyreff teilnahmen und welches von der NBC News Moderatorin Courtney Kube moderiert wurde.

Zu Pistorius' Rede müssen einige kontextuelle Vorbemerkungen gemacht werden: Zwei Stunden zuvor hatte der US-amerikanische Vizepräsident JD Vance – der erst einen Monat vorher sein Amt angetreten hatte – in seiner Rede auf der Sicherheitskonferenz für einen Eklat gesorgt (Ruppert 2025): Zum einen betonte er erneut, die europäischen (NATO-)Staaten müssten mehr für ihre eigene Verteidigung tun und die Vereinigten Staaten seien nicht länger bereit, wie früher vollumfänglich der Sicherheitsgarant für Europa zu sein. Dies ist erstmal nichts

Neues und reiht sich in die bereits in Kapitel 4.1 ausgeführte Tendenz der Vereinigten Staaten ein, schon seit längerer Zeit – und nicht erst seit Trump, wenngleich seitdem in deutlich stärkerem Maße – mehr Eigenverantwortung von den Europäern in Sachen Sicherheit zu fordern. Zum anderen holte Vance allerdings zu einem halbstündigen Rundumschlag aus, in dem er das eigentliche Thema der Konferenz vollkommen ignorierte und stattdessen äußerst direkt die Europäische Union, ihre Mitgliedstaaten und Deutschland konkret attackierte und ihnen vorwarf, ein „verkommenes Demokratieverständnis“ (ebd.) zu haben. Er verglich sie mit autoritären Regimen und behauptete, es herrsche Zensur, es gebe keine Meinungsfreiheit (insbesondere in den sozialen Medien) und keine Religionsfreiheit, populistische Parteien würden aktiv aus dem Diskurs ausgeschlossen werden, und dementsprechend sei der größte Feind Europas nicht im internationalen System zu suchen, sondern „im Inneren“ zu bekämpfen (ebd.). Außerdem kritisierte er scharf die deutsche Migrationspolitik und führte den jüngst erfolgten Anschlag in München darauf zurück (ebd.). Seine Attacken untermalte und begründete Vance mit teils dubiosen Fallbeispielen aus verschiedenen europäischen Ländern, und er schien sich in seiner Rede insgesamt nicht für diplomatische Gepflogenheiten oder die langjährige Tradition transatlantischer Freundschaft zu interessieren (ebd.). Entsprechend irritiert war die allgemeine Reaktion im Publikum und auch das Medienecho war groß.

Boris Pistorius schrieb als Reaktion auf die Rede von JD Vance Teile seiner Rede um und begann diese damit, die Kritik des US-Vizepräsidenten scharf zurückzuweisen. Er betonte wiederholt, die Anschuldigungen seien „nicht akzeptabel“ (Zeile 17) gewesen. Er zeigte sich erschüttert und hob die große Bedeutung des Schutzes von Demokratie, Meinungsfreiheit, Rechtsstaat und der Würde des Einzelnen hervor (Zeile 31-33). Anschließend fuhr Pistorius – wenn auch im Lichte des vorangegangenen Eklats – mit seiner ursprünglich geplanten Rede fort, die nun analysiert werden soll:

#### Securitizing actor:

Der versicherheitlichende Akteur ist wie in der letzten Rede Boris Pistorius. Er spricht also erneut als Chef des deutschen Bundesverteidigungsministeriums und auch als Mitglied und Vertreter der deutschen Bundesregierung insgesamt.

Da es sich bei der Münchner Sicherheitskonferenz außerdem um eine sehr internationale Veranstaltung mit Gästen aus aller Welt handelt, kommt den Vertretern der Bundesrepublik Deutschland zusätzlich eine gewisse Gastgeberrolle zu. Das betrifft zwar in erster Linie den Bundespräsidenten als Staatsoberhaupt (falls er spricht), den Bundeskanzler als Regierungschef, aber eben auch andere Vertreter der Bundesregierung.

#### Existential threat und referent object:

Grundsätzlich stand die Münchner Sicherheitskonferenz 2025 und damit auch Pistorius' Rede im Lichte des noch andauernden Angriffskriegs auf die Ukraine. Als bedrohtes *referent object* wird in erster Linie der Frieden in Europa kombiniert mit einer nachhaltigen regelbasierten Ordnung dargestellt (Zeile 42-45). Beides sei nur möglich mit einer „starken und freien Ukraine“ (Zeile 43), die allerdings ebenfalls weiterhin angegriffen werde. Als *existential threat* wird einige Male das aggressive Handeln Russlands explizit genannt (etwa Zeilen 44-45 und 120-121).

#### Audience:

Die Münchner Sicherheitskonferenz ist ein wichtiges, seit 1963 existierendes Forum zum Austausch über sicherheitspolitische Fragen (Bundesministerium der Verteidigung 2025). Obgleich die Ausrichtung in Deutschland der Konferenz traditionell einen westlichen Anstrich verleiht, werden jedes Jahr auch Gäste aus der ganzen Welt eingeladen, um in Veranstaltungen auf der öffentlichen Bühne aber auch in privaten Gesprächen am Rande der Veranstaltung unterschiedliche Sicherheitsfragen zu debattieren. Anwesend sind also hochrangige Vertreter aus Politik, Militär, Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen aus Deutschland, der Europäischen Union, den NATO-Staaten und weiteren Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen (ebd.). Die unmittelbare *audience* ist dementsprechend recht breit gefächert. Außerdem ist das allgemeine öffentliche Interesse an einer Veranstaltung mit entsprechend ranghohen Vertretern groß. Wie gleich gezeigt wird, beziehen sich die von Pistorius geforderten oder angekündigten Maßnahmen hauptsächlich auf Deutschland, in deutlich geringerem Maße auch auf die Europäische Union. Das heißt, die *audience*, die er von seinen Maßnahmen überzeugen muss, sind vor allem der deutsche Anteil der Vertretung, ein Stück weit auch

europäische Vertreter und im weiteren Sinne, wie zuvor schon gezeigt, die Öffentlichkeit in diesen beiden Bereichen.

### Emergency measures:

Pistorius betont die Notwendigkeit, die Ukraine weiter zu unterstützen („We must ensure that Ukraine is not left alone“, Zeile 41-42) und das Land in eine Position der Stärke für mögliche Friedensverhandlungen zu bringen („Ukraine needs to negotiate from a position of strength“, Zeile 52). Deutschland sei der größte Unterstützer der Ukraine in Europa und müsse das auch in naher Zukunft und darüber hinaus bleiben („Germany will, therefore, remain the largest supporter of Ukraine on this continent and we will continue in our engagement in the near future and beyond“, Zeile 52-54). Man müsse die Verteidigungsausgaben weiter erhöhen („That means further increasing our defense spending“, Zeile 74-75), diese durch ein Zehn-Jahres-Programm vorhersehbarer machen („I am developing a ten-year program. We need to make defense spending more predictable“, Zeile 77-78) und die Regeln der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben aufheben („Excluding defense spending from our national debt limit is, therefore, inevitable“, Zeile 76).

Bezogen auf die Zusammenarbeit in der Europäischen Union betont er, dass alle Länder an der Stärkung ihrer Sicherheit arbeiten können sollten („We must ensure that all countries can effectively strengthen their security“, Zeile 80). Dafür müsse man die Maastricht-Kriterien für Verteidigungsausgaben lockern und in den Finanzrahmen der Europäischen Union mehr für Verteidigung vorsehen („it would also involve a shift towards defense in the priorities of the European Union's multi annual financial framework“, Zeile 82-83). Man habe in Deutschland bereits unterschiedliche Maßnahmen getroffen, um eine innovative, agile, resiliente und gleichsam starke und unabhängige Rüstungsindustrie auf- und auszubauen („Germany has launched a defense industry strategy to create the right political, economic and regulatory framework to quickly make our defense industry more innovative, agile and resilient“, Zeile 85-87; „Europe needs a strong, more sovereign defense industry“, Zeile 89-90). Man dürfe sich im Bereich der Rüstungsindustrie nicht mehr in größere Abhängigkeiten begeben („we cannot afford excessive dependencies“, Zeile 90). Die europäische Rüstungsindustrie

müsse dabei viel enger verknüpft sein; man habe zusammen zu entwickeln, zu bauen, zu kaufen und zu stationieren, auch wenn das bisweilen erfordere, die nationalen Interessen ein Stück weit beiseite zu legen („we Europeans must develop together, build together, buy together, deploy together, even if that involves adapting and merging certain industries and setting aside national interests“, Zeile 97-99). Insgesamt müsse man innerhalb der NATO eine Verschiebung der Lasten von den Vereinigten Staaten nach Europa hin vollziehen („we agreed to develop [...] a roadmap to organize the burden shifting from the United States to Europe in the years to come“, Zeile 62-63).

Ferner habe man und müsse man weiter die NATO-Ostflanke verstärken („We have significantly scaled up our efforts to secure NATO's eastern flank. We increased our presence in the air, on land and at sea“, Zeile 111-112). Deutschland gehe mit der in Litauen stationierten Brigade mit gutem Beispiel voran („We are in the midst of preparing the [...] permanent deployment of a full combat ready brigade. We will have roughly 5,000 personnel permanently in Lithuania in the years to come“, Zeile 115-117).

#### Grade der Versicherheitlichung:

Im Folgenden soll die Rede auch hinsichtlich der drei Framing-Dimensionen untersucht werden.

#### ***Diagnostic framing:***

Russland beziehungsweise das russische Agieren auf der Weltbühne werden von Pistorius als existentielle Bedrohung angesehen, nicht nur für die Ukraine und nicht nur in diesem Moment, sondern auch darüber hinaus („Also, and especially after a potential peace in Ukraine, we are well aware that Russia will remain a threat“, Zeile 120-121). Er beschränkt also die von Russland ausgehende Bedrohung nicht nur auf den jetzigen Ukraine-Krieg und die Ukraine, sondern weitet die Bedrohung auf die ganze Sicherheit in Europa und auf unbestimmte Zeit aus. Russlands Verhalten wird als aggressiv und imperialistisch dargestellt, auf das man nur mit Abschreckung reagieren dürfe („imperialist powers will only respond to deterrence and strengths“, Zeile 46-47). Darüber hinaus bestehe die Gefahr, Russland könnte aus diesem Krieg gestärkter hervorgehen; dies müsse man verhindern („There will be no sustainable rules-based order if aggression prevails,

we must equally make sure that Russia does not emerge from this war as an even bigger threat than before“, Zeile 43-45).

Von Pistorius rhetorisch verschärft wird die Bedrohung zusätzlich in zwei Aspekten: Erstens, indem er die Absicht der Vereinigten Staaten, sich militärisch weniger in und für Europa einzusetzen verdeutlicht („the recent statements are also a strong reminder of what has been clear for many years. If we are honest, we Europeans have to contribute the lion's share to conventional deterrence and defense in Europe“, Zeile 59-61). Und zweitens, weil er – wie bereits angesprochen – nicht zu den Worten von Vance schweigt oder sich anbiedert, sondern die Rede scharf verurteilt. Mit den Worten „not acceptable“ (Zeile 17) und „I strongly oppose the impression created by Vice President Vance“ (Zeile 30-31) weist er viele der Vorwürfe vom US-amerikanischen Vizepräsidenten zurück. Die Tatsache, dass Pistorius das tut und auch die Deutlichkeit seiner Worte – sowie die aus dieser Konfrontation erkennbar werdende signifikante Verschlechterung der Beziehung zu der neuen Regierung in den Vereinigten Staaten – in Kombination mit dem bereits erwähnten Wegfallen US-amerikanischer Unterstützung in Europa führen im Umkehrschluss dazu, dass die wahrgenommene Bedrohungslage deutlich verschärft und die Notwendigkeit, entschieden zu handeln, betont wird.

Russland und die davon ausgehende Bedrohung werden also klar als Aggressoren genannt; die Bedrohungskonstruktion beschränkt sich allerdings nicht darauf, sondern die konstruierte Gefahr wird durch andere Faktoren – vor allem die Rolle der Vereinigten Staaten – erheblich verschärft. Aufgrund dessen ist die Rede im Bereich des *diagnostic framing* auf dem 3. Grad (starke Versicherheitlichung) einzuordnen.

### ***Prognostic framing:***

Viele der geforderten Maßnahmen erkennen wir aus den zuvor analysierten Reden wieder – so etwa das Zwei-Prozent-Ziel, die umfassende Unterstützung der Ukraine oder die Verstärkung der NATO-Ostflanke inklusive der Aufstellung der deutschen Brigade in Litauen.

Die von Pistorius angekündigte Verstärkung der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene hat zwar Sicherheitscharakter, ist aber nach meiner Einschätzung keine Maßnahme außerhalb des Üblichen. Anders verhält es sich aber bei der

Umgehung der Maastricht-Kriterien im Bereich der Verteidigung. Das Aussetzen dieser Regeln nur in diesem Bereich kann durchaus als außerordentlich gesehen werden. Ebenso die von Pistorius dargelegte Unvermeidlichkeit („inevitable“, Zeile 76), die Verteidigungsausgaben im Grundgesetz von den Regeln der Schuldenbremse auszunehmen.

Zuletzt ist auch die Notwendigkeit, aufgrund der wegfallenden Unterstützung der Vereinigten Staaten mehr für die eigene Verteidigung zu tun gewissermaßen außerordentlich, nachdem diese 75 Jahre lang im Rahmen der NATO die Sicherheit auf dem Europäischen Kontinent garantiert hatten.

Insgesamt sind die geforderten oder angekündigten Maßnahmen aus der Sicht des *prognostic framing* auf dem 3. Grad (starke Versicherheitlichung) einzuordnen, da sie an einigen Stellen – etwa der Aussetzung der Maastricht-Kriterien oder der Ausnahmeregelung für die deutsche Schuldenbremse – die Schwelle zu den Maßnahmen mit Ausnahmecharakter ganz klar überschreiten.

### ***Motivational framing:***

Pistorius baut in seiner Rede rhetorisch einen großen Handlungsdruck auf. Zentral sind etwa die Wort „We need to shape the reality we live in before it shapes us“ (Zeile 61), man hätte also keine Wahl, ob man handelt oder nicht, sondern man *müsse* entschieden handeln. Das betont er kurz darauf erneut mit den Worten „It is time for fewer promises now and more action“ (Zeile 64-65). Die Entscheidungen jetzt seien wichtig, um in Zukunft Frieden zu garantieren, in Europa und darüber hinaus („The choices we make now will determine whether we live in peace or in crisis, they will determine our future and the future of the next generation in Europe, but also beyond“, Zeile 40-41). Insbesondere den Aspekt der Langfristigkeit betont er dabei wiederholt („Security guarantees the future for all of us and for the next generation“, Zeile 73; „Security is not a short-term expenditure, it is a long-term commitment“, Zeile 76-77) und betont, dass es sich hierbei also um Investitionen in die Zukunft Deutschlands handle und es unverantwortlich sei, diese jetzt nicht zu tun („We have the responsibility to invest in the future for Germany“, Zeile 73-74).

In der Betonung der Wichtigkeit einer stärkeren und unabhängigeren europäischen Rüstungsindustrie bezieht sich Pistorius mit den Worten „This has never

been clearer than today“ (Zeile 90-91) auch auf die sich verändernde Rolle der Vereinigten Staaten und gewiss auch auf die irritierende Rede des US-Vizepräsidenten einige Stunden zuvor. Bezogen auf die Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und Russland sagt er, man müsse aus einer Position der Stärke aus argumentieren können („we must and we will negotiate from a position of strength“, Zeile 48) und ein fragiles Friedensabkommen in der Ukraine, das den Krieg nur verschiebe, sei keine Option („A fragile peace that only postpones the next war is not an option“, Zeile 45-46).

Insgesamt kann man in Pistorius' Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz einen hohen Mobilisierungsgrad erkennen. Die Rhetorik seiner Forderungen geht klar über einen rein präventiven Charakter hinaus; er betont die dringende Notwendigkeit und Verantwortung zu handeln, da ansonsten gravierende Konsequenzen drohten. Aufgrund dessen ist die Rede aus der Perspektive des *motivational framing* ebenfalls auf dem 3. Grad (starke Versicherheitlichung) einzuordnen.

#### Zwischenergebnis:

Entsprechend der vorangegangenen Ausführungen ist die Rede vom Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2025 bezogen auf den Grad der Versicherheitlichung auf der 3. Stufe (starke Versicherheitlichung) einzuordnen.

## 5.2 Energiepolitik

### 5.2.1 Robert Habeck: Rede vor dem Deutschen Bundestag (24.03.2022)

Bei der Untersuchung von Reden im Bereich der Energiepolitik soll mit einer Rede des damaligen Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, begonnen werden, die er im Rahmen der Debatte über den Haushaltsentwurf für sein Ministerium am 24. März 2022 – also etwa einen Monat nach Beginn des russischen Angriffskriegs – vor dem Deutschen Bundestag hielt.

### Securitizing actor:

Der *securitizing actor* ist Robert Habeck, der von 2021 bis 2025 das Amt des deutschen Vizekanzlers und Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz innehatte. Da diese Rede im Rahmen der Debatte über den Haushaltsentwurf seines Ministeriums gehalten wird, spricht er vor allem aus der Rolle des Ministers heraus. Trotzdem führt das Amt des Vizekanzlers immer auch eine besonders repräsentative Funktion mit sich: Er spricht daher nicht nur stellvertretend für sein Ressort, sondern auch für die ganze Bundesregierung.

### Existential threat und referent object:

Das *existential threat* ist – anders als im Verteidigungsbereich – nicht der Angriff auf die Ukraine und die regelbasierte Ordnung oder die direkte militärische Bedrohung, die von Russland ausgeht, sondern die enorme „Abhängigkeit von russische[r] fossile[r] Energie“ (Zeile 5-6) sowie „eine Infrastruktur, die die Abhängigkeit noch vergrößert hat“ (Zeile 7). Habeck bezieht sich dabei auf die im Zuge der in Kapitel 4.1 bereits erläuterten deutschen Politik des Wandels durch Verflechtung gegenüber Russland und die starken Abhängigkeiten gegenüber Russland, die diese Politik verursacht hat. Diese Abhängigkeiten bedrohten nun, laut Habeck, die Versorgungssicherheit in Deutschland; drehte Russland etwa den Gasahn ab, könnte das katastrophale Folgen für die Wirtschaft, die Energiepreise und damit letztlich für die ganze Gesellschaft haben. Diese bedrohte Energiesicherheit ist also das *referent object*.

### Audience:

Bei der *audience* handelt es sich in erster Linie um die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, vor denen Habeck spricht und von deren Vertrauen seine Arbeit abhängt. Zwar handelt es sich hier – anders als bei der Zeitenwende-Rede von Scholz – nicht um eine Regierungserklärung (zudem nicht um eine Sondersitzung), dennoch dienen Reden im Bundestag immer auch dem Interesse der allgemeinen Öffentlichkeit.

### Emergency measures:

Das allgemeine Ziel Habecks ist es, sich möglichst schnell aus der besagten Abhängigkeit von Russland zu befreien (Zeile 16-17) und die „Energieversorgung in

Deutschland breiter aufzustellen“ (Zeile 18). Dazu müsse man „für Alternativen sorgen“ (Zeile 14), etwa LNG-Terminals bauen (Zeile 14-15), die Wasserstoffinfrastruktur auf- (Zeile 20) und die Erneuerbaren Energien und Netzinfrastruktur ausbauen (Zeile 21-22). Besonders wichtig sei es laut Habeck aber, an „Effizienz und Einsparung“ (Zeile 22-23) zu arbeiten. Er stellt sich bewusst gegen hohe Preissubventionen im Energiebereich und betont stattdessen die Notwendigkeit von Energieeinsparungen („es macht keinen Sinn, gegen die hohen Preise anzuschubventionieren, wenn wir nicht den Verbrauch reduzieren, wenn wir nicht die Effizienz nach vorne bringen“, Zeile 24-25).

Bezüglich eines Embargos auf Kohle, Öl oder Gas aus Russland sagt er, dass man dazu noch nicht in der Lage sei und dass man „ein schrittweises Embargo“ (Zeile 41) anstrebe, also „Schritt für Schritt [...] die Abhängigkeit von Öl und von Kohle und von Gas strategisch zu reduzieren“ (Zeile 37-38).

Habeck kündigt zwar in seiner Rede auch umfangreiche Investitionen in unterschiedliche Projekte zur Reduzierung der Abhängigkeit an, insgesamt steht er aber den bereits angesprochenen Subventionierungen sehr kritisch gegenüber. Er spricht davon, die „Überförderung der Vergangenheit zurückzufahren“ (Zeile 56), also die seiner Ansicht nach durch die Union verursachte „Übersubventionierung in vielen Bereichen“ (Zeile 60-61) zu reduzieren und behauptet, Subventionen seien „die Ultima Ratio in einer Marktwirtschaft“ (Zeile 57-58).

#### Grad der Versicherheitlichung:

#### ***Diagnostic framing:***

Aus der Perspektive des *diagnostic framing* betrachtet, liegt das von Habeck identifizierte Problem im Wesentlichen in der Abhängigkeit von Russland; er nennt dies einen „Klammergriff“ (Zeile 33), von den man sich befreien müsste. Als Verursacher werden die vorangegangenen „unionsgeführte[n]“ (Zeile 60) Regierungen der letzten Jahre kurz erwähnt und auf die „Unwissenheit oder [...] strategische Blindheit“ (Zeile 33-34) der Verantwortlichen dieser Politik gegenüber Russland verwiesen. Im Übrigen knüpft Habeck ebenfalls an den Begriff der Zeitenwende an und versucht, rhetorisch einen Bogen zu spannen über das Überwinden fossiler Energie bis hin zum Kampf „für die Ukraine!“ (Zeile 81) und „[f]ür die Freiheit!“ (ebd.). Dies erfolgt allerdings erst ganz zum Ende der Rede

und wirkt insgesamt eher wie ein Appell zum Schluss. In der restlichen Rede bleibt Habeck rhetorisch doch recht gemäßigt. Die Abhängigkeit von Russland wird als wichtiges sicherheitsrelevantes Thema dargestellt, jedoch in der Gesamtheit nicht als existenzielle Bedrohung.

Entsprechend des Kategoriensystems ist diese Rede daher im Bereich des *diagnostic framing* auf dem 2. Grad (moderate Versicherheitlichung) einzuordnen.

### ***Prognostic framing:***

Aus der Perspektive des *prognostic framing* muss man Folgendes feststellen: Die von Habeck vorgeschlagenen oder angekündigten Maßnahmen werden als sicherheitsrelevant bezeichnet und dadurch das Thema Energieversorgung grundsätzlich einmal auch im Bereich des *prognostic framing* versicherheitlicht. Ob sich diese Maßnahmen oder zumindest Teile davon jedoch wesentlich von den normalen und üblichen politischen Prozessen und Maßnahmen abheben, ist höchst fraglich. Beschleunigungsgesetze zur schnelleren Umsetzung von Bauvorhaben – etwa wenn es um LNG-Terminals geht – sind in Deutschland nicht vollkommen neu und außergewöhnlich, man denke etwa an das „Gesetz zur Beschleunigung von Planungsverfahren für Infrastrukturvorhaben“ von 2006 (Bundesgesetzblatt 2006). Verglichen mit den in der Verteidigungspolitik ergriffenen Maßnahmen sind die hier untersuchten längst nicht so außergewöhnlich und weitgehend. So betont Habeck etwa, in erster Linie müssten in der Wirtschaft und den privaten Haushalten Einsparungen im Verbrauch und mehr Effizienz erzielt werden und bezeichnet Subventionen gleichzeitig als ultima ratio, die in diesem Fall nicht notwendig seien. Gerade dieser Aspekt kann allenfalls als ein Versuch der Nicht-Versicherheitlichung beziehungsweise *de-securitization* verstanden werden.

Insgesamt wird daher festgestellt, dass auch im Bereich des *prognostic framing* nur eine moderate Versicherheitlichung, entsprechend dem 2. Grad des Kategoriensystems, erfolgt.

### ***Motivational framing:***

Habeck spricht in seiner Rede von „großer Dringlichkeit“ (Zeile 22) und einer „große[n] Geschwindigkeit“ (Zeile 64), die notwendig sei, ferner auch davon gegen die Abhängigkeit „kämpfen“ zu müssen (Zeile 6). Auch, dass das „Gebot der

Stunde“ (Zeile 27) sei, die „Reduzierung des Verbrauchs mit Leibeskräften voranzubringen“ (Zeile 26-27) sowie das Bild des „immer enger“ gewordenen „Klammergriff[s]“ (Zeilen 33-34) und nicht zuletzt der Aufruf zum Kampf „[f]ür die Freiheit“ (Zeile 81) am Ende der Rede, deuten auf einen hohen kommunizierten Handlungsdruck, eine Rhetorik des Kampfes und einen hohen Grad an Mobilisierung hin.

Dementgegen steht die im *prognostic framing* bereits angesprochene Rhetorik des Agierens „Schritt für Schritt“ (Zeilen 37 und 50), also „nicht unbedacht zu handeln“ (Zeile 50), sondern sich nach und nach „sicherheitspolitisch Freiraum zu erkämpfen“ (Zeile 51-52). Der Redner zitiert mit den Worten „Macht doch schneller!“ (Zeile 42-43) selber seine Kritiker, die mehr Tempo fordern, betont aber die Notwendigkeit, langsam und kontrolliert vorzugehen. Diese Rhetorik unterscheidet sich entsprechend ganz wesentlich von jener, die in der Verteidigungspolitik zu beobachten war. Daher ist die Rede aus der Perspektive des *motivational framing* auf dem 2. Grad (moderate Versicherheitlichung), wenn auch mit Tendenz zum 3. Grad (starke Versicherheitlichung) einzuordnen.

#### Zwischenergebnis:

Insgesamt ist die am 24. März 2022 von Robert Habeck vor dem Deutschen Bundestag gehaltene Rede aufgrund der vorangegangenen Argumentation in ihrer Gesamtheit auf dem 2. Grad (moderate Versicherheitlichung) des entwickelten Frameworks einzuordnen, wenn auch mit einer – insbesondere vom *motivational framing* ausgehenden – leichten Tendenz zum 3. Grad (starke Versicherheitlichung).

#### 5.2.2 Robert Habeck: Pressekonferenz zur Ausrufung der Alarmstufe des Notfallplans Gas (23.06.2022)

Am 23. Juni 2022 hielt Robert Habeck zu Beginn einer Pressekonferenz des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz eine kurze Rede, in der erklärte, dass sein Ministerium als Reaktion auf eine von Seiten Russlands veranlasste erhebliche Reduzierung der über Nord-Stream 1 gelieferten Gasmenge die Alarmstufe des Notfallplans Gas ausgerufen habe (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2022). Es handelt sich dabei um die zweite von insgesamt drei Stufen dieses Notfallplans, der in Kapitel 4.2.2 dieser Arbeit bereits

behandelt wurde. Im Folgenden soll Habecks Rede zu Beginn der Pressekonferenz analysiert werden.

#### Securitizing actor:

Der versicherheitlichende Akteur ist hier erneut Robert Habeck, der aus seiner Rolle als Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz spricht.

#### Existential threat und referent object:

Als *referent object* bedroht ist die „Versorgungssicherheit in Deutschland“ (Zeilen 7 und 9) im Bereich des Energieträgers Erdgas, da kurz zuvor der russisch-staatliche Erdgaskonzern Gazprom die Lieferung durch die Nord-Stream 1 Pipeline um 60 Prozent reduziert hatte (Zeile 13-15). Das *existential threat* ist dementsprechend das russische Vorgehen, das in Deutschland verfügbare Gas zu verknappen und muss im Lichte der deutschen Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland betrachtet werden. Eine Verknappung des Gasangebots führt in erster Linie zu erheblichen Preissteigerungen für die Industrie und privaten Haushalte und damit zu Wohlstandsverlust, kann allerdings in der extremen Variante auch die Gefahr von Blackouts erhöhen und weitere gravierende gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen haben.

#### Audience:

Die unmittelbare *audience* sind die auf der Pressekonferenz versammelten Personen, also in der Regel vor allem Journalistinnen und Journalisten. Darüber hinaus haben Pressekonferenzen aber natürlich das Ziel, eine möglichst große gesellschaftliche Allgemeinheit zu informieren, wozu auf der einen Seite die direkte Übertragung und Aufzeichnung dieser beiträgt, und auf der anderen Seite die Medien.

Aus Sicht der Securitization-Theorie muss Habeck in erster Linie zwei Personengruppen von der Notwendigkeit seiner Maßnahmen überzeugen: Erstens die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die seine geforderten Maßnahmen legislativ bestätigen müssen und von deren Vertrauen Habeck abhängt, und zweitens die allgemeine Öffentlichkeit, die ihre Zustimmung oder Ablehnung kurzfristig mittels Umfragen und mittelfristig mittels Wahlen ausdrückt.

### Emergency measures:

Die erste und vielleicht wichtigste Maßnahme ist – einleuchtenderweise – die Ausrufung der Alarmstufe des Notfallplans Gas (Zeile 1-4). Entscheidend ist hierbei allerdings, dass dies zwar die zweite von drei Stufen darstellt, aber laut Gesetzestext immer noch einen Zustand beschreibt, in dem es möglich ist, die Situation zu bewältigen, „ohne dass nicht-marktbasierte Maßnahmen ergriffen werden müssen“ (Zeile 33-34). Wie in Kapitel 4.2.2 beschrieben, meint das zum Beispiel, dass der Staat etwa noch nicht Gasquoten oder ähnliche Beschränkungen für Unternehmen oder private Haushalte veranlassen darf. Solche Maßnahmen wären erst ab der dritten Stufe (Notfallstufe) möglich.

Das bedeutet wiederum nicht, dass der Staat überhaupt keine Maßnahmen ergreifen kann oder das bisher nicht schon getan hätte. Habeck verweist etwa darauf, bereits „LNG-Terminals mit Hochgeschwindigkeit“ (Zeile 48-49) gebaut und „mit Steuergeld Gasmengen“ (Zeile 51), konkret im Wert von 15 Milliarden Euro (Zeile 72-75), besorgt zu haben. Er nennt auch unterschiedliche bereits erlassene oder sich in Ausarbeitung befindende Gesetze wie etwa „das Gaseinspeicherungsgesetz, das Energie-Sicherungsgesetz“ (Zeile 55) sowie verschiedene „Gesetze zum Ausbau der Erneuerbaren [Energien]“ (Zeile 56). Man werde außerdem „die Kohlekraftwerke aus der Reserve in den Betrieb bringen [...], um somit Gas vom Markt zu nehmen, [...] um dieses Gas dann einspeichern zu können“ (Zeile 68-70) und mit einem „Gas-Spar-Auktionsmodell“ (Zeile 71) der Industrie erlauben, „gegen Geld, über eine Umlagefinanzierung Gasverbräuche aus dem Betrieb zu nehmen“ (Zeile 71-72).

Eine Maßnahme, die Habeck nicht ergreift – obwohl sie die Alarmstufe des Notfallplans zulassen würde – ist die Aktivierung des §24 Energiesicherungsgesetz (EnSiG). Dies würde „die Weitergabe von [Gas-]Preisen auch außerhalb der Verträge erlaub[en]“ (Zeile 92), man wolle aber, laut Habeck, erstmal „den Markt weiter beobachten“ (Zeile 95), bevor man diese Maßnahme ergreife. Aufgrund der so oder so steigenden Energiepreise kündigt Habeck „Entlastungen [...] für die Haushalte und für die Unternehmen“ (Zeile 110) an, ohne jedoch konkret zu werden, in welcher Form und Umfang.

Ferner verweist Habeck auf die Notwendigkeit in Hinblick auf den kommenden Winter, jetzt schon „Gasverbräuche zu reduzieren“ (Zeile 38) und „Einsparpotenziale“ (Zeile 114) in der Industrie und bei den privaten Haushalten auszuschöpfen.

#### Grade der Versicherheitlichung:

Es folgt nun erneut die Analyse aus den drei Framing-Dimensionen heraus.

#### ***Diagnostic framing:***

Eine eindeutige kategorische Zuordnung für Habecks Aussagen vorzunehmen, gestaltet sich in dieser Rede als recht schwierig:

Zum einen stellt er die Gasmangellage als eindeutige Bedrohung mit möglicherweise gravierenden Folgen dar, etwa mit den Worten „Gas ist von nun an ein knappes Gut in Deutschland“ (Zeile 6), die mit der Aufforderung verbunden sind, man dürfe sich nicht in „einer falschen Sicherheit wägen“ (Zeile 12). Er zeichnet rhetorisch recht bedrohliche Szenarien ab („Bleiben die verschiedenen anderen Szenarien und sie sehen – hier ist die Null-Linie, hier sind die Speicher leer – dass die meisten Szenarien uns sehr weit in die Zone von leeren Speichern führen“, Zeile 27-29). Er betont, die Situation sei „kein Spiel“ (Zeile 36) und dass eine Gasmangellage in Hinblick auf den Winter schon „immer eine Bedrohung war“ (Zeile 46). Als Verursacher dieser Bedrohung stellt Habeck eindeutig den „Krieg in Russland“ (Zeile 106) dar (er meint den Russisch-Ukrainischen-Krieg) und die von russischer Seite „politisch induzierte Verknappung von fossilen Rohstoffen“ (Zeile 107). Man befinde sich in einer „ökonomischen Auseinandersetzung mit Russland“ (Zeile 127-128) und Gas und Energie würden „als Waffe gegen Deutschland eingesetzt“ (Zeile 128). Verschärft werde das durch „die Versäumnisse der letzten Dekade“ (Zeile 59), insbesondere die „politisch falsche Abhängigkeit von Russland“ (Zeile 60-61) und die „fehlende Bereitschaft Alternativen zu schaffen“ (Zeile 61). Es ginge Putin laut Habeck jetzt darum, die „große Geschlossenheit, eine große Solidarität mit der Ukraine und eine große Bereitschaft für die Verteidigung von Freiheit auch einen Preis zu zahlen“ (Zeile 131-132) zu „zerstören“ (Zeile 130). Das bedeute eine „extreme Belastung für viele Menschen, für viele Unternehmerinnen und Unternehmer“ (Zeile 103-104).

Habecks Wortwahl, insbesondere diese Art von Kriegsrhetorik – wenn sie auch insgesamt relativ mild bleibt – lassen die Rede im Prinzip sehr stark in die Richtung des 3. Grades im *diagnostic framing* rücken.

Allerdings muss man zum anderen sehen, dass Habeck bewusst auch rhetorische Akzente setzt, die in die andere Richtung zeigen, also die Situation als weniger dramatisch darstellen. So betont er gleich zu Beginn, nachdem er von Gas als knappem Gut in Deutschland gesprochen hat, dass „die Versorgungssicherheit in Deutschland aktuell gewährleistet“ (Zeile 7) sei. Laut Habeck sei der Markt „also in der Lage, die Mengen, die benötigt werden, um die Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten und auch die Speicher moderat anzufüllen, auf dem Markt zu besorgen“ (Zeile 9-11).

Diese Akzente entschärfen die Rhetorik insgesamt. Die Rede ist also aus der Perspektive des *diagnostic framing* in ihrer Gesamtheit schwer nur einem Grad der Versicherheitlichung zuordenbar. Insbesondere die Kampfes- oder Kriegsrhetorik ist eigentlich ein Merkmal des 3. Grades, jedoch fällt sie in dieser Rede trotz allem recht moderat aus und wird von anderen rhetorischen Elementen relativiert. Insgesamt bewegt sich diese Rede also im *diagnostic framing* zwischen dem 2. und 3. Grad (moderate bis starke Versicherheitlichung).

### ***Prognostic framing:***

Auch die Bewertung der Maßnahmen aus Sicht des *prognostic framing* ist recht ambivalent.

Zum einen ist die Ausrufung der Alarmstufe des Notfallplans Gas gewiss eine Maßnahme außerhalb der Norm – der Plan ist wie der Name andeutet für einen Notfall konzipiert – gleichzeitig handelt es sich bislang nur um die Alarmstufe und noch nicht um die dritte und letzte (sogenannte Notfall-)Stufe. Die Tatsache, dass im Rahmen der Alarmstufe auch noch keine nicht-marktbasierten Maßnahmen ergriffen werden können, spricht sehr dafür, dass hier noch marktwirtschaftliche Logiken dominieren und noch keine starke Versicherheitlichung im Sinne des 3. Grades des Kategoriensystems stattfindet. Für diese Argumentation sprechen auch Habecks Entscheidung, den §24 EnSiG (noch) nicht zu aktivieren sowie die in Hinblick auf Versicherheitlichung insgesamt als doch recht zurückhaltend zu

bewertende Aufrufe, „Einsparpotenziale“ (Zeile 114) zu nutzen und „Gasverbräuche zu reduzieren“ (Zeile 38).

Zum anderen beobachten wir Maßnahmen, etwa das Wiederaktivieren von Kohlekraftwerken, den nun bereits schon öfters behandelten beschleunigten Bau von LNG-Terminals, das staatliche Einkaufen von Gas im Wert von 15 Milliarden Euro oder die Ankündigung von Entlastungspaketen für private Haushalte und die Industrie. Dass ausgerechnet ein grüner Bundeswirtschaftsminister, dessen Ministerium extra in Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz umbenannt worden war, sich aufgrund der Energieversorgungslage gezwungen sieht, die höchst umwelt- und klimaschädlichen Kohlekraftwerke zu reaktivieren, ist so gesehen durchaus außerordentlich. Diese Maßnahmen scheinen aber in ihrer Gesamtheit in Umfang und Tiefe noch weit hinter jenen im Verteidigungsbereich ergriffenen Maßnahmen zu bleiben – die Debatte über die Weiterführung von Kohle- und Kernkraftwerken etwa ist eine, die schon lange vor dem Angriffskrieg geführt wurde und immer wieder neu aufgebracht wird (Deutscher Bundestag 2020) – weshalb hier aus dem *prognostic framing* heraus noch eine Einordnung auf dem 2. Grad des Kategoriensystems (moderate Versicherheitlichung) erfolgt.

### ***Motivational framing:***

Habecks Rede weist durchaus Zeichen einer moderaten bis starken Versicherheitlichung im *motivational framing* auf. Er spricht in seiner Rede von einer „nationalen Kraftanstrengung“ (Zeile 139-140), die das Land „nur gemeinsam bestehen“ (Zeile 140) werde. Putin versuche, über eine Preisdebatte die „große Geschlossenheit“ (Zeile 131) im Land zu „zerstören“ (Zeile 130). „Das wiederum darf nicht passieren“ (Zeile 134), sagt Habeck, und entsprechend arbeite man „unter Hochdruck“ (Zeile 85). Die Fehler der Vergangenheit müssten „mit großer Geschwindigkeit aufgeholt werden“ (Zeile 64).

Gleichzeitig entschärft Habeck rhetorisch auch, etwa wenn er in Bezug auf die hohe Geschwindigkeit, die es brauche, um in Sachen Energieeffizienz und Ausbau der Erneuerbaren Energien voranzukommen sagt: „Dass das nicht von heute auf morgen geht, ist allen klar. Aber von heute auf übermorgen sollte erreichbar sein. Um dieses ‚Übermorgen‘ zu erreichen, sind wir gezwungen, Maßnahmen zu treffen, die wirklich wehtun“ (Zeilen 65-67). Die Tatsache, dass das

„Übermorgen“ reiche, zeigt, dass es offenbar nicht so extrem dringend zu sein scheint. Auch mit den Worten „Wir müssen also jetzt die Vorsorge treffen, um dann im Winter vorbereitet zu sein und alles daran setzen, dass wir mit vollen Speicherständen in den Winter gehen“ (Zeilen 44-45) betont er sehr stark den präventiven Charakter der Maßnahmen. Zuletzt versucht er auch mit den Worten „Es ist Sommer und zwar ein Sommer nach einer langen Pandemiezeit. Man will gerne draußen die Zeit genießen. Man will auch vielleicht mal ohne politische Trübsal im Kopf die Zeit genießen, aber der Winter wird ja kommen“ (Zeilen 41-43) rhetorisch eher eine empathische Schiene zu fahren, als nur stark zu versicherheitlichen.

Insgesamt ist – vor allem aufgrund der fehlenden Unmittelbarkeit der Gefahr in der Rhetorik und einem teilweise eher moderaten kommunizierten Handlungsdruck – diese Rede Habecks im Bereich des *motivational framing* ebenfalls auf dem 2. Grad (moderate Versicherheitlichung), wenn auch mit starker Tendenz zum 3. Grad (starke Versicherheitlichung) einzuordnen.

#### Zwischenergebnis:

Die Einordnung der kurzen Rede Habecks auf der Pressekonferenz bezüglich der Ausrufung der Alarmstufe des Notfallplans Gas auf dem für diese Arbeit entwickelten Kategoriensystem ist nicht ganz leicht. Sie scheint sich in allen drei Framing-Dimensionen in Hinblick auf den Grad der Versicherheitlichung zwar erstmal auf dem 2. Grad einordnen zu lassen, jedoch immer mit (teils sehr starker) Tendenz zum 3. Grad. Für letzteres spricht etwa Habecks – wenn auch nur kurze und insgesamt milde – Kampfes- beziehungsweise Kriegsrhetorik. Vergleicht man die Ergebnisse dieser Untersuchungen allerdings mit jenen aus dem Verteidigungsbereich, so zeigt sich doch, dass eine insgesamt Einordnung auf dem 2. Grad (moderate Versicherheitlichung) hier am passendsten scheint. Es sei an dieser Stelle kurz darauf hingewiesen, dass – wie im Methodikteil erläutert – die Grade der Versicherheitlichung keine starren Stufen sind, sondern es innerhalb der Grade ebenfalls unterschiedliche Intensitäten geben kann. In diesem Fall sprechen wir also von einer moderaten bis starken Versicherheitlichung.

### 5.2.3 Robert Habeck: Rede vor dem Deutschen Bundestag (22.09.2022)

Am 22. September 2022 hielt der damalige Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck im Rahmen einer Aktuellen Stunde im Bundestag eine Rede. Aktuelle Stunden sind Debatten des Bundestages, die nicht im Rahmen der regulären Tagesordnung stattfinden, sondern sich gesondert davon mit bestimmten „Themen von allgemeinem aktuellen Interesse“ (Deutscher Bundestag o. D.) beschäftigen. In der hier untersuchten Rede handelt es sich um eine von den Fraktionen der damaligen Regierung (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP) beantragten Aktuellen Stunde mit dem Titel „Energiekrise wirksam bekämpfen und Deutschland sturmfest machen: Rosneft-Infrastruktur sichern, Arbeitsplätze erhalten, Energieversorgung gewährleisten und Planung beschleunigen“ (Deutscher Bundestag 2022e). Einer der Hintergründe für die Einberufung dieser Aktuellen Stunde war, dass Russland die Lieferung von Erdgas nach Deutschland – nach stetiger Reduzierung – im September 2022 endgültig eingestellt hatte (Bundesnetzagentur o. D.-a). Habeck reagiert in dieser Rede auf die neue Situation und stellt seine Strategie vor. Diese Rede soll im Folgenden analysiert werden.

#### Securitizing actor:

Der versicherheitlichende Akteur ist hier erneut Robert Habeck in seiner Rolle als Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz.

#### Existential threat und referent object:

Das *existential threat* ist eine „schwere Energiekrise“ (Zeile 4), ausgelöst dadurch, dass „Russland [...] die Gaslieferungen eingestellt [hat]“ (Zeile 5) und „in Frankreich [...] über die Hälfte des nuklearen Atomparks ausgefallen [ist]“ (Zeile 7-8). Als *referent object* bedroht ist also die Versorgungssicherheit im Bereich des Erdgases als Energieträger in Deutschland, der aufgrund der historischen Abhängigkeit von Russland in diesem Bereich besonders wichtig für die Bundesrepublik ist. Damit einhergehend ist vor allem der (wirtschaftliche) Wohlstand gefährdet, etwa durch eine Explosion der Strom- und Gaspreise und die Gefahr einer Kürzung oder Streichung von Erdgasmengen für etwa die Industrie, im weiteren Sinne kann ein Zusammenbruch der Energieversorgung aber auch

erhebliche gesellschaftliche Folgen haben, bis hin zur Gefährdung der öffentlichen Ordnung. Habeck begrenzt das *referent object* in dieser Rede allerdings wörtlich auf „die ökonomische, die volkswirtschaftliche Substanz in Deutschland“ (Zeile 64-65), die es „zu schützen – oder zu verteidigen“ (Zeile 65) gälte.

#### Audience:

Bei der unmittelbaren *audience* handelt es sich hier erneut um jene Mitglieder des Deutschen Bundestages, die an der Aktuellen Stunde teilnehmen und vor denen Minister Habeck spricht. Im weiteren Sinne adressiert Habeck allerdings auch all jene Parlamentarier, von deren Vertrauen er selbst und die von ihm geforderten oder angekündigten Maßnahmen abhängen. Zuletzt ist insbesondere bei Aktuellen Stunden – aufgrund der bereits angesprochenen und im Namen dieses Formats enthaltenen Aktualität – das öffentliche Interesse besonders groß. Es hat also mit dem Ende der Lieferungen russischen Gases einen externen Schock gegeben, Habeck muss nun eine Lösung dafür liefern und dabei auch die allgemeine Öffentlichkeit von der Richtigkeit und Notwendigkeit dieser überzeugen.

#### Emergency measures:

Eine der Hauptforderungen Habecks ist es, die eingestellten Gaslieferungen zu kompensieren. Er spricht von „einem Volumen von 55 Milliarden Kubikmetern Gas – das ist die Menge, die über Nord Stream 1 gekommen ist“ (Zeile 5-6), die nun „auf dem Weltmarkt neu beschafft werden“ (Zeile 7) müsste. Gleichzeitig müsse man „dieser wirtschaftspolitischen Situation“ (Zeile 19-20), insbesondere der extremen Preissteigerungen auf dem Energiemarkt begegnen und zwar nicht „nur mit Geldpolitik, also mit höheren Zinsen“ (Zeile 19-20), sondern auch durch Nutzung der „fiskalpolitischen Instrumente“ (Zeile 21).

Als konkrete Maßnahmen kündigt Habeck an, die Infrastruktur für LNG-Gas auszubauen, ebenso die bestehende Netzinfrastuktur (Zeile 29-31). Außerdem werde man den Ausbau der Erneuerbaren Energien vorantreiben und die Kohlekraftwerke vorübergehend reaktivieren (Zeile 35-37). Man überlege auch, Atomkraftwerke zu reaktivieren; diese stünden zur Verfügung, „wenn sie gebraucht werden“ (Zeile 43-45). Das diene alles der insgesamt „Ausweitung des Energieangebots“ (Zeile 45-46).

Ferner verweist er auf verschiedene Maßnahmen zur Entlastung von privaten Haushalten und Unternehmen, etwa der Abschaffung der EEG-Umlage und der Senkung der Mehrwertsteuer (Zeile 47-48), einer Erweiterung des „Energiekostendämpfungsprogramm[s]“ (Zeile 49-55) und weiterer – noch im Abstimmungsprozess befindlicher – Maßnahmen für die „kleinen und mittelständischen Unternehmen“ (Zeile 56-57).

#### Grade der Versichertheitlichung:

Nun soll auch diese Rede aus den drei Framing-Dimensionen hinsichtlich des Grades an Versichertheitlichung analysiert werden.

#### ***Diagnostic framing:***

Habeck bezeichnet die Einstellung russischer Lieferungen als einen „schwer“ treffenden (Zeile 11) „externen Schock“ (Zeile 10). Man befinde sich entsprechend in einer „schwere[n] Energiekrise“ (Zeile 4) und daher könne diese Aktuelle Stunde „nicht aktueller sein“ (Zeile 3). Er verwendet dann im Laufe der Rede dreimal dieselbe folgende Formulierung mit jeweils leichten Abwandlungen:

Zum ersten Mal: „[...] dann werden wir die Unternehmen und die Menschen so entlasten, dass die ökonomische, die volkswirtschaftliche Substanz in diesem Land erhalten, bewahrt und geschützt werden kann“ (Zeile 24-26).

Zum zweiten Mal: „Wir sind [...] in einer Situation, in der die Unternehmen unsere Unterstützung brauchen, um die ökonomische, die volkswirtschaftliche Substanz in Deutschland zu schützen – oder zu verteidigen“ (Zeile 63-65).

Und zum dritten Mal: „Wir werden sie [die „potenzielle Kraft“ (Zeile 73) des Landes] einsetzen, um damit die Volkswirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten, zu schützen und zu verteidigen“ (Zeile 76-77).

In der Zeichnung der Bedrohung geht Habeck allerdings nicht über die besagte „ökonomische, volkswirtschaftliche Substanz“ hinaus. Er droht nicht mit einem Zusammenbruch der Energieversorgung, nicht mit Blackouts, nicht mit kalten Wohnungen im Winter und nicht mit allen weiteren wirtschaftlichen und vor allem gesellschaftlichen Folgen, die eine instabile Energieversorgung mit sich bringen kann. Man kann also argumentieren, dass eine solche Situation sozusagen mehr „Bedrohungspotenzial“ beinhaltet als das, was Habeck in dieser Rede

ausschöpft. Das Thema wird als Sicherheitsbedrohung bezeichnet, aber jedenfalls nicht als existenzielle. Aufgrund dieser Argumente ist die Rede im Bereich des *diagnostic framing* insgesamt noch auf dem 2. Grad (moderate Versicherheitlichung) einzuordnen.

### ***Prognostic framing:***

Die fragliche Außerordentlichkeit verschiedener in diese Rede von Habeck geforderter Maßnahmen ist in den Analysen der Reden zuvor schon erläutert worden. Dies schließt beispielsweise die Reaktivierung von Kohlekraftwerken, den beschleunigten Bau von LNG-Terminals und Ausbau von Erneuerbaren Energien sowie verschiedene Entlastungspakete ein. Darüber hinaus kündigt Habeck eigentlich nur noch an, dass ein „Volumen von 55 Milliarden Kubikmetern Gas [...] auf dem Weltmarkt neu beschafft werden [muss]“ (Zeile 7). Dabei nennt er aber keine Details, wie, woher und mit welcher langfristigen Perspektive das Gas beschafft werden soll. Stattdessen fokussiert er sich auf das kurzfristige Problem der gestiegenen Preise und welche Entlastungen der Staat hier schaffen kann.

Abgesehen vom Bau der LNG-Terminals (die in Zukunft auch für Wasserstoff genutzt werden können), dem Ausbau der Erneuerbaren Energien (was sowieso ein erklärtes Ziel Robert Habecks war) und dem Ausbau der Netzinfrastruktur finden wir nicht wirklich Maßnahmen, die langfristig wirken sollen oder eine grundlegende Veränderung im Energiesektor herbeiführen. Es scheint alles eher als ein Prozess denn als eine Revolution gedacht zu sein.

Insgesamt bleiben also auch diese Maßnahmen – trotz einer gewissen Tendenz zu einer insgesamt stärkeren Versicherheitlichung – in ihrem Umfang und Tragweite sowie aufgrund ihres hauptsächlich kurzfristigen (Entlastungs-)Charakters weit hinter den tiefgreifenden Veränderungen zurück, die im Verteidigungsbereich inklusive der Unterstützung der Ukraine zu beobachten sind. Die Rede ist also im *prognostic framing* noch auf dem 2. Grad (moderate Versicherheitlichung) einzuordnen, wenn auch erneut mit einer leichten Tendenz zum 3. Grad (starke Versicherheitlichung).

### ***Motivational framing:***

Habeck baut in seiner Rede an verschiedenen Stellen rhetorischen Handlungsdruck auf: So sagt er etwa, die Bundesregierung ergreife „zielgenau und mit hoher Anstrengung“ (Zeile 26) Maßnahmen und man arbeite „unter Hochdruck und mit großer Geschwindigkeit“ (Zeile 29). Mit den Entlastungen müsse man „schnell an den Start kommen“ (Zeile 57-58) und präventiv handeln, also „nicht das Geld erst dann auskehren, wenn es zu spät ist“ (Zeile 62). Er verweist auch auf das Sondervermögen für die Bundeswehr und sagt in Bezug darauf: „Aber mit der gleichen Entschlossenheit dürfen wir jetzt zur Verteidigung der volkswirtschaftlichen Substanz dieses Landes ebenfalls nicht zögern, die finanziellen Möglichkeiten zu mobilisieren, die notwendig sind“ (Zeile 68-70). Dieser Appell richtet sich aber erneut eher auf die kurzfristige Rettung von Unternehmen und Entlastung der privaten Haushalte. Er legt das Problem also insgesamt sehr wirtschafts- und sozialpolitisch aus mit Fokus auf die kurze Frist. Dafür spricht auch, dass er den aktuellen Zustand eine „schwierige Phase“ (Zeile 16-17) nennt, die man „politisch begleiten“ (Zeile 17) müsse, damit die Unternehmen „in diesem schweren Wasser, in das sie geraten sind“ (Zeile 17-18) bestehen können. Zuletzt appelliert Habeck noch darauf, „auf die potenzielle Kraft dieses Landes vertrauen“ (Zeile 73).

Minister Habeck versucht in dieser Rede durchaus, Handlungsdruck zu generieren und Aufmerksamkeit und Ressourcen für das Thema zu mobilisieren. Überwiegend sind seine Formulierungen aber doch eher moderat und haben präventiven Charakter. Mit den Worten „schwierige Phase“ (Zeile 16-17) betont er selbst, dass es sich um etwas vorübergehendes handelt und nimmt so rhetorisch Druck aus der Angelegenheit. Insgesamt ist diese Rede aus dem *motivational framing* heraus ebenfalls noch auf dem 2. Grad (moderate Versicherheitlichung) einzuordnen.

### **Zwischenergebnis:**

Die Rede Habecks vor dem Deutschen Bundestag am 22. September 2022 ist entsprechend der vorangegangenen Argumentationen bezüglich des Grade der Versicherheitlichung insgesamt auf dem 2. Grad (moderate Versicherheitlichung) einzuordnen.

## 6. Ergebnisse, Fazit und Ausblick

Diese Arbeit hat sich mit Versicherheitlichungen im Sinne der Kopenhagener Schule in der deutschen Verteidigungs- und Energiepolitik seit Beginn des russischen Angriffskriegs beschäftigt. Es wurden zuerst die geschichtlichen Hintergründe und jüngeren Entwicklungen des Russisch-Ukrainischen-Kriegs herausgearbeitet, bevor ein Überblick über die deutsche Russlandpolitik seit 1990 und den Wandel dieser seit 2022 inklusive der wichtigsten seitdem ergriffenen Maßnahmen gegeben wurde. Anschließend wurden einzelne *speech acts* (in dieser Arbeit waren das Reden vom damaligen Bundeskanzler und den relevanten damaligen Bundesministern) mit Hilfe der Securitization-Theorie untersucht. Dabei wurde das Konzept der Versicherheitlichung mit Bezug auf die drei Framing-Dimensionen nach Snow & Benford um ein eigenes System an Graden der Versicherheitlichung erweitert und für jede Rede in allen drei Framing-Dimensionen einzeln und zum Schluss insgesamt ein Grad der Versicherheitlichung ermittelt. Es wurden drei Reden aus der Verteidigungspolitik und drei aus der Energiepolitik untersucht. Die Ergebnisse der Untersuchung sind wie folgt:

Zur Beantwortung der Forschungsfrage (*Inwiefern wurden die deutsche Verteidigungspolitik sowie Energiepolitik gegenüber Russland seit Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine unterschiedlich stark im Sinne von Buzan et al. (1998) versichert – gemessen anhand eines selbst entwickelten Kategoriensystems unter Anwendung des Framing-Ansatzes nach Snow und Benford (1988)?*) sei gesagt, dass sich insgesamt gezeigt hat, dass in den untersuchten Reden der Verteidigungspolitik eine starke Versicherheitlichung, entsprechend dem 3. Grad der entwickelten Grade an Versicherheitlichung zu erkennen war. Demgegenüber ist in den untersuchten Reden der Energiepolitik überwiegend moderat versichert worden, entsprechend dem 2. Grad des entwickelten Systems an Graden. Trotzdem war auch hier in Teilen eine (bisweilen starke) Tendenz in Richtung des 3. Grades erkennbar. Grundsätzlich kann man also hinsichtlich der Teilfrage A (*Inwiefern wurde der Verteidigungssektor in Deutschland seit Beginn des russischen Angriffskriegs entsprechend dem Sektoren-Argument von Buzan et al. (1998) stärker versichert als der Energiesektor?*) das Argument von Buzan et al., der Verteidigungssektor sei von sich aus besser dazu geeignet,

niederschwelliger und in der Intensität stärker versicherheitlicht zu werden, also für den in dieser Arbeit untersuchten Fall – wenn auch (wie eben gezeigt und gleich noch weiter ausgeführt wird) nicht uneingeschränkt – bestätigen.

Es müssen an dieser Stelle hinsichtlich des entwickelten Systems an Graden der Versicherheitlichung – auch im Zuge der Beantwortung der anfangs gestellten Teilfrage B (*Inwiefern kann man unterschiedliche Grade der Versicherheitlichung mit dem – in Bezug auf Snow und Benford (1988) – selbst entwickelten Framework sinnvoll und vergleichbar kategorisieren?*) allerdings noch einige kritische Anmerkungen gemacht werden:

Erstens ließen sich die Grade zwar an die im Verteidigungsbereich untersuchten Reden in der Regel ziemlich eindeutig anwenden, im Energiebereich war eine solche Zuordnung allerdings oft nicht so eindeutig. Es kam mehrmals vor, dass verschiedene Framing-Dimensionen einer Rede zwischen dem 2. und 3. Grad schwankten, beziehungsweise abgrenzende Merkmale beider Grade aufwiesen. Die zweite untersuchte Rede im Energiebereich (Robert Habeck: Pressekonferenz zur Ausrufung der Alarmstufe des Notfallplans Gas am 23.06.2022) war auch in ihrer Gesamtheit besonders schwer auf nur einem der beiden Grade einzuordnen. Dies senkt natürlich ein Stück weit die Aussagekraft eines Systems, das das Ziel hat, möglichst eindeutige Kategorisierungen vorzunehmen.

Zweitens kommt hinzu, dass im Rahmen dieser Arbeit nur Reden untersucht wurden, die auf dem 2. oder 3. Grad einzuordnen waren. Der 0. Grad (unpolitisiert) sowie der 1. Grad (politisiert) und der 4. Grad (extrem versicherheitlicht) sind also weiterhin theoretisch denkbar und sinnvoll, konnten aber im Rahmen dieser Arbeit noch nicht angewendet und damit in der Praxis geprüft werden.

Drittens kann dieses System an Graden zur Messung der *Intensität* von Versicherheitlichungen herangezogen werden, es misst aber nicht die *Dauer* der selbigen, es fehlt also der Faktor Zeit. Dies ist deutlich geworden, als es in Kapitel 4.2 um die ergriffenen Maßnahmen ging und es sich zeigte, dass im Verteidigungssektor bis heute Maßnahmen ergriffen werden und Versicherheitlichungen stattfinden, im Energiesektor der Bereich Versorgungssicherheit und die Securitization dieser aber heutzutage kaum noch eine Rolle spielen. Dies ändert zwar nichts an der Intensität der Versicherheitlichung zu bestimmten Momenten und

der Messung dieser mit Hilfe des entwickelten Systems, ist aber in Hinblick auf eine mögliche Weiterentwicklung des Systems an Graden dringend zu bedenken. Dies könnte dann in zukünftigen Forschungen den Erhalt eines insgesamt vollständigeren Bildes ermöglichen. Es macht schließlich auch einen Unterschied, ob ein Thema (wenn auch stark) aber insgesamt nur über einen kurzen Zeitraum versicherheitlicht wird, oder über Jahre hinweg stetig Teil von Versicherheitlichtungsdiskursen ist.

Viertens wurde sich in dieser Arbeit im Sinne der Vergleichbarkeit und aufgrund des begrenzten Rahmens auf *speech acts* von den regierenden politischen Eliten beschränkt. Tatsächlich finden *Securitizations* und *De-Securitizations* – wie bereits behandelt wurde – aber in einer pluralistischen und liberalen Gesellschaft wie Deutschland ständig und in unterschiedlicher Weise sowie von unterschiedlichsten Akteuren initiiert statt. Eine Beschränkung auf etwa die Regierung ist zwar nötig und begründbar, kann aber allein kein endgültiges und vollständiges Bild vermitteln. Hier könnten zukünftige Forschungen ansetzen und etwa die Rolle der Opposition oder innerparteiliche Konfliktlinien während Krisensituationen untersuchen.

Zuletzt hat sich auch an manchen Stellen in der Analyse gezeigt, dass die drei Framing-Dimensionen zwar den *speech act* deutlich differenzierter analysierbar gemacht haben, allerdings nicht immer ganz klar voneinander abgrenzbar waren und sich teilweise überschneiden haben.

Insgesamt haben diese Arbeit und das entwickelte Modell an Graden der Versicherheitlichtung einen Beitrag geleistet, um das Zustandekommen von außerordentlichen Maßnahmen in Krisenzeiten genauer zu erforschen, wenn auch mit einigen eben genannten Einschränkungen. Das System an Graden kann nun weiterentwickelt werden und bietet viel Potenzial, in unterschiedlichsten künftigen Forschungen eingesetzt zu werden. Dies kann – neben den bereits erwähnten Anregungen für weiterführende Forschungen – auch etwa die Analyse von Versicherheitlichtungsprozessen in anderen Ländern oder auch bei anderen Krisen (beispielsweise der COVID-19-Pandemie) sein. Nicht zuletzt sind auch normative Zugänge denkbar, die im Sinne der Kopenhagener Schule die Entscheidungsfindungsprozesse in Demokratien im „Krisenmodus“ kritischer hinterfragen,

als es in dieser Arbeit getan wurde. Angesichts multipler, vielfach internationaler Krisen ist die Frage, wie liberale Demokratien in Zukunft auf Krisen reagieren und welche Maßnahmen dabei auf welchem Wege ergriffen werden, höchst relevant.

Für heute bleibt aber erst einmal zu hoffen, dass das Leiden und Sterben in der Ukraine baldmöglichst endet und ein langfristiger Frieden in der Region möglich wird. Ich erlaube mir zum Schluss dieser Arbeit diesbezüglich Jean-Jacques Rousseau zu zitieren:

„Niemals nahm ein bedeutenderes, schöneres und nützlicheres Projekt den menschlichen Geist für sich ein als das eines fortdauernden und universalen Friedens zwischen allen Völkern Europas; nie verdiente daher ein Autor in größerem Maße öffentliche Aufmerksamkeit als derjenige, der Mittel vorschlägt, um diesen Entwurf auch zu verwirklichen.

[...]

Wenn dieser Friedensplan trotz alldem nicht zur Ausführung gelangt, so liegt das also nicht daran, dass er ein Hirngespinnst wäre, sondern daran, dass die Menschen verrückt sind, und es eine eigene Art Irrsinn ist, weise unter lauter Irrsinnigen zu sein.“ (Jean-Jacques Rousseau 1756 zitiert nach Köhler (Hrsg.) 2009, S. 13-81).

## II. Literaturverzeichnis

Adomeit, Hannes (2020): Bilanz der deutschen Russlandpolitik seit 1990, in: *SIRIUS - Zeitschrift für Strategische Analysen*, Bd. 4, Nr. 3, S. 276–292, [online] <https://doi.org/10.1515/sirius-2020-3004>.

Alperen, Ümit (2024): China's Ukraine Policy: Unchanged Rhetoric Despite Changing Conjuncture, in: *China Report*, Bd. 60, Nr. 2, S. 115–128, [online] doi:10.1177/00094455241251383.

Austin, John L. (1975): *How to do things with Words*, Oxford: Oxford University Press.

Baciu, Cornelia (2024): *Die Geschichte der NATO und ihrer Mitglieder*, Bundeszentrale für Politische Bildung, [online] <https://www.bpb.de/themen/internationale-organisationen/nato/547797/die-geschichte-der-nato-und-ihrer-mitglieder/> [abgerufen am 07.06.2025].

Bähr, Cornelius/Fremerey, Melinda/Fritsch, Manuel/Obst, Thomas (2022): Rohstoffabhängigkeiten der deutschen Industrie von Russland, in: *IW-Kurzbericht*, Bd. 31, [online] <https://www.iwkoeln.de/studien/cornelius-baehr-manuel-fritsch-thomas-obst-rohstoffabhaengigkeiten-der-deutschen-industrie-von-russland.html>.

Balta, Evren/Bal, Hatice Betül (2025): How do middle powers act? Turkey's foreign policy and Russia's invasion of Ukraine, in: *International Politics*, [online] doi:10.1057/s41311-025-00679-9.

Balzacq, Thierry (2005): The Three Faces of Securitization: Political Agency, Audience and Context, in: *European Journal Of International Relations*, Bd. 11, S. 171–201.

Balzacq, Thierry (2015): The 'Essence' of Securitization: Theory, Ideal Type, and a Sociological Science of Security, in: *International Relations*, Bd. 29, Nr. 1, S. 103–113, [online] <https://doi.org/10.1177/0047117814526606b>.

BBC (2016): *MH17 missile „came from Russia“, Dutch-led investigators say*, BBC News, [online] <https://www.bbc.com/news/world-europe-37495067> [abgerufen am 15.05.2025].

Behrends, Jan C. (2014): *Das Ende der Ostpolitik*, Zeitgeschichte-online.de, [online] <https://zeitgeschichte-online.de/kommentar/das-ende-der-ostpolitik> [abgerufen am 07.06.2025].

Beidollahkhani, Arash/Rahmani, Homayoun (2023): Securitization of pipeline: the Ukraine crisis and the role of the Nord Stream in the political and security relations between Russia and the EU, in: *Journal Of Liberty And International Affairs*, Bd. 9, Nr. 2, S. 426–440.

Bendiek, Annegret (2024): Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik gefangen in der Politikverpflichtungsfalle: Die Zeitenwende aus der Sicht der Politikwissenschaft, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Bd. 34, Nr. 3, S. 407–423, [online] doi:10.1007/s41358-024-00386-6.

Benford, Robert D./Snow, David A. (2000): Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment, in: *Annual Review Of Sociology*, Bd. 26, Nr. 1, S. 611–639, [online] <https://doi.org/10.1146/annurev.soc.26.1.611>.

Bilgin, Pinar (2011): The Politics of Studying Securitization: The Copenhagen School in Turkey, in: *Security Dialogue*, Bd. 42, S. 399–412.

Blum, Ulrich/Borg, Gregor/Kropp, Nico/Liventseva, Hanna/Rozhkova, Ievgeniia (2024): *Analyse: Die Rohstoffe der Ukraine und ihre strategische Bedeutung*, Bundeszentrale für politische Bildung, [online] <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/546618/analyse-die-rohstoffe-der-ukraine-und-ihre-strategische-bedeutung/> [abgerufen am 15.05.2025].

Bøggild, Troels/Göbel, Sascha/Lutscher, Philipp/Nyrup, Jacob (2024): Standing with Ukraine? How citizens trade off self-interest and principles in supporting war-torn international partners, in: *Research & Politics*, Bd. 11, Nr. 2, S. 1–8, [online] doi:10.1177/20531680241252399.

Booth, Ken (2007): *Theory of World Security*, Cambridge: Cambridge University Press.

Bredow, Wilfried von (2015): *Sicherheit, Sicherheitspolitik und Militär: Deutschland seit der Vereinigung*, Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Bula, Niels (2025): *Warum noch immer russisches Gas nach Deutschland kommt – trotz EU-Sanktionen*, mdr.de, [online] <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/gas-Ing-russland-embargo-eu-sanktionen-100.html> [abgerufen am 10.06.2025].

Bunde, Tobias (2025): *Zeitenwende as a foreign policy identity crisis: Germany and the travails of adaptation after Russia's invasion of Ukraine*, in: *The British Journal Of Politics And International Relations*, [online] doi:10.1177/13691481241311568.

Bundesgesetzblatt (2006): *Gesetz zur Beschleunigung von Planungsverfahren für Infrastrukturvorhaben*, bgbl.de, [online] [https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger\\_BGBl&jumpTo=bgbl106s2833.pdf#/text/bgbl106s2833.pdf?ts=1751978648318](https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&jumpTo=bgbl106s2833.pdf#/text/bgbl106s2833.pdf?ts=1751978648318) [abgerufen am 08.07.2025].

Bundesministerium der Finanzen (2025a): *Krieg in der Ukraine*, bundesfinanzministerium.de, [online] <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Europa/Krieg-in-der-Ukraine/krieg-in-der-ukraine.html> [abgerufen am 08.06.2025].

Bundesministerium der Finanzen (2025b): *Bundeshaushalt digital*, bundeshaushalt.de, [online] <https://www.bundeshaushalt.de/DE/Bundeshaushalt-digital/bundeshaushalt-digital.html> [abgerufen am 08.07.2025].

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (2022): *Bundesgesetzblatt Jahrgang 2022 Teil I Nr. 16, ausgegeben zu Bonn am 21. Mai 2022: Gesetz zur Änderung des Energiesicherungsgesetzes 1975 und anderer energiewirtschaftlicher Vorschriften*, bgbl.de, [online] [http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger\\_BGBl&jumpTo=bgbl122s0730.pdf](http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&jumpTo=bgbl122s0730.pdf) [abgerufen am 10.06.2025].

Bundesministerium der Verteidigung (2023a): *Verteidigungsminister: „Wir müssen kriegstüchtig werden!“*, bmvg.de, [online] <https://www.bmvg.de/de/mediathek/verteidigungsminister-wir-muessen-kriegstuechtig-werden-5701664> [abgerufen am 07.06.2025].

Bundesministerium der Verteidigung (2023b): *Bundeswehrtagung 2023: im Zeichen der Zeitenwende*, bmvg.de, [online] <https://www.bmvg.de/de/bundeswehrtagung-2023-im-zeichen-der-zeitenwende> [abgerufen am 08.07.2025].

Bundesministerium der Verteidigung (2024): *Die deutsche Brigade in Litauen – Fragen und Antworten*, bmvg.de, [online] <https://www.bmvg.de/de/themen/dossiers/die-nato-staerke-und-dialog/schutz-der-nato-ostflanke/brigade-in-litauen-fragen-und-antworten> [abgerufen am 08.07.2025].

Bundesministerium der Verteidigung (2025): *Die Münchner Sicherheitskonferenz*, bmvg.de, [online] <https://www.bmvg.de/de/muenchner-sicherheitskonferenz-seit-1963-ein-wichtiges-forum> [abgerufen am 08.07.2025].

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (o. D.): *Energieversorgungssicherheit stärken – Klimafreundlich, resilient und bezahlbar*, bmwk.de, [online] <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/energieversorgungssicherheit.html> [abgerufen am 10.06.2025].

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2022a): *FAQ Liste – Notfallplan Gas*, [online] <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/F/faq-liste-notfallplan-gas.pdf?blob=publicationFile&v=10> [abgerufen am 10.06.2025].

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2022b): *Sicherung der Gasversorgung: Bundesregierung überführt Gasunternehmen SEFE ins Eigentum des Bundes – Kapitalmaßnahmen angeordnet*, bmwk.de, [online] <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2022/11/20221114-sicherung-der-gasversorgung-bundesregierung-ueberfuehrt-gasunternehmen-sefe-ins-eigentum-des-bundes.html> [abgerufen am 10.06.2025].

Bundesnetzagentur (o. D.-a): *Rückblick: Gasversorgung im Jahr 2022*, bundesnetzagentur.de, [online] [https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Gasversorgung/a\\_Gasversorgung\\_2022/start.html](https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Gasversorgung/a_Gasversorgung_2022/start.html) [abgerufen am 10.06.2025].

Bundesnetzagentur (o. D.-b): *Gasversorgung: Hintergrundinformationen*, bundesnetzagentur.de, [online] <https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Gasversorgung/Hintergrund/start.html> [abgerufen am 10.06.2025].

Bundesnetzagentur (o. D.-c): *Rückblick: Gasversorgung im Jahr 2023*, bundesnetzagentur.de, [online] [https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Gasversorgung/a\\_Gasversorgung\\_2023/start.html](https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Gasversorgung/a_Gasversorgung_2023/start.html) [abgerufen am 10.06.2025].

Bundesnetzagentur (o. D.-d): *Treuhandverwaltung SEFE Securing Energy for Europe GmbH*, bundesnetzagentur.de, [online] <https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Treuhand/Gazprom/start.html> [abgerufen am 10.06.2025].

Bundesnetzagentur (o. D.-e): *Treuhandverwaltung Rosneft Deutschland GmbH und RN Refining & Marketing GmbH*, bundesnetzagentur.de, [online] <https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Treuhand/Rosneft/start.html> [abgerufen am 10.06.2025].

Bundesnetzagentur (o. D.-f): *Treuhandverwaltung*, bundesnetzagentur.de, [online] <https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Treuhand/start.html> [abgerufen am 10.06.2025].

Bundeszentrale für politische Bildung (2022a): *Deutschlands Abhängigkeit von russischem Gas*, bpb.de, [online] <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/507243/deutschlands-abhaengigkeit-von-russischem-gas/> [abgerufen am 10.06.2025].

Bundeszentrale für politische Bildung (2022b): *Energieversorgung in Deutschland*, bpb.de, [online] <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/514744/energieversorgung-in-deutschland/> [abgerufen am 10.06.2025].

Bundeszentrale für politische Bildung (2025): *Vor drei Jahren: Beginn der russischen Invasion in der Ukraine*, bpb.de, [online] <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/559549/vor-drei-jahren-beginn-der-russischen-invasion-in-der-ukraine/> [abgerufen am 18.05.2025].

Buzan, Barry/Hansen, Lene (2009): *The Evolution of International Security Studies*, Cambridge: Cambridge University Press.

Buzan, Barry/Wæver, Ole (2009): *Macrosecuritisation and Security Constellations: Reconsidering Scale in Securitisation Theory*, in: *Review Of International Studies*, Bd. 35, Nr. 2, S. 253–276, [online] <https://doi.org/10.1017/S0260210509008511>.

Buzan, Barry/Wæver, Ole/de Wilde, Jaap (1998): *Security: A New Framework for Analysis*, Boulder (USA) & London (UK): Lynne Rienner Publishers.

Ciesinger, Ruth/Kehler, Timm/Schröder, Andreas/Zachmann, Georg (2025): *Kein Gas aus Russland: Kann Europa die Energiebeziehung zu Moskau ganz beenden?*, [online] <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/kein-gas-aus-russland-kann-europa-die-energiebeziehung-zu-moskau-ganz-beenden-13714849.html> [abgerufen am 10.06.2025].

Clavilier, Yurri/Gjerstad, Michael (2025): *Combat losses and manpower challenges underscore the importance of 'mass' in Ukraine*, International Institute For Strategic Studies, [online] <https://www.iiss.org/online-analysis/military-balance/2025/02/combat-losses-and-manpower-challenges-underscore-the-importance-of-mass-in-ukraine/> [abgerufen am 18.05.2025].

Corry, Olaf (2012): *Securitisation and 'Riskification': Second-Order Security and the Politics of Climate Change*, in: *Millennium*, Bd. 40, S. 235–258.

Davies, Franziska (2023): *Ende der Ostpolitik? Zur historischen Dimension der „Zeitenwende“*, Bundeszentrale für Politische Bildung, [online] <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/krieg-in-der-ukraine-2023/518833/ende-der-ostpolitik> [abgerufen am 07.06.2025].

Delanty, Gerard (2023): *Introduction to the special issue on the Russo-Ukrainian War: A new European war? Considerations on the Russo-Ukrainian War*, in: *European Journal Of Social Theory*, Bd. 26, Nr. 4, S. 431–449, [online] doi:10.1177/13684310231174098.

Deutsche Welle (2022): *Was bedeutet ein Importstopp für russische Kohle?*, dw.com, [online] <https://www.dw.com/de/was-bedeutet-ein-importstopp-f%C3%BCr-russische-kohle/a-61378666> [abgerufen am 08.07.2025].

Deutscher Bundestag (1990): *CHARTA VON PARIS FÜR EIN NEUES EUROPA*, bundestag.de, [online] <https://www.bundestag.de/re-source/blob/189558/21543d1184c1f627412a3426e86a97cd/charta-data.pdf> [abgerufen am 08.07.2025].

Deutscher Bundestag (2020): *Bundestag beschließt das Kohleausstiegsgesetz*, bundestag.de, [online] <https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2020/kw27-de-kohleausstieg-701804> [abgerufen am 10.07.2025].

Deutscher Bundestag (2022a): *Bundestag ordnet Holodomor als Völkermord ein*, bundestag.de, [online] <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw48-de-holodomor-923060> [abgerufen am 15.05.2025].

Deutscher Bundestag (2022b): *Bundeskanzler Olaf Scholz: Wir erleben eine Zeitenwende*, bundestag.de, [online] [https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw08-sondersitzung-882198?enodia=eyJleHAiOiE3MDY3MTY0NDksImNvb3RlbnQiOiOnRyd-WUslmF1ZCI6ImF1dGgiLCJlb3N0Ijoid3d3LmJ1bmRlc3RhZy5kZSI6ImNvdXJjZUIQIjojIn-YuMjQ5LjcyLjIwNSIsImNvb3RlbnQiOiEjoiOGRhZGNIIMTI1ZmQyYzY5MzJiOTQzYjUyZT-lkMmNkNjUwNTc1NGUxNjlyMTJhMmNIMWJiNWFMbMTVjMGQ0YmJmZSJ9.aPRt-JKXvIFghvw0QRTYzACLpWFxvetVuwJpEmf\\_XdRE=](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw08-sondersitzung-882198?enodia=eyJleHAiOiE3MDY3MTY0NDksImNvb3RlbnQiOiOnRyd-WUslmF1ZCI6ImF1dGgiLCJlb3N0Ijoid3d3LmJ1bmRlc3RhZy5kZSI6ImNvdXJjZUIQIjojIn-YuMjQ5LjcyLjIwNSIsImNvb3RlbnQiOiEjoiOGRhZGNIIMTI1ZmQyYzY5MzJiOTQzYjUyZT-lkMmNkNjUwNTc1NGUxNjlyMTJhMmNIMWJiNWFMbMTVjMGQ0YmJmZSJ9.aPRt-JKXvIFghvw0QRTYzACLpWFxvetVuwJpEmf_XdRE=) [abgerufen am 07.06.2025].

Deutscher Bundestag (2022c): *Bundestag beschließt das Sondervermögen für die Bundeswehr*, bundestag.de, [online] <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw22-de-sonder-vermoegen-897614> [abgerufen am 07.06.2025].

Deutscher Bundestag (2022d): *Sondervermögen – die Haushalte neben dem Haushalt*, bundestag.de, [online] <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw16-sondervermoegen-890232> [abgerufen am 08.07.2025].

Deutscher Bundestag (2022e): *Aktuelle Stunde zur Bekämpfung der Energiekrise*, bundestag.de, [online] <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw38-de-aktuelle-stunde-energiekrise-910848> [abgerufen am 08.07.2025].

Deutscher Bundestag (2024a): *Boris Pistorius: Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig sein*, bundestag.de, [online] <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw23-de-regierungsbefragung-1002264> [abgerufen am 08.06.2025].

Deutscher Bundestag (2024b): *Stenografischer Bericht der 168. Sitzung*, Deutscher Bundestag, [online] <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20168.pdf> [abgerufen am 08.07.2025].

Deutscher Bundestag (2025): *Regierungserklärung: Wirtschaftsminister Habeck räumt strukturelle Krise ein*, bundestag.de, [online] <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw05-de-regierungserklaerung-habeck-1041618> [abgerufen am 08.07.2025].

Deutscher Bundestag (o. D.): *Aktuelle Stunde*, bundestag.de, [online] [https://www.bundestag.de/services/glossar/glossar/A/akt\\_stunde-245318](https://www.bundestag.de/services/glossar/glossar/A/akt_stunde-245318) [abgerufen am 08.07.2025].

Dorn, Florian (2024): Verteidigungsausgaben für die Sicherheit Europas – wie viel ist genug?, in: *Ifo Schnelldienst*, Bd. 77, Nr. 9, S. 43–50.

Dück, Elena/Stahl, Bernhard (2023): Wie schnell wendet sich das Blatt?, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Bd. 30, Nr. 1, S. 109–128, [online] doi:10.5771/0946-7165-2023-1-109.

Dück, Elena/Stahl, Bernhard (2025): Introduction: The Russia–Ukraine War as a Formative Event in Global Security Policy?, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Bd. 66, S. 1–17, [online] doi:10.1007/s11615-025-00603-z.

Dück, Elena/Weisner, Zina/Thevenin, Elodie (2025): Female, Deserving, and European? The Changing EUropean Migration Discourse in the Face of the Russia–Ukraine War, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Bd. 66, S. 101–124, [online] doi:10.1007/s11615-024-00573-8.

Dylan, Huw/Gioe, David V./Grossfeld, Elena (2022): The autocrat's intelligence paradox: Vladimir Putin's (mis)management of Russian strategic assessment in the Ukraine War, in: *The British Journal Of Politics And International Relations*, Bd. 25, Nr. 3, S. 385–404, [online] doi:10.1177/13691481221146113.

Eder, Thomas (2023): *Russland und China - wie beeinflusst der Krieg in der Ukraine die Beziehungen?: Was sind die Auswirkungen auf Europa und Österreich?*, Österreichisches Institut für Internationale Politik – OiiP, JSTOR, [online] <https://www.jstor.org/stable/resrep53554> [abgerufen am 04.07.2025].

Elbe, Stefan (2008): Risking Lives: AIDS, Security and Three Concepts of Risk, in: *Security Dialogue*, Bd. 39, Nr. 2–3, S. 177–198, [online] doi:10.1177/0967010608088774.

Endreß, Christian/Petersen, Nils (2012): *Die Dimensionen des Sicherheitsbegriffs*, Bundeszentrale für politische Bildung, [online] <https://www.bpb.de/themen/innere-sicherheit/dossier-innere-sicherheit/76634/die-dimensionen-des-sicherheitsbegriffs/> [abgerufen am 14.05.2025].

Engelmann, Ines/Lübke, Simon (2024): Journalismus und Framing, in: Martin Löffelholz/Liane Rothenberger (Hrsg.), *Handbuch Journalismustheorien*, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer VS, S. 491–502, [online] [https://doi.org/10.1007/978-3-658-32151-2\\_34](https://doi.org/10.1007/978-3-658-32151-2_34).

Europäisches Parlament (2022): *Holodomor: Von Sowjetmacht ausgelöste Hungersnot in der Ukraine ist Völkermord*, Europäisches Parlament | Aktuelles, [online] <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20221209IPR64427/holodomor-von-sowjetmacht-ausgeloste-hungersnot-in-der-ukraine-ist-volkermord> [abgerufen am 15.05.2025].

Fathi, Karim (2024): *Der Russland-Ukraine-Krieg: Eine Manifestation des „Neuen Kalten Krieges“? Lösungsperspektiven aus der Friedensforschung*, Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Ferraro, Vicente (2023): Why Russia invaded Ukraine and how wars benefit autocrats: The domestic sources of the Russo-Ukrainian War, in: *International Political Science Review*, Bd. 45, Nr. 2, S. 170–191, [online] doi:10.1177/01925121231215048.

Floyd, Rita (2007): Human Security and the Copenhagen School's Securitization Approach, in: *Human Security Journal*, Bd. 5, S. 38–49.

Forsberg, Tuomas (2016): From Ostpolitik to 'frostpolitik'? Merkel, Putin and German foreign policy towards Russia, in: *International Affairs*, Bd. 92, Nr. 1, S. 21–42, [online] <https://doi.org/10.1111/1468-2346.12505>.

Friedrich-Ebert-Stiftung (o. D.): *Energiepolitik: Definition, Maßnahmen & Ziele*, FES Wissen, [online] <https://www.fes.de/wissen/energiepolitik> [abgerufen am 22.05.2025].

Friedrichs, Gordon M./Sommer, Jule (2025): Ontological security crisis and role conception change: the impact of the Russian invasion of Ukraine on the European Union's role conceptions, in: *European Journal Of International Relations*, Bd. 31, Nr. 1, S. 126–151, [online] doi:10.1177/13540661241304533.

Fritz, Sabrina (2025): *Warum scheitern viele Staaten am NATO-Ziel?*, tagesschau.de, [online] <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/nato-ziel-europa-100.html> [abgerufen am 08.07.2025].

Fröhlich, Manuel (2023): „Wenn möglich bitte wenden“? Die deutsche Außenpolitik und die Navigation der Zeitenwende, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Bd. 33, Nr. 1, S. 81–92, [online] doi:10.1007/s41358-022-00338-y.

Fröhlich, Stefan (2025): *Märkte, Macht und Wandel: Deutschlands geoökonomische Zeitenwende*, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer Fachmedien, [online] doi:10.1007/978-3-658-47173-6.

Fusiek, Dawid Aristotelis (2022): Putin's Great Patriotic War: Russia's Securitization of the West and Humiliation Narratives Surrounding the 2022 Invasion of Ukraine, in: *HAPSc Policy Briefs Series*, Bd. 3, Nr. 1, S. 105–113, [online] doi:10.12681/hapscpbs.30999.

Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union (2025a): *Sanktionen der EU gegen Russland*, consilium.europa.eu, [online] <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions-against-russia/> [abgerufen am 08.06.2025].

Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union (2025b): *Die Sanktionen der EU gegen Russland im Detail*, consilium.europa.eu, [online] <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions-against-russia-explained/> [abgerufen am 10.06.2025].

- Gitlin, Todd (1980): *The Whole World is Watching: Mass Media in the Making & Unmaking of the New Left*, Berkeley, CA: University of California Press.
- Gözkaman, Armağan (2024): Complementarity between the EU and NATO in light of the war in Ukraine: an analysis from the perspective of collective securitization theory, in: *Journal Of Southeast European And Black Sea Studies*, Bd. 24, Nr. 3, S. 469–495, [online] doi:10.1080/14683857.2024.2358586.
- Grant, Thomas D. (2015): Annexation of Crimea, in: *American Journal Of International Law*, Bd. 109, Nr. 1, S. 68–95, [online] <https://doi.org/10.5305/amerjintelaw.109.1.0068>.
- Grömling, Michael (2023): *IW-Kurzbericht 12/2023: Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Weltwirtschaft - IW-Schätzung der Größenordnungen*, Institut der Deutschen Wirtschaft, [online] [https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user\\_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2023/IW-Kurzbericht\\_2023-Auswirkungen-Weltwirtschaft.pdf](https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2023/IW-Kurzbericht_2023-Auswirkungen-Weltwirtschaft.pdf) [abgerufen am 18.05.2025].
- Grutzpalk, Jonas (2012): *Das Gewaltmonopol des Staates*, Bundeszentrale für politische Bildung, [online] <https://www.bpb.de/themen/innere-sicherheit/dossier-innere-sicherheit/125721/das-gewaltmonopol-des-staates/> [abgerufen am 14.05.2025].
- Grzebyk, Patrycja/Uczkiewicz, Dominika (2024): *The Russian-Ukrainian Conflict and War Crimes: Challenges for Documentation and International Prosecution*, London: Taylor & Francis.
- Gustafson, Thane (2020): Russian-German Gas Relations, in: *The Bridge: Natural Gas in a Re-divided Europe*, Cambridge (MA, USA): Harvard University Press, S. 354–389, [online] <https://doi.org/10.2307/j.ctv2d8qx3s.16>.
- Gusy, Christoph (2012): *Freiheit und Sicherheit*, Bundeszentrale für politische Bildung, [online] <https://www.bpb.de/themen/innere-sicherheit/dossier-innere-sicherheit/76651/freiheit-und-sicherheit/> [abgerufen am 14.05.2025].
- Hacke, Christian (2005): *Die Außenpolitik der Regierung Schröder/Fischer*, Bundeszentrale für Politische Bildung, [online] <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/28916/die-aussenpolitik-der-regierung-schroeder-fischer/> [abgerufen am 07.06.2025].
- Hansen, Lene (2011): Theorizing the Image for Security Studies: Visual Securitization and the Muhammad Cartoon Crisis, in: *European Journal Of International Relations*, Bd. 17, S. 51–74.
- Heck, Axel (2025): Ready, Steady, No? The Contested Legitimacy of Weapon Deliveries to Ukraine in German Foreign Policy Discourse, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Bd. 66, Nr. 1, S. 45–75.
- Hesse, Joachim Jens (2015): *Die Neuausrichtung der Bundeswehr: Ansatz, Umsetzung und Ergebnisse im nationalen und internationalen Vergleich*, Baden-Baden: Nomos.
- Hesseling, Claus/Lerch, Isabel (2025): *LNG: Wie viel Flüssigerdgas kommt derzeit in Deutschland an?*, ndr.de, [online] <https://www.ndr.de/nachrichten/info/LNG-Wie-viel-Fluessigerdgas-kommt-derzeit-in-Deutschland-an,lng632.html> [abgerufen am 10.06.2025].
- Hilgenstock, Benjamin (2025): *Russische Schattenflotte*, bpb.de, [online] <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/560573/russische-schattenflotte/> [abgerufen am 11.06.2025].
- Hjermann, Anni Roth/Wilhelmsen, Julie (2025): Topos of threat and metapolitics in Russia's securitisation of NATO post-Crimea, in: *Review Of International Studies*, S. 1–20, [online] doi:10.1017/s0260210524000937.
- Huysmans, Jef (2002): The European Union and the Securitization of Migration, in: *Journal Of Common Market Studies*, Bd. 38, Nr. 5, S. 751–777, [online] doi:10.1111/1468-5965.00263.
- International Civil Aviation Organization (2025): *ICAO Council vote on Flight MH17 case*, ICAO.int, [online] <https://www.icao.int/Newsroom/Pages/Insert-Subject-Here.aspx> [abgerufen am 18.05.2025].

Kamin, Katrin/Bayerlein, Michael/Dombrowski, Jacqueline (2023): Zeitenwende für die Außenwirtschaftspolitik, in: *Wirtschaftsdienst*, Bd. 103, Nr. 13, S. 23–26, [online] doi:10.2478/wd-2023-0062.

Kappeler, Andreas (2015a): *Geschichte der Ukraine im Überblick*, Bundeszentrale für Politische Bildung, [online] <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/info-aktuell/209719/geschichte-der-ukraine-im-ueberblick/> [abgerufen am 15.05.2025].

Kappeler, Andreas (2015b): *Die unabhängige Ukraine*, Bundeszentrale für Politische Bildung, [online] <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/info-aktuell/209819/die-unabhaengige-ukraine/> [abgerufen am 15.05.2025].

Kappeler, Andreas (2015c): *Die Majdan-Revolution und das bewaffnete Eingreifen Russlands*, Bundeszentrale für Politische Bildung, [online] <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/info-aktuell/209820/die-majdan-revolution-und-das-bewaffnete-eingreifen-russlands/> [abgerufen am 15.05.2025].

Kappeler, Andreas (2019): *Die Kiewer Rus: Geteilte Erinnerung in der Ukraine und in Russland*, Bundeszentrale für Politische Bildung, [online] <https://www.bpb.de/themen/europa/russland/295403/die-kiewer-rus-geteilte-erinnerung-in-der-ukraine-und-in-russland/> [abgerufen am 15.05.2025].

Kappeler, Andreas (2021): Revisionismus und Drohungen: Vladimir Putins Text zur Einheit von Russen und Ukrainern, in: *Osteuropa*, Bd. 71, Nr. 7, S. 67–76, [online] <https://www.jstor.org/stable/27122564>.

Karpouchtsis, Charalampos Babis (2025): Deutsche strategische Kultur in der Zeitenwende: Integrierte Sicherheit und demokratisches Narrativ, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, Bd. 18, S. 333–349, [online] doi:10.1007/s12399-025-01041-w.

Klug, Tetyana (2022): *Faktencheck: Deutsche Waffen in Krisengebieten*, dw.com, [online] <https://www.dw.com/de/faktencheck-deutschland-liefert-doch-waffen-in-krisengebiete/a-60667432> [abgerufen am 08.07.2025].

Köhler, Michael (Hrsg.) (2009): *Jean-Jacques Rousseau: Friedensschriften. Französisch-Deutsch*, Hamburg: Felix Meiner Verlag.

Konrad, Lea/Vandergrift, Maraike/Gawrich, Andrea (2025): #FreeTheLeopards: Securitising Military Aid to Ukraine in German Politicians' Social Media Posts, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, Bd. 18, Nr. 1, S. 53–84, [online] doi:10.1007/s12399-025-01028-7.

Kotz, David M. (2023): Imperialism and the Ukraine War, in: *Review Of Radical Political Economics*, Bd. 55, Nr. 4, S. 568–576, [online] doi:10.1177/04866134231168154.

Kühn, Ulrich (2022): Die nukleare Dimension des Ukraine-Kriegs, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Bd. 29, Nr. 2, S. 162–184, [online] doi:10.5771/0946-7165-2022-2-162.

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2025): *Chronologie des Ukraine-Konflikts*, lpb-bw.de, [online] <https://www.lpb-bw.de/chronik-ukrainekonflikt> [abgerufen am 18.05.2025].

Liptak, Kevin/Zeleny, Jeff (2025): *Inside the 139 minutes that upended the US-Ukraine alliance*, CNN Politics, [online] <https://edition.cnn.com/2025/03/01/politics/inside-trump-zelensky-meeting/index.html> [abgerufen am 18.05.2025].

Lupovici, Amir (2024): Securitization, Deterrence, and Extended Deterrence by Denial: The War in Ukraine, in: *Foreign Policy Analysis*, Bd. 20, Nr. 4, [online] doi:10.1093/fpa/orae018.

Mader, Matthias/Schoen, Harald (2023): No Zeitenwende (yet): Early Assessment of German Public Opinion Toward Foreign and Defense Policy After Russia's Invasion of Ukraine, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Bd. 64, Nr. 3, S. 525–547, [online] doi:10.1007/s11615-023-00463-5.

- Martill, Benjamin/Sus, Monika (2024): Winds of change? Neoclassical realism, foreign policy change, and European responses to the Russia-Ukraine War, in: *The British Journal Of Politics And International Relations*, [online] doi:10.1177/13691481241280170.
- Martins, António Miguel/Correia, Pedro/Gouveia, Ricardo (2025): War! Good news for defense firms? Analysis of the impact of Russia–Ukraine conflict, in: *Journal Of Economic Studies*, Bd. 52, Nr. 2, S. 303–321.
- Matthes, Jörg (2014): Was ist Framing?, in: *Framing*, Baden-Baden: Nomos, S. 9–23, [online] [https://doi.org/10.5771/9783845260259\\_9](https://doi.org/10.5771/9783845260259_9).
- Mauß, Hanns W. (2007): Deutschland als Zivilmacht, in: Siegmund Schmidt/Gunther Hellmann/Reinhard Wolf (Hrsg.), *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 73–84.
- Maurer, Heidi/Raube, Kolja/Whitman, Richard G. (2024): “Zeitenwende” as coming of age? EU foreign & security policy through war & peace\*, in: *European Security*, Bd. 33, Nr. 3, S. 345–363, [online] doi:10.1080/09662839.2024.2376604.
- Mayring, Philipp (2022): *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*, 13. Aufl., Weinheim & Basel: Beltz.
- McDonald, Matt (2008): Securitization and the Construction of Security, in: *European Journal of International Relations*, Bd. 14, S. 563–587.
- Meister, Stefan (2023): EU-Russland-Beziehungen, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels/Funda Tekin (Hrsg.), *Europa von A bis Z*, Wiesbaden: Springer VS, S. 303–308.
- Meyer, Teva (2025): Mapping Energy Geopolitics in Europe: Journalistic Cartography and Energy Securitisation After the Russian Invasion of Ukraine, in: *Geopolitics*, Bd. 30, Nr. 2, S. 432–464, [online] doi:10.1080/14650045.2024.2362668.
- Mi, Xue (2023): Strategic cultures between the EU member states: convergence or divergence?, in: *European Security*, Bd. 32, Nr. 4, S. 558–582.
- Mitchell, Jeffrey/Bohman, Andrea/Eger, Maureen A./Hjerm, Mikael (2024): Rally around the flag? Explaining changes in Swedish public opinion toward NATO membership after Russia’s invasion of Ukraine, in: *Acta Sociologica*, Bd. 68, Nr. 1, S. 30–40, [online] doi:10.1177/00016993241268185.
- Mölling, Christian/Rácz, András (2024): *Ukraine-Militäranalyse: Iran hilft Russland bei Raketen aus*, ZDF heute, [online] <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/iran-russland-raketen-militaeranalyse-ukraine-krieg-russland-100.html> [abgerufen am 18.05.2025].
- Müller, Patrick/Gebauer, Charlott (2021): Austria and the Global Compact on Migration: the ‘populist securitization’ of foreign policy, in: *Comparative European Politics*, Bd. 19, Nr. 6, S. 760–778, [online] doi:10.1057/s41295-021-00260-7.
- Nabers, Dirk/Stengel, Frank A. (2025): Crisis and Change in Post-Zeitenwende German Security Policy, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Bd. 66, Nr. 1, S. 19–44, [online] doi:10.1007/s11615-024-00584-5.
- Neitzel, Sönke (2024): *Kriegstüchtig?: Zur Zeitenwende in Politik, Gesellschaft und Truppe*, Bundeszentrale für Politische Bildung, [online] <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/bundeswehr-2024/556392/kriegstuechtig/> [abgerufen am 08.06.2025].
- Nguyen, Nhung/Peters, Pamela/ Ding, Hechen/Vu, Hong Tien (2024): When the media goes to war: How Russian news media defend the country’s image during the conflict with Ukraine, in: *Media War & Conflict*, Bd. 17, Nr. 4, S. 482–500, [online] doi:10.1177/17506352241231866.
- Nisch, Stefan (2023): Frames and sentiments of the Twitter communication by German Chancellor Scholz during the Russian invasion of Ukraine, in: *Politics in Central Europe*, Bd. 19, Nr. 3, S. 593–620, [online] doi:10.2478/pce-2023-0028.
- North Atlantic Treaty Organization (1997): *Grundakte über Gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen*

*Föderation*, nato.int, [online] [https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_25468.htm?selectedLocale=de](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_25468.htm?selectedLocale=de) [abgerufen am 08.07.2025].

Oksamytna, Kseniya (2024): The moral and strategic clarity of supporting Ukraine's self-defense: Why accepting Russian colonialism should remain a taboo, in: *Environment And Planning C: Politics And Space*, Bd. 42, Nr. 7, S. 1133–1138, [online] doi:10.1177/23996544241277319.

O'Neal, Molly (2024): Zeitenwende, Europe and Germany's Culture of Restraint, in: *The International Spectator*, Bd. 59, Nr. 2, S. 1–17, [online] doi:10.1080/03932729.2024.2331547.

Orenstein, Mitchell A. (2025): Securitisation of EU policy: how Russia's invasion of Ukraine is changing Europe, in: *Journal Of European Public Policy*, S. 1–22, [online] doi:10.1080/13501763.2025.2497350.

Ozberk, Tayfun (2024): *Latest on Ukraine's first corvette 'Hetman Ivan Mazepa'*, Naval News, [online] <https://www.navalnews.com/naval-news/2024/07/latest-on-ukraines-first-corvette-hetman-ivan-mazepa/> [abgerufen am 15.05.2025].

Pasti, Svetlana (2024): Covering the invasion of Ukraine on Russia's evening TV news, in: *International Communication Gazette*, Bd. 86, Nr. 1, S. 20–35, [online] doi:10.1177/17480485231220139.

Pfister, Sandra (2022): *Energieversorgung in Europa: Was ein Ölembargo gegen Russland für Deutschland bedeutet*, Deutschlandfunk, [online] <https://www.deutschlandfunk.de/embargo-oel-russland-krieg-ukraine-100.html> [abgerufen am 07.06.2025].

Pleines, Heiko (2021): *Analyse: Der deutsch-russische Erdgashandel. Die Ursachen der aktuellen Spannungen*, Bundeszentrale für Politische Bildung, [online] <https://www.bpb.de/themen/europa/russland-analysen/nr-410/344151/analyse-der-deutsch-russische-erdgashandel-die-ursachen-der-aktuellen-spannungen/> [abgerufen am 07.06.2025].

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2022): *Alarmstufe des Notfallplans Gas ausgerufen*, bundesregierung.de, [online] <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/archiv-bundesregierung/alarmstufe-gas-2055422> [abgerufen am 10.06.2025].

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2023): *Desinformation als Waffe im russischen Angriffskrieg auf die Ukraine*, Die Bundesregierung, [online] <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/desinformation-als-waffe-2167604> [abgerufen am 15.05.2025].

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2024a): *Ukrainische Geflüchtete auf dem Arbeitsmarkt*, bundesregierung.de, [online] <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/archiv-bundesregierung/ukraine-gefluechtete-arbeit-2166832> [abgerufen am 08.06.2025].

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2024b): *Preisbremsen für Strom und Gas*, bundesregierung.de, [online] <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/strompreis-bremse-2125002> [abgerufen am 10.06.2025].

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2025a): *17. Sanktionspaket gegen Russland*, bundesregierung.de, [online] <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/eu-sanktionen-2250316> [abgerufen am 08.06.2025].

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2025b): *So unterstützt Deutschland die Ukraine*, bundesregierung.de, [online] <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/deutschland-hilft-der-ukraine-2160274> [abgerufen am 08.06.2025].

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2025c): *Waffen und militärische Ausrüstung für die Ukraine*, bundesregierung.de, [online] <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/archiv-bundesregierung/waffenlieferungen-ukraine-2054514> [abgerufen am 10.06.2025].

Pshenychnykh, Anastasiya/Pfoser, Alena/Mihelj, Sabina (2024): When Monument Battles Go Digital: Russian–Ukrainian Conflicts over Material Heritage on Telegram, in: *Social Media + Society*, Bd. 10, Nr. 2, S. 1–12, [online] <https://doi.org/10.1177/20563051241242788>.

Raik, Kristi/Arjakas, Merili (2024): Grasping the opportunity for small state leadership: Estonia's response to the Russian invasion of Ukraine, in: *The British Journal Of Politics And International Relations*, S. 1–20, [online] doi:10.1177/13691481241280368.

Riddervold, Marianne/Rieker, Pernille (2024): Finally coming of age? EU foreign and security policy after Ukraine, in: *European Security*, Bd. 33, Nr. 3, S. 497–516, [online] doi:10.1080/09662839.2024.2376616.

Röhl, Klaus-Heiner/Bardt, Hubertus/Engels, Barbara (2022): Zeitenwende für die Verteidigungswirtschaft: Sicherheitspolitik und Verteidigungsfähigkeit nach der russischen Invasion der Ukraine, in: *IW-Policy Paper*, Nr. 4/2022, [online] [https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user\\_upload/Studien/policy\\_papers/PDF/2022/IW-Policy-Paper\\_2022-Verteidigungswirtschaft.pdf](https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/policy_papers/PDF/2022/IW-Policy-Paper_2022-Verteidigungswirtschaft.pdf).

Rothe, Delf (2017): Versicherheitlichung, in: Tobias Ide (Hrsg.), *Friedens- und Konfliktforschung*, Opladen, Berlin & Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 35–68.

Rough, Peter (2025): *Could This Be Great?*, Bundeszentrale für Politische Bildung, [online] <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/maga-2025/561892/could-this-be-great/> [abgerufen am 07.06.2025].

Ruppert, Jasper (2025): *Vance bei Münchner Sicherheitskonferenz: Eine beispiellose Abrechnung mit Europa*, tagesschau.de, [online] <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/vance-sicherheitskonferenz-104.html> [abgerufen am 08.07.2025].

Rzepka, Dominik (2024): *Deutschland in der Rezession: Jetzt hat Habeck ein Problem*, ZDF-heute, [online] <https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/wirtschaft-konjunktur-rezession-robert-habeck-100.html> [abgerufen am 08.07.2025].

Salter, Mark B. (2008): Securitization and Desecuritization: A Dramaturgical Analysis of the Canadian Air Transport Security Authority, in: *Journal of International Relations And Development*, Bd. 11, Nr. 4, S. 321–349, [online] <https://doi.org/10.1057/jird.2008.20>.

Schirm, Stefan A. (2023): Alternative Weltordnungen. Stärkt Russlands Ukraine-Krieg internationale Antagonismen?, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Bd. 33, S. 93–102, [online] doi:10.1007/s41358-022-00336-0.

Schneider, Gerd/Toyka-Seid, Christiane (2025): *Wehrpflicht*, Bundeszentrale für Politische Bildung, [online] <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/321404/wehrpflicht/> [abgerufen am 07.06.2025].

Semenenko, Oleh/Sliusarenko, Maryna/Onofriichuk, Andrii/Onofriichuk, Vitalii/Remez, Artem (2024): Impact of the Russian–Ukrainian War on the National Economy of Russia, in: *Journal Of Interdisciplinary Economics*, Bd. 36, Nr. 1, S. 41–57, [online] doi:10.1177/02601079231207489.

Snow, David A./Benford, Robert D. (1988): Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization, in: *International Social Movement Research*, Bd. 1, S. 197–217.

Sojka, Aleksandra/Terraza, Javier/Crespo, Francisco Caravaca/Rumín, Ángel Cuevas (2025): Russian invasion as a European issue: Vertical Europeanisation of national political debates and the war in Ukraine, in: *European Union Politics*, Bd. 26, Nr. 2, S. 310–343, [online] doi:10.1177/14651165241312879.

Sperling, James/Webber, Mark (2017): NATO and the Ukraine crisis: Collective securitisation, in: *European Journal Of International Security*, Bd. 2, Nr. 1, S. 19–46, [online] doi:10.1017/eis.2016.17.

Stent, Angela (2022): Germany and Russia: Farewell to Ostpolitik?, in: *Survival*, Bd. 64, Nr. 5, S. 27–38.

Sterling, Toby/Deutsch, Anthony (2016): *Malaysian flight MH17 downed by Russian-made missile - prosecutors*, Reuters, [online] <https://www.reuters.com/article/us-ukraine-crisis-mh-idUSKCN11Y0WN/> [abgerufen am 15.05.2025].

Stritzel, Holger (2007): Towards a Theory of Securitization: Copenhagen and Beyond, in: *European Journal Of International Relations*, Bd. 13, S. 357–383.

Tagesschau (2024): *Erster Haftbefehl wegen Nord-Stream-Anschlägen*, tagesschau.de, [online] <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/nordstream-172.html> [abgerufen am 10.06.2025].

Tagesschau (2025a): *Eklat im Weißen Haus: Trump und Selenskyj brechen Treffen ab*, tagesschau.de, [online] <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/trump-selenskyj-104.html> [abgerufen am 18.05.2025].

Tagesschau (2025b): *US-Abkommen mit der Ukraine: Ein Deal für den Wiederaufbau*, tagesschau.de, [online] <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/usa-ukraine-abkommen-faq-102.html> [abgerufen am 18.05.2025].

Tagesschau (2025c): *Marschflugkörper für die Ukraine? Warum wieder über „Taurus“ diskutiert wird*, tagesschau.de, [online] <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/taurus-marschflugkoerper-debatte-100.html> [abgerufen am 10.06.2025].

Tagesschau (2025d): *Merz: keine Reichweitenbeschränkung mehr bei Waffen für Ukraine*, tagesschau.de, [online] <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/deutschland-waffenlieferung-ukraine-100.html> [abgerufen am 10.06.2025].

Tagesschau (2025e): *EU-Energieimporte aus Russland übersteigen Ukraine-Hilfen*, tagesschau.de, [online] <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/eu-russland-energieimporte-ukraine-100.html> [abgerufen am 11.06.2025].

Tagesschau (2025f): *NATO beschließt Erhöhung der Verteidigungsausgaben*, tagesschau.de, [online] <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/nato-gipfel-5-prozent-abschluss-100.html> [abgerufen am 09.07.2025].

Thumann, Michael (2022): *Wladimir Putin: Der Geschichtsvollzieher*, Zeit Online, [online] <https://www.zeit.de/2022/09/wladimir-putin-russland-westen-geschichte-fernsehansprache/komplettansicht> [abgerufen am 15.05.2025].

Tjon-A-Meeuw, Ruben L. (2022): *The New Ostpolitik: Nord Stream 2 and the Politics of German–Russian Gas Relations*, in: Nick Cohen/Ayana Dootalieva (Hrsg.), *European Integration and Disintegration. Essays from the Next Generation of Europe's Thinkers*, London: Routledge, S. 157–187, [online] <https://doi.org/10.4324/9781003182344-7>.

Tkocz, Maximilian/Stritzel, Holger (2025): *Articulating Change and Responsibility: Identity, Memory, and the Use of Historical Narratives in German Parliamentary Debates on Russia's Invasion of Ukraine*, in: *German Politics*, Bd. 34, Nr. 1, S. 183–206, [online] doi:10.1080/09644008.2023.2252765.

Tsvetkova, Bilyana (2009): *Securitizing Piracy Off the Coast of Somalia*, in: *Central European Journal Of International & Security Studies*, Bd. 3, Nr. 1, S. 44–63.

United Nations (o. D.): *United Nations Charter (full text)*, un.org, [online] <https://www.un.org/en/about-us/un-charter/full-text> [abgerufen am 08.07.2025].

United Nations (2014): *Resolution der Generalversammlung A/RES/68/262*, United Nations Department For General Assembly And Conference Management, [online] <https://docs.un.org/ot/A/RES/68/262> [abgerufen am 15.05.2025].

United Nations (2022a): *Resolution der Generalversammlung A/RES/ES-11/1*, United Nations Department For General Assembly And Conference Management, [online] <https://docs.un.org/ot/A/RES/ES-11/1> [abgerufen am 18.05.2025].

United Nations (2022b): *Resolution A/RES/ES-11/1*, United Nations Digital Library, [online] <https://digitallibrary.un.org/record/3959039> [abgerufen am 18.05.2025].

United Nations in Ukraine (2025): *Civilian Harm and Human Rights Abuses Persist in Ukraine as War Enters Fourth Year*, United Nations Ukraine Press Releases, [online] <https://ukraine.un.org/en/289667-civilian-harm-and-human-rights-abuses-persist-ukraine-war-enters-fourth-year> [abgerufen am 18.05.2025].

United Nations Office of the High Commissioner for Human Rights (2022): *Report on the human rights situation in Ukraine, 1 February to 31 July 2022*, OHCHR Country Reports, [online] <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/countries/ua/2022-09-23/ReportUkraine-1Feb-31Jul2022-en.pdf> [abgerufen am 18.05.2025].

United Nations Treaty Collection (1994): *Memorandum on security assurances in connection with Ukraine's accession to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons*, treaties.un.org, [online] <https://treaties.un.org/doc/Publication/UNTS/Volume%203007/Part/volume-3007-I-52241.pdf> [abgerufen am 08.07.2025].

United Nations Treaty Collection (1997): *Treaty on Friendship, Cooperation and Partnership between Ukraine and the Russian Federation*, treaties.un.org, [online] <https://treaties.un.org/doc/Publication/UNTS/Volume%203007/Part/volume-3007-I-52240.pdf> [abgerufen am 08.07.2025].

Unterseher, Lutz (2023): *Krieg in der Ukraine: Hintergründe und Abgründe*, Wiesbaden: Springer VS, [online] <https://doi.org/10.1007/978-3-658-42071-0>.

Usman, Nuruddeen/Gil-Alana, Luis Alberiko (2025): Inflation Persistence in the G7: The Effects of the Covid-19 Pandemic and of the Russia-Ukraine War, in: *Manchester School*, Bd. 93, Nr. 3, S. 281–288.

van Munster, Rens (2005): Logics of Security: The Copenhagen School, Risk Management and the War on Terror, in: *Political Science Publications*, Bd. 10/2005 (University of Southern Denmark: Department of Political Science and Public Management).

Verma, Raj (2023): India's quest for security and its neutrality in the Russia–Ukraine war, in: *The Round Table*, Bd. 112, Nr. 1, S. 14–26, [online] doi:10.1080/00358533.2023.2165304.

Vogel, Sasha de/Sun, Jessica S. (2024): Crisis bargaining, domestic politics and Russia's invasion of Ukraine, in: *Conflict Management And Peace Science*, Bd. 41, Nr. 5, S. 534–555, [online] doi:10.1177/07388942241237704.

Walt, Stephen M. (1991): The Renaissance of Security Studies, in: *International Studies Quarterly*, Bd. 35, Nr. 2, S. 211–239, [online] <https://doi.org/10.2307/2600471>.

Waltz, Manuel (2024): *Heizungsgesetz: Der Anfang vom Ende der Ampel*, Deutschlandfunk, [online] <https://www.deutschlandfunk.de/heizungsgesetz-gebaeudeenergiegesetz-habeck-waermepumpe-100.html> [abgerufen am 08.07.2025].

Weber, Gesine (2024): Zeitenwende à la française: Continuity and change in French foreign policy after Russia's invasion of Ukraine, in: *The British Journal Of Politics And International Relations*, S. 1–23, [online] doi:10.1177/13691481241303277.

Weisskircher, Manès (2025): Far-right movement-party activism as strategy: Germany's 'peace movement' during Russia's war against Ukraine, in: *Acta Politica*, Bd. 60, Nr. 1, S. 118–138, [online] doi:10.1057/s41269-024-00378-y.

Wiertz, Thilo/Kuhn, Lilith/Mattisek, Annika (2023): A turn to geopolitics: Shifts in the German energy transition discourse in light of Russia's war against Ukraine, in: *Energy Research & Social Science*, Bd. 98, [online] doi:10.1016/j.erss.2023.103036.

Williams, Michael C. (2003): Words, Images, Enemies: Securitization and International Politics, in: *International Studies Quarterly*, Bd. 47, Nr. 4, S. 511–531.

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (2022a): *Die Minsker Vereinbarungen zum Ostukraine-Konflikt*, Deutscher Bundestag, [online] <https://www.bundestag.de/re-source/blob/880828/23b6372347d72f843cb197002f229887/WD-2-081-21-pdf-data.pdf> [abgerufen am 15.05.2025].

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (2022b): *Zur Frage, ob in der Ukraine ein Völkermord verübt wird*, Deutscher Bundestag, [online] <https://www.bundestag.de/re-source/blob/926154/f3461bc3aafb029560bc01251b143df8/WD-2-072-22-pdf-data.pdf> [abgerufen am 18.05.2025].

Wolford, Scott (2024): The bargaining framework and Russia's invasion of Ukraine, in: *Conflict Management And Peace Science*, Bd. 41, Nr. 5, S. 485–493, [online] doi:10.1177/07388942241244655.

Woolley, Ursula (2022): Ukraine and Putin's Post-Soviet Imperialism, in: *Political Insight*, Bd. 13, Nr. 1, S. 15–17, [online] <https://doi.org/10.1177/20419058221091631>.

Woyke, Wichard (2021): Verteidigungspolitik, in: Uwe Andersen/Jörg Bogumil/Stefan Marschall/Wichard Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch des Politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, 8. Aufl., Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 962–966.

Yetim, Hüsna Taş (2024): The Ukraine invasion: Hierarchy, discipline and counterbalance, in: *The British Journal Of Politics And International Relations*, Bd. 27, Nr. 1, S. 292–309, [online] doi:10.1177/13691481241287179.

ZDFheute Nachrichten (2023): *Pistorius sieht Gefahr eines Kriegs in Europa* | *Berlin direkt*, [YouTube] <https://www.youtube.com/watch?v=ZCmpbDbYO8A> [abgerufen am 07.06.2025].

### III. Abbildungsverzeichnis

|                                                                       |    |
|-----------------------------------------------------------------------|----|
| Abbildung 1: Grade der Versicherheitlichung (Eigene Darstellung)..... | 31 |
| Abbildung 2: Diagnostic Framing (Eigene Darstellung).....             | 37 |
| Abbildung 3: Prognostic Framing (Eigene Darstellung).....             | 38 |
| Abbildung 4: Motivational Framing (Eigene Darstellung).....           | 39 |

## IV. Anhang

### **Anhangsverzeichnis:**

Anlage 1: Olaf Scholz: Rede vor dem Deutschen Bundestag (27.02.2022)

Anlage 2: Boris Pistorius: Rede auf der Bundeswehrtagung 2023 (10.11.2023)

Anlage 3: Boris Pistorius: Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2025 (14.02.2025)

Anlage 4: Robert Habeck: Rede vor dem Deutschen Bundestag (24.03.2022)

Anlage 5: Robert Habeck: Pressekonferenz zur Ausrufung der Alarmstufe des Notfallplans Gas (23.06.2022)

Anlage 6: Robert Habeck: Rede vor dem Deutschen Bundestag (22.09.2022)

Anlage 1: Olaf Scholz: Rede vor dem Deutschen Bundestag (27.02.2022):

[Extrahiert aus dem Stenographischen Bericht der 19. Sitzung des 20. Deutschen Bundestages am 27. Februar 2022, abrufbar unter <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20019.pdf>, S. 1350 ff., zuletzt abgerufen am 03.07.2025]

1 Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Mitbürgerinnen und  
2 Mitbürger! Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Konti-  
3 nents. Mit dem Überfall auf die Ukraine hat der russische Präsident Putin kaltblütig einen Angriffs-  
4 krieg vom Zaun gebrochen – aus einem einzigen Grund: Die Freiheit der Ukrainerinnen und Uk-  
5 rainer stellt sein eigenes Unterdrückungsregime infrage. Das ist menschenverachtend. Das ist  
6 völkerrechtswidrig. Das ist durch nichts und niemanden zu rechtfertigen.

7 Die schrecklichen Bilder aus Kiew, Charkiw, Odessa und Mariupol zeigen die ganze Skrupello-  
8 sigkeit Putins. Die himmelschreiende Ungerechtigkeit, der Schmerz der Ukrainerinnen und Ukra-  
9 iner, sie gehen uns allen sehr nahe.

10 Ich weiß genau, welche Fragen sich die Bürgerinnen und Bürger in diesen Tagen abends am  
11 Küchentisch stellen, welche Sorgen sie umtreiben angesichts der furchtbaren Nachrichten aus  
12 dem Krieg. Viele von uns haben noch die Erzählungen unserer Eltern oder Großeltern im Ohr  
13 vom Krieg, und für die Jüngeren ist es kaum fassbar: Krieg in Europa. Viele von ihnen verleihen  
14 ihrem Entsetzen Ausdruck – überall im Land, auch hier in Berlin.

15 Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie  
16 die Welt davor. Im Kern geht es um die Frage, ob Macht das Recht brechen darf, ob wir es Putin  
17 gestatten, die Uhren zurückzudrehen in die Zeit der Großmächte des 19. Jahrhunderts, oder ob  
18 wir die Kraft aufbringen, Kriegstreibern wie Putin Grenzen zu setzen.

19 Das setzt eigene Stärke voraus.

20 Ja, wir wollen und wir werden unsere Freiheit, unsere Demokratie und unseren Wohlstand si-  
21 chern. Ich bin Ihnen, Frau Präsidentin, sehr dankbar, dass ich die Vorstellungen der Bundesre-  
22 gierung dazu heute in dieser Sondersitzung mit Ihnen teilen kann. Auch den Vorsitzenden aller  
23 demokratischen Fraktionen dieses Hauses danke ich dafür, dass sie diese Sitzung unterstützt  
24 haben.

25 Meine Damen und Herren, mit dem Überfall auf die Ukraine will Putin nicht nur ein unabhängiges  
26 Land von der Weltkarte tilgen. Er zertrümmert die europäische Sicherheitsordnung, wie sie seit  
27 der Schlussakte von Helsinki fast ein halbes Jahrhundert Bestand hatte. Er stellt sich auch ins  
28 Abseits der gesamten internationalen Staatengemeinschaft.

29 Weltweit haben unsere Botschaften in den vergangenen Tagen gemeinsam mit Frankreich dafür  
30 geworben, die russische Aggression im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als das zu benen-  
31 nen, was sie ist: ein infamer Völkerrechtsbruch. Wenn man sich das Ergebnis der Sicherheits-  
32 ratssitzung in New York anschaut, durchaus mit Erfolg. Die Beratungen haben gezeigt: Wir stehen  
33 keineswegs allein in unserem Einsatz für den Frieden. Wir werden ihn fortsetzen mit aller Kraft.  
34 Für das, was sie dort zustande gebracht hat, bin ich Außenministerin Baerbock sehr dankbar.

35 Nur mit der Notbremse seines Vetos konnte Moskau – immerhin ein ständiges Mitglied des Si-  
36 cherheitsrates – die eigene Verurteilung verhindern. Was für eine Schande!

37 Präsident Putin redet dabei stets von unteilbarer Sicherheit. Tatsächlich aber will er gerade den  
38 Kontinent mit Waffengewalt in altbekannte Einflussphären teilen. Das hat Folgen für die Sicher-  
39 heit in Europa. Ja, dauerhaft ist Sicherheit in Europa nicht gegen Russland möglich. Auf abseh-  
40 bare Zeit aber gefährdet Putin diese Sicherheit. Das muss klar ausgesprochen werden.

41 Wir nehmen die Herausforderung an, vor die die Zeit uns gestellt hat – nüchtern und entschlos-  
42 sen.

43 Fünf Handlungsaufträge liegen nun vor uns.

44 Erstens. Wir müssen die Ukraine in dieser verzweifelten Lage unterstützen. Das haben wir auch  
45 in den vergangenen Wochen, Monaten und Jahren in großem Umfang getan. Aber mit dem Über-  
46 fall auf die Ukraine sind wir in einer neuen Zeit. In Kiew, Charkiw, Odessa und Mariupol verteidigen  
47 die Menschen nicht nur ihre Heimat. Sie kämpfen für Freiheit und ihre Demokratie, für Werte,  
48 die wir mit ihnen teilen.

49 Als Demokratinnen und Demokraten, als Europäerinnen und Europäer stehen wir an ihrer Seite,  
50 auf der richtigen Seite der Geschichte.

51 Am Donnerstag hat Präsident Putin mit seinem Überfall auf die Ukraine eine neue Realität ge-  
52 schaffen. Diese neue Realität erfordert eine klare Antwort. Wir haben sie gegeben: Wie Sie wis-  
53 sen, haben wir gestern entschieden, dass Deutschland der Ukraine Waffen zur Verteidigung des  
54 Landes liefern wird.

55 Auf Putins Aggression konnte es keine andere Antwort geben.

56 Meine Damen und Herren, unser zweiter Handlungsauftrag ist, Putin von seinem Kriegskurs ab-  
57 zubringen. Der Krieg ist eine Katastrophe für die Ukraine. Aber der Krieg wird sich auch als Ka-  
58 tastrophe für Russland erweisen.

59 Gemeinsam mit den EU-Staats- und Regierungschefs haben wir ein Sanktionspaket von bisher  
60 unbekanntem Ausmaß verabschiedet. Wir schneiden russische Banken und Staatsunternehmen  
61 von der Finanzierung ab. Wir verhindern den Export von Zukunftstechnologien nach Russland.  
62 Wir nehmen die Oligarchen und ihre Geldanlagen in der EU ins Visier. Hinzu kommen die Straf-  
63 maßnahmen gegen Putin und Personen in seinem direkten Umfeld sowie Einschränkungen bei  
64 der Visavergabe für russische Offizielle.

65 Und wir schließen wichtige russische Banken vom Bankenkommunikationsnetz SWIFT aus. Da-  
66 rauf haben wir uns gestern mit den Staats- und Regierungschefs der wirtschaftlich stärksten De-  
67 mokratien und der EU verständigt.

68 Machen wir uns nichts vor: Putin wird seinen Kurs nicht über Nacht ändern. Doch schon sehr bald  
69 wird die russische Führung spüren, welch hohen Preis sie bezahlt. Allein in der letzten Woche  
70 haben russische Börsenwerte um über 30 Prozent nachgegeben. Das zeigt: Unsere Sanktionen  
71 wirken. Und wir behalten uns weitere Sanktionen vor, ohne irgendwelche Denkverbote.

72 Unsere Richtschnur bleibt die Frage: Was trifft die Verantwortlichen am härtesten? Die, um die  
73 es geht, und nicht das russische Volk!

74 Denn Putin, nicht das russische Volk, hat sich für den Krieg entschieden. Deshalb gehört es deut-  
75 lich ausgesprochen: Dieser Krieg ist Putins Krieg.

76 Die Differenzierung ist mir wichtig; denn die Aussöhnung zwischen Deutschen und Russen nach  
77 dem Zweiten Weltkrieg ist und bleibt ein wichtiges Kapitel unserer gemeinsamen Geschichte.

78 Und ich weiß, wie schwierig die derzeitige Situation gerade für die vielen Bürgerinnen und Bürger  
79 unseres Landes zu ertragen ist, die in der Ukraine oder in Russland geboren sind. Darum werden  
80 wir nicht zulassen, dass dieser Konflikt zwischen Putin und der freien Welt zum Aufreißen alter  
81 Wunden und zu neuen Verwerfungen führt.

82 Noch etwas sollten wir nicht vergessen: In vielen russischen Städten haben Bürgerinnen und  
83 Bürger in den vergangenen Tagen gegen Putins Krieg protestiert, haben Verhaftung und Bestra-  
84 fung in Kauf genommen.

85 Das erfordert großen Mut und große Tapferkeit.

86 Deutschland steht heute an der Seite der Ukrainerinnen und der Ukrainer. Unsere Gedanken und  
87 unser Mitgefühl gelten heute den Opfern des russischen Angriffs-kriegs. Genauso stehen wir an  
88 der Seite all jener in Russland, die Putins Machtapparat mutig die Stirn bieten und seinen Krieg  
89 gegen die Ukraine ablehnen. Wir wissen: Sie sind viele.

90 Ihnen allen sage ich: Geben Sie nicht auf! Ich bin ganz sicher: Freiheit, Toleranz und Menschen-  
91 rechte werden sich auch in Russland durchsetzen.

92 Meine Damen und Herren, die dritte große Herausforderung liegt darin, zu verhindern, dass Pu-  
 93 tins Krieg auf andere Länder in Europa übergreift. Das bedeutet: Ohne Wenn und Aber stehen  
 94 wir zu unserer Beistandspflicht in der NATO.

95 Das habe ich auch unseren Alliierten in Mittel- und Osteuropa gesagt, die sich um ihre Sicherheit  
 96 sorgen. Präsident Putin sollte unsere Entschlossenheit nicht unterschätzen, gemeinsam mit un-  
 97 seren Alliierten jeden Quadratmeter des Bündnisgebietes zu verteidigen.

98 Wir meinen das sehr ernst. Mit der Aufnahme eines Landes in die NATO ist unser Wille als Bünd-  
 99 nispartner verbunden, dieses Land zu verteidigen, und zwar so wie uns selbst.

100 Die Bundeswehr hat ihre Unterstützung für die östlichen Bündnispartner bereits ausgeweitet und  
 101 wird das weiter tun. Für dieses wichtige Signal danke ich der Bundesverteidigungsministerin. In  
 102 Litauen, wo wir den Einsatzverband der NATO führen, haben wir unsere Truppe aufgestockt. Un-  
 103 seren Einsatz beim Air Policing in Rumänien haben wir verlängert und ausgeweitet. Wir wollen  
 104 uns am Aufbau einer neuen NATO-Einheit in der Slowakei beteiligen. Unsere Marine hilft mit zu-  
 105 sätzlichen Schiffen bei der Sicherung von Nord- und Ostsee und im Mittelmeer. Und wir sind  
 106 bereit, uns mit Luftabwehrraketen auch an der Verteidigung des Luftraumes unserer Alliierten in  
 107 Osteuropa zu beteiligen.

108 Unsere Soldatinnen und Soldaten haben in den vergangenen Tagen oft nur wenig Zeit gehabt,  
 109 sich auf diese Einsätze vorzubereiten. Ich sage ihnen, sicher auch in Ihrem Namen: Danke!

110 Danke für ihren wichtigen Dienst gerade in diesen Tagen.

111 Meine Damen und Herren, angesichts der Zeitenwende, die Putins Aggression bedeutet, lautet  
 112 unser Maßstab: Was für die Sicherung des Friedens in Europa gebraucht wird, das wird getan.  
 113 Deutschland wird dazu seinen solidarischen Beitrag leisten. Das heute klar und unmissverständ-  
 114 lich festzuhalten, reicht aber nicht aus; denn dafür braucht die Bundeswehr neue, starke Fähig-  
 115 keiten.

116 Und das ist mein viertes Anliegen, meine Damen und Herren. Wer Putins historisierende Abhand-  
 117 lungen liest, wer seine öffentliche Kriegserklärung an die Ukraine im Fernsehen gesehen hat oder  
 118 wer wie ich kürzlich persönlich mit ihm stundenlang gesprochen hat, der kann keinen Zweifel  
 119 mehr haben: Putin will ein russisches Imperium errichten. Er will die Verhältnisse in Europa nach  
 120 seinen Vorstellungen grundlegend neu ordnen, und dabei schreckt er nicht zurück vor militäri-  
 121 scher Gewalt. Das sehen wir heute in der Ukraine.

122 Wir müssen uns daher fragen: Welche Fähigkeiten besitzt Putins Russland, und welche Fähig-  
 123 keiten brauchen wir, um dieser Bedrohung zu begegnen, heute und in der Zukunft?

124 Klar ist: Wir müssen deutlich mehr in die Sicherheit unseres Landes investieren, um auf diese  
 125 Weise unsere Freiheit und unsere Demokratie zu schützen.

126 Das ist eine große nationale Kraftanstrengung. Das Ziel ist eine leistungsfähige, hochmoderne,  
 127 fortschrittliche Bundeswehr, die uns zuverlässig schützt.

128 Ich habe bei der Münchner Sicherheitskonferenz vor einer Woche gesagt: Wir brauchen Flug-  
 129 zeuge, die fliegen, Schiffe, die in See stechen,

130 und Soldatinnen und Soldaten, die für ihre Einsätze optimal ausgerüstet sind.

131 Darum geht es, und das ist ja wohl erreichbar für ein Land unserer Größe und unserer Bedeutung  
 132 in Europa.

133 Aber machen wir uns nichts vor: Bessere Ausrüstung, modernes Einsatzgerät, mehr Personal –  
 134 das kostet viel Geld.

135 Wir werden dafür ein Sondervermögen Bundeswehr einrichten, und ich bin Bundesfinanzminister  
 136 Lindner sehr dankbar für seine Unterstützung dabei.

137 Der Bundeshaushalt 2022 wird dieses Sondervermögen einmalig mit 100 Milliarden Euro aus-  
 138 stellen.

139 Die Mittel werden wir für notwendige Investitionen und Rüstungsvorhaben nutzen.

140 Wir werden von nun an Jahr für Jahr mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere  
141 Verteidigung investieren.

142 Meine Damen und Herren, ich richte mich hier an alle Fraktionen des Deutschen Bundestages:  
143 Lassen Sie uns das Sondervermögen im Grundgesetz absichern.

144 Eines will ich hinzufügen: Wir streben dieses Ziel nicht nur an, weil wir bei unseren Freunden und  
145 Alliierten im Wort stehen, unsere Verteidigungsausgaben bis 2024 auf 2 Prozent unserer Wirt-  
146 schaftsleistung zu steigern. Wir tun dies auch für uns, für unsere eigene Sicherheit,

147 wohl wissend, dass sich nicht alle Bedrohungen der Zukunft mit den Mitteln der Bundeswehr  
148 einhegen lassen. Deshalb brauchen wir eine starke Entwicklungszusammenarbeit.

149 Deshalb werden wir unsere Resilienz stärken, technisch und gesellschaftlich, zum Beispiel gegen  
150 Cyberangriffe und Desinformationskampagnen, gegen Angriffe auf unsere kritische Infrastruktur  
151 und Kommunikationswege. Und wir werden technologisch auf der Höhe der Zeit bleiben.

152 Darum ist es mir zum Beispiel so wichtig, dass wir die nächste Generation von Kampfflugzeugen  
153 und Panzern gemeinsam mit europäischen Partnern und insbesondere Frankreich hier in Europa  
154 bauen. Diese Projekte haben oberste Priorität für uns.

155 Bis die neuen Flugzeuge einsatzbereit sind, werden wir den Eurofighter gemeinsam weiterentwi-  
156 ckeln.

157 Gut ist auch, dass die Verträge zur Eurodrohne in dieser Woche endlich unterzeichnet werden  
158 konnten.

159 Auch die Anschaffung der bewaffneten Heron-Drohne aus Israel treiben wir voran.

160 Für die nukleare Teilhabe werden wir rechtzeitig einen modernen Ersatz für die veralteten Tor-  
161 nado-Jets beschaffen. Der Eurofighter soll zu Electronic Warfare befähigt werden. Das Kampf-  
162 flugzeug F-35 kommt als Trägerflugzeug in Betracht.

163 Und schließlich, meine Damen und Herren, werden wir mehr tun, um eine sichere Energieversor-  
164 gung unseres Landes zu gewährleisten.

165 Eine wichtige Maßnahme dazu hat die Bundesregierung bereits auf den Weg gebracht. Und wir  
166 werden umsteuern – umsteuern, um unsere Importabhängigkeit von einzelnen Energielieferanten  
167 zu überwinden.

168 Die Ereignisse der letzten Tage und Wochen haben uns doch gezeigt: Eine verantwortungsvolle,  
169 vorausschauende Energiepolitik ist nicht nur entscheidend für unsere Wirtschaft und unser Klima,  
170 sondern entscheidend auch für unsere Sicherheit. Deshalb gilt: Je schneller wir den Ausbau er-  
171 neuerbarer Energien vorantreiben, desto besser.

172 Und wir sind auf dem richtigen Weg. Wir wollen als Industrieland bis 2045 CO<sub>2</sub>-neutral werden.

173 Mit diesem Ziel vor Augen werden wir wichtige Entscheidungen treffen müssen, etwa eine Kohle-  
174 und Gasreserve aufzubauen. Wir haben beschlossen, die Speichermenge an Erdgas über sogee-  
175 nannte Long Term Options um 2 Milliarden Kubikmeter zu erhöhen. Zudem werden wir rückge-  
176 koppelt mit der EU zusätzliches Erdgas auf den Weltmärkten erwerben.

177 Schließlich haben wir die Entscheidung getroffen, zwei Flüssiggasterminals, LNG-Terminals, in  
178 Brunsbüttel und Wilhelmshaven schnell zu bauen.

179 Bundeswirtschaftsminister Habeck möchte ich für seinen Einsatz dabei ganz ausdrücklich dan-  
180 ken.

181 Das, was nun kurzfristig notwendig ist, lässt sich mit dem verbinden, was langfristig ohnehin ge-  
182 braucht wird für den Erfolg der Transformation. Ein LNG-Terminal, in dem wir heute Gas ankom-  
183 men lassen, kann morgen auch Grünen Wasserstoff aufnehmen.

184 Und natürlich behalten wir bei all dem die hohen Energiekrise im Blick. Putins Krieg hat sie zuletzt  
185 noch weiter steigen lassen. Deshalb haben wir in dieser Woche ein Entlastungspaket vereinbart:  
186 mit der Abschaffung der EEG-Umlage noch in diesem Jahr, einer Erhöhung der

187 Pendlerpauschale, einem Heizkostenzuschuss für Geringverdiener, Zuschüssen für Familien und  
188 steuerlichen Entlastungen.

189 Die Bundesregierung wird das schnell auf den Weg bringen.

190 Unsere Botschaft ist klar: Wir lassen die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen in dieser  
191 Lage nicht allein.

192 Meine Damen und Herren, die Zeitenwende trifft nicht nur unser Land; sie trifft ganz Europa. Und  
193 auch darin stecken Herausforderung und Chance zugleich. Die Herausforderung besteht darin,  
194 die Souveränität der Europäischen Union nachhaltig und dauerhaft zu stärken. Die Chance liegt  
195 darin, dass wir die Geschlossenheit wahren, die wir in den letzten Tagen unter Beweis gestellt  
196 haben, Stichwort „Sanktionspaket“. Für Deutschland und für alle anderen Mitgliedsländer der EU  
197 heißt das, nicht bloß zu fragen, was man für das eigene Land in Brüssel herausholen kann, son-  
198 dern zu fragen: Was ist die beste Entscheidung für die Union?

199 Europa ist unser Handlungsrahmen. Nur wenn wir das begreifen, werden wir vor den Herausfor-  
200 derungen unserer Zeit bestehen.

201 Damit bin ich beim fünften und letzten Punkt. Putins Krieg bedeutet eine Zäsur, auch für unsere  
202 Außenpolitik. So viel Diplomatie wie möglich, ohne naiv zu sein, dieser Anspruch bleibt. Nicht naiv  
203 zu sein, das bedeutet aber auch, kein Reden um des Redens willen.

204 Für echten Dialog braucht es die Bereitschaft dazu auf beiden Seiten. Daran mangelt es aufseiten  
205 Putins ganz offensichtlich, und das nicht erst in den letzten Tagen und Wochen.

206 Was heißt das für die Zukunft? Wir werden uns Gesprächen mit Russland nicht verweigern. Auch  
207 in dieser extremen Lage ist es die Aufgabe der Diplomatie, Gesprächskanäle offenzuhalten. Alles  
208 andere halte ich für unverantwortlich.

209 Meine Damen und Herren, wir wissen, wofür wir einstehen, auch angesichts unserer eigenen  
210 Geschichte. Wir stehen ein für den Frieden in Europa. Wir werden uns nie abfinden mit Gewalt  
211 als Mittel der Politik. Wir werden uns immer starkmachen für die friedliche Lösung von Konflikten.  
212 Und wir werden nicht ruhen, bis der Frieden in Europa gesichert ist.

213 Dabei stehen wir nicht allein, sondern zusammen mit unseren Freunden und Partnern in Europa  
214 und weltweit. Unsere größte Stärke sind unsere Bündnisse und Allianzen. Ihnen verdanken wir  
215 das große Glück, das unser Land seit über 30 Jahren genießt: in einem vereinten Land zu leben,  
216 in Wohlstand und Frieden mit unseren Nachbarn.

217 Wenn wir wollen, dass diese letzten 30 Jahre keine historische Ausnahme bleiben, dann müssen  
218 wir alles tun für den Zusammenhalt der Europäischen Union, für die Stärke der NATO, für noch  
219 engere Beziehungen zu unseren Freunden, Partnern und Gleichgesinnten weltweit. Ich bin voller  
220 Zuversicht, dass uns das gelingt. Denn selten waren wir und unsere Partner so entschlossen und  
221 so geschlossen.

222 Uns eint in diesen Tagen: Wir wissen um die Stärke freier Demokratien. Wir wissen: Was von  
223 einem breiten gesellschaftlichen und politischen Konsens getragen wird, das hat Bestand, auch  
224 in dieser Zeitenwende und darüber hinaus. Deshalb danke ich Ihnen und allen Fraktionen dieses  
225 Hauses, die den russischen Überfall auf die Ukraine entschieden als das verurteilt haben, was er  
226 ist: ein durch nichts zu rechtfertigender Angriff auf ein unabhängiges Land, auf die Friedensord-  
227 nung in Europa und in der Welt. Der heutige Entschließungsantrag bringt das klar zum Ausdruck.

228 Ich danke allen, die in diesen Tagen Zeichen setzen gegen Putins Krieg und die sich hier in Berlin  
229 und anderswo zu friedlichen Kundgebungen versammeln. Und ich danke allen, die in diesen Zei-  
230 ten mit uns einstehen für ein freies und offenes, gerechtes und friedliches Europa. Wir werden es  
231 verteidigen.

## Anlage 2: Boris Pistorius: Rede auf der Bundeswehrtagung 2023 (10.11.2023):

[Transkribiert nach <https://www.bmvg.de/de/mediathek/verteidigungsminister-wir-muessen-kriegstuechtig-werden-5701664>, zuletzt abgerufen am 03.07.2025]

1 Meine sehr geehrten Damen und Herren!

2 Da es das vierte Mal wäre, schenke ich mir jetzt eine allumfassende Begrüßung. Ich freue mich,  
3 dass Sie alle unverändert da sind und freue mich zum Abschluss der Tagung noch einmal ein  
4 paar Bemerkungen machen zu können.

5 Vor rund einem Dreivierteljahr habe ich mein Amt als Verteidigungsminister angetreten. Ich habe  
6 ein paar Mal schon an anderer Stelle gesagt, das kommt mir nicht vor wie neun Monate, sondern  
7 manchmal wie neun Jahre. Ich habe das angetreten, dieses Amt, von Anfang an mit sehr viel  
8 Respekt und auch sehr viel Leidenschaft für die Aufgabe. Das hat man hoffentlich gemerkt. Bei-  
9 des ist in den letzten Monaten und Wochen noch einmal gewachsen. Das liegt einerseits ganz  
10 ohne Frage an der enormen Dringlichkeit, die wir durch die vielen Krisen und Kriege verspüren.  
11 Das liegt aber besonders an den Menschen, an den Soldatinnen und Soldaten und den zivilen  
12 Mitarbeitenden, mit denen ich jeden Tag zusammenarbeiten darf. Und es liegt an der Hingabe  
13 und an der Kompetenz, die Sie alle jeden Tag einbringen. Und ich habe das Gefühl, jeden Tag  
14 mehr. Und das auch bei widrigen und herausfordernden Umständen. Umstände wie Krieg und  
15 Kampf, die die meisten Menschen in unserem Land nie erlebt haben und hoffentlich nie erleben  
16 werden.

17 Respekt vor und Leidenschaft für die Sache haben mich dazu angeleitet, mit einem hohen Ver-  
18antwortungsbewusstsein auf die Rahmenbedingungen zu blicken, die für unsere Soldatinnen und  
19 Soldaten da sind. Ich habe anlässlich meiner gestrigen Eröffnungsrede von der Zeitenwende, die  
20 vom 9. November 1989 und dem Fall der Mauer ausging, gesprochen. Sie hat die Weltpolitik,  
21 unsere Gesellschaft und vielleicht auch das Leben von vielen hier Anwesenden, für mich kann  
22 ich das jedenfalls sagen, grundlegend auf den Kopf gestellt. Aber sie hat uns auch ein wiederver-  
23einigtes Deutschland und ein zusammenwachsendes Europa geschenkt. Und derzeit erleben wir  
24 eine neue Zeitenwende. Der russische Krieg ist ein Angriff auf die Freiheit und die Unabhängigkeit  
25 der Ukraine, ein Angriff auf die Frauen und Männer in diesem Land und die Kinder. Und die Men-  
26schen in der Ukraine kämpfen geschlossen und entschlossen mit bewundernswerter Tapferkeit.  
27 Und unsere Aufgabe ist es, sie weiter in ihrem mutigen Kampf zu unterstützen. So lange wie nötig.  
28 Denn der Krieg ist eben auch ein Angriff auf unsere Freiheit und auf die internationale regelba-  
29sierte Ordnung, auf das Völkerrecht.

30 Insgesamt sehen wir eine Zunahme von Konflikten, von Krisen weltweit. Die Hamas hat mit ihrem  
31 menschenverachtenden Angriff auf Israel furchtbares Leid über unschuldige Männer, Frauen und  
32 Kinder gebracht. Ich habe in meinem Leben eine solche Brutalität gegen Unschuldige noch nie  
33 gesehen. Und das alles bringt die instabile Region an den Rand des Abgrunds. Und es darf des-  
34halb kein Zweifel bestehen, unser Platz ist dabei ganz klar an der Seite Israels, meine Damen  
35 und Herren.

36 Wir müssen angesichts dieser weltpolitischen Lage ehrlich sein. Der Krieg ist zurück in Europa.  
37 Deutschland und seine Verbündeten müssen sich mit der neuen Bedrohungslage auseinander-  
38setzen, besonnen und ernsthaft. Die internationale Ordnung wird überall auf der Welt angegriffen.  
39 Wir brauchen daher Führungsfähigkeit, wir brauchen Wehrhaftigkeit und wir brauchen einen rea-  
40listischen Blick auf die geopolitischen Herausforderungen, die sich uns stellen und die noch auf  
41 uns zukommen werden. Für die Bundeswehr genauso wie für unsere Gesellschaft bedeutet das,  
42 wir müssen kriegstüchtig werden. Ich weiß, das klingt hart. Ich weiß, das klingt ungewohnt und  
43 viele erschreckt es. Aber ich sage das nicht unüberlegt, sondern ich sage das sehr überlegt und  
44 nicht mit Leichtfertigkeit. Die Zeitenwende war und ist ein Wendepunkt für unsere gesamte

45 Gesellschaft. Ein souveränes Land muss in der Lage sein, sich gegen äußere Feinde im Ernstfall  
46 zur Wehr zu setzen, alleine oder natürlich idealerweise kollektiv im Bündnis, so wie wir das Glück  
47 haben. Das Ziel muss es sein, es gar nicht erst zum Ernstfall kommen zu lassen, durch eine  
48 effektive Abschreckung. Krieg führen können, um keinen Krieg führen zu müssen. Und das ist  
49 kriegstüchtig.

50 Und ich will das an dieser Stelle gerne sagen, weil es ja die ein oder andere Anfeindung jetzt gibt,  
51 wenn dieser Begriff benutzt wird von mir und von anderen. Aber jeder, der mich kennt, der meine  
52 Sozialisierung, meine Herkunft kennt, weiß: Ich bin ein Kind des Kalten Krieges, aber ich bin mit  
53 dem Frieden verwoben, aus meiner Heimatstadt heraus, Osnabrück, aber auch durch meine ei-  
54 gene Geschichte als Kind von Geflüchteten aus dem Osten. Und ich habe kein größeres Interesse  
55 daran, in diesem und in jedem Amt vorher als für den Frieden zu arbeiten und Krieg zu verhindern.  
56 Aber wir alle wissen aus der Geschichte und aus unserer eigenen jüngeren Vergangenheit der  
57 letzten 80 Jahre, dass um einen Krieg zu verhindern, es nötig sein muss und nötig sein kann,  
58 einem potenziellen Gegner zu sagen: Wir werden uns verteidigen. Wir zeigen das auch. Wir zei-  
59 gen, dass wir uns verteidigen können, aber auch, dass wir es wollen. Denn darauf kommt es an,  
60 um glaubhaft abschrecken zu können. Und glaubhafte Abschreckung ist die Voraussetzung, in  
61 Zeiten, in denen es Aggressoren gibt, einen Krieg zu verhindern, meine Damen und Herren.

62 Wir brauchen Streitkräfte, die kriegstüchtig sind. Dabei geht es nicht um dauerhaften Alarmismus  
63 und schon gar nicht um Kriegstreiberei. Es geht nicht um fanfarenschmetterndes „Auf in den  
64 Kampf“ und es geht auch nicht um ein Primat des Militärischen, ganz im Gegenteil. Kluge Politik  
65 und Diplomatie müssen auch in Zukunft an erster Stelle stehen. Es muss immer um die friedliche  
66 Lösung von Konflikten gehen. Es muss immer darum gehen, dass wir daran arbeiten, Krisen und  
67 Konflikte möglichst zu verhindern oder sie dann, wenn sie entstehen, zu entschärfen. Es geht  
68 darum, dass wir uns mit klarem, nüchternem Blick auf den Ernstfall vorbereiten. Wir brauchen  
69 eine Bundeswehr, die so aufgestellt und ausgestattet ist, dass sie uns in einem Krieg verteidigen  
70 kann. Und dafür muss die Bundeswehr natürlich ertüchtigt werden. Nur eine Bundeswehr, die so  
71 stark und abschreckend ist, also kriegstüchtig, kann am Ende verhindern, dass es zum Äußersten  
72 kommt. Wir brauchen eine Bundeswehr, die sich zur Wehr setzen kann und Krieg führen kann,  
73 um unsere Sicherheit und unsere Freiheit zu verteidigen.

74 Dafür müssen zwei Voraussetzungen erfüllt sein. Die erste Voraussetzung ist materieller und  
75 physischer Natur. Wir brauchen ausreichend und bestmöglich ausgebildete Soldatinnen und Sol-  
76 daten mit zeitgemäßer Ausrüstung und natürlich mit der richtigen Infrastruktur. Das klingt vielleicht  
77 banal, wurde aber, wie wir alle wissen, viel zu lange vernachlässigt. Die zweite Voraussetzung ist  
78 Einstellung oder auch Mentalität. Hierzu zähle ich Schnelligkeit, Flexibilität. Und hierzu zähle ich  
79 die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, jeder und jede an seinem, an ihrem Platz. Ent-  
80 scheidungen zu treffen, Fehler nicht um jeden Preis oder aus Angst zu vermeiden, sondern be-  
81 wusst auch in Kauf zu nehmen, mit dem Ziel, besser zu werden. Wir brauchen beides. Die physi-  
82 schen Faktoren alleine reichen nicht, genauso wenig wie die beste Einstellung ohne die nötige  
83 Ausstattung und Ausrüstung. Zudem dürfen wir bei den physischen und mentalen Voraussetzun-  
84 gen für die Kriegstüchtigkeit nicht nur auf den Status quo schauen. Der Generalinspekteur hat es  
85 gestern treffend gesagt, die Art der Kriegführung ändert sich rasant. Die Kriege der Zukunft wer-  
86 den mehr noch als heute bereits in allen Dimensionen und Domänen geführt, in der Luft, zur See,  
87 zu Land, im Welt- und im Cyberraum. Sie werden asymmetrischer und hybrider. Informations-  
88 überlegenheit, wir haben gestern darüber gesprochen, technischer Fortschritt und eine schnelle  
89 Reaktionsfähigkeit werden zunehmend an Bedeutung gewinnen. Auch darauf müssen wir uns  
90 einstellen. Die Ereignisse der letzten Jahre zeigen das eindrucksvoll.

91 Meine sehr geehrten Damen und Herren, für mich ist klar, wir müssen an diesen Voraussetzungen  
92 gemeinsam mit Hochdruck arbeiten. Wir haben schon einiges vorangebracht, ja, aber das reicht  
93 noch nicht. Genauso wenig können wir all dies im Alleingang machen. Unsere Verteidigungspolitik  
94 ist richtigerweise eng abgestimmt innerhalb unserer Bündnisse und mit unseren Partnern und

Freunden. Unser klares Ziel muss es sein, im Bündnis maßgeblich zu einer glaubhaften und effektiven Abschreckung beizutragen. Wir tun dies, indem wir die entsprechenden Fähigkeiten ausbauen und aufbauen, indem wir sie vorhalten und der NATO zur Verfügung stellen. Wir bekennen uns klar zum 2-Prozent-Ziel und werden es im kommenden Jahr erreichen und auch danach sicherstellen.

Wir streben zudem nach stärkerer Zusammenarbeit innerhalb Europas, auch das ist notwendig. Dabei geht es insbesondere um die europäische Beschaffung. Wir haben es gerade auf dem letzten Panel gehört. Wir müssen hier schnellstmöglich für mehr gemeinsame Beschaffung, mehr Interoperabilität und damit auch für mehr Austauschbarkeit kommen, um die europäische Handlungsfähigkeit und den europäischen Pfeiler der NATO zu stärken. Der Kanzler hat vorhin die große Bedeutung von ESSI hervorgehoben. Ein wichtiges Projekt, ein zentrales Projekt europäischer Sicherheitspolitik. Mein fester Wille ist es, er hat es auch angesprochen, die künftigen Kampfflugzeug- und Kampferpanzersysteme FKAS und MGCS gemeinsam mit Frankreich fortzusetzen und zum Erfolg zu führen. Alle anderslautenden Zeitungsmeldungen aus dem Ausland sind eher in den Bereich der Geflügelzüchtung zu verweisen. Ich bin mir dabei der Komplexität des Vorhabens einschließlich der rechtlichen und industriellen, der nationalindustriellen Aspekte wohl bewusst. Und ich weiß natürlich auch, dass multinationale Projekte teilweise mit Schwierigkeiten und intensiven Abstimmungen verbunden sind. Aber ich bin zutiefst davon überzeugt, diese Projekte lohnen sich und wir brauchen sie auch, wenn wir wirklich eine gemeinsame europäische Rüstungsindustrie und Beschaffung auch bis weit in die 40er Jahre hinein wollen, meine Damen und Herren.

In diesem Zusammenhang freut mich das gute Vorankommen zum Beispiel des Beschaffungsvorhabens der U-Boote der Klasse 212 CD. Erst im September habe ich mit meinem norwegischen Amtskollegen den Startschuss für den Bau eines U-Bootes in Kiel gegeben. Ich bin zutiefst davon überzeugt, wir erreichen eine kriegstüchtige Bundeswehr nur gemeinsam mit unseren Partnern. Ein besonders sichtbarer Schritt mit Blick auf unsere Partnerschaften ist die deutsche Brigade für Litauen. Dieser Schritt unterstreicht zwei Dinge: Erstens, wir meinen es ernst mit der Unterstützung unserer Partner an der NATO-Ostflanke. Und zweitens, wir sind bereit, in der Allianz eine führende Rolle zu übernehmen. Der Generalinspekteur und ich haben zu Beginn dieser Woche die geplante Struktur der Brigade sowie die Kriterien erklärt, anhand derer die Panzer- und Panzergrenadierbataillone der Bundeswehr betrachtet und anschließend für die Verlegung ausgewählt wurden. Und wir haben auch noch einmal die Zeitlinien präzisiert. Wir streben eine Stationierung der Brigade an den Großstandorten Kaunas oder Vilnius an, möglicherweise auch an beiden Standorten. Für die konkrete Umsetzung sind wir auf allen Ebenen im ständigen und engen Austausch mit unseren litauischen Partnern. Und ich kann nur lobende und anerkennende und voller Dank formulierte Worte finden an die Freunde in Litauen für die großartige Zusammenarbeit. Und ich freue mich sehr darüber, dass unser Freund, der litauische Chief of Defense Rupšys heute hier und gestern auch schon an der Bundeswehrtagung teilnimmt. Noch einmal vielen Dank dafür.

In enger Abstimmung mit dem Generalinspekteur habe ich entschieden, dass die Brigade als Schwere Kräfte des Heeres ein Panzerbataillon, ein Panzergrenadierbataillon sowie ein multinationales Bataillon und somit drei Kampftruppenverbände umfassen wird. Die Gesamtstärke soll aktuell rund 4.800 Soldatinnen und Soldaten sowie 200 zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundeswehr umfassen. Fest steht, dass wir 2024 mit der Brigade Litauen sichtbar in die Umsetzung gehen wollen. Ende dieses Jahres plane ich die Zeichnung einer Stationierungsweisung. Parallel wird eine Roadmap mit der litauischen Regierung entwickelt und voraussichtlich noch vor Weihnachten unterzeichnet. Den Aufschlag wird dann im zweiten Quartal 2024 ein Vorkommando in Litauen machen. Zum vierten Quartal wollen wir einen Aufstellungsstab in Litauen etablieren. 2025 wollen wir die Brigade mit einem formellen Appell in Dienst stellen. Nach dem Aufstellungsappell hängt der Zeitpunkt der Stationierung dann von der Fertigstellung der benötigten Infrastruktur ab. Die Verlegung wird schrittweise erfolgen und dann voraussichtlich 2025 beginnen.

Ich will das an der Stelle noch einmal unterstreichen. Wir haben es in diesen Tagen schon ein paar Mal gehört. Eine feste Stationierung im Ausland, allemal in dieser Größenordnung, ist ein großer und bisher nie dagewesener Schritt für die Bundeswehr. Ich sage es, wie es ist: Ich bin stolz auf alle Soldatinnen und Soldaten und zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sofort mit höchstem Tempo, mit höchstem Einsatz und mit viel Kreativität an der Umsetzung der Stationierung gearbeitet haben. Vielen Dank dafür. Ich bitte Sie alle, die Führungskräfte der Bundeswehr und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, unterstützen Sie dieses ambitionierte, wegweisende Vorhaben weiterhin mit aller Kraft. Denn hier ist jede und jeder von uns gefordert. Die erfolgreiche Umsetzung entscheidet nämlich auch über die Glaubwürdigkeit der Zeitenwende und damit auch über die Glaubwürdigkeit deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Deshalb lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen.

Meine Damen und Herren, es geht also bei der Umsetzung der Zeitenwende einerseits um die eher materiellen Voraussetzungen und andererseits um den richtigen Mindset. Beides sind notwendige Voraussetzungen für eine wehrhafte Bundeswehr und eine wehrhafte Demokratie. Lassen Sie mich mit den eher materiellen Voraussetzungen beginnen und dabei gleichzeitig den Versuch jedenfalls unternehmen, die offenen Gespräche und Diskussionen des gestrigen Tages zu den Bereichen Personal, Beschaffung und Infrastruktur in aller Kürze zusammenzufassen. Keine Sorge, das wird an der Stelle keine lange Wiederholung. Aber wir haben gestern zum Beispiel lange über das Thema Personal gesprochen, ein zentrales Thema. Ich habe dabei viel von Ihren direkten Einblicken vor Ort mitgenommen und fest steht, darüber sind wir uns alle einig, nur mit personellem Aufwuchs können wir die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sicherstellen und langfristig erhöhen. Unsere Devise lautet deshalb Flexibilisierung, Deregulierung und Dezentralisierung. Für mich haben Maßnahmen zur Stärkung der Personalgewinnung und -bindung höchste Priorität. Und die Maßnahmen, die die Task Force Personal gestern in ersten Grundzügen vorgestellt hat, werden wir angehen. Ich sage nochmal vielen Dank an den General Sieger und Frau Dr. Döring für ihre hervorragende Arbeit, die sie gemeinsam mit dem ganzen Team geleistet haben.

Was bedeutet das im Einzelnen? Unser Ziel ist es, regionale Vorteile stärker zu nutzen, das Bewerbungsverfahren zu verkürzen und Kompetenzen vor Ort und bei den Personalgewinnungsorganisationen zu stärken. Vielfalt, Chancengerechtigkeit, Transparenz sowie Wertschätzung sind und bleiben dabei unerlässliche beständige Basis der Zeitenwende Personal. Wir waren uns gestern alle einig, die Anzahl der Frauen in unseren Strukturen und vor allem in Führungspositionen wollen wir erhöhen. Dafür wollen wir die strukturellen Benachteiligungen, über die wir uns gestern auch alle einig waren, beseitigen. Das muss unser Anspruch sein. Bei meinen zahlreichen Truppenbesuchen wurde stets in diesem Zusammenhang mehr Verantwortung und Entscheidungskompetenz vor Ort gefordert. Die Kommandeurinnen und Kommandeure wollen die Weiterentwicklung des unterstellten Personals in eigener Zuständigkeit umfassender gestalten können. Auch das ist eine Botschaft, die gestern verstärkt wurde. Die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür wurden bereits geschaffen oder befinden sich sogar schon in der Umsetzung. Wir bündeln damit Verantwortung und Entscheidungskompetenz vor Ort. Ein Prinzip übrigens, für das ich aus Erfahrung große Sympathie hege. Wir müssen uns auch stärker damit befassen, junge Menschen für uns zu interessieren und zu gewinnen und mit ihnen gemeinsame Zukunftsperspektiven entwickeln. Ein wichtiger Aspekt aus der gestrigen Diskussion zu Personal: Die Bundeswehr, und ich finde, das ist eine ganz wichtige Botschaft, wird zukünftig Fachkräfte selbst entwickeln und schulen. Diesen Punkt wird die Taskforce Personal gemeinsam mit Ihnen ausbauen. Personalgewinnung und Bindung ist die Aufgabe von uns allen. Wir alle sind Teil der Bundeswehr und vertreten sie nach außen. So wie wir, jeder Einzelne von Ihnen, so wie wir über die Bundeswehr sprechen, so wie wir sie mit Leben erfüllen, wie wir sie gestalten, so wird sie dann auch von den Bewerberinnen und Bewerbern wahrgenommen. Deswegen haben wir alle gemeinsam hier eine große Verantwortung.

Material alleine reicht nicht, die Menschen stehen im Mittelpunkt. Gleichzeitig ist aber zu Recht die Erwartung an die materielle Ausstattung der Bundeswehr hoch. Sowohl von Seiten der Politik und der Öffentlichkeit, aber natürlich insbesondere in der Truppe. Unser vordringlichstes Ziel ist die Vollausstattung, damit wir schnell und dauerhaft reaktions- und handlungsfähig bleiben. Mit dem Erlass von Staatssekretär Zimmer zur Beschleunigung der Beschaffung und Weisung des Generalinspektors vom April diesen Jahres haben wir einen Paradigmenwechsel eingeleitet. Dem Faktor Zeit folgend richten wir die Ausstattung der Streitkräfte konsequent auf marktverfügbare Beschaffung aus. Ergänzende Entwicklungsvorhaben, insbesondere im Bereich der nationalen Schlüsseltechnologien, auf die wir viel Wert legen wollen, werden wir gleichzeitig weiter verfolgen. Die damit eröffneten Handlungsspielräume gilt es, aktiv auszugestalten und zu nutzen. Sie müssen in allen Bereichen gelebt und zielorientiert weiterentwickelt werden. Und ich bitte Sie alle ausdrücklich, Risiken nicht auf andere Ebenen zu verlagern. Fehler, ich habe es gesagt, nicht um jeden Preis zu vermeiden, sondern aktiv zu handeln und mit Fehlern, die entstehen, umzugehen. Die Aufgabe an uns in diesem Zusammenhang wurde gestern übrigens, fand ich, in der Diskussion besonders deutlich: Wir müssen als Vorgesetzte noch stärker zu Handlungsfreude und zu selbstständigen Entscheidungen ermutigen und natürlich dafür auch den Raum geben. Wir haben bereits wichtige Fortschritte und Ergebnisse erzielt. Das gilt für die Nach- und Ersatzbeschaffung der Ukraine wie für den Ausbau von Fähigkeiten. Ich will daran erinnern: Die Neubeschaffung, der neue Auftrag für die Nachbeschaffung der Leopard-Panzer, sollte, als ich danach fragte, bis Ende des Jahres erstellt werden. Nachfragen – hartnäckig – haben dann dazu geführt, dass wir bereits im Mai die Verträge unterschreiben konnten. Das Gleiche bei der Haubitze. Geplant war, vor der Sommerpause, unterschrieben wurde im März. Jeweils eine Halbierung der Arbeitszeiten für den gleichen Auftrag. Ich finde, daran kann man eindrucksvoll sehen: Es geht, wenn wir alle gemeinsam wollen.

Das Gleiche gilt für die beschleunigte Beschaffung der F-35 oder andere Projekte wie die Boeing P-8 Poseidon und die Flottendienstboote. All das ist schneller als ursprünglich geplant auf den Weg gebracht. Durch die Ausrichtung auf marktverfügbare Waffensysteme und konsequentes Forderungscontrolling ist es uns beispielsweise auch gelungen, innerhalb von zehn Monaten das Waffensystem IRIS-T SLM unter Vertrag zu nehmen. Bereits 2024 soll die erste von insgesamt sechs Feueereinheiten geliefert werden. Ich frage mal, das ist eine rhetorische Frage: Wer hätte uns das vor einem Jahr zugetraut? Das BAAINBw [Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr] hat in den vergangenen Monaten einiges erreicht, viele unnötige Regularien außer Kraft gesetzt und Beschaffungszeiten signifikant reduziert. Ich möchte die Präsidentin des BAAINBw ausdrücklich darin bestärken, diesen Weg entschlossen fortzusetzen. Dies schließt insbesondere die wichtigen Schritte der Entbürokratisierung mit ein, die wir, um sie zu zitieren, „nicht jetzt anfangen sollten zu bürokratisieren“.

Wir haben viele Projekte in den vergangenen Monaten auf den Weg gebracht. Und wir dürfen gleichzeitig in unseren Anstrengungen nicht eine Sekunde nachlassen. Zugleich, und das haben wir gestern auch erörtert, können wir bei der Beschaffung nicht alle Faktoren selber beeinflussen, egal wie schnell wir Planung abschließen und Verträge unterschreiben. Eine starke nationale und internationale Rüstungsindustrie ist bei all unseren Vorhaben ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Wir müssen dafür die sicherheits- und verteidigungspolitische Basis in Deutschland und in Europa deutlich stärken. Planbarkeit, Verlässlichkeit und Vertrauen sind die drei Stichworte, die auch gestern dazu im Fokus standen. Eine schnelle Beschaffung setzt vorhandene, und der Kanzler hat das vorhin auch schon ausgeführt, setzt vorhandene industrielle Kapazitäten voraus. Kapazitäten, die man skalieren kann. Industrielle Kapazitäten werden aber nur dann ausgebaut, wenn wir verlässlich aufzeigen können, dass wir auch künftig finanziell in der Lage sind, entsprechende Abnahmen zu veranlassen. Wir können also nicht einfach nur mehr fordern. Wir müssen auch gewillt sein, Planungssicherheit zu gewährleisten. Als andere Seite der gleichen Medaille, das will ich auch deutlich sagen, erwarten wir aber auch Liefertreue in Qualität und Zeit durch die Industrie. Auch erwarte ich, ehrlich gesagt, mehr Eigeninitiative. Es ist nicht die Zeit, um auf Forschungs-

und Entwicklungsaufträge zu warten. Es ist Zeit, aktiv zu werden, um marktverfügbare Lösungen anbieten zu können. Wir brauchen dafür einen Dialog auf Augenhöhe. Denn die Förderung und der Erhalt industrieller und technologischer Kapazitäten in Deutschland liegt in unserem klaren Interesse. Ich habe in den vergangenen Wochen und Monaten den Austausch mit der Industrie daher auch persönlich deutlich ausgebaut, etwas, was in den vergangenen Jahren ein Tabu zu sein schien. Wir brauchen eine noch intensivere und verlässlichere Zusammenarbeit, denn Verlässlichkeit ist keine Einbahnstraße. Gleichzeitig, und das ist auch im Interesse der Rüstungsindustrie, aber auch in unserem Interesse, müssen wir auch über unsere Rüstungsexportpolitik neu denken. Ich bin überzeugt, sie wird derzeit weder Zeitenwende noch nationaler Sicherheitsstrategie noch der weltweit verschärften geopolitischen Lage gerecht. Das schadet dem Ansehen Deutschlands als verlässlicher und glaubwürdiger Partner. Wir müssen die Sicherheitsinteressen anderer ernst nehmen. Eine verantwortungsvolle Rüstungspolitik berücksichtigt nicht nur unsere Bündnis- und Sicherheitsinteressen, sondern unterstützt auch unsere bewährten Partner außerhalb der EU und NATO, die unmittelbaren Bedrohungen ausgesetzt sind. Auch müssen wir geeignete Ansätze und Strategien finden, darüber diskutieren, wie wir mit Ländern umgehen, die nicht vollständig alle unsere Werte teilen, mit denen wir aber ein immer wichtiger werdendes gemeinsames Interesse teilen an Stabilität und Verteidigung der internationalen regelbasierten Ordnung. Vor allem dürfen wir diese Länder eben nicht dem Einfluss derer überlassen, die die regelbasierte Ordnung unter Druck setzen, sie jeden Tag in Frage stellen. Das ist eine schwierige Gratwanderung. Ich bin mir dessen sehr wohl bewusst. Eine Gratwanderung, zu der es keine One-size-fits-all-Lösung geben wird. Aber dennoch müssen wir Antworten finden.

Die Fortsetzung der Optimierung des Beschaffungswesens, meine Damen und Herren, bleibt also eine Schwerpunktaufgabe. Wir werden den Weg der Flexibilisierung von Prozessen weiter beschreiten, aber zugleich darauf zu achten haben, dass Prozesse, die zusammengehören, stärker miteinander verzahnt werden. Ich denke hier zum Beispiel an die stärkere Verzahnung von Infrastrukturprozessen mit Rüstungsvorhaben. Das muss unser Ziel sein, viel klarer und viel früher. Neben den heute geplanten fast 7.000 Baumaßnahmen mit einem Investitionsvolumen von über 24 Milliarden Euro zeichnen sich natürlich weitere infrastrukturelle Bedarfe ab, mit Blick auf die Umsetzung unseres Fähigkeitsprofils sowie des Sondervermögens. Mit Erlass vom Oktober dieses Jahres haben wir daher angewiesen, bundeswehrinterne untergesetzliche Vorschriften, welche die Infrastrukturorganisationen über den gesetzlichen Rahmen hinaus binden, bis auf Weiteres nicht anzuwenden. Wir wollen auf nicht zwingend erforderliche Verfahrensschritte verzichten und wo immer möglich weitere Deregulierungsmöglichkeiten mit den zuständigen Stellen in Bund und Ländern umsetzen. Ich danke Herrn Staatssekretär Hilmer für die Arbeit an diesem Erlass. Wir führen dazu zur Zusammenarbeit mit den Ländern zahlreiche und ressortübergreifende Gespräche. Außerdem habe ich Ende Oktober allen Regierungschefinnen und Chefs der Länder geschrieben und sie eindringlich gebeten, in den zuständigen Bauverwaltungen eine ausreichende Personalausstattung sicherzustellen und, wo zielführend, alternative Wege der Bedarfsdeckung aufzuzeigen und den Weg dafür freizumachen. Den engen Austausch mit den Bundesländern werde ich im ersten Quartal fortführen. Mit dem Aktionsplan „Infrastruktur Zeitenwende“ wollen wir zudem unsere Planungen auf ein realisierbares Maß zurückführen, also bereits erkannte infrastrukturelle Bedarfe transparent und nachvollziehbar priorisieren. Dabei wird die Maßgabe sein, wie sollte es auch anders sein: Was braucht die Truppe zur Auftragserfüllung wirklich und bis wann? Wir wollen dabei jede Möglichkeit nutzen, um die Infrastrukturbereitstellung zu beschleunigen. Wir priorisieren und wir fokussieren.

Um all die gerade beschriebenen Aufgaben erfolgreich umsetzen zu können, brauchen wir klare Strukturen und eindeutige Verantwortlichkeiten. Wir müssen schnell und agil handeln können und dürfen uns nicht durch unnötige Abstimmungsprozesse einbremsen lassen. Ich habe daher bereits Anfang des Jahres angekündigt, dass ich mir die Strukturen des Ministeriums sehr genau anschauen werde. Ich will meine Bemerkung zum Organigramm nicht wiederholen. Mein Ziel war von Anfang an, die Struktur des BMVg muss den Anforderungen der Zeitenwende gerecht

werden. In einem ersten Schritt haben wir Mitte des Jahres die Leitungsebene neu strukturiert und den Planungs- und Führungsstab aufgestellt, um die strategische Steuerungsfähigkeit im Hause zu verbessern. In einem zweiten Schritt haben wir uns den Rest des Hauses näher angeschaut. Es ging darum, schlankere Arbeitsprozesse zu etablieren, Redundanzen abzubauen und Perspektiven zusammenzuführen. Und gleichzeitig ist unser Ziel, kohärent gegenüber anderen Ressorts und internationalen Partnern aufzutreten, also mit einer Stimme zu sprechen. Mit der gesamten Organisationsreform sind wir daher der Devise gefolgt: Die Form folgt der Funktion. Nicht vorab festgelegte Personalgrößen oder Wunschzettel für Organisation, sondern bestmögliche Funktionalität war für mich der bestimmende Faktor. Dazu gehört ganz klar, wir wollen Aufgaben, die eher operativ bzw. unterstützend sind, in den nachgeordneten Bereich verlagern. Ziel der Reorganisation ist ein agiles, effizientes und effektives BMVg. Unsere Strukturen, das will ich deutlich sagen, müssen deutlich klarer an den Erfordernissen von Landes- und Bündnisverteidigung ausgerichtet sein. Oder ich sage, wieder ausgerichtet sein. Wir brauchen mehr Verantwortungsübernahme, wir brauchen weniger Zuständigkeitsdenken. Redundanzen und Überschneidungen zwischen Abteilungen müssen wo immer möglich aufgelöst werden. Wir werden daher beispielsweise die Abteilung Rüstung wieder klarer auf ihren Kernauftrag zurückführen, die Beschaffung der bestmöglichen Ausrüstung für die Bundeswehr. Auch die Abteilung „Strategie und Einsatz“, die künftig „Militärstrategie, Einsatz und Operation“ heißen wird, soll ganz klar wieder dem Hauptziel, dem strukturbestimmenden Merkmal LV/BV, angepasst werden. Insgesamt können wir durch die Reorganisation des BMVg drei Unterabteilungen abbauen und mit 200 bis 300 Dienstposten weniger im BMVg auskommen, die dann mehrheitlich in den nachgeordneten Bereich verlagert werden. Wir werden darauf achten, dass die Reduzierung und Verlagerung natürlich im engen Austausch mit den betroffenen Personen und den Personalvertretungen vorgenommen werden.

Meine Damen und Herren, eine Feststellung hat sich als roter Faden durch unsere Bundeswehrtagung gezogen. Für eine leistungsfähige und kriegstüchtige Bundeswehr der Zukunft in allen Bereichen müssen wir grundlegende Veränderungen herbeiführen. Das reicht von unseren Strukturen über unsere Rüstungs- und Beschaffungsverfahren bis hin zu unserem gemeinsamen Selbstverständnis und unserer wichtigsten Ressource, unserem Personal. Gemeinsam mit unseren Verbündeten müssen wir uns leider wieder ganz konkret mit einer militärischen Bedrohung auseinandersetzen. Die Zeitenwende verändert die Rolle Deutschlands fundamental. Wir tragen als bevölkerungsreichstes und wirtschaftlich starkes Land in der Mitte Europas eine große Verantwortung. Diese Erkenntnis, aber auch das von mir bereits dargestellte sicherheitspolitische Umfeld sowie die daraus resultierenden Anforderungen an die Bundeswehr müssen sich auch in unseren Grundsatzdokumenten widerspiegeln. Ich habe deshalb gestern gemeinsam mit dem Generalinspektor neue verteidigungspolitische Richtlinien erlassen, die Sie natürlich alle gestern mitgenommen und längst gelesen haben. Die verteidigungspolitischen Richtlinien gründen auf einer klaren verteidigungspolitischen Standortbestimmung. Sie definieren strategische Prioritäten und Handlungsfelder für die Gestaltung einer integrierten Verteidigungspolitik. Sie bestimmen daraus abgeleitet die Aufträge der Bundeswehr mit der Landes- und Bündnisverteidigung als Kernauftrag, man kann es nicht oft genug unterstreichen. Daraus folgen planerische und militärstrategische Vorgaben für die Streitkräfte. Und trotzdem werden wir in Zukunft nicht auf das internationale Krisenmanagement verzichten können oder dürfen. Zu glauben, dass dieses Kapitel abgeschlossen sei, würde einer Realitätsverweigerung nahe kommen. Wir brauchen eine Bundeswehr, die beides kann.

Meine Damen und Herren, der 9. November und auch der in Kürze wieder anstehende Volkstrauertag sind historische Daten, die uns mahnen. Daten, die uns innehalten lassen sollten. Es sind Daten, die uns noch einmal bewusst machen, welch hohes Gut Demokratie, Freiheit und Sicherheit sind. Und welch wichtige Rolle unsere Streitkräfte als Verteidiger unserer Demokratie und der internationalen Ordnung und Stabilität spielen. Das müssen wir uns alle klar vergegenwärtigen. Unser Anspruch muss sein, der nächsten Generation eine stabile, souveräne, sichere und

349 friedliche Bundesrepublik zu übergeben. Dafür treten wir an. Um diesen Weg erfolgreich zu be-  
350 beschreiten, brauchen wir Sie alle. Wir brauchen den Schulterschluss. Und hier spreche ich jeden  
351 und jede von Ihnen an, jeden General oder Admiral, die zivilen Führungskräfte, ebenso natürlich  
352 unsere Abgeordneten des Deutschen Bundestages und die Vertreter der Medien. Sie alle tragen  
353 Ihren Teil dazu bei, für die Sicherheit dieser und zukünftiger Generationen zu sorgen. Und des-  
354 wegen bitte ich Sie, tragen Sie dazu bei diesem Mentalitätswechsel in unserer Gesellschaft, tra-  
355 gen Sie dazu bei. Nur eine Gesellschaft, die versteht, wie wichtig, wie existentiell Sicherheit ist  
356 und wie sehr sie Freiheit ermöglicht, ist auch bereit, dafür etwas zu tun. Dazu gehören auch der  
357 Rückhalt und der Respekt für unsere Soldatinnen und Soldaten. Nicht blind, nicht unkritisch, aber  
358 mit Fokus darauf, wofür unsere Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Uniform täglich sorgen:  
359 Für unsere Sicherheit und für unsere Freiheit.

360 Hinzu kommt noch etwas anderes ganz Zentrales. Ein Dauerthema. Sicherheit gibt es nicht zum  
361 Nulltarif. Unser Bundeskanzler hat es heute Morgen zu Recht noch einmal betont. Wir, die Bun-  
362 desregierung, bekennen uns ganz deutlich, künftig mindestens 2 Prozent unseres Bruttoinlands-  
363 produktes in unsere Verteidigung zu investieren. Das 2-Prozent-Ziel ist unsere Leitlinie für eine  
364 belastbare und andauernde Finanzierung unserer Streitkräfte. Erst Mittwochnachmittag habe ich  
365 mit den Mitgliedern des Haushaltsausschusses im Rahmen unserer Einzelplanberatung über die  
366 Grundlagen für unseren Verteidigungshaushalt und damit eben über die Grundlage für die Um-  
367 setzung der Zeitenwende debattiert. Mit dem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro haben  
368 wir einen bedeutsamen Schritt unternommen, um die Bundeswehr für die kommenden Heraus-  
369 forderungen zu rüsten. Ich will es deutlich sagen, ohne die breite parlamentarische Unterstützung  
370 wäre dies nicht möglich gewesen und dafür sage ich an dieser Stelle gerne noch einmal herzli-  
371 chen Dank. Wir wissen aber alle schon heute, das Sondervermögen wird bis 2027 weitestgehend  
372 und spätestens 2028 vollständig verausgabt sein. Wir müssen daher auch nach dem Sonderver-  
373 mögen einen Aufwuchs des Verteidigungshaushalts auf 2 Prozent des BIP erreichen. Dafür be-  
374 darf es frühzeitiger Weichenstellungen, vor allem auch, um Planungssicherheit im Bereich der  
375 Beschaffung zu gewährleisten. Meine Damen und Herren, finanzielle Ressourcen sind eine we-  
376 sentliche Voraussetzung dafür, dass wir unsere Streitkräfte kriegstauglich für die Zukunft machen  
377 können. Vor allem aber müssen wir sie so organisieren und aufstellen, dass sie, wenn gefordert,  
378 auch bei einem künftigen Kriegsbild Erfolg haben können. Vor diesem Hintergrund ist meine drei  
379 Alpha: Die Bundeswehr muss zur zeitgemäßen Landes- und Bündnisverteidigung voll befähigt  
380 werden. Sie muss ihre Rolle als Kerninstrument in der gesamstaatlichen Sicherheitsvorsorge  
381 und zur Verteidigung Deutschlands und seiner Verbündeten voll gerecht werden. Sie muss Zu-  
382 kunftstechnologien für sich nutzbar machen. Und für all dies müssen wir sie mit realistischen  
383 personellen, finanziellen und materiellen Ressourcen ausstatten. Und wir müssen ihr die passen-  
384 den Strukturen geben. Daher habe ich den Generalinspekteur zusammen mit Staatssekretär Hil-  
385 mer beauftragt, mir bis Ostern 2024 Vorschläge zu einer Struktur der Streitkräfte und der nach-  
386 geordneten zivilen Bereiche vorzulegen. Beide werden sich an diesem Prozess intensiv betei-  
387 ligen. Dabei soll, und anders geht es auch nicht in Zeiten der Zeitenwende, dabei soll und darf es  
388 explizit keine Denkverbote geben. Das heißt auch, dass existierende Organisationsentscheidun-  
389 gen und Bereiche sowie bestehende Kommandos hinterfragt werden dürfen oder sogar müssen.  
390 Betrachten Sie das bitte, meine Damen und Herren, als meinen klaren Marschbefehl.

391 Meine Damen und Herren, viele Schritte haben wir bereits gemacht für die Personalgewinnung  
392 und -bindung, bei der Reorganisation des BMVg, bei unseren umfangreichen Beschaffungsvor-  
393 haben, mit den verteidigungspolitischen Richtlinien und mit der Ausplanung der Brigade Litauen.  
394 Wir kommen voran, aber wir müssen jetzt auch so weitermachen. Die Zeitenwende fordert von  
395 uns weitere, teilweise wahrscheinlich schmerzhaft und langwierige Schritte. Das gilt für die Bun-  
396 deswehr und das gilt für das BMVg, genauso wie für unsere Gesellschaft. Wir müssen den An-  
397 forderungen klar ins Auge sehen. Denn die Veränderungen unserer Welt sind da und vor den  
398 Folgen für uns können und dürfen wir uns nicht verstecken. Das ist eine Lehre aus dem Schick-  
399 salstag des 9. November und das muss eine Lehre sein aus dem 24. Februar 2022.

400 Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich danke Ihnen von Herzen  
401 für Ihre wirklich aktive, offene Teilnahme und die anregenden Diskussionen der letzten beiden  
402 Tage. Mir macht das Mut für die vor uns liegenden Aufgaben. Wir haben ein gemeinsames Ziel.  
403 Es geht um die Zukunft unserer Verteidigungsfähigkeit. Es geht um die Zukunft unserer Bundes-  
404 wehr. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen. Vielen Dank!

Anlage 3: Boris Pistorius: Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2025 (14.02.2025):

[Extrahiert aus [https://securityconference.org/assets/02\\_Dokumente/01\\_Publicationen/2025/Selected\\_Key\\_Speeches\\_Vol.\\_II/MS\\_C\\_Speeches\\_2025\\_Vol2\\_Ansicht\\_gek%C3%BCrzt.pdf](https://securityconference.org/assets/02_Dokumente/01_Publicationen/2025/Selected_Key_Speeches_Vol._II/MS_C_Speeches_2025_Vol2_Ansicht_gek%C3%BCrzt.pdf), S. 33 ff. und ergänzt aus <https://www.ardmediathek.de/video/phoenix-vor-ort/rede-von-boris-pistorius-bei-der-msc/phoenix/Y3JpZDovL3Bob2VuaXquZGUvNDc5MDM0Nw>, beide zuletzt abgerufen am 03.07.2025]

1 President Nauséda,

2 Madame Chair Pouzyreff,

3 Mrs. Kube,

4 Ladies and gentlemen!

5 I will begin my speech in German.

6 [auf Deutsch] I had prepared a speech on the topic of today's event. A speech that was actually  
7 supposed to be about security in Europe. But I can't start as planned originally. I am a convinced  
8 transatlanticist, a passionate transatlanticist, a great friend of America. The American Dream has  
9 fascinated and influenced me from an early age. That is precisely why I cannot go back to busi-  
10 ness as usual. That's why I can't leave the speech we heard earlier from the U.S. Vice President  
11 uncommented.

12 "We also fight so that you can be against us", that is the selfunderstanding of the German Bun-  
13 deswehr which also stands for our democracy. This democracy was called into question earlier  
14 by the U.S. Vice President for the whole of Europe. He spoke of the annihilation of democracy.  
15 And if I have understood him correctly, he is comparing conditions in parts of Europe with those  
16 in authoritarian regimes.

17 Ladies and gentlemen, that is unacceptable. That is not acceptable. And that is not the Europe  
18 and not the democracy in which I live and for which I am currently campaigning. This is not the  
19 democracy that I experience in our Parliament. In this democracy, every opinion has a voice. It  
20 allows partially extremist parties like the AfD to campaign normally, just like any other party. That  
21 is democracy. If the Vice President had had the opportunity to switch on the television when he  
22 arrived yesterday, he would have seen a leading candidate from this party on prime-time German  
23 television. Media outlets spreading Russian propaganda are also admitted to our press confer-  
24 ences, and representatives of the German government have to answer their questions. Nobody  
25 is excluded just because they don't share our wording.

26 [spricht ab hier auf Englisch] However, democracy does not mean that the loud minority is auto-  
27 matically right and determines the truth. Democracy must be able to defend itself against the  
28 extremists who want to destroy it. And I tell you as it is: I am happy, grateful and proud to live in a  
29 Europe that defends this democracy and our way of living in freedom every day – against its  
30 internal enemies and its external enemies. That is why I strongly oppose the impression created  
31 by Vice President Vance that minorities are being suppressed or silenced in our democracy. We  
32 know not only against whom we are defending our country, but also for what purpose. For de-  
33 mocracy, for freedom of expression, for the rule of law and for the dignity of every individual.

But unlike the Vice President, I would also like to focus my speech on the most pressing questions of European and transatlantic security. The last days have confirmed what many had speculated for month. The United States is pushing for a quick peace settlement between Russia and Ukraine, and it expects Europe to take the lead in securing any agreement that follows. These negotiations can be a turning point for our continent and for transatlantic relations a historic turning point that can go into very different directions.

The choices we make now will determine whether we live in peace or in crisis, they will determine our future and the future of the next generation in Europe, but also beyond. We must ensure that Ukraine is not left alone, ladies and gentlemen, because one thing remains. There will be no lasting peace in Europe without a strong and free Ukraine. There will be no sustainable rules-based order if aggression prevails, we must equally make sure that Russia does not emerge from this war as an even bigger threat than before. A fragile peace that only postpones the next war is not an option. Yesterday there was strong consensus among NATO allies that imperialist powers will only respond to deterrence and strengths. Be it in Europe or in the Indo Pacific. Therefore, we must and we will negotiate from a position of strength.

Three things are crucial for that: First European and Ukrainians must play an active part in the negotiations. Only united we will be able to stand strong. Only united will we negotiate a stable and long-lasting peace.

Second, Ukraine needs to negotiate from a position of strength. Germany will, therefore, remain the largest supporter of Ukraine on this continent and we will continue in our engagement in the near future and beyond.

Third the Transatlantic Alliance must not take anything off the table before the peace talks have even started discussions about Ukraine's NATO membership or territorial issues must take place at the negotiating table with careful consideration and in close coordination among allies at the same time. Secretary Hegseth made it very clear that the U.S. will remain engaged in NATO and in Europe, but the recent statements are also a strong reminder of what has been clear for many years. If we are honest, we Europeans have to contribute the lion's share to conventional deterrence and defense in Europe. We need to shape the reality we live in before it shapes us. Yesterday in NATO we agreed to develop a roadmap that was my proposal, a roadmap to organize the burden shifting from the United States to Europe in the years to come and to avoid at the same time by orchestrating it, that we run in capability gaps, which are critical. It is time for fewer promises now and more action. That is why my French colleague, Sébastien Lecornu, and I established the group of five together with the United Kingdom, Poland and Italy at the end of last year to chart a course for a strong Europe. We will use this format to develop the roadmap in the upcoming month and discuss it with our allies, especially with the United States. Ladies and gentlemen, in order to make European responsibility a reality, we are taking strong measures in all important areas of defense with regards to money material and operational readiness.

Last year, Germany committed two percent of its GDP to defense. Within just two years, we nearly doubled our investments in procurement, other European nations have made similar successful efforts. Security guarantees the future for all of us and for the next generation. We have the responsibility to invest in the future for Germany. That means further increasing our defense spending. We need substantial financial means that cannot simply be cut out of the current budget. Excluding defense spending from our national debt limit is, therefore, inevitable. Security is not a short-term expenditure, it is a long-term commitment. That is why I am developing a ten-year program. We need to make defense spending more predictable. That means achieving next-generation security at the European level. We need to act in a similar way.

We must ensure that all countries can effectively strengthen their security. That should involve adapting the Maastricht criteria to allow nations that face tight budgetary restrictions a greater flexibility to defense investments and it would also involve a shift towards defense in the priorities

83 of the European Union's multi annual financial framework, just as was mentioned earlier by Mrs.  
84 von der Leyen. Earlier more cash, that's the truth, must of course translate into more capabilities.  
85 It's not about money, it's about capabilities. Germany has launched a defense industry strategy  
86 to create the right political, economic and regulatory framework to quickly make our defense in-  
87 dustry more innovative, agile and resilient. We streamlined our procurement processes and to-  
88 gether with industry, we are expanding our production capacities while pushing for a stronger  
89 European defense industrial base. Because one thing is Europe needs a strong, more sovereign  
90 defense industry, we cannot afford excessive dependencies. This has never been clearer than  
91 today.

92 As we see the geopolitical landscape shifting, maintaining our technological advantage is crucial,  
93 particularly in areas such as artificial intelligence, space and quantum technology. These invest-  
94 ments generate positive spillover effects across our entire research landscape and overall econ-  
95 omy. We need more European solutions while maintaining strong cooperation with our transat-  
96 lantic partners, we need both in order to increase our defense capacities as quickly and compre-  
97 hensively as possible. While building and maintaining a strong industrial base, simply put, we  
98 Europeans must develop together, build together, buy together, deploy together, even if that in-  
99 volves adapting and merging certain industries and setting aside national interests. In some  
100 cases, this requires better coordination of who produces what to avoid duplicating efforts. We  
101 have proved that we are capable of this. The European Sky Shield Initiative is an example. The  
102 same is true for the European Long-Range Strike Approach initiated by Germany and France.  
103 And let me mention one more example, the German Norwegian Submarine project. Soon German  
104 crews will be able to sail on Norwegian submarines and vice versa. This is European defense  
105 integration in action. We are also inviting additional nations to join from across the Atlantic. This  
106 will boost NATO's naval presence from the shores of the Baltic Sea across the Atlantic, all the  
107 way to the Arctic with the latter being more and more in the focus of NATO's adversaries. Projects  
108 like these are the future of procurement. They show what we can achieve when we act together  
109 and overcome national constraints. That brings me to operational readiness after Russia's full-  
110 scale invasion of Ukraine.

111 We have significantly scaled up our efforts to secure NATO's eastern flank. We increased our  
112 presence in the air, on land and at sea. As of this year, 35,000 personnel stand prepared at the  
113 highest readiness level to defend NATO's territory. If needed in Lithuania, we are moving from a  
114 rotational to a permanent presence together with our allies. We have as many as 1,400 boots on  
115 the ground today as part of the multinational Lithuania battle group. We are in the midst of pre-  
116 paring the deployment, permanent deployment of a full combat ready brigade. We will have  
117 roughly 5,000 personnel permanently in Lithuania in the years to come. On this note, thank you  
118 very much, President Nausėda, for being such an exemplary partner in the historic endeavour.  
119 But our commitment on the Eastern Flank does not and will not stop in Lithuania.

120 Also, and especially after a potential peace in Ukraine, we are well aware that Russia will remain  
121 a threat. We are assuming more leadership responsibility in the North-Eastern multinational corps  
122 to bolster deterrence and defense in the region. This is a true example of our shared commitment  
123 to security. Ladies and gentlemen, this week has been a week of decision. Next week it will be  
124 the German voters who make a choice. A lot is at stake in this election. I trust that the German  
125 voters will send a strong message. Germany will remain a reliable ally. Germany will continue to  
126 work towards a stronger and more secure Europe and Germany will continue to take on more  
127 responsibility and leadership in Europe. The challenges of the coming months and years will be  
128 enormous, but so is our ability to tackle them. As long as we stand together, as long as we remain  
129 committed to our security and our values of liberal democracy, I have no doubt that the future is  
130 ours to shape.

#### Anlage 4: Robert Habeck: Rede vor dem Deutschen Bundestag (24.03.2022):

[Extrahiert aus dem Stenographischen Bericht der 25. Sitzung des 20. Deutschen Bundestages am 24. März 2022, abrufbar unter <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20025.pdf>, S. 2027 ff., zuletzt abgerufen am 03.07.2025]

1 Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, guten Morgen! Lieber Herr Merz, Sie haben  
2 gestern Ihre Rede mit der Feststellung begonnen, es werde von Zeitenwende gesprochen, aber  
3 man würde sie nicht sehen. Nun, ich möchte für die Bundesregierung, aber auch für mein Minis-  
4 terium sagen: Man muss blind sein, wenn man sie nicht sieht.

5 Wir befreien uns in einer großen Geschwindigkeit von der Abhängigkeit von russischen fossilen  
6 Energien, und zwar nicht nur von den fossilen Energien, sondern wir kämpfen auch gegen eine  
7 Infrastruktur, die die Abhängigkeit noch vergrößert hat. Gazprom besitzt den größten Speicher in  
8 Deutschland. Dieser wurde über den letzten Sommer geleert, was als Vorbereitung diente, um  
9 uns in diesem Winter zu gängeln. Rosneft besitzt eine große Öltraffinerie in Ostdeutschland. Nord  
10 Stream 2 wurde gebaut. Wir haben all das korrigiert oder sind dabei, es zu korrigieren. Wenn man  
11 das nicht als Zeitenwende, als politische sowohl von der Qualität wie der Quantität, erkennt, dann  
12 will man das nicht erkennen.

13 Sehr geehrte Damen und Herren, wenn man sich davon unabhängig machen will, muss man –  
14 noch – für Alternativen sorgen. Das heißt, wir bauen LNG-Terminals und kaufen die Rohstoffe  
15 ein, die wir brauchen, um diese LNG-Terminals zu betreiben. Der qualitative Unterschied besteht  
16 dabei nicht im Herkunftsland, der qualitative Unterschied ist, dass wir uns nie wieder in die Hand  
17 von einem Lieferanten alleine begeben wollen.

18 Das, was wir machen, ist, die Energieversorgung in Deutschland breiter aufzustellen und sicherer  
19 zu machen. Der Weg über die Gasbrücke wird immer kürzer werden, je höher die Preise sind.

20 Wir bauen die Wasserstoffinfrastruktur auf. Wir sorgen dafür, dass der Hochlauf bei der Wasser-  
21 stoffwirtschaft stattfindet. Dafür bauen wir die erneuerbaren Energien nach Jahren des Stillstan-  
22 des mit großer Dringlichkeit aus; das Gleiche gilt für die Netze. Und wir sorgen für Effizienz und  
23 Einsparung. Ich verstehe, warum man darüber so wenig redet; denn das, was man einspart, das  
24 sieht man ja nicht. Aber es macht keinen Sinn, gegen die hohen Preise anzuschubventionieren,  
25 wenn wir nicht den Verbrauch reduzieren, wenn wir nicht die Effizienz nach vorne bringen.

26 Den Abschied von den fossilen Energien auch durch die Reduzierung des Verbrauchs mit Lei-  
27 beskräften voranzubringen, das ist das Gebot der Stunde.

28 Wo ich Rolf Mützenich und Britta Haßelmann sehe, möchte ich noch sagen: Wir hatten eine inte-  
29 ressante Nacht im Koalitionsausschuss, die zu einem guten Ergebnis geführt hat. Das Ergebnis  
30 ist gerade im Bereich der Effizienz vorzeigbar, ja, ich würde sagen, es wird sogar Ausrufezeichen  
31 setzen, wenn die Parteivorsitzenden nachher das Ergebnis des Koalitionsausschusses vorstel-  
32 len. So geht eine Zeitenwende! So wird eine Zeitenwende gemacht!

33 So lösen wir uns aus dem Klammergriff, der in den letzten Jahren entweder durch Unwissenheit  
34 oder durch strategische Blindheit immer enger um Deutschland gezogen wurde.

35 Ja, wir sind noch nicht in der Lage, ein sofortiges Embargo auf Kohle, auf Öl oder auf Gas aus  
36 Russland zu verhängen. Das muss man zugeben, und es ist bitter genug, es zugeben zu müssen.  
37 Aber dass wir das noch nicht können, heißt nicht, dass wir nichts tun. Schritt für Schritt sind wir  
38 jetzt schon dabei, die Abhängigkeit von Öl und von Kohle und von Gas strategisch zu reduzieren.  
39 Die Zahlen, die ich am Anfang des Krieges genannt habe, sie stimmen jetzt schon nicht mehr.

40 Die Bundesregierung und die Unternehmen – dafür bedanke ich mich bei den Unternehmen, die  
41 mitziehen – sind jetzt schon dabei, ein schrittweises Embargo umzusetzen.

42 Meine Damen und Herren, natürlich verstehe ich die Dringlichkeit, mit der Leute sagen: Macht  
43 doch schneller! – Vielleicht wäre ein Embargo, das jetzt sofort auf alle drei Rohstoffe verhängt  
44 würde, der Gamechanger. Vielleicht wäre der Krieg in der Ukraine dann nach drei, vier Tagen zu  
45 Ende – vielleicht aber auch nicht. Die Indizien sprechen, wenn man sich die russischen Aggres-  
46 sionen in den anderen Ländern anschaut, die zuvor betroffen waren, eher dagegen. Syrien, Ge-  
47 orgien, der Angriff auf die Krim und die Sanktionen nach der Annexion der Krim – das alles ist  
48 Jahre her, teilweise über ein Jahrzehnt her. Wir können also nicht sicher davon ausgehen, dass  
49 die Maßnahmen, die wir ergreifen könnten, zu einem sofortigen Ergebnis führen. Deswegen ist  
50 die Politik der Bundesregierung, nicht unbedacht zu handeln, sondern Schritt für Schritt die Vo-  
51 raussetzungen zu schaffen und uns außenpolitisch und sicherheitspolitisch Freiraum zu erkämp-  
52 fen, um dann die Maßnahmen, die wir ergreifen, auch durchzuhalten. Das ist das Gebot der  
53 Stunde: eine kluge, umsichtige, aber energische Politik.

54 Vieles von dem, was wir machen, unterstützen wir mit finanziellen Aufwendungen, und zwar –  
55 wenn ich auf den Haushalt meines Ministeriums schaue – mit erheblichen Aufwendungen. Aber  
56 wir sind auch dabei, die Überförderung der Vergangenheit zurückzufahren. Ich habe schon, als  
57 wir über die Förderung der Gebäudesanierung gestritten haben, gesagt, Subventionen sind die  
58 Ultima Ratio in einer Marktwirtschaft: Sie sind notwendig, wenn es die Märkte noch nicht gibt,  
59 aber da, wo die Märkte schon funktionieren, da kann man sie auch zurücknehmen. Und ich muss  
60 feststellen, dass wir nach 16 Jahren unionsgeführter Regierung eine Übersubventionierung in  
61 vielen Bereichen haben. Teilweise glaubt man wohl, die Leute in Deutschland würden sich nur  
62 noch bewegen, wenn man ihnen einen finanziellen Klaps auf den Hintern gibt. Komisch, dass wir  
63 Ihnen erklären müssen, wie Marktwirtschaft funktioniert!

64 Es geht jetzt in dieser Situation von hoher Inflation und schwächelnder Konjunktur durch die Krise  
65 darum, die Kräfte des Marktes zu entfalten, und zwar nicht blind zu entfalten, sondern ihnen eine  
66 Richtung zu geben, sodass Verringerung des Rohstoffverbrauchs, Klimaschutz und Unabhängig-  
67 keit mit Wachstum und Wohlstand in diesem Land kombiniert werden. Das tun wir mit den großen  
68 Geldern, die meinem Haus zur Verfügung gestellt werden: mit 200 Milliarden Euro für den Klima-  
69 und Transformationsfonds und dem Grundhaushalt, der ungefähr 11 Milliarden Euro beträgt.

70 Wir investieren in Wasserstoff. Wir investieren in Innovationen. Wir investieren in Cloud-Techno-  
71 logie. Wir investieren in die Effizienz von Antrieben und von Gebäuden.

72 So schaffen wir die neuen Märkte. So schaffen wir Innovation in Deutschland, und so schaffen  
73 wir Wettbewerb um Innovation statt darum, wer am längsten im Status quo verharrt.

74 Meine Damen und Herren, genau heute vor einem Jahr hat das Bundesverfassungsgericht ein  
75 wegweisendes Urteil gefällt. Es lässt sich zusammenfassen mit dem Satz: Wer das Klima schützt,  
76 schützt die Freiheit. – So haben die Richterinnen und Richter damals geurteilt, und es ging wie  
77 ein Beben durch die politische Landschaft. Heute, ein Jahr nach diesem Urteil, muss man über-  
78 setzen: Wer darum kämpft, sich von den fossilen Energien freizumachen, der kämpft für die Frei-  
79 heit. Das, sehr geehrte Damen und Herren, bedeutet Zeitenwende. Machen wir uns frei von den  
80 fossilen Energien! Erst aus Russland, dann insgesamt! So kämpfen wir für die Freiheit. So kämp-  
81 fen wir für die Ukraine. Für die Ukraine! Für die Freiheit!

82 Danke schön.

Anlage 5: Robert Habeck: Pressekonferenz zur Ausrufung der Alarmstufe des Notfallplans Gas (23.06.2022):

[Transkribiert nach [https://www.youtube.com/watch?v=W\\_NfiFPwa8M](https://www.youtube.com/watch?v=W_NfiFPwa8M), zuletzt abgerufen am 03.07.2025]

1 Vielen Dank. Guten Morgen von meiner Seite. Wir haben zu dieser Pressekonferenz eingeladen,  
2 um Sie darüber zu informieren, dass wir nach Abstimmung in der Bundesregierung gestern und  
3 nach Informationen der europäischen Partner heute, jetzt in diesem Moment, die Alarmstufe Gas  
4 ausrufen.

5 Wir haben in Deutschland eine Störung der Gasversorgung, so ist es definiert. Daher ist es erforder-  
6 lich, diese Alarmstufe auszurufen. Gas ist von nun an ein knappes Gut in Deutschland. Das  
7 sage ich, obwohl oder gerade weil die Versorgungssicherheit in Deutschland aktuell gewährleistet  
8 ist.

9 Der Markt ist also in der Lage, die Mengen, die benötigt werden, um die Versorgungssicherheit  
10 in Deutschland zu gewährleisten und auch die Speicher moderat anzufüllen, auf dem Markt zu  
11 besorgen. Dennoch, und das zwingt uns zu diesem Schritt heute, darf die aktuelle Lage uns nicht  
12 in eine falsche Sicherheit, in einer falschen Sicherheit wägen.

13 Wir haben, nachdem in der letzten Woche Russland (Gazprom) unter einem vorgeschobenen  
14 technischen Argument die Gaslieferung auf der Nord Stream 1 Pipeline um 60 Prozent reduziert  
15 hat, verschiedene Szenarien durchgerechnet.

16 Diese Szenarien zeige ich Ihnen einmal. Das ist nämlich, ich finde, sehr anschaulich zu sehen,  
17 wo man da gerade steht. Die roten Punkte sind die gesetzlich vorgegebenen Speicher-Soll-Füll-  
18 stände. Die blaue Kurve, also quasi der optimale Verlauf unter der Annahme von einer Reduktion  
19 von Nord Stream 1 um 60 Prozent, also den minus 40 Prozent, ist die Kurve, die wir erreichen  
20 sollen.

21 Sie ist allerdings nur möglich zu erreichen unter der Annahme, dass wir nicht für das europäische  
22 Nachbarland ausspeichern. Das ist erstens ungesetzlich und zweitens wäre es auch absurd, weil  
23 wir ja darauf angewiesen sind, dass die europäischen Länder uns beliefern.

24 Also Niederlande, Norwegen, Benelux, Belgien, Frankreich, alle diese Länder brauchen wir ja,  
25 um überhaupt über LNG-Gas, Gas nach Deutschland zu bekommen. Insofern – und das ist die  
26 Erkenntnis, die uns zu diesem Tag führt – scheidet diese Kurve per Logik und per Gesetz aus.

27 Bleiben die verschiedenen anderen Szenarien und sie sehen – hier ist die Null-Linie, hier sind die  
28 Speicher leer – dass die meisten Szenarien uns sehr weit in die Zone von leeren Speichern füh-  
29 ren. Deswegen greift die Definition des Gesetzes, ich erlaube mir sie einmal vorzulesen:

30 [zitiert Art. 11 Abs. 1 der europäischen SoS-Verordnung] „Die Alarmstufe wird dann ausgerufen,  
31 wenn eine Störung der Gasversorgung oder eine außergewöhnlich hohe Nachfrage nach Gas  
32 vorliegt, die zu einer erheblichen Verschlechterung der Gasversorgungslage führt, der Markt aber  
33 noch in der Lage ist, diese Störung oder Nachfrage zu bewältigen, ohne dass nicht-marktbasierte  
34 Maßnahmen ergriffen werden müssen.“

35 Dieser Fall liegt vor. Wir haben uns die paar Tage Zeit gelassen, die Szenarien durchzurechnen.  
36 Das ist kein Spiel. Wir müssen einen so gravierenden Schritt gut begründen können. Und die  
37 Begründung ist aus meiner Sicht schlagend.

38 Wir sind also jetzt gehalten, die Gasverbräuche zu reduzieren, jetzt schon im Sommer, dann vor  
39 allem mit der Perspektive auf den Winter. Und das ist sicherlich die trügerische Wirklichkeit, in  
40 der wir uns im Moment bewegen.

41 Es ist Sommer und zwar ein Sommer nach einer langen Pandemiezeit. Man will gerne draußen  
42 die Zeit genießen. Man will auch vielleicht mal ohne politische Trübsal im Kopf die Zeit genießen,  
43 aber der Winter wird ja kommen.

44 Wir müssen also jetzt die Vorsorge treffen, um dann im Winter vorbereitet zu sein und alles daran  
45 setzen, dass wir mit vollen Speicherständen in den Winter gehen. Ich will ausdrücklich unterstreichen,  
46 dass diese Situation ja immer eine Bedrohung war.

47 Und so hat sich die Bundesregierung seit Amtsantritt, seit Dezember auf dieses Szenario vorbe-  
48 reitet. Wir haben früh angefangen, alternative Infrastrukturen zu schaffen, die LNG-Terminals mit  
49 Hochgeschwindigkeit zu bauen, beziehungsweise die Pipelineanschlüsse zu bauen für die  
50 FSRU-Schiffe, die Regasifizierungsschiffe.

51 Wir haben früh angefangen, mit Steuergeld Gasmengen zu besorgen, um über den Winter zu  
52 kommen, beziehungsweise die Kapazitäten, die nicht durch den Markt befüllt werden, aufzufüllen.  
53 Das schließt auch den Gazprom-Speicher Rehden mit ein.

54 Wir haben die verschiedenen Gesetze geschrieben, die es uns jetzt ermöglichen, auch gesetz-  
55 geberisch tätig zu werden, das Gaseinspeicherungsgesetz, das Energie-Sicherungsgesetz, all  
56 die Gesetze zum Ausbau der Erneuerbaren, die sich jetzt in der parlamentarischen Beratung be-  
57 finden, die also dann die Energiemenge hoffentlich zeitnah erhöhen.

58 Ich will und ich muss an dieser Stelle sagen, dass sich natürlich auch rächt, dass wir in den letzten  
59 Jahren in Deutschland nicht gut genug waren. Es sind die Versäumnisse der letzten Dekade, die  
60 uns jetzt in diese Bedrängnis geführt haben und damit meine ich nicht nur die politisch falsche  
61 Abhängigkeit von Russland, sondern auch die fehlende Bereitschaft Alternativen zu schaffen.

62 Wie anders ständen wir da, wenn wir die letzten Jahre in der Energieeffizienz und beim Ausbau  
63 der Erneuerbaren wirklich massiv vorangekommen wären, statt einfach nur im Stillstand zu ver-  
64 harren. Das rächt sich jetzt und muss mit großer Geschwindigkeit aufgeholt werden.

65 Dass das nicht von heute auf morgen geht, ist allen klar. Aber von heute auf übermorgen sollte  
66 erreichbar sein. Um dieses „Übermorgen“ zu erreichen, sind wir gezwungen, Maßnahmen zu  
67 treffen, die wirklich wehtun.

68 Wir haben sie schon am Wochenende angekündigt. Zu nennen sind, dass wir die Kohlekraftwerke  
69 aus der Reserve in den Betrieb bringen werden, um somit Gas vom Markt zu nehmen, Gas für  
70 die Elektrifizierung vom Markt zu nehmen, um dieses Gas dann einspeichern zu können.

71 Wir werden ein Gas-Spar-Auktionsmodell vorlegen, das es der Industrie nochmal erlaubt, gegen  
72 Geld, über eine Umlagefinanzierung Gasverbräuche aus dem Betrieb zu nehmen. Und gestern  
73 hat nach Beratung im Haushaltsausschuss der Gesetzgeber 15 Milliarden Euro für den Marktge-  
74 bietsverantwortlichen, also Trading Hub Europe, das ist die Tochterunternehmer der Gasnetzbe-  
75 treiber, 15 Milliarden Euro frei zu geben, um Gas einzukaufen für die weitere Speicherung. Die  
76 Alarmstufe, gesetzlich geboten nach den Analysen, die wir haben, ist außerdem die Grundlage  
77 für weitere Schritte.

78 Und die werden wir gehen, sobald die Gesetze verabschiedet sind, beziehungsweise sobald die  
79 Notwendigkeit es gebietet. Zwei Beispiele will ich nehmen. Einmal in parlamentarischen Verfah-  
80 ren befindet sich in der Endabstimmung das Kraftwerksbereithaltungsgesetz.

81 Dieses Gesetz ist dann die Grundlage dafür, dass wir die Kohlekraftwerke reinnehmen können.  
82 Es wird, wenn der Bundestag so dieses Gesetz verabschiedet, wie geplant, dann am 8.7. den

83 Bundesrat passieren und dann werden die Verordnungen vorliegen, die teilweise an die Ausru-  
84 fung der Alarmstufe gebunden sind.

85 Die Verordnungen werden jetzt unter Hochdruck geschrieben und die Kraftwerksbetreiber, die  
86 dann mit den Verordnungen ihre Kohlekraftwerke in den Markt bringen, sind angeschrieben wor-  
87 den, dass es so kommen wird.

88 Sie werden also jetzt schon die Kohle bereitstellen, die Kraftwerke wieder flott machen für den  
89 Einsatz dann in zweieinhalb Wochen. Das Zweite, was ich nennen will, und was immer mit der  
90 Alarmstufe auch öffentlich verknüpft wurde, ist der Paragraph 24 Energiesicherungsgesetz (En-  
91 SiG).

92 Es ist der Paragraph, der die Weitergabe von Preisen auch außerhalb der Verträge erlaubt. Er ist  
93 an die Voraussetzung der Alarmstufe gebunden, aber es gibt kein Automatismus und deswegen  
94 werden wir ihn heute nicht ziehen, noch nicht ausrufen.

95 Der Grund ist, dass wir den Markt weiter beobachten wollen. Die Ziehung des Paragraphen 24  
96 EnSiG ist daran gebunden, dass die Bundesnetzagentur eine weitere Störung, und zwar eine  
97 strukturelle Störung, der Gasflüsse feststellt. Deswegen haben wir die Voraussetzung jetzt hiermit  
98 geschaffen, werden ihn aber heute noch nicht ausrufen. Damit bin ich beim Preis, denn Paragraph  
99 24 EnSiG würde ja eine Preisweitergabe der Gasbetreiber außerhalb der Verträge bedeuten,  
100 diese Preise werden zu tragen sein von der Wirtschaft, von den Verbraucherinnen und von den  
101 Verbrauchern.

102 Und unabhängig davon, ob man §24 EnSiG zieht oder nicht, die Preise kommen bei den Ver-  
103 braucherinnen und bei den Verbrauchern an. Das, was wir also hier im Moment erleben, ist eine  
104 extreme Belastung für viele Menschen, für viele Unternehmerinnen und Unternehmer.

105 Diese Belastung ist ein externer Schock. Es ist ja nicht die Schlunzigkeit der deutschen Volks-  
106 wirtschaft, die uns zu dieser Situation geführt hat, sondern der Krieg in Russland und durch den  
107 Krieg und durch die politisch induzierte Verknappung von fossilen Rohstoffen, der Druck, der im  
108 Land aufgebaut wurde.

109 Diese Preise müssen also getragen werden. Dass sie fair getragen werden und dass es entspre-  
110 chend Entlastungen gibt für die Haushalte und für die Unternehmen, die es sich nicht leisten  
111 können, das ist die Aufgabe der nächsten Wochen, das gut zu analysieren und dort Abhilfe be-  
112 ziehungsweise Unterstützung zu schaffen.

113 Bleibt als Letztes zu sagen, dass wir, obwohl es Sommer ist, alle einen Beitrag leisten können,  
114 die Unternehmerinnen und die Unternehmer, indem sie schauen, welche Einsparpotenziale noch  
115 da sind. Und ich weiß, dass sie das tun. Es gibt Berechnungen, dass der Gasverbrauch in der  
116 deutschen Industrie in den letzten Monaten ungefähr acht Prozent zurückgegangen ist. Aber auch  
117 Privathaushalte können einen Unterschied jetzt schon machen.

118 Ich weiß, dass es manchmal banal klingt, aber diese Banalität muss man immer mit 41 Millionen  
119 Haushalten multiplizieren. Und bevor der Winter kommt, macht es eben Sinn, die Heizung noch  
120 einmal vernünftig einzustellen oder einen hydraulischen Abgleich durchzuführen.

121 Die Summen an Energie wie auch an Geld, die dort zu sparen sind, sind durchaus erheblich. Bis  
122 zu 15 Prozent beispielsweise an Heizkostenersparnis kann man machen, nur durch den hydrau-  
123 lischen Abgleich, also nur dadurch, dass die Heizungen vernünftig eingestellt sind.

124 Und das wäre dann ja entsprechend die Energiemenge und das nehmen wir jetzt mit 41 Millionen  
125 Haushalten multipliziert. Und dann sieht man, dass die kleinen teilweise so belächelten banalen  
126 Schritte in der Summe dann doch einen großen Unterschied machen.

127 Diesen Unterschied müssen wir aber machen. Wir befinden uns in einer ökonomischen Ausei-  
128 nandersetzung mit Russland. Gas und Energie wird als Waffe gegen Deutschland eingesetzt. Aus  
129 meiner Sicht mit dem Ziel, das, was das Land in den letzten Wochen und Monaten ausgezeichnet  
130 hat und Europa ausgezeichnet hat, zu zerstören.

131 Nämlich eine große Geschlossenheit, eine große Solidarität mit der Ukraine und eine große Be-  
132 reitschaft für die Verteidigung von Freiheit auch einen Preis zu zahlen. Über die Preisdebatte soll  
133 genau dies zerstört werden.

134 Das wiederum darf nicht passieren. Deswegen müssen alle politischen Maßnahmen ergriffen  
135 werden, dass wir genug Gas haben, wie eben ausgeführt, dass die Lasten in Deutschland fair  
136 verteilt werden, aber nicht, dass das Land in einem Zustand gerät, wie wir ihn auch an anderen  
137 Stellen schon hatten, wo wir nicht über die Richtigkeit von verschiedenen Maßnahmen streiten,  
138 sondern darüber streiten, ob wir nicht Putin seinen Willen lassen sollen.

139 Das wäre fatal und deswegen ist das, was wir hier gerade machen, eine kollektive, eine nationale  
140 Kraftanstrengung, die wir nur gemeinsam bestehen werden. Vielen Dank.

Anlage 6: Robert Habeck: Rede vor dem Deutschen Bundestag (22.09.2022):

[Extrahiert aus <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-des-bundesministers-fuer-wirtschaft-und-klimaschutz-dr-robert-habeck--2129096>, zuletzt abgerufen am 03.07.2025]

1 Frau Präsidentin!

2 Sehr geehrte Damen und Herren!

3 Diese Aktuelle Stunde könnte nicht aktueller sein, so wie die ganze Plenardebatte natürlich spie-  
4 gelt, was gerade in diesem Land los ist. Wir erleben eine schwere Energiekrise, ausgelöst durch  
5 den Verlust an Energieproduktion. Russland hat die Gaslieferungen eingestellt. In einem Volumen  
6 von 55 Milliarden Kubikmetern Gas – das ist die Menge, die über Nord Stream 1 gekommen ist –  
7 muss Gas auf dem Weltmarkt neu beschafft werden. Und in Frankreich ist über die Hälfte des  
8 nuklearen Atomparks ausgefallen; es gibt große Probleme, diese Stromkapazitäten wieder ans  
9 Netz zu bringen. Beides zusammen treibt die Preise nach oben; beides zusammen hat einen  
10 externen Schock ausgelöst, der das Land, die Verbraucherinnen und Verbraucher und die Unter-  
11 nehmen in Deutschland schwer trifft.

12 Man muss sich trotzdem noch einmal klarmachen, dass mit diesem externen Schock hier eine  
13 andere Ursache für die hohe Inflation verantwortlich ist als beispielsweise in den USA, wo die  
14 expansive Fiskalpolitik die Nachfrage so stark nach oben gebracht hat. Wenn man erkennt, dass,  
15 obwohl die Auswirkungen ähnlich sind, die Ursachen verschieden sind, hat man einen ganz guten  
16 Fahrplan dafür, welche politischen Instrumente in Deutschland notwendig sind, um diese schwie-  
17 rige Phase politisch zu begleiten und die Unternehmen in Deutschland dabei zu unterstützen, in  
18 diesem schweren Wasser, in das sie geraten sind, zu bestehen.

19 Wenn ich das einmal ausführen darf: In diesem Fall wird es nicht reichen, dieser wirtschaftspoli-  
20 tischen Situation nur mit Geldpolitik, also mit höheren Zinsen, zu begegnen, sondern wir müssen  
21 die fiskalpolitischen Instrumente ebenfalls nutzen.

22 Wir müssen sie selbstverständlich so nutzen, dass wir nicht in engen Märkten die Nachfrage noch  
23 stimulieren. Das würde die Inflation nur in die Höhe treiben. Aber wenn wir sie geschickt und klug  
24 nutzen, dann werden wir die Unternehmen und die Menschen so entlasten, dass die ökonomi-  
25 sche, die volkswirtschaftliche Substanz in diesem Land erhalten, bewahrt und geschützt werden  
26 kann. Das tut die Bundesregierung zielgenau und mit hoher Anstrengung – nicht erst seit Beginn  
27 des Krieges, sondern schon davor. Ich nenne die Punkte im Einzelnen – sie sind ja in der Plenar-  
28 debatte schon mehrfach angesprochen worden; deswegen gehe ich nicht in die Details hinein.

29 Erstens: unter Hochdruck und mit großer Geschwindigkeit Erweiterung und Aufbau einer neuen  
30 Infrastruktur. Neuaufbau, was die Möglichkeiten angeht, LNG-Gas nach Deutschland zu bekom-  
31 men; Erweiterung, was die bestehenden Netze angeht. Das Interessante und Entscheidende da-  
32 bei ist, dass alles, was wir tun, auch auf die Zukunft ausgerichtet ist. Die Terminals, die Leitungen,  
33 die Verdichterstationen – alles wird auch auf Wasserstoff ausgelegt, sodass wir die Investitionen  
34 in die Infrastruktur auch in Zukunft für die Energiesicherheit in Deutschland nutzen können.

35 Zweitens: Erweiterung der Energiekapazitäten, die zur Verfügung stehen. Das sind die Erneuer-  
36 baren mit den Begrenzungswegnahmen bei Biomasse, Solar und Wind. Das sind auch Kohle-  
37 kraftwerke. Und wo so viel über Pragmatismus und das, was dem entgegensteht, geredet wird,  
38 will ich für mich sagen: Das ist für mich die schwerste Entscheidung gewesen, weil ich glaube,  
39 neben der aktuellen Krise, dem Ukrainekrieg, ist die eigentliche Herausforderung, an der wir als  
40 politische Generation gemessen werden, die globale Erderwärmung, die Klimakrise. Wenn wir da  
41 versagen, werden wir als politische Generation versagt haben. Deswegen ist es natürlich –

eigentlich – nicht richtig, Kohlekraftwerke, die da nichts mehr zu suchen haben, erneut in den Markt zu bringen. Trotzdem haben wir das getan, um das Energieangebot zu erweitern. Auch die Atomkraftwerke – so muss man es doch sehen – stehen zur Verfügung, wenn sie gebraucht werden, um weiter eingesetzt zu werden, solange sie Brennelemente haben. Also Ausweitung des Energieangebotes.

Drittens: Entlastungen nicht nur im privaten Bereich – die sind mehrfach diskutiert worden –, sondern auch im Energiebereich: EEG-Umlage abgeschafft, Mehrwertsteuer auf Gas gesenkt.

Viertens – und darüber reden wir jetzt –: Stützung der Unternehmen. Ich kann ankündigen, dass wir die sogenannte KUEBLL-Liste – im Energiekostendämpfungsprogramm werden nur Unternehmen berücksichtigt, die im internationalen Wettbewerb stehen – erweitern werden beziehungsweise alternativ den Unternehmen Mittel zur Verfügung stellen, die Verluste machen, so dass also alleine die Verlustrechnung reicht, um antragsberechtigt zu werden, um im Rahmen des Energiekostendämpfungsprogramms Anträge stellen zu können beziehungsweise Unterstützung zu bekommen. Das gilt für die Industrie.

Für den Mittelstand, für die kleinen und mittelständischen Unternehmen, ist die Arbeit von meinem Haus geleistet. Die Programme sind justiert. Sie müssen jetzt in der Koalition abgestimmt werden; aber sie müssen schnell an den Start kommen. Und ich will auch sagen, dass sie erstens rückwirkend gelten müssen – meiner Vorstellung nach ab September, sodass nicht die Unternehmen darunter leiden, wenn sich die politische Landschaft noch eine oder zwei Wochen mehr Zeit nimmt – und wir zweitens sicherlich eine Logik finden sollten, schnell Abschlagszahlungen zu gewähren, und nicht das Geld erst dann auskehren, wenn es zu spät ist.

Wir sind – und damit komme ich zum Anfang meiner Rede zurück – in einer Situation, in der die Unternehmen unsere Unterstützung brauchen, um die ökonomische, die volkswirtschaftliche Substanz in Deutschland zu schützen – oder zu verteidigen. Wir haben zur Landesverteidigung ein 100 Milliarden Euro schweres Sondervermögen aufgelegt. Das ist richtig und notwendig gewesen, weil wir gesehen haben, dass der Idealismus der letzten Jahrzehnte an Putins Machtwahn zerschellt ist. Aber mit der gleichen Entschlossenheit dürfen wir jetzt zur Verteidigung der volkswirtschaftlichen Substanz dieses Landes ebenfalls nicht zögern, die finanziellen Möglichkeiten zu mobilisieren, die notwendig sind.

Ich als Wirtschaftsminister und als Bürger dieses Landes finde es jedenfalls notwendig, dass wir, auch mit Blick auf die spezifische Situation von Inflation und drohender Rezession in Deutschland, auf die potenzielle Kraft dieses Landes vertrauen. Wir sind ein starkes Land. Wir haben die finanzpolitische Solidität. Wir haben die finanziellen Möglichkeiten. Wir haben die demokratische Grundsubstanz – und die haben andere Länder in Europa inzwischen nicht mehr –, um diese Krise gemeinsam zu bestehen. Wir werden sie einsetzen, um damit die Volkswirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten, zu schützen und zu verteidigen.

Vielen Dank.